

Christoph Weller

# Die öffentliche Meinung in der Außenpolitik

*Eine konstruktivistische Perspektive*

Westdeutscher Verlag

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme  
Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei  
Der Deutschen Bibliothek erhältlich

Zugleich Dissertation Technische Universität Darmstadt (D 17)

1. Auflage September 2000

Alle Rechte vorbehalten

© Westdeutscher Verlag GmbH, Wiesbaden, 2000

Der Westdeutsche Verlag ist ein Unternehmen der Fachverlagsgruppe BertelsmannSpringer.



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

[www.westdeutscher.vlg.de](http://www.westdeutscher.vlg.de)

Höchste inhaltliche und technische Qualität unserer Produkte ist unser Ziel. Bei der Produktion und Verbreitung unserer Bücher wollen wir die Umwelt schonen. Dieses Buch ist auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt. Die Einschweißfolie besteht aus Polyäthylen und damit aus organischen Grundstoffen, die weder bei der Herstellung noch bei der Verbrennung Schadstoffe freisetzen.

Umschlaggestaltung: Horst Dieter Bürkle, Darmstadt

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Rosch-Buch, Scheßlitz

Printed in Germany

ISBN 3-531-13573-2

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	7
<b>1. Einleitung</b>	9
Zum Aufbau der Arbeit	13
<b>2. Feindbild-Zerfall und außenpolitischer Einstellungswandel</b>	15
2.1. Feindbild-Zerfall durch Glasnost und Perestroika?	15
2.2. Ein einfaches Erklärungsmodell und seine Kritik	20
2.3. Methodisches Vorgehen	24
2.4. Zur Operationalisierung der abhängigen Variable	26
2.4.1. Das antikommunistische Feindbild	26
2.4.2. "Public Opinion on the Soviet Union"	30
2.4.3. Indikatoren des außenpolitischen Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts	35
2.5. Der außenpolitische Einstellungswandel in der Bundesrepublik Deutschland	39
2.6. Der außenpolitische Einstellungswandel in den USA	57
2.7. Der länderspezifisch unterschiedliche außenpolitische Einstellungs- wandel gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts	77
<b>3. Feindbild-Forschung</b>	79
3.1. Die Feindbild-Forschung im Angesicht des Feindbild-Zerfalls	80
3.2. Systematische Bestandsaufnahme und Hypothesenbildung	85
3.2.1. Systematische Bestandsaufnahme der Feindbild-Forschung im Zusammenhang des Ost-West-Konflikts	85
3.2.2. Hypothesenbildung im Rahmen der Feindbild-Funktionen-Forschung	93
3.2.3. Hypothesen der Feindbild-Forschung	96
Hypothese 1	97
Hypothese 2	100
Hypothese 3	101

<b>4. Außenpolitik und öffentliche Meinung</b>	103
4.1. Vom Einfluß der öffentlichen Meinung auf die Außenpolitik: Das demokratische Dilemma internationaler Politik	106
4.2. Ist die öffentliche Meinung unbeständig und kohärenzlos? Der Ansatz des "Rational Public"	111
4.2.1. Der Ansatz des "Rational Public"	114
4.2.2. Hypothesen des "Rational Public"-Ansatzes	118
Hypothese 4	118
Hypothese 5	123
<b>5. Hypothesen und theoretische Perspektiven</b>	125
5.1. Das doppelte Rätsel	126
5.2. Hypothesen-Überprüfung	131
5.2.1. Dissonanz-Hypothese	131
5.2.2. Abschreckungs-Funktionen-Hypothese	136
5.2.3. Feindbild-Funktionen-Hypothese	138
5.2.4. Ereignis-Hypothese	143
5.2.5. Medien-Ereignis-Hypothese	147
5.2.6. Ergebnisse der Hypothesenüberprüfung	160
5.3. Bedingungsfaktoren außenpolitischen Einstellungswandels	162
<b>6. Auf dem Weg zu einem konstruktivistischen Erklärungsmodell     außenpolitischen Einstellungswandels</b>	169
6.1. Die Konfirmation der Wirklichkeit der internationalen Politik	172
6.2. Außenpolitische Einstellungen als beobachtete Konstruktionen der internationalen Politik: Das Beobachtungs-Modell	175
6.3. Erklärungsmöglichkeiten des Feindbild-Zerfalls	188
6.4. Die Analyse der öffentlichen Meinung in der Außenpolitik	190
6.5. Von den Bedingungen zu den Möglichkeiten außenpolitischen Einstellungswandels	194
<b>Literatur</b>	197

## Vorwort

### FRAGEN EINES LESENDEN ARBEITERS

Wer baute das siebentorige Theben?  
In den Büchern stehen die Namen von Königen.  
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?  
[...]  
Der junge Alexander eroberte Indien.  
Er allein?  
Cäsar schlug die Gallier.  
Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?  
Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte  
Untergegangen war. Weinte sonst niemand?  
Friedrich der Zweite siegte im Siebenjährigen Krieg. Wer  
Siegte außer ihm?  
[...]

(Bertolt Brecht: Die Gedichte,  
Frankfurt a.M. 1986: 656)

Auf Büchern stehen die Namen von AutorInnen, doch gerade wissenschaftliche Veröffentlichungen sind das Ergebnis vielfältigster Kommunikation und Kooperation. Auch wenn die Leserinnen und Leser dieses Buches in einem anderen als dem Brechtschen Sinne "lesende Arbeiter" sein werden, verweist Bertolt Brechts Gedicht doch auch bezüglich wissenschaftlicher Forschung auf die so wichtigen sozialen Grundlagen menschlicher Leistung. Ohne damit diese Arbeit in eine Reihe mit dem siebentorigen Theben und noch viel weniger mit dem Siebenjährigen Krieg stellen zu wollen - denn weder hatte ich einen Koch dabei, noch mußte bei meinen "Kämpfen" jemand sein Leben lassen -, will ich hier zunächst auf die vielfältigen Hilfen hinweisen, ohne die dieses Buch nicht hätte geschrieben werden können.

An erster Stelle möchte ich Klaus Dieter Wolf für seine Unterstützung in dem langwierigen Entstehungsprozeß dieser Arbeit danken. Er hat das Thema akzeptiert, in das ich mich schon 1993 bei meinem Wechsel nach Darmstadt verbissen hatte, er hat die fast viermonatige Abwesenheit des ZIB-Redakteurs für

einen Forschungsaufenthalt in den USA 1995 uneingeschränkt befürwortet und er hat vor allem in mehreren kritischen Phasen die Rolle eines Doktorvaters so ausgefüllt, daß dieses Dissertationsvorhaben zu einem guten Ende kommen konnte.

Einen wichtigen Anteil an der inhaltlichen Entwicklung dieser Arbeit hatten die unzähligen Diskussionen, die ich mit interessierten GesprächspartnerInnen immer wieder führen konnte. Sie lassen sich nicht alle aufführen, aber besonders erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang Thomas Nielebock, Bettina Kübler, Wolfgang Stroebe, Michael Diehl, Manfred Efinger, Bruce Russett, Thomas Risse, Gudrun Schwarzer, Ute Schneider, Kristin Weller, Martina Timmermann, Almut Rewerts-Büschel und Gabriele Matern.

In erheblichem Maße hat diese Arbeit auch von den inspirierenden Forschungskontexten profitiert, in die ich in den vergangenen Jahren eingebunden war. Für ihre Begleitung und ihre vielen Anregungen danke ich besonders Gunther Hellmann, Kirsten Mensch, Michael Greven, Heidrun Abromeit, Georg Mildenerberger sowie der Forschungsgruppe Weltgesellschaft, den Mitgliedern des Darmstädter Graduiertenkollegs "Technisierung und Gesellschaft" und den KollegInnen am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien der Universität Bremen.

Für ganz wichtige Unterstützung bei der Fertigstellung der Arbeit möchte ich mich besonders bei Marianne Beisheim, Iris Krimmel, Andrea Liese, Rainer Schmalz-Bruns, Dieter Senghaas, Cornelia Ulbert, Ulrich Willems, Bernhard Zangl und Michael Zürn bedanken; sie haben ganze Kapitel der Arbeit kritisch gelesen und hilfreich kommentiert. Außerdem haben Gertrud Gandenberger, Claudia Jetter, Anja Schiele und Andreas Weller die mühsame Arbeit des Korrekturlesens auf sich genommen, was mir eine große Hilfe war; dabei wurde die Rechtschreibung an den Regeln der 20. Auflage des Duden orientiert.

Finanzielle Unterstützung hat dieses Forschungsprojekt durch das Deutsche Historische Institut in Washington, D.C. erfahren, das mir einen Aufenthalt an der Yale University in New Haven ermöglicht hat. Außerdem sind Ergebnisse eines anderen Forschungsprojekts in diese Arbeit eingeflossen, welches von der Technischen Hochschule Darmstadt in den Jahren 1996/97 finanziert wurde.

Die Veröffentlichung einer Dissertation beendet keinen Forschungsprozeß, sie unterbricht ihn nur. So bleibt auch dieses Buch so unvollständig, wie wissenschaftliche Publikationen immer nur sein können. Für manchen Gedanken war die Veröffentlichung zu früh, als daß er schon ausreichend klar hätte formuliert oder zu Ende gedacht werden können; manche anderen Schwächen sind dem Autor wahrscheinlich noch nicht einmal bewußt, auf die er sich gerne hinweisen läßt, um die Kommunikation fortzusetzen, zu der diese Arbeit ihren Beitrag leisten möchte.

## 1. Einleitung

"Ich fühle mich zugehörig  
einem Volk oder einer Nation,  
die Grund genug hat,  
über Feindbilder nachzudenken,  
Feindbilder, die sie geschaffen  
und verbreitet hat,  
und das Feindbild,  
das sie selbst darstellt."

(Heinrich Böll: Feindbild und  
Frieden, München 1987: 27)

Die öffentliche Meinung spielt in der Außenpolitik eine besondere Rolle, nicht nur in Demokratien. Sie kann dem Außenverhalten eines Staates durch breite Zustimmung großes Gewicht verleihen oder durch Ablehnung und Umstrittenheit staatliche Außenpolitik ihrer Macht und Nachdrücklichkeit berauben. Gerade für Konfliktpartner in der internationalen Politik ist der Rückhalt, den eine Außenpolitik in der öffentlichen Meinung des entsprechenden Landes genießt, ein wichtiges Element für die eigenen Handlungs- und Strategieentscheidungen, sowohl beim kooperativen wie beim konfrontativen Aufeinandertreffen "nationaler Interessen". Die öffentliche Meinung genießt folglich nicht nur große Aufmerksamkeit bei außenpolitischen Akteuren, sondern auch in der wissenschaftlichen Außenpolitikanalyse, in Erklärungsansätzen der Internationalen Beziehungen. In aller Regel kommt ihr dabei die Rolle eines Einfluß- bzw. Erklärungsfaktors zu: Die öffentliche Meinung wirkt sich beschränkend oder erweiternd auf die außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten aus bzw. muß als einer von mehreren Einflüssen berücksichtigt werden, wenn staatliches Außenverhalten erklärt werden soll.

Viel seltener als auf die Außenpolitik richtet sich die wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf das Zustandekommen der außenpolitischen öffentlichen Meinung oder die Ursachen ihres Wandels. Als *zu erklärendes* Element von Außenpolitik wird die öffentliche Meinung in der Wissenschaft nur kaum beachtet. In dieser Hinsicht scheint es sogar einen Vorsprung der außenpolitischen Akteure zu geben, die durchaus daran interessiert sind, die außenpolitische öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen oder zu verändern.

Diese ambivalente Rolle der öffentlichen Meinung in ihrem Wechselverhältnis mit der Außenpolitik zieht schon seit Anfang des vergangenen Jahrhunderts immer wieder Aufmerksamkeit auf sich, ohne daß sich jedoch heute sagen ließe, das Zustandekommen und der Wandel außenpolitischer öffentlicher Meinung sei so

ausreichend verstanden, daß ohne weiteres plausible Erklärungsansätze und empirische Theorien formuliert werden könnten. Aus vielerlei Gründen, das soll die nachfolgende Argumentation dieser Arbeit verdeutlichen, ist der Forschungsstand zur Erklärung der öffentlichen Meinung in der Außenpolitik unzureichend.

Mit der Entwicklung einer konstruktivistischen Theorieperspektive aus dem Scheitern der vorliegenden Erklärungsansätze wird hier der Versuch unternommen, zwei Forschungsstränge aus ihrer normativen Begrenztheit und erkenntnistheoretischen Widersprüchlichkeit zu befreien und zugleich in einem theoretisch konsistenten Analysemodell zusammenzuführen. Dies geschieht anhand der Fragestellung, wie sich ein einschneidender Wandel der öffentlichen Meinung, gebildet aus den durch repräsentative Meinungsumfragen erhobenen außenpolitischen Einstellungen der Bevölkerung eines demokratischen Staats, erklären läßt. Als empirisches Beispiel eines solchen einschneidenden außenpolitischen Einstellungswandels dient der Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts.

Die Reformen in der Sowjetunion in den Jahren 1985 bis 1991 waren ein entscheidendes Element auf dem Weg zu einem friedlichen Ende des Kalten Kriegs, nicht nur weil damit die Auflösung des Systemkonflikts zwischen Ost und West eingeleitet wurde, sondern weil sich die außenpolitischen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion in den westlichen Demokratien entscheidend veränderten, sich von einem Feindbild zu differenzierten Einstellungen mit vielen positiven Anteilen wandelten. Dieser Wandel der öffentlichen Meinung im Westen erzwang die positiven Reaktionen der NATO-Staaten auf die Rüstungskontroll-Vorschläge Michail Gorbatschows, schuf damit zunehmend ein Klima der Entspannung für die fundamentalen Reformen im sowjetischen Machtbereich und verhinderte gleichzeitig jeglichen Versuch des Westens, den sozialistischen Kollaps zu seinen eigenen Gunsten im Sinne eines globalen Machtzuwachses auszunützen, wie Ansätze der Realistischen Schule hätten erwarten lassen. Der außenpolitische Einstellungswandel hatte mithin entscheidenden Anteil an den Ereignissen, die zum Ende des Ost-West-Konflikts führten.

Wie läßt sich ein solcher Wandel der öffentlichen Meinung bzw. außenpolitischer Einstellungen erklären? Dies ist die zentrale, hier zu verfolgende Fragestellung, deren Virulenz am genannten Beispiel besonders deutlich wird, denn der außenpolitische Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion - sein Zeitpunkt, sein Verlauf, seine Geschwindigkeit -, welcher am Ende der 1980er Jahre in den NATO-Staaten zu beobachten war, steht konträr zu den theoretischen Erwartungen in der Politikwissenschaft und der Friedensforschung. Ehe jedoch dieses wissenschaftliche Rätsel detailliert herausgearbeitet und zum roten Faden dieser Arbeit gemacht wird, ist der Kontext der nachfolgenden Argumentation zu beschreiben, um (1) ihren Stellenwert innerhalb der Politikwissenschaft zu verdeutlichen, (2) um die theoretischen Anknüpfungspunkte zu benennen, die für eine Bearbeitung dieser Fragestellung zur Verfügung stehen, und (3) um die Reichweite des zu entwickelnden Erklärungsmodells anzugeben. Zunächst aber ist



auf das Erkenntnisinteresse hinzuweisen, dem die Fragestellung entspringt; am Ende der Einleitung wird der Aufbau der Arbeit vorgestellt.

Sozialwissenschaftliche Forschung geschieht auf der Grundlage normativer Vorentscheidungen, die auch das Erkenntnisziel mitbestimmen. Wird in dieser Arbeit ein wissenschaftlich plausibles Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels gesucht, steht dahinter nicht nur der aufklärerische Anspruch, neue Erkenntnisse über Mechanismen und Einflußfaktoren außenpolitischen Einstellungswandels zur Diskussion zu stellen. Zugleich wird damit ein friedenswissenschaftlicher Anspruch verfolgt, der einerseits nach Bedingungen für die Reduktion von Kriegsgefahren und andererseits nach Möglichkeiten zur Erhöhung gesellschaftlicher Friedensfähigkeit fragt. Wenn Krieg in den Köpfen beginnt (Präambel der UNESCO) und Feindbilder eine Voraussetzung für die kollektive Gewaltbereitschaft und -anwendung sind, sollen uns Erkenntnisse über Bedingungen und Möglichkeiten eines Feindbild-Zerfalls Aufschlüsse darüber geben, ob, und wenn ja, wie Feindbild-Abbau gesellschaftlich initiiert werden könnte. Damit soll ein Beitrag geleistet werden zu dem übergreifenden friedenswissenschaftlichen Erkenntnisziel, wie Gewalt begrenzt und Frieden gefördert werden kann.

(1) Der politische Kontext dieser Arbeit ist vielfältig. Aber auch wenn ihre Argumentation gewissermaßen quer zu den traditionellen Grenzen politikwissenschaftlicher Teildisziplinen verläuft, gehört ihre Fragestellung primär zu den *Internationalen Beziehungen*, indem sie bei den Veränderungen der internationalen Politik ansetzt und etwas zu ihrer Erklärung beitragen möchte. In der Theorieentwicklung der Internationalen Beziehungen können Wahrnehmungsmuster und "Fehlwahrnehmungen" als klassische, aber über lange Zeit vernachlässigte Themen gelten. Erst in jüngster Zeit wird kognitiven Prozessen, etwa der Bedeutung von Wissen oder der Wirkung von Ideen, wieder zunehmend größere Beachtung geschenkt. Mit dem grundlegenden Wandel eines über vierzig Jahre relativ stabilen Freund-Feind-Schemas ist eine Varianz bei den Wahrnehmungsmustern der internationalen Politik gegeben, die neue Erkenntnismöglichkeiten über die Bedeutung kognitiver Prozesse für politische Einstellungen verspricht. Besonders für die konstruktivistische Diskussion in den Internationalen Beziehungen ist die hier verfolgte Fragestellung von Relevanz: Außenpolitische Einstellungen sind Resultat der individuellen und sozialen Konstruktion eines internationalen Systems mit spezifischen Strukturen. Der Wandel außenpolitischer Einstellungen verweist darauf, daß die Konstruktion des internationalen Systems Veränderungen unterworfen ist, und stellt damit ein produktives Untersuchungsobjekt zur Weiterentwicklung konstruktivistischer Ansätze dar.

Einen ähnlichen Stellenwert beanspruchen Fragestellung und Argumentation dieser Arbeit auch für die *Außenpolitikanalyse*, die bei der Dreiteilung der politischen Teildisziplinen weitgehend den Internationalen Beziehungen zugerechnet wird. Kontinuität und Wandel von Außenpolitik stehen vielfach im Zentrum der Außenpolitik-Analyse, meist unter der Fragestellung, wie sich der Wandel erklären läßt. Indem im hier gewählten Beispiel außenpolitischen Einstellungen und

öffentlicher Meinung ein entscheidender Stellenwert für den Wandel der Außenpolitik der westlichen Staaten gegenüber der Sowjetunion beigemessen wird, soll ein wichtiger Einflußfaktor in der Außenpolitik-Analyse auf seine Konstitutionsbedingungen hin untersucht werden. Dies stellt gleichzeitig einen Beitrag zur *Regierungslehre* und zum spezifischen Themenfeld "Außenpolitik und öffentliche Meinung" dar, indem nicht nur nach dem Einfluß der öffentlichen Meinung auf die Außenpolitik, sondern auch jenem der Außenpolitik und ihrer Akteure - vor allem auf dem Weg über die Massenmedien - auf die öffentliche Meinung gefragt wird.

(2) Theoretische Anknüpfungspunkte für die Fragestellung dieser Arbeit sind innerhalb der Politikwissenschaft nicht leicht zu finden. Ein interdisziplinärer Ansatz innerhalb der Friedensforschung hat sich jedoch intensiv mit Feindbildern beschäftigt und dabei vor allem auf psychologische Theorien zurückgegriffen. Danach seien Feindbilder außerordentlich stabil und nur in sehr langwierigen Prozessen abbaubar. Weil Feindbilder Funktionen für die individuelle Aggressionsabfuhr, die gesellschaftliche Integration und die Rechtfertigung militärischer Abschreckung zu erbringen hätten, könne auch bei ihnen widersprechenden Informationen nicht auf sie verzichtet werden (siehe unten Kapitel 3). Auch im Rückgriff auf einen konsistenztheoretischen Ansatz, nach dem der Wandel einer Grundeinstellung von der Menge zu ihr dissonanter Informationen abhängig ist, läßt die Feindbild-Forschung nur einen sehr langsamen Feindbild-Zerfall erwarten. Die Reformen in der Sowjetunion hätten demnach erst dann zu einem einschneidenden außenpolitischen Einstellungswandel führen dürfen, wenn die Anzahl zum Feindbild dissonanter Informationen so groß gewesen wäre, daß den funktionalen Erfordernissen des Wahrnehmungssystems (Konsistenz) nur noch durch einen Wandel der Grundeinstellung hätte entsprochen werden können.

Die Gegenthese zur Feindbild-Forschung liefert der Ansatz des "Rational Public". Dieser Ansatz entstammt der vornehmlich amerikanischen Diskussion um den Gehalt und die Bedeutung von Meinungsumfragen in demokratischen Systemen. Da sich nachweisen lasse, daß die Bevölkerung weitgehend stabile, konsistente und auch politischen Veränderungen anpassungsfähige Einstellungen besitze, stehe der demokratietheoretisch begründeten Position nichts im Weg, daß die politischen Einstellungen der Bevölkerung die Grundlage für Regierungsentscheidungen zu sein hätten (siehe unten Kapitel 4). Nach diesem Ansatz stellt politischer Einstellungswandel eine vernünftige Anpassung an neue Bedingungen oder neue Informationen und ihre massenmedial vermittelten Interpretationen dar. Der Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion hätte folglich in allen westlichen Ländern unmittelbar den Gorbatschowschen Reformschritten, wie sie von den Massenmedien in großer Ausführlichkeit verbreitet wurden, folgen müssen.

Mit diesen zwei theoretischen Anknüpfungspunkten sind zugleich die konkurrierenden Erklärungen skizziert, von denen sich diese Untersuchung zunächst leiten läßt. Haben Feindbilder Funktionen zu erfüllen, so daß an negativen außenpolitischen Einstellungen auch dann festgehalten wird, wenn ihnen widersprechende Informationen vorliegen, oder führen solche neuen Informationen unmittelbar zu

einer vernünftigen Anpassung an die veränderten Bedingungen, wie es der Ansatz des "Rational Public" erwarten läßt? Das lange Festhalten der amerikanischen Bevölkerung an ihrem Feindbild gegenüber der Sowjetunion (siehe unten Abschnitt 2.6) spricht stärker für die funktionale These der Feindbild-Forschung, während der außenpolitische Einstellungswandel in der Bundesrepublik Deutschland (siehe unten Abschnitt 2.5), als schnelle Reaktion auf die sowjetischen Reformen seit Mitte der 1980er Jahre, der These des "Rational Public" zu entsprechen scheint (siehe dazu Abschnitt 5.1). Durch eine vergleichende Untersuchung des Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion in diesen beiden Ländern sollen in dieser Arbeit Bedingungen eines Feindbild-Zerfalls untersucht werden, um damit einem allgemeinen Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels näherzukommen.

(3) Die zwei schon kurz skizzierten Erklärungsansätze beanspruchen ihre Erklärungskraft zunächst für unterschiedliche Fallklassen. Während der Ansatz des "Rational Public" sehr spezifisch auf repräsentative Umfrageergebnisse zu politischen Sachverhalten zielt, bezieht sich die Feindbild-Forschung viel weitergehend auf alle negativen Einstellungen von Individuen gegenüber anderen Gruppen. In dieser Arbeit soll es um *außenpolitischen* Einstellungswandel gehen. Damit wird zum einen - einer politologischen Arbeit entsprechend - jener Bereich herausgegriffen, in dem es um solche Einstellungen geht, die politische Fragen betreffen. Damit verbunden ist eine weitere Einschränkung bezüglich des politisch-gesellschaftlichen Kontexts, der von erheblichem Einfluß auf die Bedingungsfaktoren außenpolitischen Einstellungswandels sein könnte. Das zu entwickelnde Erklärungsmodell kann seine Erklärungskraft allein für außenpolitischen Einstellungswandel in *demokratischen Systemen* beanspruchen, in denen die von der Meinungsforschung erhobene "öffentliche Meinung" eine wichtige Rolle in der politischen Auseinandersetzung spielt. Zum anderen läßt sich erwarten, daß der Einstellungswandel bei Themen der internationalen Politik spezifische Kennzeichen aufweist, sowohl was die Informationsquellen als auch die Funktionalität der Einstellungen betrifft. Aus diesen Gründen konzentriert sich diese Untersuchung auf den außenpolitischen Einstellungswandel in demokratischen Gesellschaften. Hierfür werden die aus den zwei Ansätzen entwickelten Hypothesen am Beispiel des Feindbild-Zerfalls gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts auf ihre Erklärungskraft hin überprüft (siehe unten Kapitel 5). Daraus folgt dann jedoch weder eine Bestätigung einzelner noch ein klares Scheitern aller Hypothesen, sondern vornehmlich eine sich aus der Hypothesen-Überprüfung ergebende erkenntnistheoretische Kritik der Ansätze, aus denen die Hypothesen abgeleitet wurden. Aus dieser Kritik heraus werden im letzten Kapitel dann ein konstruktivistisches Analysemodell außenpolitischen Einstellungswandels entwickelt und die sich daraus ergebenden Erkenntnismöglichkeiten bezüglich des Zustandekommens und des Wandels der öffentlichen Meinung in der Außenpolitik erörtert.

*Zum Aufbau der Arbeit*

Die fünf nun folgenden Kapitel dieser Arbeit entsprechen einem traditionellen Muster wissenschaftlicher Argumentation: Zunächst wird dargestellt, was es zu erklären gibt - die abhängige Variable -, mitsamt den forschungsdesignerischen und methodischen Überlegungen (Kapitel 2). Anschließend werden die Theorieangebote für das zu erklärende Phänomen und die daraus entwickelten Hypothesen vorgestellt (Kapitel 3 und 4). Dem folgt die Überprüfung der Hypothesen anhand gezielt ausgewählter Einzelfälle (Kapitel 5) und die Darstellung der sich daraus ergebenden theoretischen Implikationen (Kapitel 6). Diese Implikationen greifen aber weit über den analytischen Horizont der zunächst herangezogenen Ansätze hinaus, erfordern daher von den LeserInnen die Bereitschaft, sich auch auf erkenntnistheoretische Problemstellungen sowie eine konstruktivistische wissenschaftliche Perspektive einzulassen, und können zwangsläufig im Rahmen dieser Arbeit nicht bis zu jenem Punkt vorangetrieben werden, an dem ein alternatives Erklärungsmodell mitsamt seiner ausformulierten Hypothesen und deren erfolgreiche Überprüfung steht - die Voraussetzungen hierfür aber, auch im Hinblick auf die erforderliche interdisziplinäre Theoriebildung, werden mit dem "Beobachtungs-Modell" als einem konstruktivistischen Analysemodell außenpolitischer Einstellungen (siehe unten Abb. 15 in Abschnitt 6.2) geschaffen. Seine Grundstruktur ist durch die Unterscheidung von psychischen und sozialen Beobachtungssystemen (individuelle und gesellschaftliche Analyseebene; siehe unten Abschnitt 5.3), die sich gerade in einer konstruktivistischen Perspektive auf konsistente Weise miteinander verbinden lassen, formuliert. Dagegen bleiben die vorliegenden Ansätze auf jeweils eine Analyseebene beschränkt, was auch die Struktur der Arbeit verdeutlicht:

Für den Wandel außenpolitischer Einstellungen, wie er in Kapitel 2 ausführlich dargestellt wird, liefert die Feindbild-Forschung in Kapitel 3 aufgrund ihrer starken Orientierung an der Psychologie vor allem Erklärungsansätze, die auf der individuellen Analyseebene angesiedelt sind. Für Feindbilder wird vor allem der kognitive Wahrnehmungsapparat verantwortlich gemacht, der die Stabilität von Einstellungen befördere und ihrem Wandel hinderlich sei. Für die daraus resultierenden "Fehlwahrnehmungen" werden die Individuen kritisiert, die trotz gegenteiliger Informationen an ihren Grundeinstellungen festhielten.

Der in Kapitel 4 dargestellte Ansatz des "Rational Public" kritisiert dagegen die gesellschaftliche Ebene - Massenmedien und politische Eliten - für die Verbreitung "manipulierter" Informationen. "Fehlerhafte" Einstellungen werden danach auf der gesellschaftlichen Ebene hervorgebracht, der Einfluß auf die Vermittlungsinstanzen politischer Informationen sei entscheidend für außenpolitische Einstellungen. Somit liefert der "Rational-Public"-Ansatz eine Erklärungsmöglichkeit außenpolitischen Einstellungswandels bezogen auf die gesellschaftliche Analyseebene. Das im fünften Kapitel begründete und in Kapitel 6 entwickelte "Beobachtungs-Modell" kann diese zwei Analyseebenen theoretisch konsistent miteinander verbinden, indem sowohl gegenüber den individuellen als auch gegenüber den gesellschaftlichen Beobachtungssystemen, die am Zustandekommen

außenpolitischer Einstellungen und ihrem Wandel beteiligt sind, eine Beobachtungsperspektive zweiter Ordnung eingenommen wird, wie sie der operative Konstruktivismus vorschlägt. Diese Perspektive steht im Mittelpunkt des Schlußkapitels, an dessen Ende dann auch einige wenige selbstreflexive Gedanken zum gesellschaftlichen Beobachtungssystem "Politikwissenschaft" stehen, zu dessen weiterführender Kommunikation dieses Buch beitragen will.

## Kapitel 2: Feindbild-Zerfall und außenpolitischer Einstellungswandel

Wenn in dieser Arbeit einige Schritte in Richtung auf ein allgemeines Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels anhand der eingehenden Analyse eines bzw. zweier empirischer Fälle und der zu ihrer Erklärung vorliegenden Erklärungsansätze gegangen werden sollen, sind zunächst bestimmte Grundlagen für ein solches Vorgehen darzustellen. Das zur Erklärung anstehende Phänomen ist möglichst präzise zu erfassen, sowohl begrifflich wie empirisch. Dabei ist im Hinblick auf die später herangezogenen Erklärungsansätze zu diskutieren, wie sich dieses Phänomen in seiner empirischen Ausprägung bestimmen und untersuchen läßt; es geht um die Operationalisierung der abhängigen Variable. Zunächst aber soll, ehe in die theoretischen Zusammenhänge eingestiegen wird, der historische Kontext skizziert werden, dem sich die Fragestellung dieser Arbeit verdankt und der zugleich der empirische Gegenstand dieser Arbeit ist. Erst der Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts<sup>1</sup> in der Bundesrepublik Deutschland und den USA schuf die Voraussetzung, neu darüber nachzudenken, wie sich die Bedingungen erforschen lassen, unter denen ein rapider außenpolitischer Einstellungswandel stattfinden kann.

### 2.1. *Feindbild-Zerfall durch Glasnost und Perestroika?*

Der deutliche Wandel der öffentlichen Meinung in westlichen Staaten gegenüber der Sowjetunion in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre kam für aufmerksame BeobachterInnen des Zeitgeschehens kaum überraschend. Mit dem Amtsantritt Michail Gorbatschows im März 1985 begann in der Sowjetunion eine grundlegende Reformpolitik, die nicht nur eine innere Öffnung des totalitären Systems mit sich brachte, sondern auch vom vorherigen sozialistischen Expansionsstreben abrückte und den Rüstungswettlauf beendete. Diese veränderte sowjetische Außen- und Sicherheitspolitik zeigte sich sowohl gegenüber dem Westen, im Supermachtverhältnis ebenso wie in den Beziehungen zu Westeuropa, als auch besonders gegenüber den sog. sozialistischen Bruderstaaten. "Glasnost" (Transparenz, Offenheit) und "Perestroika" (Umbau, radikale Veränderung) wurden die Begriffe, mit denen der neue Generalsekretär der KPdSU seine Reformpolitik kennzeichnete; sie wurden

1 In dem Bestreben, die Geschichte in möglichst präzise voneinander zu scheidende Phasen zu zergliedern, wird das Ende des Ost-West-Konflikts häufig mit dem Fall der Berliner Mauer im Herbst 1989 identifiziert. Hier wird jedoch mit "Ende des Ost-West-Konflikts" auf einen Prozeß der Veränderung einer sozialen Struktur der internationalen Politik (vgl. Wendt 1999: Kap. 7) verwiesen, der sich hauptsächlich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre abspielte.

schnell auch im Westen als Symbole positiven Wandels außerordentlich populär<sup>2</sup> und verweisen damit auf die besondere westliche Aufmerksamkeit für die sowjetischen Reformen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre.

(1) Der *innenpolitische Reformprozeß* in der UdSSR wurde für den Westen vor allem an der sich verbessernden Menschenrechtssituation in der Sowjetunion erkennbar. Auf den KSZE-Menschenrechtskonferenzen 1986 und besonders 1989 wurde die veränderte Haltung der sowjetischen Führung zu den menschlichen Grundfreiheiten deutlich. *Amnesty International* bescheinigte der Sowjetunion 1989, daß sich die Menschenrechtssituation seit 1986 "in spektakulärer Weise" verbessert habe.<sup>3</sup> Am aufsehenerregendsten bei den innenpolitischen Veränderungen war aber außerdem die Entlassung Andrej Sacharows im Dezember 1986 aus der fast siebenjährigen Verbannung.<sup>4</sup> Auch in der Frage von Aussiedlung und Emigration zeigte die Sowjetunion eine Liberalisierung ihrer Politik. Bis Mitte der 1980er Jahre war die Zahl der Ausreisegenehmigungen für deutschstämmige SowjetbürgerInnen ständig zurückgegangen,<sup>5</sup> 1986 stieg sie ganz leicht auf 753, 1987 waren es dann schon 14.488 und 1988 sogar 47.563 Personen, die aus der UdSSR in die BRD übersiedeln konnten (Oldenburg 1989: 243). Ähnlich sprunghaft stieg auch die Erlaubnis gegenüber Menschen jüdischen Glaubens, aus der Sowjetunion zu emigrieren. Diese Zahl lag 1986 noch unter 1000, 1987 schon über 6000 und 1988 bei fast 14.000, wobei die meisten in die USA auswanderten (Tress 1997: 23).

Zugleich setzte Michail Gorbatschow mit seiner Reformpolitik einen *Demokratisierungsprozeß* in Gang: "Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen" (Gorbatschow 1987a) war eine der Reformaussagen in seiner Rede vor dem Zentral-

- 2 Im November 1987 wurde in den USA in einer repräsentativen Meinungsumfrage der *Opinion Research Corporation* (Roper Center Question-ID: USORC.87DEC.R2) die Frage gestellt: "There is reported to be a new policy of openness in Russia, referred to by the Russian word 'Glasnost.' How much have you heard or read about this new policy of openness - a great deal, a fair amount, a little, or nothing at all?" Dabei antworteten 38% mit "nothing at all", während 27% "a little", 24% "a fair amount" und 9% "a great deal" von "Glasnost" gehört hatten. Eine ähnliche Umfrage wurde acht Monate später im Juli/August 1988 auch in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt. Hier lautete die vom Sinus-Institut gestellte Frage: "In der Sowjetunion gibt es seit einiger Zeit innere Reformen und Bestrebungen um eine politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Erneuerung. Sind Ihnen die russischen Namen dieser Bestrebungen bekannt?" 61,7% antworteten "Beide", 25,5% "Nicht bekannt" und jeweils etwa 6% der Befragten war nur einer der beiden Begriffe "Glasnost" und "Perestroika" bekannt (Rattinger et al. 1995: 67, Frage 3912).
- 3 Frankfurter Rundschau, 18.10.1989: 2. Vgl. auch die vornehmlich positiven Anmerkungen im Jahrbuch von Amnesty International (1988: 447).
- 4 Aus amerikanischer Sicht hatten die Ausreiseerlaubnis für den inhaftierten sowjetischen Dissidenten Anatolij Schtscharanski im Februar 1986 (vgl. Time, 24.2.1986: 14-18) und die Freilassung des amerikanischen Journalisten Nicholas Daniloff im September 1986 (vgl. Time, 15.9.1986: 38-41; Time, 22.9.1986: 26-28) fast ähnlich große Bedeutung bei der Beurteilung der Menschenrechtslage in der Sowjetunion (vgl. Hill 1993: 287, 292).
- 5 Im Mai 1986 kündigte die Sowjetunion die Ausreiseerlaubnis von 117 Personen zur Familienzusammenführung an; vgl. Hill (1993: 289).

komitee der KPdSU Anfang 1987.<sup>6</sup> Dies sollte sich zunächst in einer Lockerung der Zensur und größeren kulturellen und publizistischen Freiheiten manifestieren (vgl. Hübner 1989). Von diesem erweiterten gesellschaftlichen Freiraum profitierte in besonderem Maße auch die Russisch Orthodoxe Kirche sowie andere Religionsgemeinschaften und viele informelle Gruppen und Vereinigungen (vgl. Simon 1989: 25-28). Institutionell wurde die Demokratisierung sichtbar in der Verfassungsänderung vom 1.12.1988, mit der das Amt eines Staatspräsidenten, ein "Arbeitsparlament" (Oberster Sowjet) und der "Kongreß der Volksdeputierten" sowie ein geändertes Wahlrecht geschaffen wurden. Für die Wahl zum Kongreß der Volksdeputierten war erstmals die Aufstellung konkurrierender KandidatInnen möglich, und die 2250 Volksdeputierten hatten anschließend den Obersten Sowjet und den Staatspräsidenten zu wählen (vgl. Beck 1989).

Im Juli 1989 präsentierte Michail Gorbatschow in einer Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates seine Idee vom "Gemeinsamen Europäischen Haus" mit der Betonung auf Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit (vgl. Hill 1993: 314). Im gesamten "Ostblock" waren grundlegende Veränderungen in Gang gekommen und die Pariser KSZE-Konferenz über die menschliche Dimension im Juni 1989 anerkannte ausdrücklich die verbesserte Menschenrechtslage im "sowjetischen Machtbereich" (vgl. Hill 1993: 313). In den totalitären Systemen Mittel- und Osteuropas waren Reformprozesse in Gang gesetzt worden, die sich den westlichen Vorstellungen von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten anpaßten. Dies hatte nicht unwesentlich mit der neuen sowjetischen Politik unter Gorbatschow zu tun und blieb daher nicht ohne Einfluß auf die Einstellungen gegenüber der Sowjetunion.

(2) Für westliche BeobachterInnen noch offensichtlicher zeigte sich der sowjetische Reformprozeß in der *Außen- und Sicherheitspolitik*. Die Ablösung des seit 1957 amtierenden Außenministers Andrej Gromyko durch Eduard Schewardnadse im Juli 1985 brachte neuen Wind in die sowjetische Außenpolitik, auf die bezogen fortan von einem "Neuen Denken"<sup>7</sup> die Rede war. Sie entwickelte eine neue internationale Kooperationsbereitschaft, die sich vielleicht am deutlichsten in den seit 1985 jährlichen amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen zeigte.<sup>8</sup> Doch nicht nur in den Supermachtbeziehungen zeigte sich die veränderte Außenpolitik unter Gorbatschow und Schewardnadse, sondern auch in der gewandelten sowjeti-

6 Seine Vorstellungen der inneren Umgestaltung der UdSSR trug Gorbatschow zum ersten Mal in seinem Referat vor dem Zentralkomitee der KPdSU am 27. Januar 1987 vor (vgl. Gorbatschow 1987a).

7 Vgl. dazu Berner/Dahm (1987), Wettig (1988, 1989), Bartel (1988), Schubert (1988), Segbers (1989: 310-330) und Solms (1991).

8 Der amerikanische Präsident Ronald Reagan traf Michail Gorbatschow bei vier Gipfeltreffen, im November 1985 in Genf, im Oktober 1986 in Reijkavik, im Dezember 1987 in Washington und im Mai 1988 in Moskau; sein Nachfolger George Bush setzte diese Gipfeldiplomatie fort mit einem Treffen auf Malta im Dezember 1989 und dem Besuch Gorbatschows im Mai 1991 in Washington.



schen Haltung zu regionalen Konflikten,<sup>9</sup> etwa in Afrika (vgl. Nel 1989), wo sich die Sowjetunion bereiterklärte, zur Lösung der Konflikte mit der westlichen Welt zusammenzuarbeiten.<sup>10</sup> Auf dieser Grundlage konnte im April 1988 auch eine internationale Vereinbarung zum sowjetischen Truppenrückzug aus Afghanistan getroffen werden (vgl. Halbach 1989), und als am 15. Februar 1989 die letzten Soldaten der Roten Armee Afghanistan verließen, war dies einer der beeindruckendsten Beweise für das "Neue Denken" in der sowjetischen Außenpolitik.

(3) Am nachhaltigsten manifestierte sich der Wandel sowjetischer Politik in ihren *Beziehungen zu den "sozialistischen Bruderstaaten"*. Die KPdSU beanspruchte am Ende der 1980er Jahre immer weniger eine Sonderstellung gegenüber den kommunistischen Parteien anderer Länder, worin sich der Abschied vom sowjetischen Hegemonialstreben bereits andeutete. Seine zentrale Bedeutung erhielt das "Neue Denken" dann aber bei der sowjetischen Reaktion auf die Reformprozesse in den verbündeten sozialistischen Staaten, insbesondere in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei. Die sog. "Breschnew-Doktrin" hatte ein Verhindern solcher Reformprozesse gefordert, mit denen die sozialistische Gesellschaftsordnung im sowjetischen Machtbereich gefährdet werden könnte, und das Eingreifen der sowjetischen Armee in Ungarn 1956 und in der Tschechoslowakei 1968 waren die prägenden historischen Belege für dieses sowjetische Außenverhalten. Doch die Akzeptanz freier Wahlen in Polen im Sommer 1989 und die Rede Michail Gorbatschows am 6. Juli 1989 vor dem Europarat<sup>11</sup> machten deutlich, daß die Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt nicht mehr an der Breschnew-Doktrin festhielt. Sie war nach Angaben des Sprechers des sowjetischen Außenministeriums, Gennadi Gerassimow, durch die "Sinatra-Doktrin" ersetzt worden, wonach jedes Land selbst entscheiden könne, welchen Weg es einschlagen wolle.<sup>12</sup> Damit konnten die Reformprozesse im gesamten ehemaligen Ostblock ihre Dynamik gewinnen, die zum Ende des Ost-West-Konflikts führte.

(4) Wesentlicher Bestandteil dieser Entwicklungen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre waren die Erfolge im Bereich der *Rüstungskontrolle*, zu denen in besonderem Maße die veränderte *sowjetische Sicherheitspolitik* unter Michail Gorbatschow beigetragen hatte. Erstes Anzeichen dieser Veränderung war das von der Sowjetunion einseitig erklärte Moratorium bei Atomtests von August 1985 bis

9 Besonders deutlich zeigte sich die veränderte sowjetische Position beim Nahost-Konflikt: Mit Israel wurden wieder Kontakte aufgenommen, nachdem 1967 die Beziehungen abgebrochen worden waren. Zu den arabischen Staaten, die eine wichtige Rolle im Nahost-Konflikt spielten, unterhielt die Sowjetunion intensive Kontakte, mit deren Hilfe sie auf eine Lösung des Konflikts hinwirkte (vgl. Linde 1989).

10 Am deutlichsten wurde dies im Angola-Konflikt sichtbar; vgl. dazu Nel (1989: 256).

11 "Es ist an der Zeit, die Postulate des Kalten Krieges, da Europa als ein in Einflußbereiche und jemens 'Vorfelder' eingeteilter Schauplatz der Konfrontation, als Objekt der militärischen Auseinandersetzung, als Kriegsschauplatz betrachtet wurde, ad acta zu legen" (Rede Michail Gorbatschows vor dem Europarat am 6. Juli 1989, teilweise abgedruckt in Gasteyger 1990: 419f).

12 Für die Ostblockstaaten gelte das Motto des Sinatra-Hits "I did it my way"; vgl. Frankfurter Rundschau, 27. Oktober 1989: 2.

Februar 1987. Viel stärker wirkten auf den Westen jedoch die entscheidenden Initiativen der Sowjetunion beim Zustandekommen des INF-Vertrages<sup>13</sup> und zum Abschluß der Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) in Stockholm. Im Mai 1987 verkündete die Warschauer Vertragsorganisation (WVO) eine neue Militärdoktrin, die "ausschließlich Verteidigungscharakter" hatte und deren Grundsatz darin bestand, "keinen Krieg - weder einen mit nuklearen noch einen mit konventionellen Waffen geführten - zuzulassen".<sup>14</sup> Dieser Wandel in der militärischen Doktrin beinhaltete zugleich den einseitigen Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen.<sup>15</sup>

Ein ähnlich deutliches Abrücken von der ehemaligen sowjetischen Sicherheitspolitik zeigte sich in der Rede Michail Gorbatschows vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1988. Er kündigte eine einseitige Truppen- und Waffenreduzierung um 500.000 Soldaten, 10.000 Panzer, 8.500 Artilleriegeschütze und 800 Kampfflugzeuge an,<sup>16</sup> was am Ende zu einer massiven Abrüstung in Europa und 1989 zu den Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) zwischen den NATO-Staaten und den ehemaligen Mitgliedern der WVO in Wien führte. Schon im November 1990 konnte dann im Rahmen der Pariser Charta ein erstes Abkommen (KSE I) unterzeichnet werden, das zu wirklicher Abrüstung in Europa führte.

Die hier ganz knapp geschilderten Veränderungen der sowjetischen Politik in innen-, außen- und sicherheitspolitischer Hinsicht mögen aus heutiger Sicht als zwangsläufige Anpassungen an einen sich vollziehenden historischen Prozeß erscheinen. Ihre Bedeutung für die Auslösung dieses Prozesses läßt sich nur in Relation zur Festgefahrenheit der sowjetischen Politik in Zeiten des Ost-West-Konflikts ermessen; sie wird zugleich erkennbar an dem grundlegenden Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion in den USA und der Bundesrepublik Deutschland, der in diesem Kapitel dargestellt werden soll. Zunächst ist jedoch das beabsichtigte theoretische und methodische Vorgehen zu erläutern, ehe der den sowjetischen Reformen nachfolgende außenpolitische Einstellungswandel als hier zu erklärendes Phänomen detailliert dargestellt wird.

13 Abkommen vom 8.12.1987 zwischen der UdSSR und den USA über die vollständige Abschaffung ihrer landgestützten nuklearen Mittelstreckenwaffen (*Intermediate Range Nuclear Forces*).

14 Erklärung zu den Prinzipien der Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, abgedruckt in: Sowjetunion heute 32 (1987): 6, XIV.

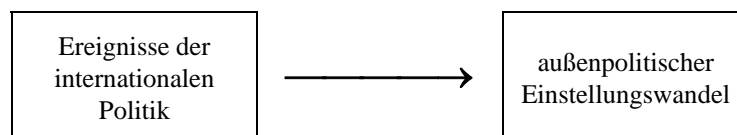
15 "Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages werden niemals und unter keinen Umständen militärische Handlungen gegen einen beliebigen Staat oder ein Staatenbündnis beginnen, wenn sie nicht selbst einem bewaffneten Überfall ausgesetzt sind. Sie werden niemals als erste Kernwaffen einsetzen" (Erklärung zu den Prinzipien der Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, abgedruckt in: Sowjetunion heute 32 (1987): 6, XIV). Vgl. hierzu auch Wettig (1989: 210) und Segbers (1991: 115).

16 Vgl. die Rede Michail Gorbatschows vor der UNO in New York, abgedruckt in: Sowjetunion heute 34 (1989): 1. Außerdem beschlossen zum gleichen Zeitpunkt die anderen WVO-Staaten eigene Reduzierungen; vgl. Segbers (1991: 117).

## 2.2. *Ein einfaches Erklärungsmodell und seine Kritik*

Innen-, außen- und sicherheitspolitisch hatte die Sowjetunion unter Führung Michail Gorbatschows ihr Gesicht grundlegend verändert, und dies wurde im Westen zunächst zweifelnd und zögerlich, doch zunehmend empathisch und hoffnungsvoll zur Kenntnis genommen. Die Verbesserung der Menschenrechtssituation in der Sowjetunion, die Aufhebung der Breschnew-Doktrin und die positiven Impulse zur Rüstungskontrolle und Abrüstung waren wohl die entscheidenden Elemente, die schließlich auch zu einem gewandelten Meinungsbild gegenüber der Sowjetunion am Ende der 1980er Jahre beigetragen haben. Dieser Zusammenhang von sowjetischer Reform-Politik und einem Wandel außenpolitischer Einstellungen im Westen muß zunächst nicht überraschen, denn er entspricht einem einfachen Erklärungsmodell, welches außenpolitischen Einstellungswandel als Folge von besonderen Ereignissen in der internationalen Politik betrachtet.<sup>17</sup>

Abbildung 1: *Einfaches Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels*



Die Erklärung außenpolitischen Einstellungswandels erfolgt nach diesem Modell unmittelbar anhand von Ereignissen der internationalen Politik, die den Erwartungen entgegenstehen. Überraschende Entwicklungen und politische Veränderungen in anderen Staaten oder in den zwischenstaatlichen Beziehungen erfordern bzw. bewirken danach eine entsprechende Anpassung außenpolitischer Einstellungen gegenüber den entsprechenden Staaten.

Nach diesem Erklärungsmodell läßt sich aus der - skizzenhaften - historischen Beschreibung der Reformen in der Sowjetunion und der damit in Gang gesetzten internationalen Wandlungsprozesse ein erheblicher außenpolitischer Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion erwarten. Und dieser hat zweifellos stattgefunden (siehe unten Abschnitt 2.5).<sup>18</sup> Doch sprechen gegen dieses einfache, nur auf den ersten Blick plausibel wirkende Erklärungsmodell, den außenpolitischen Einstellungswandel im Westen auf die Reformen in der ehemaligen Sowjetunion zurückzuführen, zwei gewichtige Gründe, ein theoretischer und ein empirischer.

(1) Die negativen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion waren der Prototyp des Feindbildes, wie es in der Friedensforschung der 1970er und 1980er Jahre

17 Vgl. etwa Breitenstein (1989), Wagenlehner (1989), aber auch Frei (1987a) und dazu Weller (1991: 31-33; 1992: 15).

18 So wurde etwa eine Untersuchung des politischen Einstellungswandels in der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion im Herbst 1989 unter dem Titel "Russen und Deutsche: Alte Feindbilder weichen neuen Hoffnungen" (Richter 1990a) veröffentlicht.

analysiert worden war. Dabei hatte sich, vor allem unter dem Eindruck der Stabilität des Feindbildes in der Phase politischer Entspannung zwischen Ost und West in den 1970er Jahren, die Auffassung durchgesetzt, daß Feindbilder kaum (vgl. Flohr 1991: 137), und wenn doch, so nur sehr, sehr langsam veränderbar seien:

"Man kann nicht erwarten, daß ein 50 Jahre altes Feindbild in fünf Jahren abgebaut werden kann. Das ist nur in zäher Kleinarbeit zu erreichen" (Lißmann et al. 1975: 61).

"Nur neue jahrzehnte- und vielleicht jahrhundertelange Erfahrungen können die alten Vorurteilsstrukturen [gegenüber dem Osten] überwinden" (Jahn 1979: 85).

"Die Korrektur von Fehlwahrnehmungen und Feindbildern ist schwer. Sie sind äußerst stabil und können selbst außerordentliche politische Veränderungen überdauern" (Birkenbach 1987b: 123).

Als verantwortlich hierfür wurden ganz unterschiedliche Erklärungsfaktoren aufgezählt (siehe unten Kap. 3), die eine scheinbar plausible Erklärung für das Phänomen "Feindbild", insbesondere für seine Stabilität boten. Wenn es sich also bei den negativen außenpolitischen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion Anfang der 1980er Jahre um ein Feindbild handelte, war der zügige Einstellungswandel aufgrund der Reformen in der Sowjetunion gewissermaßen ein theoriwidriges Verhalten.

Die Feindbild-Forschung liefert aufgrund ihrer Analysen der hohen Stabilität von Feindbildern eine ganze Reihe von Gründen, die gegen den einfachen Zusammenhang von politischen Reformen in der Sowjetunion und außenpolitischem Einstellungswandel im Westen sprechen. Hierfür wird vor allem auf sozialpsychologische Ansätze und Theorien der kognitiven Psychologie zurückgegriffen: Einstellungen sind kein Resultat purer Informationsverarbeitung, wie es vielleicht höchstens beim Speicher eines Computers vorstellbar ist, sondern zugleich Produkte eigener Grundhaltungen. "Every Opinion is a marriage of information and predisposition" (Zaller 1992: 6). Betrachtet man alleine die kognitive Dimension von Einstellungen,<sup>19</sup> sind bei Wahrnehmungsprozessen und Informationsverarbeitung eine Reihe von Mechanismen wirksam, die neuen Informationen zunächst nur geringe Chancen geben, aufgenommen zu werden (vgl. Fiske/Taylor 1991: Ch. 4 & 8). Hierzu zählen sowohl die Kategorisierung, durch welche bei der Wahrnehmung anderer Menschen sogenannte Stereotype gebildet werden, als auch die Vermeidung kognitiver Dissonanz, wodurch verhindert wird, daß Informationen aufgenommen werden, wenn sie nicht in das Schema der vorhandenen Einstellungen passen. Analysen kognitiver Wahrnehmungsprozesse verweisen mit Hilfe verschiedener Ansätze darauf, daß die Erklärung eines Einstellungswandels nicht ohne Berücksichtigung sozialpsychologischer Wahrnehmungsmechanismen auskommen kann, die sowohl auf der individuellen als auch der kollektiven Ebene ihre Wirkung entfalten. Dies ist ganz knapp zusammengefaßt der *theoretische* Einwand, auf den im Zusammenhang mit der Hypothesenüberprüfung noch ausführlicher einzugehen sein wird

19 Der klassische Komponenten-Ansatz geht von drei Einstellungsdimensionen aus: der kognitiven, der affektiven und der konativen Dimension; mit letzterer ist eine Verhaltensdisposition gemeint (vgl. Rosenberg/Hovland 1980; Stroebe 1980: 141-143; Rattinger/Heinlein 1986: 33-37).

(siehe unten Kap. 5) und dessen Übertragungen auf den Bereich außenpolitischer Einstellungen vor allem im dritten Kapitel im Zusammenhang der Feindbild-Forschung ausführlicher zur Sprache kommen werden.

(2) Der *empirische* Einwand gegen das einfache Erklärungsmodell, der außenpolitische Einstellungswandel im Westen sei alleine Ergebnis des sowjetischen Reformprozesses, findet sich im Vergleich von Meinungsumfragen. Hier zeigen sich auffällige Unterschiede, etwa zwischen dem Meinungswandel der bundesdeutschen Bevölkerung und dem seiner politischen Repräsentanten. Helmut Kohls "Gorbatschow-Goebbels-Vergleich" im Oktober 1986, d.h. ihre Gleichsetzung unter dem Aspekt, Gorbatschow - wie Goebbels - "versteht was von PR",<sup>20</sup> war ein deutliches Zeichen des Festhaltens am antikommunistischen Feindbild, während zu diesem Zeitpunkt die bundesdeutsche Bevölkerung schon eine deutliche Abkehr von ihren negativen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion vorgenommen hatte und insbesondere gegenüber Michail Gorbatschow erheblich positiver eingestellt war. So waren im November 1986, also zum fast gleichen Zeitpunkt wie Kohls Feindbild-Äußerung, über 83% der bundesdeutschen Bevölkerung der Ansicht, "daß Gorbatschow mehr für den Abbau von Spannungen in der Welt tut als frühere Sowjetführer" und nur knapp 17% waren der gegenteiligen Meinung, "daß sich die sowjetische Außenpolitik unter Gorbatschow nicht wirklich verändert hat".<sup>21</sup>

Viele Meinungsumfragen zeigen auch Unterschiede beim Einstellungswandel zwischen Teilgruppen der Bevölkerung, wenn die Ergebnisse etwa nach Geschlecht, Altersgruppe, Schulbildung oder Parteipräferenzen aufgeschlüsselt vorliegen (vgl. Weller 1992: Kap. 5.3).<sup>22</sup> Die deutlichste und zugleich politisch brisanteste Differenz beim außenpolitischen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion bestand aber in dem unterschiedlich verlaufenden Feindbild-Zerfall zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland. In den USA zeigte sich in den ersten Jahren der Amtszeit Michail Gorbatschows nur ein sehr geringer Wandel der außenpolitischen

20 In einem Interview mit Redakteuren des amerikanischen Nachrichtenmagazins *Newsweek* hatte Bundeskanzler Kohl - kurz vor den im Januar 1987 anstehenden Bundestagswahlen - gesagt: "Ich bin kein Narr, ich halte ihn nicht für einen Liberalen. Es gibt genug Narren in der westlichen Welt zwischen Journalisten und Politikern. Die Frau Gorbatschow ist eine attraktive Frau, die reist nach Paris und kauft sich natürlich Kleider in Paris. Das hat doch damit überhaupt nichts zu tun. Das ist ein moderner kommunistischer Führer. Der war nie in Kalifornien, nie in Hollywood, aber versteht was von PR. Der Goebbels verstand auch was von PR. Man muß die Dinge doch auf den Punkt bringen" (zit. nach *Der Spiegel* 40: 46, 10.11.1986, 19).

21 Emnid-Umfrage USI86071; vgl. Rattinger et al. (1995: 54, 121, Frage 3089). Bei einer Spiegel-Umfrage zu Kohls "Gorbatschow-Goebbels-Vergleich" waren 90% der Befragten der Auffassung, daß es falsch gewesen sei, daß der Bundeskanzler sich so geäußert habe und von diesen 90% hielten 26% den Vergleich zwar für berechtigt, aber als Bundeskanzler dürfe man sich so nicht äußern, während 64% den Vergleich für nicht gerechtfertigt hielten (vgl. *Der Spiegel* 40: 46, 10.11.1986, 28).

22 "One of the most consistently useful demographic approaches for analyzing foreign policy issues is to divide the population into four subgroups: college educated men; college educated women; men without a college education; and women without a college education. In virtually every survey, the views of these four subgroups produced meaningful distinctions and assumed great predictive value in anticipating future ATS [Americans Talk Security; siehe dazu unten Abschnitt 2.6] survey results" (Marttila 1989: 274; vgl. auch ATS 1990: 27).

Einstellungen gegenüber der Sowjetunion, während die Deutschen - aus der Sicht der Amerikaner - mit "Gorbimania" (vgl. Risse-Kappen 1995d: 191; Hoffmann 1992) auf die Reformanstrengungen des sowjetischen Generalsekretärs reagierten. Damit gingen auch politische Differenzen, besonders zwischen der deutschen und der US-amerikanischen Regierung über die Frage einher, wie der Westen auf die Reformen in der UdSSR reagieren sollte.<sup>23</sup> Der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher hatte schon im Sommer 1986 - im Gegensatz zur US-Regierung - die Position eingenommen, Gorbatschow beim Wort zu nehmen,<sup>24</sup> woraus die amerikanische Pejoration seines Namens ("Genscherism")<sup>25</sup> resultierte. Vor allem die sicherheitspolitischen Reaktionen auf die sowjetischen Angebote zur Rüstungskontrolle waren innerhalb der westlichen Militärallianz heftig umstritten, was der NATO am Ende der 1980er Jahre eine ihrer schwersten Krisen einbrachte. Einige europäische Regierungen, insbesondere die deutsche und die niederländische,<sup>26</sup> standen unter erheblichem Druck durch starke Friedensbewegungen, die zur Erreichung ihrer Ziele besondere Hoffnungen auf die sowjetischen Reformen in der Sicherheitspolitik setzten. Gerade die deutsche Friedensbewegung sah außerdem im Abbau des Antikommunismus ein wichtiges Handlungsfeld (vgl. Deile 1987; Lenhard 1987; Goldschmidt 1989), während die amerikanische *Freeze*-Bewegung alleine auf einen Stopp der Aufrüstungsspirale zielte und nie versuchte, das anti-kommunistische Feindbild in den USA in Frage zu stellen.<sup>27</sup>

Damit sind neben den zuvor genannten theoretischen auch einige der empirischen Einwände gegen das einfache Erklärungsmodell (siehe oben Abb. 1) benannt, die deutlich machen sollen, daß außenpolitischer Einstellungswandel keine einfache Abbildung internationaler Wandlungsprozesse darstellt. Es sind folglich nicht nur

23 Beispielhaft zeigte sich dies etwa in der US-amerikanischen Diskussion um "Equidistance" 1987, als eine zunehmende Nähe der BRD zur Sowjetunion und eine Lockerung der bundesdeutschen Bindungen an die USA wahrgenommen wurde (vgl. Sinus 1988: 5).

24 Vgl. Genscher (1995: 489-510) sowie dessen "Grundsatzrede zu den West-Ost-Beziehungen" (Genscher 1995: 516) vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos: "Wenn es heute die Chance geben sollte, daß nach 40 Jahren Konfrontation im West-Ost-Verhältnis ein Wendepunkt erreicht werden könnte, dann wäre es ein Fehler von historischem Ausmaß, wenn der Westen diese Chance vorübergehen ließe, nur weil er sich nicht aus einem Denken lösen kann, das beim Blick auf die Sowjetunion immer nur einzig und allein den schlimmsten Fall anzunehmen vermag [...]. Nehmen wir Gorbatschow ernst, nehmen wir ihn beim Wort!" (Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Genscher, beim "World Economic Forum" in Davos am 1. Februar 1987, abgedruckt in: Auswärtiges Amt 1990: 597-601).

25 Vgl. Risse-Kappen (1991b: 269).

26 Dies hing vor allem damit zusammen, daß die BRD und die Niederlande die zwei Hauptstationierungsländer neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen sein sollten, deren militärstrategische Begründung eng mit der Einschätzung der sowjetischen Sicherheitspolitik zusammenhing und über lange Zeit höchst umstritten war.

27 "In ihrem Bemühen um gesellschaftliche Achtung und aus Angst, ins Kreuzfeuer der mächtigen Geschütze der amerikanischen Kommunistenjäger zu geraten, neigte die Abrüstungsbewegung in den USA dazu, die chronischen antisowjetischen Ressentiments der Amerikaner unabsichtlich noch zu verstärken. Ein solches Vorgehen verschafft vielleicht eine größere gesellschaftliche 'Achtung', trägt jedoch dazu bei, das Klima des Kalten Krieges in westlichen Gesellschaften zu verschärfen statt abzuschwächen" (Solomon 1985: 166f); vgl. auch Wasmuht (1987c).

theoretische, sondern auch empirische Gründe, die gegen das oben dargestellte einfache Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels sprechen, denn ihm stehen sowohl die Erkenntnisse der kognitiven Psychologie als auch die vielfältigen Einstellungsdifferenzen, die hier nur angedeutet werden konnten, entgegen. Wenn hierbei auch schon auf Faktoren hingewiesen wurde, welche den länderspezifisch unterschiedlichen außenpolitischen Einstellungswandel möglicherweise erklären könnten, kann es sich selbstverständlich nur um Ad-hoc-Erklärungen handeln, die bei der unten erfolgenden Hypothesen-Überprüfung ihre theoretische Tragfähigkeit zu erweisen haben.

### 2.3. *Methodisches Vorgehen*

Die vorstehende historische und theoretische Hinführung zum Kern der wissenschaftlichen Problemstellung bezüglich der öffentlichen Meinung in der Außenpolitik hat verdeutlicht, daß gerade in der historischen Umbruchsituation am Ende des Ost-West-Konflikts eine enge Verflechtung zwischen dem außenpolitischen Handlungsspielraum einer Regierung und den Bevölkerungseinstellungen gegenüber der Sowjetunion bestanden hat, womit die theoretische Prämisse der vorliegenden Arbeit gestützt wird, daß außenpolitische Einstellungen der Bevölkerung ein entscheidender gesellschaftlicher Einflußfaktor auf Außenpolitik sind (Müller/Risse-Kappen 1990: 382-392; Page et al. 1987). Zugleich wurde deutlich, wie differenziert die öffentliche Meinung auf Ereignisse der internationalen Politik reagiert und welche psychologischen Faktoren hierauf Einfluß nehmen. Für die Erarbeitung eines wissenschaftlichen Erklärungsmodells eines Feindbild-Zerfalls bzw. einschneidenden außenpolitischen Einstellungswandels läßt sich nun aber genau an diesen zwei Punkten ansetzen. Der oben genannte theoretische Einwand weist darauf hin, an welcher Stelle das einfache Erklärungsmodell (siehe oben Abb. 1) ergänzungsbedürftig sein könnte; die empirischen Einstellungsunterschiede verdeutlichen die Notwendigkeit eines differenzierteren Erklärungsmodells und bieten zugleich die Chance eines vergleichenden Untersuchungsdesigns. Im folgenden soll es darum gehen, genau jene Differenz im außenpolitischen Einstellungswandel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA, die von erheblicher Bedeutung für die internationale Politik am Ende des Ost-West-Konflikts war, als Rätsel für die theoretische Auseinandersetzung zu nutzen. Damit zielt diese Arbeit über die Erklärung des historischen Einzelfalls hinaus, sie nutzt ihn gewissermaßen nur zur Entwicklung eines Erklärungsmodells (vgl. George 1979: 44), das allgemeine Aussagen über die Bedingungsfaktoren außenpolitischen Einstellungswandels ermöglichen soll.

Theorieentwicklung in den Sozialwissenschaften kann nicht durch experimentelle Anordnungen den Einfluß verschiedener Variablen isolieren und darüber zu Theorieaussagen gelangen. Vielmehr dient gewissermaßen die Geschichte als Labor, sind historische Ereignisse als Fälle eines bestimmten zu erklärenden Phänomens aufzufassen, welche dann miteinander verglichen werden, um aus dem gezielten

Vergleich Theorieaussagen ableiten zu können. Hierbei ist zum einen darauf zu achten, daß das zu erklärende Phänomen möglichst präzise bestimmt wird und daß sich zum anderen eine eindeutige Differenz bei der Ausprägung der zu erklärenden Variable zwischen den zum Vergleich anstehenden Fällen zeigt. Wenn es diese Differenz gibt und möglichst viele eventuell einflußreiche erklärende Variablen in den Vergleichsfällen übereinstimmen, lassen sich durch eine "structured focused comparison" (George 1979) die Erklärungswerte derjenigen unabhängigen Variablen erforschen, die von den vorliegenden Erklärungsmodellen als zentrale Erklärungsvariablen angeführt werden. Diesem Vorgehen entspricht die im fünften Kapitel erfolgende Überprüfung der zuvor aus einschlägigen Erklärungsansätzen entwickelten Hypothesen.

Das zu erklärende Phänomen ist *außenpolitischer Einstellungswandel*. Es wird untersucht am Beispiel des Feindbild-Zerfalls gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts. Daß es hierfür eine Vielzahl von Variablen gibt, die zur Erklärung dieses außenpolitischen Einstellungswandels beitragen können, steht außer Frage. Sozialwissenschaftliche Theoriebildung zielt jedoch nicht auf die Erklärung von Einzelfällen, sondern auf verallgemeinerbare Zusammenhänge zwischen einzelnen Elementen der sozialen Welt. Solche Zusammenhänge lassen sich als allgemeine Hypothesen formulieren, die dann ihre Erklärungskraft durch Anwendung auf verschiedene Einzelfälle unter Beweis zu stellen haben. Indem innerhalb einer Arbeit jeweils nur eine sehr begrenzte Zahl von Fällen untersucht werden kann, bleibt auch der jeweils zu leistende Beitrag zur Theoriebildung bescheiden. Allerdings ermöglicht die überlegte Auswahl der Fälle, auf der Grundlage vorhandener Hypothesen, die Theoriebildung gezielt voranzutreiben (George 1979).

Auf der Suche nach Variation bei der Ausprägung der abhängigen Variable für ein vergleichendes Forschungsdesign (vgl. King et al. 1994: 45, 108) ließ sich verschiedenen Hinweisen in der Literatur folgend eine erhebliche Differenz zwischen dem US-amerikanischen und dem bundesdeutschen außenpolitischen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts erwarten.<sup>28</sup> Der Vergleich zwischen dem US-amerikanischen und dem bundesdeutschen Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion erschien zudem nicht nur theoretisch vielversprechend, sondern zugleich auch politisch interessant und außerdem empirisch vergleichsweise gut zugänglich zu sein (siehe unten Abschnitt 2.4.3). Die vagen Hinweise auf den länderspezifisch unterschiedlichen außenpolitischen Einstellungswandel zwischen der BRD und den USA haben sich dann bei einer genaueren Analyse auch bestätigt (siehe unten Abschnitt 2.7). Zwar hat die Erfassung der Variable "außenpolitischer Einstellungswandel" mit erheblichen methodischen Problemen zu ringen, doch zeigt sich in den Abschnitten 2.5 und 2.6, daß der zentralen Voraussetzung des hier gewählten Forschungsdesigns - einer differenzierten Darstellung der Varianz bei der abhängigen Variable - doch einiger-

28 Vgl. die Umfragedaten in Risse-Kappen (1991a, 1991b, 1994c, 1995d); Russett (1989); Rattinger (1991); Richman (1991); Hinckley (1989); Weller (1992: 10, 27); Munton (1993).



maßen entsprochen werden konnte. Zunächst ist jedoch darauf einzugehen, wie die abhängige Variable operationalisiert werden kann.

#### *2.4. Zur Operationalisierung der abhängigen Variable*

Die präzise Darstellung dessen, was erklärt werden soll, hat sich nicht nur an den sozialwissenschaftlich meßbaren Eigenschaften der Gegenstände, sondern vor allem an den theoretischen Konzeptualisierungen *der* Ansätze zu orientieren, deren Hypothesen anschließend zur Erklärung herangezogen werden sollen. Aus diesem Grund ist vor einer Diskussion der Indikatoren für die Erhebung der abhängigen Variable auf die Definitionen und Operationalisierungen in den zwei Ansätzen einzugehen, deren Hypothesen in dieser Arbeit überprüft werden sollen. Sie entstammen unterschiedlichen Forschungssträngen und verwenden daher auch unterschiedliche Begrifflichkeiten. In ihrer Konzeptualisierung des in dieser Arbeit im Mittelpunkt stehenden Phänomens, der außenpolitischen öffentlichen Meinung, ist jedoch eine weitgehende Übereinstimmung festzustellen. Diese zu verdeutlichen werden nun zunächst die Begrifflichkeiten der zwei Ansätze diskutiert, ehe der außenpolitische Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion in den zwei untersuchten Ländern dargestellt wird. Auf den jeweiligen theoretischen Hintergrund der zwei Ansätze wird im Zusammenhang der Hypothesenbildung in den Kapiteln 3 und 4 eingegangen.

##### *2.4.1. Das antikommunistische Feindbild*

Die intensive Analyse der negativen außenpolitischen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion als "Feindbilder" begann Anfang der 1970er Jahre. Vor allem in der deutschsprachigen Politikwissenschaft bzw. Friedensforschung läßt sich ein Forschungs- und Kommunikationszusammenhang erkennen, der als "Feindbild-Forschung" bezeichnet werden kann (vgl. Weller 2000a). Doch trotz teilweise groß angelegter Studien (Becker et al. 1977; Frei 1984) wurde bis zum Ende der 1980er Jahre keine so tragfähige Definition des Begriffs "Feindbild" entwickelt, die auch eine problemlose empirische Untersuchung dieses Phänomens ermöglichen würde. Aus diesem Grund will ich hier zunächst eine Begriffsbestimmung vornehmen, die an das Wortverständnis in der Feindbild-Forschung anknüpft, zugleich aber einen stärker analytischen Zugriff - sowohl empirisch als auch theoretisch - ermöglichen soll. Hierfür greife ich auf meine früheren Analysen des Feindbild-Zerfalls gegenüber der Sowjetunion zurück (Weller 1991, 1992).

Einen häufigen Sprachgebrauch aufgreifend läßt sich das Feindbild gegenüber der Sowjetunion bzw. dem "Ostblock" auch als "Antikommunismus" bezeichnen, ohne daß damit behauptet werden soll, daß das Objekt der negativen Einstellungen der Kommunismus als Weltanschauung wäre. In meinem Begriffsverständnis wird mit "Feindbild" - und damit auch mit "Antikommunismus" - immer eine Einstellung gegenüber einer anderen Gruppe bezeichnet, doch zur sprachlichen Vereinfachung

der Darstellung soll "Antikommunismus" jenes Feindbild bezeichnen, das in weiten Teilen des Westens die außenpolitischen Einstellungen im Zusammenhang des Ost-West-Konflikts bestimmte.

Ein Spezifikum von Feindbildern ist zunächst ihr negativer Gehalt, dann aber auch ihre soziale Dimension: es sind nicht individuelle Abneigungen, die Feindbilder entstehen lassen, sondern soziale Kommunikationsprozesse, in denen negative Einstellungen entstehen, geprägt und stabilisiert werden. Außerdem soll bei dieser Feindbild-Definition eine Eingrenzung der Einstellungs-Objekte auf Kollektive vorgenommen werden, denn Intergruppen-Beziehungen zeichnen sich durch einige spezifische Merkmale aus, die von großer Bedeutung für die jeweils entwickelten Einstellungen voneinander sind. Sowohl empirische Beobachtungen als auch sozialpsychologische Theorien weisen darauf hin, daß einem Feindbild immer auch ein sog. "Freundbild" korrespondiert, Feindbilder somit die eine Hälfte von sog. Freund-Feind-Schemata sind und ihnen daher ein dichotomisches Muster zugrundeliegt. Diese Überlegungen haben die folgende Begriffsbestimmung angeleitet, die in enger Beziehung zu sozialpsychologischen Theorien steht (vgl. Weller 1995):

*Unter "Feindbild" verstehe ich eine (1) aus einem sozial vermittelten, (2) dichotomischen Wahrnehmungsmuster resultierende (3) negative Einstellung (4) gegenüber einer anderen Gruppe.*

(1) Feindbilder sind immer kollektive Bilder, wobei das Wahrnehmungsmuster, welches die Bilder entstehen läßt, durch die Kommunikation und Interaktion in der Gruppe vermittelt und aufrechterhalten wird. Folglich soll mit "Feindbild" nicht die Einstellung oder Abneigung eines oder einer einzelnen gegenüber einer anderen Gruppe, sondern immer die Einstellungsverteilung in einem Kollektiv bezeichnet werden.<sup>29</sup>

(2) Feindbilder entstehen durch *dichotomische Wahrnehmungsmuster*, wenn Informationen über andere Kollektive verarbeitet und damit interpretiert werden. Diese, die Informationen strukturierenden Wahrnehmungsmuster sind dichotomisch geprägt, weil mit der negativen Interpretation von Informationen über eine Fremdgruppe eine positive Bewertung der Eigengruppe verbunden ist.<sup>30</sup>

(3) Bei Feindbildern sind die sozial vermittelten Wahrnehmungsmuster *negativ*, d.h. daß grundsätzlich von feindseligen, den eigenen Interessen zuwiderlaufenden Absichten der beurteilten Gruppe ausgegangen wird und die Informationen auf dieser Grundlage, nach diesem Muster verarbeitet werden.<sup>31</sup>

29 Vgl. Lenk (1982: 141), Lippert/Wachtler (1988: 79) und Lißmann et al. (1975: 40). Das Feindbild ist dabei immer eine der Gemeinsamkeiten der Gruppe.

30 Kognitive Wahrnehmungsprozesse erfordern Kategorisierungen (vgl. Stroebe 1980: 73f), die sich im Bereich der *sozialen* Umwelt in starkem Maße an der Unterscheidung zwischen *ingroup* und *outgroup* orientieren und damit zu Dichotomien neigen (vgl. Stapf et al. 1986: 26-28). Theobald/Sommer (1988: 3) sprechen von einem "Deutungsmuster für politisches Geschehen".

31 Ein eindruckliches Beispiel für ein negatives Wahrnehmungsmuster findet sich bei Finlay et al. (1967: 26, Hervorh. dort): "If the average American reads of Canadian troop movements or field exercises along the American frontier, he is unlikely to feel any threat to the United States; [...]"

(4) Bei Feindbildern handelt es sich immer um Einstellungen *gegenüber einer Gruppe*, beispielsweise einem Volk, einem Staat, einer Nation, einer ethnischen oder religiösen Gruppe, auch dann, wenn sich das Feindbild in starkem Maße als Einstellung gegenüber repräsentativen Personen oder Symbolobjekten äußert.<sup>32</sup>

Diese Feindbild-Definition stellt sowohl im Hinblick auf die empirische Meßbarkeit der Stärke eines Feindbildes wie auch bezogen auf die Theorieangebote der Sozialpsychologie eine Weiterentwicklung bisher verwendeter Feindbild-Begriffe dar. Indem Feindbilder als kollektive Einstellungen definiert werden, läßt sich empirisch auf die Erhebung von Einstellungen im Rahmen repräsentativer Meinungsumfragen zurückgreifen.<sup>33</sup> Theoretisch läßt sich dann, um zu den Einflußfaktoren auf Feindbilder vorzudringen und damit auch ihren Wandel erklären zu können, auf Theorien der Einstellungsforschung in der kognitiven Sozialpsychologie (vgl. Fiske/Taylor 1991) zurückgreifen.

Mit diesem Feindbild-Begriff wird zugleich ein konstruktivistisches Analysekonzept verfolgt, welches bei der Hypothesen-Überprüfung und ihrer Kritik im fünften Kapitel näher erläutert werden wird. Dieses konstruktivistische Analysekonzept hängt auch damit zusammen, daß auf das häufig für Feindbild-Definitionen verwendete Bestimmungskennzeichen "Fehlwahrnehmung" aus erkenntnistheoretischen Gründen verzichtet und statt dessen ein graduelles Feindbild-Konzept verwendet wird. Damit tritt die Frage, *ob* ein Feindbild vorliegt oder nicht, in den Hintergrund zugunsten der Analyse der Stärke und des Wandels von Feindbildern in einem Kollektiv. Die Stärke eines Feindbildes hängt dann vom Anteil derer ab, die eine negative Einstellung besitzen. Gibt es nur ein geringes Übergewicht negativer in Relation zu den positiven Einstellungen gegenüber einer anderen Gruppe, handelt es sich um ein schwaches Feindbild. Bei einer deutlichen Mehrheit von Personen mit negativer Einstellung läßt sich hingegen von einem starken Feindbild sprechen.<sup>34</sup>

If, on the other hand, the same person is told that there have been *no* movements of Soviet troops for a long time, his reaction may well be one of suspicion, if not anxiety: 'What can they be up to now?'"

32 Auch wenn im Zusammenhang von internationalen Konflikten immer wieder eine starke Personalisierung von Feindbildern zu beobachten ist (Bsp.: Saddam Hussein, Slobodan Milosevic), stehen diese Personen doch repräsentativ für ein bestimmtes Kollektiv, etwa einen Staat, einen Herrschaftsapparat, eine militärische Organisation oder ähnliches.

33 Bei Einstellungen handelt es sich um latente Eigenschaften, die sich nicht direkt beobachten lassen (vgl. Rattinger/Heinlein 1986: 45). Diese Eigenschaften lassen sich jedoch aus dem Antwortverhalten auf bestimmte Fragen erschließen. Insofern sind repräsentative Meinungsumfragen ein anerkanntes Mittel zur Erhebung von Einstellungen.

34 Wollte man in diesem Konzept einen präzisen Grenzwert benennen, wann das Einstellungsmuster eines Kollektivs als "Feindbild" bezeichnet werden kann, wäre dies ein Übergewicht der negativen gegenüber den positiven Einstellungen, d.h. die Zahl der Mitglieder des Kollektivs, die eine negative Einstellung haben, übersteigt die Zahl derjenigen, die eine positive Einstellung haben, wobei die Zahl derer ohne eindeutig positive oder negative Einstellung einen bestimmten Wert nicht überschreiten sollte, da sonst der kollektive Charakter des Feindbildes in Zweifel zu ziehen wäre.

Entsprechend dieser Konzeptualisierung läßt sich die Stärke eines Feindbildes an Ergebnissen repräsentativer Meinungsumfragen ablesen. Solche Umfrageergebnisse gelten als Indikatoren für Einstellungen, die selbst nicht beobachtet werden können. Unter "Einstellung" wird dabei die Bereitschaft zur Bewertung eines Einstellungsgegenstands aufgrund von Meinungen und Gefühlen über ihn verstanden (vgl. Stroebe 1980: 142). Geht es um *außenpolitische* Einstellungen, sind solche Meinungsumfragen von Relevanz, bei denen nach Bewertungen außenpolitischer Einstellungsobjekte gefragt wird. Bei einem Feindbild resultiert die negative Einstellung aus einem Wahrnehmungsmuster, so daß negative Meinungen und Gefühle gegenüber weitgehend allen Einzelaspekten des Einstellungsgegenstands vorherrschen. Die Stärke eines Feindbildes läßt sich somit am eindeutigsten dadurch bestimmen, daß die vornehmlich wahrgenommenen Einzelaspekte eines Einstellungsobjekts identifiziert und die diesen Einzelaspekten gegenüber geäußerten Meinungen und Gefühle untersucht werden.

Geht man von der oben dargelegten Feindbild-Definition aus, liegt ein *Feindbild-Wandel* dann vor, wenn sich in einer Gruppe der Anteil derer, die an ihren aus einem sozial vermittelten, dichotomischen Wahrnehmungsmuster resultierenden negativen Einstellungen gegenüber einer anderen Gruppe festhalten, verringert oder erhöht. Bei einem *außenpolitischen Feindbild* kommt es auf die wertenden Einstellungen gegenüber einem anderen Land, seiner Politik, Bevölkerung oder politischen Führung an, und in der Regel wird man von einem *außenpolitischen Feindbild* immer in bezug auf eine nationale Gruppe bzw. die Bevölkerung eines Staates sprechen.<sup>35</sup> Empirisch muß sich der *Wandel eines außenpolitischen Feindbildes* in einer Veränderung der Ergebnisse miteinander übereinstimmender repräsentativer Meinungsumfragen zu unterschiedlichen Zeitpunkten niederschlagen, indem sich der Anteil derer verändert, die negative Einstellungen gegenüber einem anderen Land besitzen.

In der Feindbild-Forschung und auch im hier zu untersuchenden Fall ist der Wandel eines Feindbildes zumeist die Veränderung von einem starken zu einem weniger starken Feindbild. Ein solcher Wandel soll "Feindbild-Zerfall" heißen, ohne daß damit schon eine Aussage über das Ausmaß oder die Dauerhaftigkeit des Wandels gemacht wird; alleine die Richtung des Wandels wird damit angegeben. Eine solche Terminologie rechtfertigt sich auf dem Hintergrund der vorherrschenden Begrifflichkeiten in der Feindbild-Forschung, die von "Feindbild-Abbau" in der Regel dann spricht, wenn sie eine Korrektur negativer Wahrnehmungsmuster *fordert* (vgl. Weller 2000a). Davon muß jedoch ein empirisch beobachteter Feindbild-Wandel unterschieden werden. "Feindbild-Abbau" bezeichnet somit den intentionalen Verzicht der Einstellungssubjekte auf ihre negativen Wahrnehmungsmuster und Einstellungen, "Feindbild-Zerfall" dagegen einen unabhängig von Intentionen beobachtbaren Einstellungswandel in Richtung auf ein schwächeres Feindbild.

35 Es soll jedoch nicht definitorisch ausgeschlossen werden, daß auch über eine Teilgruppe einer Gesellschaft gesagt werden kann, sie besitze ein außenpolitisches Feindbild.

Um die Schwächung des Feindbildes gegenüber der Sowjetunion als der abhängigen Variable für die Ansätze der Feindbild-Forschung erfassen zu können, ist der Vergleich von Umfrageergebnissen notwendig, die als Indikatoren für solche Einstellungen gelten können, die aus einem dichotomischen Wahrnehmungsmuster gegenüber der Sowjetunion resultieren und damit vor allem bewertende Aussagen über die sowjetische Politik beinhalten. Folgende Einzelaspekte des Einstellungsgegenstands Sowjetunion lassen sich als "Komponenten des Antikommunismus" (vgl. Weller 1992: Kap. 2.2) voneinander unterscheiden,<sup>36</sup> bezüglich derer immer wieder die Meinungen der Bevölkerung erhoben wurden:

- Expansionsstreben zur Ausdehnung der sowjetischen Einflußsphäre;
- Streben nach militärischer Überlegenheit;
- Totalitarismus, diktatorisches politisches System.

Als eine die ersten beiden Aspekte dieses Feindbildes verbindende Meinung über die Sowjetunion kann auch die militärische Bedrohungswahrnehmung als Indikator des antikommunistischen Feindbildes aufgefaßt werden; sie setzt sich vornehmlich zusammen aus der Perzeption politischer Intentionen (erster Aspekt) und militärischer Fähigkeiten (zweiter Aspekt). Außerdem werden auch mit Umfragen zur Sympathie für die Sowjetunion oder zum ihr entgegengebrachten Vertrauen Meinungen und Gefühle gegenüber der Sowjetunion erhoben (vgl. auch Hurwitz/Peffley 1988), anhand derer sich etwas über die Stärke des Feindbildes erkennen läßt (vgl. Weller 1992: Kap. 3). Das dichotomische Wahrnehmungsmuster, welches Feindbildern zugrundeliegt, läßt sich jedoch niemals anhand eines einzelnen Indikators für die negativen Einstellungen gegenüber einer anderen Gruppe erfassen. Die Stärke eines Feindbildes ist erst an den Meinungen und Gefühlen gegenüber mehreren Einzelaspekten des Einstellungsgegenstands ablesbar. Läßt sich anhand solcher Meinungen und Gefühle ein Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion - von einer vormals mehrheitlich negativen Einstellung zu positiveren Meinungen und Bewertungen - erkennen, ist von einem Zerfall des Feindbildes gegenüber der Sowjetunion auszugehen.

#### 2.4.2. *"Public Opinion on the Soviet Union"*

Die Untersuchung des Zusammenhangs von Außenpolitik und öffentlicher Meinung hat im deutschsprachigen Raum nur wenig Aufmerksamkeit gefunden.<sup>37</sup> Entsprechend findet sich innerhalb dieses Felds der Außenpolitik-Analyse auch kein Erklärungsansatz für den in dieser Arbeit untersuchten außenpolitischen Einstel-

36 Vgl. zu ähnlichen Aufgliederungen des Antikommunismus auch Daschitschew (1986, 1989), der sieben Elemente des Feindbildes von der Sowjetunion unterscheidet, und Kogon (1982), der betont, daß sich das Feindbild nicht auf das russische Volk beziehe, sondern auf die Staatspolizei, die Parteienherrschaft und die aggressive Außenpolitik der Sowjetunion.

37 Die wenigen einschlägigen Beiträge sind Mutz (1978), Rattinger (1984), Noack (1975, 1986), Rattinger/Heinlein (1986), Dobler (1989), Müller/Risse-Kappen (1990) und Rattinger et al. (1995).

lungswandel. Im englischen Sprachraum und vor allem in den USA ist dagegen "Public Opinion and (American) Foreign Policy" ein viel diskutiertes und innerhalb der Außenpolitik-Analyse auch intensiv und häufig bearbeitetes Thema.<sup>38</sup> Insofern muß es nicht überraschen, daß sich die amerikanische Außenpolitik-Forschung immer wieder auch dafür interessierte, wie das zustandekommt, was sie als "Public Opinion" bezeichnet. Welches Begriffsverständnis diesen Untersuchungen und insbesondere dem *Rational-Public*-Ansatz (Page/Shapiro 1992), der den Anspruch verfolgt, den Wandel der "Public Opinion" zu erklären, zugrundeliegt, soll hier zunächst dargelegt werden, ehe auf die von Page und Shapiro (1992: 280f) angeführten Daten zum amerikanischen außenpolitischen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts eingegangen wird.

Mit einem umfassenden Anspruch haben Page und Shapiro (1992) eine Analyse amerikanischer Umfrageergebnisse durchgeführt, in der sie nicht nur die öffentliche Meinung zur Außenpolitik, sondern zu ganz verschiedenen politischen Themenfeldern untersucht haben. Dieser Band mit dem Titel "The Rational Public" gehört jedoch in besonderer Weise in den Diskussionszusammenhang von "Public Opinion and American Foreign Policy", denn er nimmt seinen Ausgangspunkt in genau jenen vieldiskutierten Auffassungen von der öffentlichen Meinung als unbeständig, kohärenzlos und launisch, welche am Anfang der Diskussionen um den Einfluß der öffentlichen Meinung auf Außenpolitik standen und sie auch immer wieder neu angestoßen haben (siehe unten Kap. 4). Page und Shapiro (1992) wollen diese Auffassungen ein für allemal widerlegen und haben dafür eine umfassende Datensammlung und -untersuchung vorgenommen. Aus den gesamten amerikanischen Umfrageergebnissen zu politischen Themen von 1935 bis 1990 nahmen sie jene Fragen heraus, mit denen mehrfach die öffentliche Meinung erhoben wurde. Diese Meinungsumfragen haben sie dann einer Sekundäranalyse und Interpretation ihrer Ergebnisse unterzogen, um gegen die Auffassung von der unbeständigen, kohärenzlosen und launigen öffentlichen Meinung zu argumentieren. Daraus entstand ihr Ansatz des "Rational Public":

"The main argument is that the collective policy preferences of the American public are predominantly *rational*, in the sense that they are *real* - not meaningless, random 'non-attitudes'; that they are generally *stable*, seldom changing by large amounts and rarely fluctuating back and forth; that they form *coherent* and mutually consistent (not self-contradictory) patterns, involving meaningful distinctions" (Page/Shapiro 1992: xi, Hervorh. dort).

Dieses Zitat aus dem Vorwort beschreibt sowohl ihr zentrales Argument als auch die abhängige Variable ihres Ansatzes. Es geht um die "collective policy preferences of the American public", die synonym auch als "public opinion" bezeichnet werden.

38 Vgl. nur die im letzten Jahrzehnt hierzu erschienenen Bücher: Wittkopf (1990), Russett (1990), Marjenhoff (1991), Rattinger/Munton (1991), Hinckley (1992), Nincic (1992), Sobel (1993), Yankelovich/Destler (1994), Mueller (1994), Cohen (1995), Holsti (1996). Allerdings bieten sie alle keine eingehende Untersuchung zum Wandel der außenpolitischen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts.

Damit orientieren sich Page und Shapiro an einem Sprachgebrauch, der sich in den USA mit der Entwicklung der Techniken der Meinungsumfrage immer mehr durchgesetzt hat. Zwar gibt es auch dort, ausgehend von normativen demokratietheoretischen Ansätzen, erhebliche Zweifel, ob durch Meinungsumfragen die "öffentliche Meinung" erfaßt werden könne (vgl. etwa Fishkin 1995). Was Meinungsumfragen messen könnten, sei - so wird teilweise argumentiert - nahezu irrelevant für das, was die "öffentliche Meinung" ausmache,<sup>39</sup> oder zumindest nur eines unter vielen Elementen: "Thus, there is widespread despair over dignifying the uninformed, unprocessed opinions of the majority, adding them up, and calling it public opinion" (Katz 1995: xxv; vgl. auch Neuman 1986). Doch nichts desto trotz hat sich in den USA ein Begriffs-Verständnis durchgesetzt, das mit "Public Opinion" genau die Ergebnisse repräsentativer Meinungsumfragen bezeichnet:<sup>40</sup>

"It is exactly this kind of 'one person, one vote' tally of opinions as routinely reported today by polls and surveys which has now become the consensual understanding the world around as to a baseline definition of public opinion" (Converse 1987: 14).

Genau auf diesem Verständnis von "Public Opinion", wie es die Ergebnisse repräsentativer Meinungsumfragen präsentieren, basiert die Konzeptualisierung der abhängigen Variable in der Untersuchung von Page und Shapiro (1992). Dabei sind sie jedoch wenig präzise mit ihren im Laufe des Buches verwendeten Begrifflichkeiten: "collective public opinion" (14) scheint synonym für "collective policy preferences" (xi, 14, 60) verwendet zu werden, wobei jedoch für die Operationalisierung der hier interessierenden Variable vor allem ihre Messungen von "opinion change" (50f) bzw. "collective opinion change" (31f) relevant sind. Die Erfassung eines solchen Meinungswandels erfolgt durch den Vergleich miteinander übereinstimmender repräsentativer Meinungsumfragen zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Aufgrund der Zielsetzung ihres Buches - eine rationale, weitgehend stabile öffentliche Meinung aufzuweisen - interessieren sie sich ausschließlich für solche Fälle von Meinungswandel, bei denen sich mindestens 6% Abweichung bei den Antwortverteilungen miteinander identischer Umfragen zu unterschiedlichen Zeitpunkten zeigen.<sup>41</sup> Dies sind die Fälle von "significant opinion change" (Page/Shapiro 1992:

39 Der prominenteste Vertreter dieser Position in den USA war Blumer (1948), dessen Argument Converse (1987: 13) - um ihm dann zu widersprechen - knapp so zusammenfaßt: "The summation of individual opinions in 'one person, one vote' style across a given jurisdiction in standard poll result form, Blumer argued, was exactly what public opinion was *not*. What it was instead was a kind of complex organic whole which mirrored the organization of society into functional groups, each hierarchically structured, between which exist complex communication patterns and interrelationships. The only entity worthy of the name of public opinion is something generated by interactions in such a structure and which is 'effective' in the sense that people in positions of power judge it to be worth taking into account."

40 Zur deutschen Diskussion vgl. Habermas (1987, 1990), Gerhards/Neidhardt (1990), Peters (1994), Neidhardt (1994a, 1994b, 1997), Fuchs/Pfetsch (1996) und speziell für den Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik Rattinger/Heinlein (1986).

41 Vgl. auch Holst (1993: 38). Dieser Festlegung folgt die Beobachtung, daß sich bei 58% der von ihnen in amerikanischen Meinungsumfragen zu politischen Themen identifizierten 1128 wieder-

44), die es aus ihrer Sicht zu erklären gilt, um die These des "Rational Public" zu erhärten.

Page und Shapiro (1992: 280f) präsentieren auch zahlreiche Daten des amerikanischen Meinungswandels gegenüber der Sowjetunion; doch auch dabei sind sie bei der Begrifflichkeit des zu erklärenden Phänomens wenig eindeutig. Die sich verbessernden außenpolitischen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion werden als "public's increasing support for détente", "prodétente opinion changes" (Page/Shapiro 1992: 280) oder "opinion trend in favor of renewed détente" (Page/Shapiro 1992: 281) bezeichnet. Etwas allgemeiner werden in diesem Zusammenhang auch die Formulierungen "public opinion moved", "movement in public opinion" (Page/Shapiro 1992: 280) oder auch "public opinion change" (Page/Shapiro 1992: 281) verwendet. All dies bezeichnet aber denselben Sachverhalt: kollektive Einstellungsänderungen, die sich beim Vergleich der Ergebnisse miteinander übereinstimmender Meinungsumfragen zu unterschiedlichen Zeitpunkten erkennen lassen.

Speziell für den Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts, für die "Renewed Détente" im Verhältnis zwischen den zwei Supermächten, greifen Page und Shapiro (1992: 271-280) auf Umfragen zu den folgenden Einstellungsobjekten zurück:

- Zustimmung zu Rüstungskontroll-Vereinbarungen mit der Sowjetunion;
  - Wiederaufnahme oder Fortsetzung bilateraler Austauschbeziehungen bei Handel, Wirtschaft und Kultur (Page/Shapiro 1992: 262, 265);
  - Zustimmung zu "Nuclear Freeze";
  - Befürwortung der Senkung amerikanischer Militärausgaben;
  - abnehmende Zustimmung zur Aussage, die US-Politik "should 'get tough' toward the Soviets";
  - abnehmende Zustimmung zur Produktion und Aufstellung der MX-Raketen.
- Außerdem wurden bezogen auf andere Zeiträume der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen noch die Ergebnisse von Meinungsumfragen zu Rate gezogen, in denen nach folgenden Meinungen gefragt wurde:
- Vertrauen gegenüber Rußland/Sowjetunion (Page/Shapiro 1992: 199);
  - Zustimmung zu Hilfen für West-Europa (Militärhilfe, Marshall-Plan) (Page/Shapiro 1992: 201f);
  - Befürwortung friedlicher Beziehungen mit der Sowjetunion (Page/Shapiro 1992: 222f);
  - Unterstützung für die NATO (Page/Shapiro 1992: 202, 224, 266).

Die Auswahl gerade dieser Indikatoren für den außenpolitischen Einstellungswandel der amerikanischen Bevölkerung muß jedoch vor dem Hintergrund der spezifischen Fragestellung und Argumentation des Buches von Page und Shapiro (1992) betrachtet werden. Ihnen geht es um den Nachweis, daß die in Meinungsumfragen erhobenen kollektiven Einstellungen der amerikanischen Bevölkerung beachtenswerte, differenzierte, kohärente und keineswegs sich willkürlich verändernde politische

holt gestellten Fragen kein signifikanter Meinungswandel entdecken läßt, wobei dies bei Fragen zur Außenpolitik nur 51% sind (Page/Shapiro 1992: 45).



Präferenzen darstellen, und daher von einem "rational public" gesprochen werden könne. Dafür ist ihnen vor allem wichtig, die überwiegende Stabilität politischer Einstellungen nachzuweisen. Wenn auf den Einstellungswandel in verschiedenen Themenbereichen eingegangen wird, geschieht dies primär unter dem Aspekt, plausibel zu machen, daß es sich um *begründeten* Einstellungswandel handelt bzw. darzulegen, wie sich die Verschiebungen im Meinungsklima verständlich machen lassen, und daß es sich insgesamt vor allem um keine willkürlichen, launenhaften Schwankungen der öffentlichen Meinung handelt.

Für die hier vorzunehmende Erfassung des außenpolitischen Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion erscheint eine solche Auswahl bei den verwendeten Meinungsumfragen - und damit Indikatoren für den Einstellungswandel - ungeeignet, denn gerade anhand sehr häufig gestellter Fragen läßt sich der außenpolitische Einstellungswandel am differenziertesten erkennen. Solche Umfragedaten bleiben aber bei Page/Shapiro (1992) in aller Regel unberücksichtigt, weil die Wahrscheinlichkeit eher gering ist, daß sich bei sehr häufig wiederholten Umfragen ein Meinungswandel von über 6% zwischen zwei Erhebungszeitpunkten zeigt. Ihre eben beschriebene Auswahl von Umfragen umfaßt aber nur solche Indikatoren, bei denen sich ein solcher signifikanter Meinungswandel zu irgendeinem Zeitpunkt gezeigt hat.

Gegen die unmittelbare Verwendung der von Page/Shapiro (1992) angeführten Umfrageergebnisse als Indikatoren für den außenpolitischen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion spricht auch, daß sie Meinungsumfragen in ihre Diskussion mit einbeziehen, die nur mittelbar in Verbindung mit dem Feindbild-Zerfall stehen. Beispielsweise ist die "Zustimmung zu Rüstungskontroll-Vereinbarungen" oder die "Befürwortung der Senkung amerikanischer Militärausgaben" nicht nur von den außenpolitischen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion abhängig, sondern mindestens ebenso stark von grundsätzlicheren politischen Präferenzen über die amerikanische Außenpolitik. Es handelt sich folglich um keine geeigneten Indikatoren für den hier zu untersuchenden außenpolitischen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion.

Durch ihre spezifische Fragestellung und methodische Vorgehensweise geraten für Page/Shapiro (1992) ganz andere Umfrageergebnisse ins Blickfeld, als für eine möglichst differenzierte Analyse des außenpolitischen Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts benötigt werden. Gleichwohl zeigt sich, daß die Erhebung der abhängigen Variable "change of public opinion on the Soviet Union" innerhalb des *Rational-Public*-Ansatzes auf die gleiche Art und Weise erfolgt wie die Analyse eines Feindbild-Zerfalls: durch den Vergleich der Ergebnisse repräsentativer Meinungsumfragen mit übereinstimmenden Fragen bezüglich der Einstellungen gegenüber der Sowjetunion. Solche "changes in collective policy preferences" (Page/Shapiro 1992: 354) lassen sich dann laut Page und Shapiro innerhalb eines Modells der "causes of change in public opinion" erklären, worauf im vierten Kapitel eingegangen wird.

### 2.4.3. Indikatoren des außenpolitischen Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts

Das Auffinden geeigneter Indikatoren zur Erhebung des außenpolitischen Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion in den USA und der Bundesrepublik Deutschland am Ende des Ost-West-Konflikts steht unter erheblichen Restriktionen. Zwar konnte gezeigt werden, daß sowohl die Konzeptualisierung dieses Einstellungswandels als Feindbild-Zerfall als auch der *Rational-Public*-Ansatz repräsentative Meinungsumfragen für die Messung eines Einstellungswandels verwenden. Doch erwiesen sich die von Page/Shapiro (1992: 199-266) für die amerikanischen außenpolitischen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion verwendeten Indikatoren zu sehr von deren argumentativem Vorgehen bestimmt, als daß sie für die hier anstehende Untersuchung verwendet werden könnten. Eine Orientierung der Indikatoren an den inhaltlichen Elementen des Feindbildes, wie sie besonders die Feindbild-Forschung nahelegt (siehe oben Abschnitt 2.4.1),<sup>42</sup> wäre zwar wünschenswert, scheitert aber in starkem Maße an der geringen Anzahl solcher Meinungsumfragen, die regelmäßig mit übereinstimmenden Fragen durchgeführt wurden.<sup>43</sup> Aus diesem Grund werden über weite Strecken die für den Untersuchungszeitraum vorhandenen, miteinander vergleichbaren Daten bestimmend für die Auswahl der Indikatoren des Feindbild-Zerfalls bzw. außenpolitischen Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion.

Als Untersuchungszeitraum für den "außenpolitischen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts" lassen sich grob die Jahre 1985 bis 1991 festlegen. Den Beginn des einschneidenden Einstellungswandels markiert das Jahr 1985 mit dem Amtsantritt Michail Gorbatschows als Generalsekretär der KPdSU; sein Ende die Auflösung der Sowjetunion im Herbst 1991. Zwar sind die außenpolitischen Einstellungen gegenüber der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) oder Rußland ab Herbst 1991 sicherlich nicht unabhängig vom davorliegenden Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion zu verstehen, aber sie sind zugleich von so vielen neuen Aspekten der internationalen Politik beeinflusst, daß hier nur noch bedingt diejenigen Faktoren primär wirksam sein werden, die für den beispiellosen Einstellungswandel am Ende der 1980er Jahre verantwortlich waren. Den Untersuchungszeitraum schon früher beginnen zu lassen, würde zu keinem anderen Ergebnis bezüglich des *einschneidenden* außenpolitischen

42 Vgl. etwa Weller (1992: 4-14), aber auch die Studie "Americans Talk Security" (ATS 1990: 4), in welcher die außenpolitischen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion nach den drei Elementen "Bedrohung", "politische Ziele" und "Vertrauen" differenziert werden. Hurwitz/Peffley (1988) unterscheiden die drei Aspekte "kein Vertrauen", "Einfluß auf andere Staaten" und "Totalitarismus".

43 Diese geringe Anzahl belegt auch die Studie von Page/Shapiro (1992: 43-45): Von den insgesamt nur 1028 Fragen, die mehrfach erhoben wurden, betrafen 38% die Außenpolitik. Dabei zeigte sich bei der Hälfte der Fragen kein signifikanter Wandel. Somit bleiben nur 196 Fragen bezogen auf alle außenpolitischen Themen über den Zeitraum von 1935 bis 1990, welche zur Erfassung eines außenpolitischen Einstellungswandels geeignet wären. Die Auswahl der Indikatoren wird sich entsprechend primär am vorhandenen Datenmaterial orientieren müssen.

Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion in den USA und der Bundesrepublik Deutschland führen.<sup>44</sup> Für eine Überprüfung eines konstruktivistischen Erklärungsmodells außenpolitischen Einstellungswandels würde sich aber in besonderer Weise der gesamte Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion während des Ost-West-Konflikts anbieten, denn es gab auch im Zuge der Entspannungsphase in den 1970er und frühen 1980er Jahren erheblichen Wandel im Meinungsklima gegenüber der Sowjetunion. Eine solchermaßen erweiterte Analyse ist jedoch im Rahmen dieser Arbeit nicht zu leisten.

Die Suche nach Meinungsumfragen zu den inhaltlichen Elementen des westlichen Feindbildes gegenüber der Sowjetunion brachte zunächst eine kaum überschaubare Menge an Daten hervor. Beim Auffinden solcher Meinungsumfragen waren für die Bundesrepublik Deutschland das Datenhandbuch zu außenpolitischen Umfragen seit 1954 von Rattinger, Behnke und Holst (1995) mit seiner computerlesbaren Dokumentation und für die USA die Studien des Projekts "Americans Talk Security" (vgl. ATS 1988, 1989, 1990) und besonders die *Public Opinion Location Library (POLL)* des *Roper Center for Public Opinion Research* der *University of Connecticut at Storrs* außerordentlich hilfreich.<sup>45</sup>

Die allermeisten der in diesen Datensammlungen identifizierten Meinungsumfragen zu außenpolitischen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion erwiesen sich jedoch bei genauerer Analyse als nicht brauchbar für die Zwecke dieser Untersuchung, weil sie entweder nicht ausreichend den fraglichen Zeitraum des Einstellungswandels abdeckten,<sup>46</sup> vor allem aber deshalb, weil nur in ganz wenigen Fällen eine kontinuierliche Meinungserhebung über einen längeren Zeitraum mit übereinstimmenden Fragenformulierungen durchgeführt wurde. Viel zu sehr sind die Meinungsumfragen von ihrer Finanzierung und damit von ihren Auftraggebern abhängig, die sich in aller Regel für aktuelle Fragestellungen zu den jeweils stattfindenden politischen Diskussionen interessieren, als daß langfristig bestimmte Meinungen kontinuierlich erhoben würden. Die meisten Umfragen zielen auf die Erfassung eines augenblicklichen Meinungsklimas unter einem aktuellen Aspekt, und auch wenn dieser Aspekt zu einem späteren Zeitpunkt immer noch bedeutsam sein sollte, wird das Meinungsklima dann mit Hilfe einer etwas anders formulierten Frage oder in einem anderen Themenkontext und häufig von einem anderen Mei-

44 Vgl. die Daten in Rielly (1987, 1991, 1992, 1995); ATS (1988, 1989, 1990); Rattinger et al. (1995); Richman (1991). Allerdings müssen teilweise die genauen Grenzen des Untersuchungszeitraums von den Erhebungszeitpunkten vorliegender Meinungsumfragen abhängig gemacht werden, wenn die Vergleichszahlen übereinstimmender Meinungsumfragen aus der Zeit vor 1985 stammen.

45 Vgl. Smith/Weil (1990). Zur Datenbank des *Roper Center* hatte mir Bruce Russett während eines Forschungsaufenthalts an der *Yale University* Zugang verschafft.

46 Beispielsweise gibt es Fragen, die zwar kontinuierlich, aber nur bis 1987 oder 1988 gestellt worden sind, und damit keine Aussagen erlauben über den gesamten Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion. Bei anderen wiederholt durchgeführten Umfragen sind dagegen die Zeiträume zwischen den Erhebungszeitpunkten viel zu groß, als daß der Einstellungswandel einigermaßen präzise und in seinem zeitlichen Verlauf festgestellt werden könnte.

nungsforschungsinstitut zu erfassen versucht, so daß keine zuverlässige Vergleichbarkeit gewährleistet ist (vgl. Page/Shapiro 1992: 30f).<sup>47</sup>

Würde man, wie es häufig geschieht (vgl. etwa Hinckley 1989; Kull 1995), die Ergebnisse von Einzelumfragen als Indikatoren für bestimmte außenpolitische Einstellung bzw. zur Bestimmung der Stärke eines außenpolitischen Feindbildes verwenden (vgl. Sabin 1991: 73), müßten die erheblichen Einflüsse ungewollter Effekte von Meinungsbefragungen und die entsprechenden Fehlerquellen berücksichtigt werden: Stichprobenfehler, Probandeneffekte, Interviewer-Effekte sowie vor allem formale und inhaltliche Instrumenteneffekte (vgl. Sniderman 1993: 236f). Letztere haben in vielen Fällen einen nicht unerheblichen Einfluß auf die Ergebnisse von Meinungsumfragen, insbesondere bei außen- und sicherheitspolitischen Themen (vgl. Rattinger/Heinlein 1986: 45-62).<sup>48</sup> Die Einflüsse dieser Effekte auf die verwendeten Indikatoren lassen sich jedoch minimieren, wenn bei der Analyse eines außenpolitischen Einstellungswandels nicht für unterschiedliche Zeitpunkte verschiedene Indikatoren verwendet werden, sondern nur auf übereinstimmende Meinungsumfragen zurückgegriffen wird, denn es ist davon auszugehen, daß sich bei übereinstimmender Umfragemethode, Stichprobenauswahl, Fragenanordnung und vor allem Fragenformulierung die ungewollten Einflüsse in übereinstimmender Richtung auswirken und die Feststellung eines *Wandels* der Einstellungen davon weitgehend unberührt bleibt.

Alle Analysen sogenannter Instrumenteneffekte von Meinungsumfragen weisen darauf hin, daß die Differenz zwischen den Ergebnissen zwar ähnlicher, aber nicht übereinstimmender Umfragen zu einem nicht geringen Teil auf die Unterschiede der Befragung zurückzuführen sein können (vgl. etwa Rattinger/Heinlein 1986: Kap. 2.3; Sabin 1991; Smith 1994). Um dies kurz zu verdeutlichen, soll ein sehr schönes Beispiel für solche Instrumenteneffekte, welches sich bei der Durchsicht der amerikanischen Umfragen zur Wahrnehmung der Reformen in der Sowjetunion fand, dargestellt werden: Angesichts des Fehlens von Daten miteinander übereinstimmender Meinungsumfragen könnte man versucht sein, bei den folgenden zwei Fragen davon auszugehen, daß sie in etwa die selbe Einstellung erhoben haben. Jeweils ging es um die Zustimmung zu ökonomischer Hilfe für die Sowjetunion, um diese davor zu bewahren, sich wieder in ein diktatorisches System zurückzuverwandeln und damit erneut eine Bedrohung für die USA darzustellen:

"Would you favor or oppose the United States giving the Soviet Union economic aid, if that's necessary to prevent it from sliding back into dictatorship and once again becoming a threat to the U.S.?"

47 Ein Beispiel für den Wandel der Fragestellung und die Probleme der Vergleichbarkeit der Ergebnisse wurde bei Tabelle 10 (siehe unten Abschnitt 2.6) in die hier durchgeführte Untersuchung mit aufgenommen.

48 Beispielsweise wird in der Frageformulierung "Kann man Ihrer Meinung nach dem Osten eigentlich vertrauen oder nicht?" (Allensbach, Noelle-Neumann 1988: 6) mit dem Wort "eigentlich" versucht, eine bestimmte Antwort zu suggerieren, weshalb bei Umfrageergebnissen die Kenntnis des Meinungsforschungsinstituts sowie des Auftraggebers der Umfrage häufig von nicht geringer Bedeutung sind.

"Some feel that the U.S. should give the Soviet Union economic aid to prevent it from sliding back into dictatorship and become a threat to the U.S. Others feel that the Soviet Union should solve its own problems and we should spend our money on problems here at home? Which comes closer to your view?"

Die Differenz zwischen den Ergebnissen dieser zwei Meinungsumfragen beträgt über 40%,<sup>49</sup> die nun im Prinzip auf einen Einstellungswandel, aber möglicherweise auch auf Stichprobenfehler, Probanden- oder Interviewer-Effekte zurückgeführt werden könnten. Doch alles dies läßt sich bei den Ergebnissen zu den zwei zitierten Fragen ausschließen, denn beides waren Fragen derselben Erhebung, die also zum gleichen Zeitpunkt - innerhalb von drei Tagen Anfang Oktober 1991 - mit derselben Methode - Telefoninterviews - den identischen Personen gestellt wurden.<sup>50</sup> Daß über 40% der Befragten die eine Frage anders als die andere beantwortet haben, läßt sich folglich alleine auf die Fragenformulierung und die angebotenen Antwortmöglichkeiten zurückführen.

Weil solche Instrumenteneffekte offensichtlich sehr groß sein können und letztlich kaum abschätzbar sind, sollen im folgenden die Indikatoren für Einstellungswandel nur aus dem Vergleich miteinander übereinstimmender Meinungsumfragen gewonnen werden (vgl. Sabin 1991: 88; Smith 1994; Page/Shapiro 1992: 30f).<sup>51</sup> Auf die Ergebnisse anderer Umfragen wird nur dann zurückgegriffen, wenn es um die zusätzliche Bestätigung einer schon nachgewiesenen Tendenz des Einstellungswandels geht. Um den außenpolitischen Einstellungswandel in den zwei untersuchten Ländern USA und BRD sowohl in seinem zeitlichen Verlauf als auch in seinen Ausmaßen möglichst präzise erfassen zu können, wird also im folgenden eine Sekundäranalyse solcher Meinungsumfragen durchgeführt, die vor allem in der Zeit zwischen 1985 und 1991 mehrfach mit übereinstimmender Fragestellung durchgeführt wurden und wertende Einstellungen gegenüber der Sowjetunion, ihrer Politik, Bevölkerung oder politischen Führung erhoben haben (siehe oben Abschnitt 2.4.1).

49 Bei der ersten Frage waren 66% für und 25% gegen ökonomische Hilfe, bei der zweiten Frage 26% für Hilfe und 70% dafür, das Geld zuhause auszugeben.

50 Im Auftrag von *Times Mirror* hatte *Princeton Survey Research Associates* 1211 erwachsene AmerikanerInnen befragt (Roper Poll Question-ID: USPSRA.101591.R11, USPSRA.101591.R12).

51 Anders ausgedrückt: Alle Ergebnisse von Meinungsumfragen haben mit dem Problem von Reliabilität und Validität der Messung zu kämpfen. Dem Reliabilitäts-Problem wird dadurch begegnet, daß in fast allen Fällen nur die Daten miteinander übereinstimmender Umfragen zu unterschiedlichen Zeitpunkten verglichen werden. Dem Validitäts-Problem wird begegnet, indem der Feindbild-Zerfall nicht an einem, sondern an mehreren Indikatoren festgemacht wird (vgl. Sabin 1991; Gehring/Weins 1998: 57-62).

### 2.5. *Der außenpolitische Einstellungswandel in der Bundesrepublik Deutschland*

Nur wenige Umfragen in der Bundesrepublik Deutschland haben kontinuierlich die Bevölkerung nach Einstellungen befragt, die sich auf das Verhältnis zur Sowjetunion und auf dessen möglichen grundlegenden Wandel beziehen. Alleine die Bedrohungswahrnehmung durch die Sowjetunion oder in militärischer Hinsicht durch den Warschauer Pakt ist ein Indikator außenpolitischer Einstellungen, der bis 1991 regelmäßig, aber von verschiedenen Instituten in unterschiedlichem Auftrag erhoben wurde. In den 1980er Jahren kamen jedoch aufgrund der breiten öffentlichen Diskussion zu sicherheitspolitischen Fragen einige weitere Fragestellungen hinzu, welche die Erfassung des Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion ermöglichen. Doch viel zu selten sind die Auftraggeber von Meinungsumfragen an der kontinuierlichen Erhebung außenpolitischer Einstellungen interessiert. Aus diesem Grund sind es letztlich einige wenige Ausnahmefälle, in denen über mehrere Jahre hinweg die Meinungen zu einem spezifischen außenpolitischen Themenbereich mit einem identischen Fragenkatalog erhoben wurden. Dies zwingt unweigerlich dazu, daß möglichst viele der wenigen miteinander vergleichbaren Umfragen als Indikatoren für den Feindbild-Zerfall herangezogen werden müssen.

Einem für die Zwecke dieser Untersuchung äußerst günstigen Umstand ist es zu verdanken, daß die Friedrich-Ebert-Stiftung beim Meinungsforschungsinstitut SINUS eine Vergleichsstudie in Auftrag gegeben hatte, in der mit einem übereinstimmenden Fragenkatalog in den Jahren 1983, 1986 und 1988 die Beurteilung der amerikanischen und sowjetischen Politik durch die BundesbürgerInnen, insbesondere in sicherheitspolitischer Hinsicht, erhoben wurde.<sup>52</sup> Die Befragungszeitpunkte entsprechen zwar nicht vollständig dem hier interessierenden Untersuchungszeitraum, aber sie sind ohne Zweifel geeignet, den bundesdeutschen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion deutlich zu machen, denn der Herbst 1983 läßt sich zur Hochphase der Ost-West-Konfrontation nach der Entspannungsphase der 1970er Jahre rechnen. Im Herbst 1986 zeigten sich dann schon die ersten Einstellungsänderungen, nachdem Michail Gorbatschow eineinhalb Jahre im Amt war und seine ersten Reformversuche deutlich geworden waren. Im Juli/August 1988, als ein drittes Mal die repräsentative Meinungserhebung mit denselben Fragen wie 1983 und 1986 durchgeführt wurde, war die Umsetzung des sowjetischen Reformprozesses in vollem Gange, ohne daß schon deutlich erkennbar gewesen wäre, zu welcher grundlegenden Umwälzung in Europa die veränderte sowjetische Politik führen

52 Die Studien 1986 und 1988 wurden gemeinsam von der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Magazin "Stern" in Auftrag gegeben (Sinus 1988: 4). Zu diesen drei Studien gibt es noch Vergleichsstudien aus den Jahren 1980, 1981 und 1982, die im Auftrag des Bundeskanzleramts durchgeführt, aber nicht publiziert wurden (Sinus 1988: 1-3). Einzelne Vergleichszahlen dieser drei ersten Studien enthält Sinus (1988).

würde.<sup>53</sup> So ist ohne Zweifel davon auszugehen, daß sich nach 1988 der Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion - zumindest bis zu ihrer Auflösung 1991 - in der Richtung fortsetzte, die er in den Jahren zuvor eingeschlagen hatte. In einzelnen Fällen läßt sich diese Tendenz durch den Verweis auf ähnliche Umfragen verdeutlichen.<sup>54</sup>

Die Gesamtbefragung, welcher die nachfolgenden Einzeldaten entnommen sind, setzte zunächst mit einer offenen Frage nach den wichtigsten Aufgaben und Problemen in der Bundesrepublik ein (Sinus 1988: 8), ehe zwei Fragen zur Parteienpräferenz gestellt<sup>55</sup> und dann eine große Zahl außerordentlich differenzierter außen- und sicherheitspolitischer Themen, insbesondere aber die Beurteilung der sowjetischen und amerikanischen Politik angesprochen und die entsprechenden Einstellungen erhoben wurden (vgl. Sinus 1988; Rattinger et al. 1995: 112-115). Dabei wurde als erstes nach der Bedrohungswahrnehmung durch die Sowjetunion gefragt, bei der sich folgendes Bild des Einstellungswandels ergibt:

- 53 Dies zeigte sich ganz deutlich an folgendem Ergebnis der SINUS-Studie vom Sommer 1988 (Sinus 1988: 82f): "Nur eine Minderheit erwartet, daß die Reformen in der Sowjetunion auch die Chancen einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten verbesserten. Diesem Problem einer deutschen 'Wiedervereinigung' wurde in der SINUS-Studie von 1988 noch mit einer weiteren Frage nachgegangen, für die auch Vergleichswerte aus dem Jahr 1969 vorliegen. Wie damals wurde gefragt: 'Deutschland ist nun schon seit mehr als 40 Jahren geteilt (1969: seit mehr als 20 Jahren). Glauben Sie, daß es innerhalb der nächsten 20 Jahre bestimmt wiedervereintigt wird oder ist das ungewiß oder wird es in den nächsten 20 Jahren sicher nicht wiedervereint sein?' Die Antworten zeigen, daß das Thema 'Wiedervereinigung' für die meisten Bundesbürger aus der aktuellen Tagespolitik gestrichen ist. Hieran vermögen auch Glasnost und Perestroika, trotz vieler Hoffnungen, die auch in der Bundesrepublik daran geknüpft werden, nichts zu ändern. Mehr als die Hälfte [57%] der Wähler in der Bundesrepublik halten eine Wiedervereinigung beider deutscher Staaten in einem gemeinsamen Staat auf absehbare Zeit für ausgeschlossen, vor rund 20 Jahren war dies die Meinung einer Minderheit (29%)." Mit "sicher nicht" antworteten 1988 57% (1969: 29%), mit "ja bestimmt" 4% (1969: 8%) und 40% gaben die Antwort "ungewiß/weiß nicht" (1969: 62%).
- 54 Die von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Umfragen sind noch aus einem weiteren Grund für die Zwecke dieser Untersuchung außerordentlich interessant, weil sie nicht allein nach den Einschätzungen der sowjetischen Politik fragen, sondern zugleich parallel die Beurteilung der amerikanischen Politik erheben. Dies ist vor allem im Hinblick auf die These der Feindbild-Forschung interessant, nach der Feindbilder immer als der eine Teil eines Freund-Feind-Schemas aufzufassen sind, woraus sich die Erwartung speist, daß bei einem Zerfall des Feindbildes gegenüber der Sowjetunion auch ein Wandel beim "Freundbild" gegenüber den USA auftreten müßte. Allerdings dient die Erfassung des Einstellungswandels in diesem Kapitel nicht der Überprüfung spezifischer Hypothesen, sondern der Darstellung der zu erklärenden Variable "außenpolitischer Einstellungswandel", weshalb hier auf diesen Aspekt nicht im Detail eingegangen werden kann. Aber die Umfrage-Daten lassen vermuten, daß es durchaus einen engen Zusammenhang im Sinne eines Freund-Feind-Schemas geben könnte (siehe dazu unten Abschnitt 3.2.1).
- 55 „Würden Sie von sich sagen, daß Sie ein überzeugter Anhänger der ... sind oder neigen Sie dieser Partei nur zu, weil sie Ihrer Meinung nach gegenwärtig am besten geeignet ist?“ „Was meinen Sie denn: Welcher Partei würden Sie bei einer Bundestagswahl am nächsten Sonntag noch am ehesten Ihre Stimme geben?“ (Rattinger et al. 1995: 112, Fragen 2210, 2211).

Tabelle 1: Militärische Bedrohung durch die Sowjetunion<sup>56</sup>

"Was ist Ihr Eindruck: Wird die Bundesrepublik von der Sowjetunion militärisch bedroht oder glauben Sie, der Bundesrepublik droht von der UdSSR keine militärische Gefahr?" (Rattinger et al. 1995: 112, Frage 2212).			
<i>Zeitpunkt</i>	8-9/1983	9-10/1986	7-8/1988
<i>BRD wird bedroht</i>	<b>51,6%</b>	<b>39,6%</b>	<b>27,0%</b>
<i>BRD nicht bedroht</i>	48,4%	60,4%	73,0%

1983 sahen etwa die Hälfte der Befragten in der Sowjetunion eine militärische Gefahr für die Bundesrepublik. Dieser Anteil reduzierte sich innerhalb von knapp fünf Jahren auf etwa ein Viertel, was einen erheblichen Einstellungswandel darstellt, der auch bei anderen Fragen dieser Studie bestätigt wird (vgl. Sinus 1988). Hier soll nun jedoch nicht die gesamte Untersuchung referiert werden, sondern alleine die Ergebnisse zu den Fragen, die eine eindeutig bewertende Dimension gegenüber der Sowjetunion oder ihrer Politik beinhalten. Anhand des Vergleichs der Ergebnisse dieser Meinungsumfragen kann am besten der Einstellungswandel in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Sowjetunion in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre deutlich werden.

Tabelle 2: Interesse an wirkungsvollen Abrüstungsverhandlungen

"Und wer ist Ihrer Meinung nach zur Zeit eher daran interessiert und bereit, über eine wirkungsvolle Abrüstung, insbesondere auf atomarem Gebiet, zu verhandeln - die USA oder die Sowjetunion? Oder sind Ihrer Meinung nach beide Staaten gleichermaßen an der Abrüstung interessiert oder wollen beide Staaten keine echte Abrüstung?" (Rattinger et al. 1995: 112, Frage 2213).			
<i>Zeitpunkt</i>	8-9/1983	9-10/1986	7-8/1988
<i>USA</i>	20,4%	14,9%	9,7%
<i>Sowjetunion</i>	<b>11,8%</b>	<b>21,7%</b>	<b>33,0%</b>
<i>Beide gleich</i>	34,5%	35,9%	47,4%
<i>Beide nicht</i>	33,3%	27,4%	10,0%

<sup>56</sup> Vgl. zu dieser Einstellungsdimension auch unten die Abbildungen 6 und 7.



Die Einschätzung gegenüber der Sowjetunion, an Verhandlungen über wirkungsvolle Abrüstung interessiert zu sein, stieg innerhalb von fünf Jahren von 11,8% auf 33%. In den Indikator für den Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion kann auch noch ein weiterer in dieser Umfrage erkennbarer Meinungswandel einbezogen werden, der Aufschlüsse über den Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion erlaubt. Von 1986 auf 1988 stieg auch die Zahl derer, die beiden Supermächten ein wirkliches Interesse an Abrüstungsverhandlungen bescheinigten, um mehr als 10%, bei einem kontinuierlich sinkenden Anteil derer, die nur bei den USA oder bei keiner der zwei Supermächte ein Interesse an wirkungsvollen Abrüstungsverhandlungen erkennen können. Aus diesem Grund erscheint es gerechtfertigt, auch die Zunahme bei der Antwort "Beide gleich" in den Indikator für den Feindbild-Zerfall mit einzubeziehen. Somit zeigt sich hier zusammengefasst ein Meinungswandel gegenüber der Sowjetunion um etwa 34% innerhalb von knapp fünf Jahren.

Ein ganzer Block von acht Fragen, die 1983, 1986 und 1988 gestellt wurden, zielte auf die Einschätzung der Ziele und Absichten der Politik der beiden Supermächte. Den Befragten wurde eine Liste mit Aussagen vorgelesen, von denen sie angeben sollten, "wieweit die einzelnen Punkte Ihrer Meinung nach für die USA, die Sowjetunion oder beide Länder zutreffen".<sup>57</sup> Bei den Ergebnissen zeigen sich erhebliche Veränderungen in der Einschätzung der Politik der Sowjetunion. Dabei lässt sich jeweils auch der Vergleich der Anteile derer, welche die jeweiligen Aussagen als für beide Supermächte zutreffend betrachten, in den Indikator für den Feindbild-Zerfall mit einbeziehen.

Bei der Frage nach dem Interesse an Abrüstung (siehe Tabelle 3) wird der Meinungswandel gegenüber der Sowjetunion zwischen 1986 und 1988 vor allem an der Zunahme derer deutlich, die beiden Supermächten ein großes Interesse an Abrüstung bescheinigen (von 31,3% auf 53,3%). Zudem stieg von 1986 bis 1988 auch der Anteil derer, die nur bei der UdSSR ein großes Interesse an Abrüstung erkennen konnten, um fast 10%, während er für die USA um über 6% zurückging. Verwendet man als Indikator für den Feindbild-Zerfall wieder den Vergleich der Anteile bei den Antworten "Nur UdSSR" und "Beide", beträgt hier der Meinungswandel gegenüber der Sowjetunion zwischen 1983 und 1988 über 33%.

57     Eingeführt wurden alle Fragen dieses Fragenkomplexes mit der Formulierung: "Über die Situation, die Absichten und die Politik der beiden Supermächte USA und Sowjetunion gibt es verschiedene Ansichten, von denen ich Ihnen einige vorlesen möchte. Sagen Sie mir bitte anhand dieser Liste, wieweit die einzelnen Punkte Ihrer Meinung nach für die USA, die Sowjetunion oder beide Länder zutreffen" (Rattinger et al. 1995: 113f, Fragen 2246-2254).

Tabelle 3: *Großes Interesse an Abrüstung*

"Über die Situation, die Absichten und die Politik der beiden Supermächte ... wie weit die einzelnen Punkte Ihrer Meinung nach für die USA, die Sowjetunion oder beide Länder zutreffen: Ein Land, das an der Abrüstung großes Interesse hat" (Rattinger et al. 1995: 114, Frage 2248).			
<i>Zeitpunkt</i>	8-9/1983	9-10/1986	7-8/1988
<i>USA</i>	17,5%	14,3%	7,9%
<i>UdSSR</i>	10,0%	<b>14,1%</b>	<b>24,0%</b>
<i>Beide</i>	33,8%	<b>31,3%</b>	<b>53,3%</b>
<i>Keines</i>	38,7%	40,3%	14,9%

Ein weiterer Indikator für den Feindbild-Zerfall läßt sich beim Vergleich der folgenden Meinungsumfragen erkennen, bei denen auch Werte von 1980, 1981 und 1982 vorliegen. Bei dieser Frage zeigt sich der Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion nicht nur im deutlich abnehmenden Anteil derer, welche nur die UdSSR als ein Land einschätzen, das den Weltfrieden bedroht (siehe Tabelle 4), sondern zusätzlich noch im ab 1983 auch abnehmenden Wert bei der Antwort "Beide" - und dies bei dann leicht steigendem Wert für die USA, was sich als Bestätigung für die These vom Freund-Feind-Schema interpretieren läßt. Betrachtet man wieder die Summe der Antworten "Nur UdSSR" und "Beide" als Indikator für den außenpolitischen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion, beträgt er bei dieser Frage von 1980 bis 1988 insgesamt 46%.

Um den zeitlichen Verlauf des Einstellungswandels besser erkennen zu können, wurde auch die Summe der Werte "Nur UdSSR" und "Beide" in die Tabelle eingetragen. An der Veränderung dieser Werte zeigt sich, daß zwar 1980 bis 1982 eine starke Abnahme der negativen Einschätzungen gegenüber der Sowjetunion stattgefunden hat, dieser Wandel jedoch Teil einer *fluctuation* war,<sup>58</sup> denn von 1982 nach 1983 stieg der Wert wieder deutlich an. Der einschneidende Einstellungswandel begann dann erst 1986, denn in den knapp zwei Jahren zwischen Herbst 1986 und Sommer 1988 betrug der Meinungswandel bei diesem Indikator 17% und war damit erheblich größer als in den drei davorliegenden Jahren (10%).

58 Page und Shapiro (1992: 53) differenzieren die von ihnen identifizierten Fälle signifikanten Einstellungswandels in drei Kategorien (siehe unten Abschnitt 4.2.1) und bezeichnen dabei das Hin und Her von Meinungsänderungen, den signifikanten Wandel in gegensätzliche Richtungen innerhalb von zwei Jahren als "fluctuation".

Tabelle 4: Ein Land, das den Weltfrieden bedroht

"Über die Situation, die Absichten und die Politik der beiden Supermächte ... wie weit die einzelnen Punkte Ihrer Meinung nach für die USA, die Sowjetunion oder beide Länder zutreffen: Ein Land, das den Weltfrieden bedroht" (Sinus 1988: 48; vgl. auch Rattinger et al. 1995: 114, Frage 2249). <sup>59</sup>						
<i>Zeitpunkt</i>	<i>3/80</i>	<i>10/81</i>	<i>9/82</i>	<i>8-9/83</i>	<i>9-10/86</i>	<i>7-8/88</i>
<i>Nur USA</i>	2%	4%	4%	2%	5%	6%
<i>Nur UdSSR</i>	<b>71%</b>	<b>44%</b>	<b>35%</b>	<b>32%</b>	<b>26%</b>	<b>11%</b>
<i>Beide</i>	14%	28%	22%	34%	30%	28%
<i>Beide nicht</i>	8%	12%	23%	18%	27%	45%
<b><math>\Sigma</math> "Nur UdSSR" + "Beide"</b>	<b>85%</b>	<b>72%</b>	<b>57%</b>	<b>66%</b>	<b>56%</b>	<b>39%</b>

Deutlicher wird dieser zeitliche Verlauf des Einstellungswandels, dessen entscheidender Teil wohl schon in den Jahren 1986 und 1987 stattfand, beim Vergleich der Ergebnisse einer ähnlichen Umfrage mit etwas anderer Fragestellung (siehe Abb. 2). Hier liegen zwar nur Umfrageergebnisse bis 1987 vor, aber im Vergleich zwischen Anfang 1985 und Ende 1987 hat sich das Verhältnis der Antworten zueinander im Grunde umgekehrt: Etwa 70% der Befragten waren Anfang 1985 der Meinung, daß die Politik der Sowjetunion eher die Kriegsgefahr erhöht, und Ende 1987 der Auffassung, daß die sowjetische Politik eher den Frieden gefördert habe.

Neben dem sehr großen Einstellungswandel (49%) innerhalb von knapp drei Jahren ist an den Ergebnissen dieser Meinungsumfragen besonders der sehr rasche Einstellungswandel im Sommer 1986 auffällig, als sich innerhalb eines Monats die Antwortverteilung um über zehn Prozent veränderte. Zwar wird bei diesem Indikator ein erster Impuls zum Feindbild-Zerfall schon im Herbst 1985 erkennbar, aber diesem folgte bis Sommer 1986 ein Meinungswandel in die umgekehrte Richtung (*fluctuation*), so daß von einem einschneidenden Einstellungswandel erst ab Juni 1986 gesprochen werden kann. Daß die Meinungsverteilung bei diesem Indikator im November 1987 auf einen nachhaltigen Einstellungswandel hinweist, bestätigt eine ähnliche Umfrage mit einer etwas anderen Fragestellung,<sup>60</sup> die im Mai 1989 durchgeführt wurde: Dabei sahen 50,2% der Befragten eher die Sowjetunion als "Förderer des Friedens" denn die USA, für die sich 23,5% entschieden. 18,0% sahen

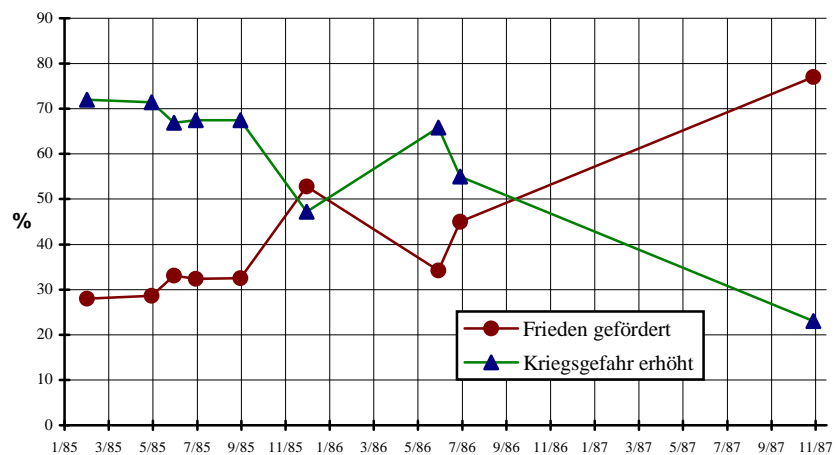
59 Da die Vergleichszahlen der Jahre 1980 bis 1982 nur in Sinus (1988) dargestellt sind, werden hier alle Umfrageergebnisse nach dieser Quelle zitiert.

60 "Welches Land ist Ihrer Ansicht nach im Moment eher ein Förderer des Friedens, die Vereinigten Staaten oder die Sowjetunion?" (Rattinger et al. 1995: 68, Frage 4116). Die Befragung wurde im Auftrag von ABC-News von Chilton Research Services durchgeführt.

beide Supermächte in gleichem Maße friedensförderlich wirken, so daß auch hier in der Summe etwa 70% die sowjetische Politik als friedensförderlich einstufen, während sich 8,3% für die Antwort "Weder noch" entschieden.

Abbildung 2: Bewertung der Politik der Sowjetunion

"Und wie ist es mit der Politik und den Handlungen der Sowjetunion im vergangenen Jahr? Haben Sie eher den Frieden gefördert oder eher die Kriegsgefahr erhöht?" (Rattinger et al. 1995: 105, Frage 1827).<sup>61</sup>



Militärische Aufrüstung und das Streben nach militärischer Überlegenheit waren zwei zentrale Elemente für die negativen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion, die als "Feindbild" bezeichnet wurden (vgl. Weller 1992: 5). Insofern ist ein Wandel der Einschätzung sowjetischer Rüstungspolitik ein geeigneter Indikator für den Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion. Bei der Frage nach dem Anteil der sowjetischen Politik am Wettrüsten zwischen Ost und West (siehe Tabelle 5) läßt sich zwischen 1983 und 1988 ein Einstellungswandel von fast 30% erkennen.

<sup>61</sup> Die in das Schaubild eingetragenen Verbindungslinien zwischen den Datenpunkten können nicht den Verlauf des Meinungswandels abbilden, da für zum Teil längere Zeiträume keine Umfrageergebnisse vorliegen. Die Linien dienen lediglich der leichteren Erkennbarkeit des Meinungstrends.

Tabelle 5: Ein Land, das verstärktes Wettrüsten betreibt

"Über die Situation, die Absichten und die Politik der beiden Supermächte ... wieweit die einzelnen Punkte Ihrer Meinung nach für die USA, die Sowjetunion oder beide Länder zutreffen: Ein Land, das ein verstärktes Wettrüsten zwischen Ost und West betreibt" (Rattinger et al. 1995: 114, Frage 2250).			
<i>Zeitpunkt</i>	8-9/1983	9-10/1986	7-8/1988
<i>USA</i>	11,9%	16,3%	17,3%
<i>UdSSR</i>	<b>24,6%</b>	<b>22,0%</b>	<b>12,1%</b>
<i>Beide</i>	<b>59,5%</b>	53,0%	<b>43,0%</b>
<i>Keines</i>	4,0%	8,6%	27,6%

Fast 60% der bundesdeutschen Bevölkerung schätzten im Herbst 1983 beide Supermächte als Länder ein, die ein verstärktes Wettrüsten betreiben. Etwa ein Viertel der Befragten nannte bei der entsprechenden Frage nur die Sowjetunion. Verwendet man als Feindbild-Indikator die Summe der beiden Antworten, sahen im Herbst 1983 etwa 84% der Befragten in der Sowjetunion ein Land, das ein verstärktes Wettrüsten betreibt;<sup>62</sup> bis zum Sommer 1988 hatte sich dieser Wert auf gut 55% reduziert. Und bei einer anderen Umfrage im Dezember 1988, nachdem Michail Gorbatschow in einer Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen weitere Abrüstungsangebote der Sowjetunion unterbreitet hatte, zeigte sich eine noch weiter zu positiven Einstellungen hin veränderte Meinung in der bundesdeutschen Bevölkerung. Auf die Frage, für wie wahrscheinlich sie es halten, "daß die Sowjetunion tatsächlich ihre militärischen Kräfte reduziert, wie von Herrn Gorbatschow versprochen", entschieden sich bei vier Antwortvorgaben 34,6% für "sehr wahrscheinlich", 48,4% für "wahrscheinlich", 14,2% für "unwahrscheinlich" und 2,8% für "sehr unwahrscheinlich".<sup>63</sup>

Sowohl bei der vorangegangenen, als auch bei der in Tabelle 6 dargestellten Frage aus der langen Liste zur Erfassung sicherheitspolitischer Einstellungen in der bundesdeutschen Bevölkerung, wie sie vom SINUS-Institut im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Zeitschrift "Stern" erhoben wurden, zeigt sich besonders deutlich der Wandel des Freund-Feind-Schemas, welcher entsprechend einer These aus der Feindbild-Forschung zwangsläufig mit dem Zerfall eines Feindbildes verbunden sein muß. Mit den zunehmend positiven Einstellungen gegenüber der

62 Anfang der 1980er Jahre zeigt sich bei diesem Indikator derselbe zeitliche Verlauf des Einstellungswandels wie bei der in Tabelle 4 dargestellten Frage (vgl. Sinus 1988: 55).

63 Rattinger et al. (1995: 58, Frage 4045). Meinungsumfrage im Auftrag der *United States Information Agency*, durchgeführt vom Meinungsforschungsinstitut *Sample*.

Sowjetunion veränderte sich auch die Einschätzung der USA zum Negativen hin, ohne daß sich unmittelbar konkrete Anhaltspunkte hierfür in der amerikanischen Politik am Ende der 1980er Jahre erkennen ließen.

Dies bestätigt sich auch bei den Antworten auf die Frage, für wen Krieg nach wie vor ein Mittel der Politik darstelle (siehe Tabelle 6). Zwar ist der Anstieg bei der Einschätzung, daß nur die USA den Krieg als Mittel der Politik betrachten, nicht so deutlich wie die Meinungsänderung gegenüber der Sowjetunion. Aber die Zunahme von 2,3% auf 9,4% im Jahr 1988 scheint doch einem gewissen Trend zu gehorchen, welcher der These vom Freund-Feind-Schema nach etwa so zu erwarten war. Der Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion war bei diesem Indikator jedoch stärker. Um nahezu 20% fiel zwischen 1983 und 1988 der Anteil derjenigen, welche die Sowjetunion als ein Land einschätzen, für das der Krieg nach wie vor ein Mittel der Politik ist.<sup>64</sup>

Tabelle 6: Krieg als ein Mittel der Politik

"Über die Situation, die Absichten und die Politik der beiden Supermächte ... wieweit die einzelnen Punkte Ihrer Meinung nach für die USA, die Sowjetunion oder beide Länder zutreffen: Ein Land, für das der Krieg nach wie vor ein Mittel der Politik ist" (Rattinger et al. 1995: 114, Frage 2252; vgl. auch Sinus 1988: 50).			
<i>Zeitpunkt</i>	8-9/1983	9-10/1986	7-8/1988
<i>USA</i>	2,3%	7,5%	9,4%
<i>UdSSR</i>	<b>36,9%</b>	<b>26,3%</b>	<b>17,0%</b>
<i>Beide</i>	45,8%	43,7%	46,2%
<i>Keines</i>	14,9%	22,6%	27,4%

Stärker von den bilateralen Problemen zwischen der BRD und den USA überlagert sind die Meinungsänderungen bei der Frage nach dem Land, das die Interessen seiner Verbündeten häufig mißachtet (siehe Tabelle 7). Doch wurde auch diese Frage übereinstimmend in den Jahren 1983, 1986 und 1988 erhoben und kann daher ebenso als Indikator für den Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion herangezogen werden, der sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in der bundesdeutschen Bevölkerung abspielte. Hier zeigt sich der Einstellungswandel zwischen 1983 und 1986 zunächst nur am sinkenden Anteil für die Antwort "Beide", der deshalb als

64 Da bei diesem Meinungswandel der Anteil derer konstant blieb, die sowohl in den USA als auch in der Sowjetunion Länder sehen, für die der Krieg ein Mittel der Politik ist, kann hier alleine der UdSSR-Wert als Indikator für den Feindbild-Zerfall gelten.

Indikator für den Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion gelten kann, weil der Anteil für die Antwort "USA" im gleichen Zeitraum leicht ansteigt. Von 1986 bis 1988 sinkt dann jedoch der Anteil für die Antwort "UdSSR" um über 13%, so daß der addierte Meinungswandel in bezug auf die Sowjetunion für den gesamten Zeitraum bei diesem Indikator über 22% beträgt.

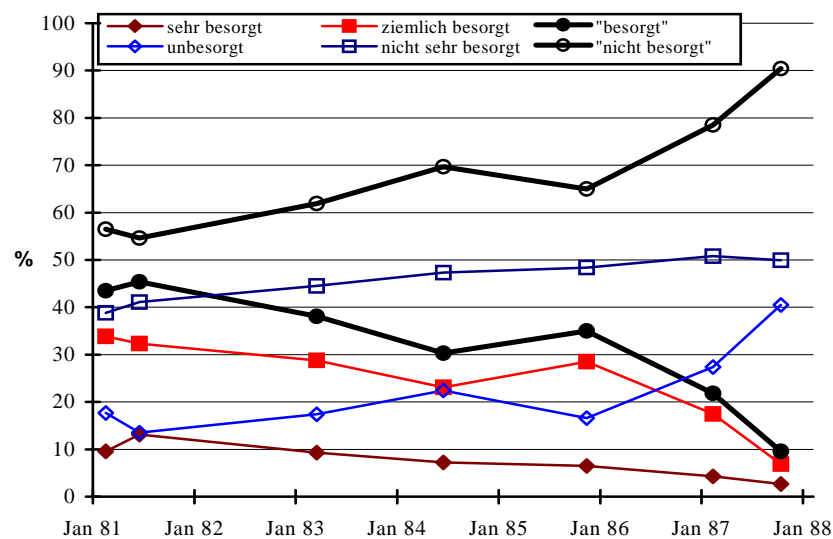
Tabelle 7: *Mißachtung von Verbündeten-Interessen*

"Über die Situation, die Absichten und die Politik der beiden Supermächte ... wie weit die einzelnen Punkte Ihrer Meinung nach für die USA, die Sowjetunion oder beide Länder zutreffen: Ein Land, das die Interessen seiner Verbündeten häufig mißachtet" (Rattinger et al. 1995: 115, Frage 2254).			
<i>Zeitpunkt</i>	<i>8-9/1983</i>	<i>9-10/1986</i>	<i>7-8/1988</i>
<i>USA</i>	4,4%	8,7%	11,4%
<i>UdSSR</i>	38,8%	<b>38,9%</b>	<b>25,5%</b>
<i>Beide</i>	<b>52,0%</b>	<b>41,7%</b>	42,4%
<i>Keines</i>	4,7%	10,7%	20,7%
<i>Σ "UdSSR" + "Beide"</i>	<b>90,8%</b>	<b>80,6%</b>	<b>67,9%</b>

Auf einer ähnlichen Annahme vom potentiellen Einfluß der Supermächte auf andere Staaten basiert eine andere Umfrage, die weitgehend übereinstimmend in den Jahren 1981 bis 1987 durchgeführt wurde und nach der Kooperationsbereitschaft oder Machtausübung der Sowjetunion gegenüber der Bundesrepublik Deutschland fragte (siehe Abb. 3). Anhand des längeren Erhebungszeitraums kann bei diesem Indikator die weitgehende Konstanz der Einstellung in der ersten Hälfte der 1980er Jahre und ihr rapider Wandel ab 1986 gezeigt werden. Schon im November 1987 war der Anteil derer, "die besorgt sind, daß die Sowjetunion die Bundesrepublik unter Druck setzen will", auf einen Wert gesunken, der kaum noch weitere Veränderungen in der eingeschlagenen Richtung zuließ. Der Wandel dieser Einstellung über Zeit läßt sich am besten anhand eines Schaubildes verdeutlichen; er beträgt für die Zeit zwischen Ende 1985 und Ende 1987 25%.

Abbildung 3: *Besorgt über Druck der Sowjetunion*

"Wie besorgt sind Sie, daß die Sowjetunion die Bundesrepublik unter Druck setzen wird, eine Politik zu verfolgen, die in erster Linie den Interessen der Sowjetunion dient? Sehr besorgt, ziemlich besorgt, nicht sehr besorgt oder unbesorgt?" (Rattinger et al. 1995: 96, Frage 1604).<sup>65</sup>

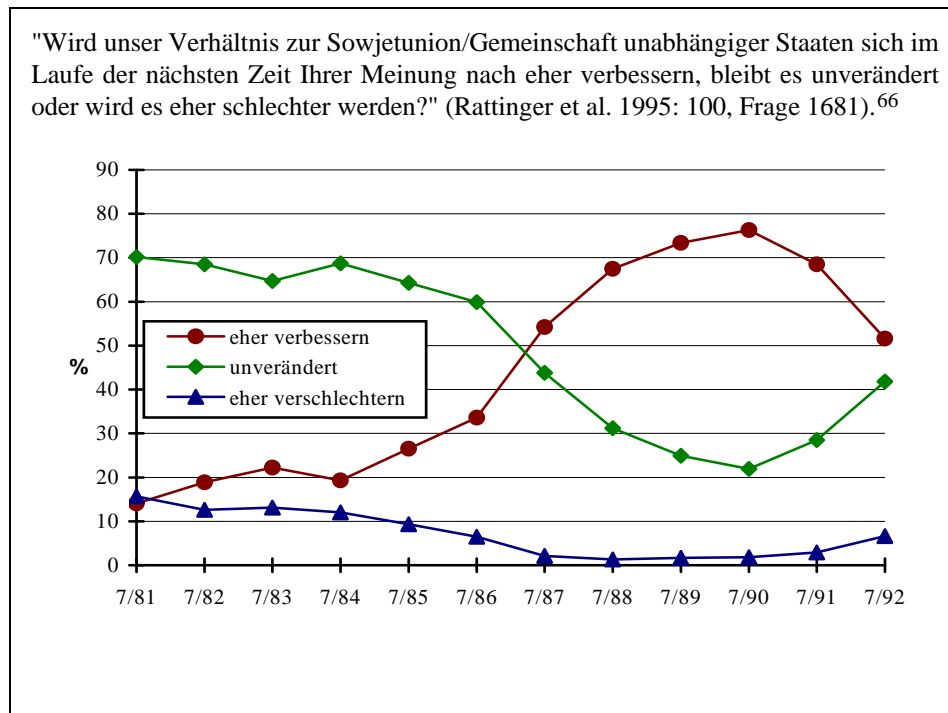


Es sind einige wenige Fragen, die über den gesamten hier interessierenden Untersuchungszeitraum hinweg kontinuierlich einer repräsentativen Auswahl der BundesbürgerInnen gestellt wurden, anhand derer sich der zeitliche Verlauf des Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre aufzeigen läßt. Hierzu gehören zwei Meinungsumfragen, die seit 1981 bzw. 1982 jährlich im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung vom Meinungsforschungsinstitut Emnid durchgeführt wurden. Auch bei diesen Indikatoren, die zur besseren Veranschaulichung in Schaubildern (siehe Abb. 4 & 5) dargestellt werden, zeigt sich, daß sich der größte Meinungswandel in der Zeit zwischen Sommer 1986 und Sommer 1987 abgespielt hat. Diese zeitliche Dimension wird von entscheidender Bedeutung sein, wenn es um die zeitliche Differenz zwischen dem Einstellungswandel in der Bundesrepublik Deutschland und in den USA geht.

<sup>65</sup> Die zwei fett gedruckten Kurven mit den runden Datenpunkten entsprechen jeweils der Summe der Antworten "sehr besorgt" und "ziemlich besorgt" (= "besorgt") bzw. "nicht sehr besorgt" und "unbesorgt" (= "nicht besorgt").



Abbildung 4: Einschätzung der Veränderung des Verhältnisses zur Sowjetunion

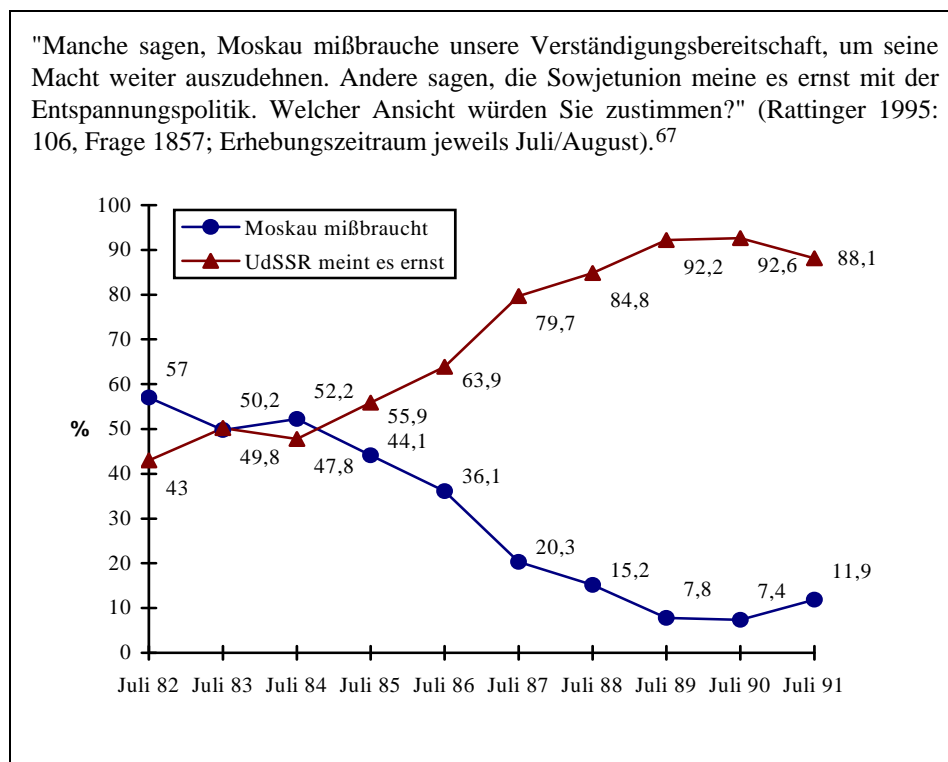


Der originelle Kurvenverlauf in diesem Schaubild resultiert primär aus der spezifischen Fragestellung dieser Meinungsumfragen. Die Zustimmung der Sowjetunion zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Juli 1990 bildete gewissermaßen den Höhepunkt eines verbesserten Verhältnisses zur Sowjetunion aus deutscher Sicht, so daß die Einschätzung, daß sich unser Verhältnis zur Sowjetunion (noch) weiter verbessern werde, kaum mehr steigen konnte und dagegen die Erwartung (ab 1990) deutlich zunahm, daß das Verhältnis unverändert (gut) bleiben werde. Mit der Auflösung der Sowjetunion im September 1991 und den eher unsicheren Zukunftsaussichten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) stieg dann jedoch ab 1991 der Anteil derer wieder leicht an, die sich auch eine Verschlechterung des Verhältnisses zur GUS vorstellen konnten. Doch bleibt davon unberührt, daß sich die Einstellungen gegenüber der Sowjetunion bei diesem Indikator zwischen 1984 und 1990 um über 50% verbessert haben und der einschneidende Einstellungswandel zwischen Sommer 1986 und 1988 stattfand.

<sup>66</sup> Da für das Jahr 1985 keine Ergebnisse vorliegen, wurde für die graphische Darstellung dieser Wert linear ergänzt.

Stärker als bei der Frage nach den Erwartungen verbesserter Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, deren Veränderung auch auf die gewandelte deutsche Außenpolitik zurückzuführen sein kann, wird die Beurteilung der sowjetischen Politik in Meinungsumfragen deutlich, welche die Einschätzung sowjetischer Intentionen erheben. Das folgende Schaubild beruht ebenfalls auf den im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung vom Emnid-Institut durchgeführten Meinungsumfragen und zeigt den Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion anhand der Einschätzung sowjetischer Entspannungspolitik.

Abbildung 5: Die Einschätzung sowjetischer Entspannungspolitik



Auch bei dieser Umfrage zeigt sich der deutlichste Meinungswandel zwischen Sommer 1986 und Sommer 1987, wobei unsicher bleibt, ob diese Phase rapiden Einstellungswandels nicht schon Ende 1985 beginnt, denn die Umfrageergebnisse

<sup>67</sup> Aufgrund der fehlenden Daten für das Jahr 1985 wurden auch hier die Kurven zwischen 1984 und 1986 linear ergänzt.

von 1985 liegen auch hier leider nicht vor. Doch unzweifelhaft zeigen die in den Abbildungen 4 und 5 dargestellten, fast jährlich durchgeführten Umfragen, daß sich bei diesen beiden Indikatoren der größte Teil des Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Sommer 1987 schon vollzogen hatte. Zudem wird auch hier das große Ausmaß des gesamten Einstellungswandels deutlich, der bei dieser Frage zwischen Juli 1984 und Juli 1990 fast 45% beträgt.

Auch die allgemeinste Frage bezüglich der außenpolitischen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion - "Welche Meinung haben Sie über Rußland/Sowjetunion/UdSSR?" - wurde von verschiedenen Meinungsforschungsinstituten seit 1954 in der Bundesrepublik immer wieder gestellt. Allerdings gibt es für die entscheidende Phase des Einstellungswandels 1986/87 keine miteinander vergleichbaren Daten, obwohl diese Meinungsumfrage in anderen Phasen teilweise in sehr kurzen Abständen wiederholt wurde. Doch die Veränderung der Antwortverteilung zwischen 1985 und 1991 (siehe Tabelle 8) verweist auf einen radikalen Einstellungswandel von über 50%, nimmt man den Wandel bei den negativen Meinungen über die Sowjetunion zusammen.<sup>68</sup> Zum zeitlichen Verlauf des Einstellungswandels vermitteln diese Umfragedaten den Eindruck, daß der rasante Einstellungswandel auch noch Ende 1987, Anfang 1988 im Gange war.

Tabelle 8: *Meinung über die Sowjetunion*

"Nun haben wir einige ähnliche Fragen über verschiedene Länder. Bitte benutzen Sie diese Karte, um uns Ihre Ansicht dazu zu sagen. Welche Meinung haben Sie über Rußland/Sowjetunion/UdSSR?" (Rattinger et al. 1995: 75, Frage 78).					
<i>Zeitpunkt</i>	<i>6/1985</i>	<i>9/1987</i>	<i>11/1987</i>	<i>3/1988</i>	<i>9/1991</i>
<i>Sehr gute Meinung</i>	1,7%	2,8%	4,2%	7,3%	25,1%
<i>Gute Meinung</i>	28,8%	<b>47,5%</b>	<b>59,6%</b>	<b>68,2%</b>	57,8%
<i>Schlechte Meinung</i>	54,4%	45,1%	32,0%	21,9%	7,2%
<i>Sehr schlechte Meinung</i>	15,1%	4,5%	4,2%	2,5%	9,8%
<i>Negative Meinungen (<math>\Sigma</math>)</i>	<b>69,5%</b>	49,6%	36,2%	24,4%	<b>17,0%</b>

68 Für Einstellungs-ForscherInnen könnte der gegenüber den Vorjahren höhere Anteil sehr schlechter Meinungen im Jahr 1991 von besonderem Interesse sein. Er kehrt jedoch den Trend bei der Summe der negativen ("schlechte" + "sehr schlechte") Meinungen gegenüber der Sowjetunion (siehe Tabelle 8, letzte Zeile) nicht um, weshalb er hier unberücksichtigt bleiben kann.

Wie am Anfang schon erwähnt, wurde am häufigsten und kontinuierlichsten - zumindest bis 1990 - die Bedrohungswahrnehmung durch die Sowjetunion in der Bundesrepublik Deutschland erhoben. Diese Frage stellt einen sehr geeigneten Indikator für außenpolitische Einstellungen in ihrer negativen Dimension dar, weil damit sowohl eine Aussage über das zwischenstaatliche Verhältnis als auch über die Perzeption der politischen Absichten des anderen Staates - und beides in wertender Weise - gemacht wird. Dieser Indikator erfährt zusätzlich eine weitere Bedeutung, weil er häufig Thema politischer Diskussionen ist, die Umfragedaten darüber Publizität gewinnen und damit zugleich einen politischen Einfluß entwickeln, indem sie das Vorhandensein eines bestimmten außenpolitischen Klimas dokumentieren (vgl. Just/Mühlens 1981; Fuchs/Pfetsch 1996; Ginsberg 1989; Herbst 1993).

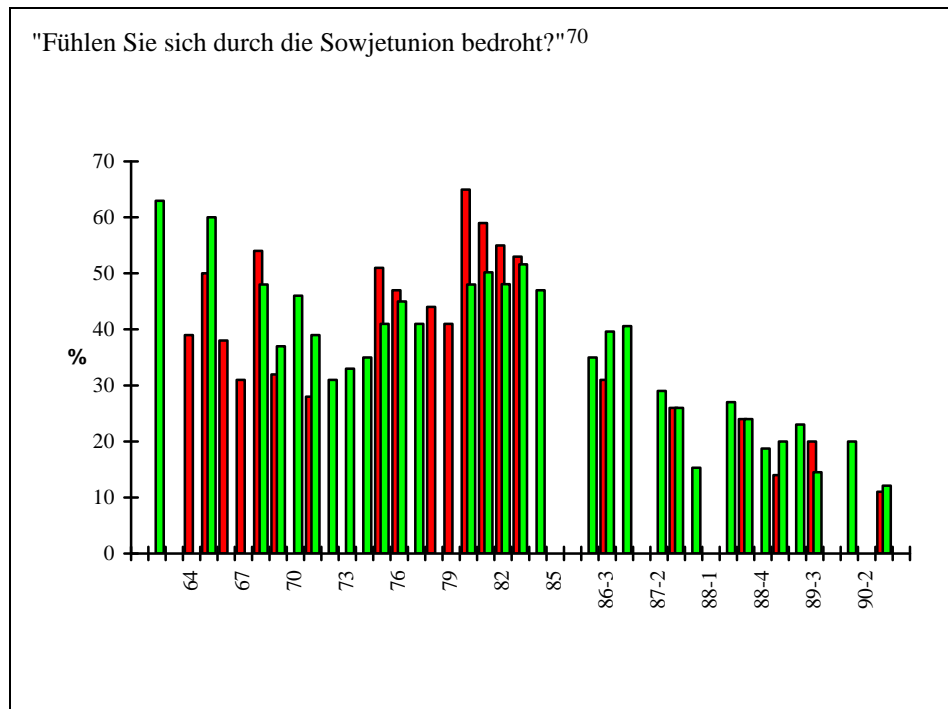
Allerdings liegen trotz der Häufigkeit der Umfragen leider keine solchen Daten vor, die völlig problemlos über den gesamten Untersuchungszeitraum miteinander verglichen werden könnten, denn die Umfragen wurden immer wieder von unterschiedlichen Meinungsforschungsinstituten mit differierenden Fragenformulierungen und verschiedenen Antwortvorgaben durchgeführt. Insofern lassen sich an diesen Daten nur die große Tendenz und einige Hinweise auf den zeitlichen Verlauf des Einstellungswandels erkennen. Die Eindeutigkeit der Tendenz zeigt Abbildung 6, in welcher die Ergebnisse aller zugänglichen Meinungsumfragen zur Bedrohungswahrnehmung in der Bundesrepublik Deutschland ab 1960 dargestellt werden.

Die Höhe der Balken zeigt die Anzahl der Befragten, die sich bedroht fühlen, wobei die helleren Balken das Antwortverhalten bei solchen Umfragen kennzeichnen, bei denen nur zwei Antwortmöglichkeiten zur Verfügung standen ("bedroht", "nicht bedroht" bzw. sinnähnliche Antworten); zahlreiche Umfragen ermöglichten neben diesen Antworten auch noch die Reaktion "unentschieden", wodurch in der Regel der "Bedroht-Wert", der alleine in dem Schaubild dargestellt wird, etwas geringer ausfällt.<sup>69</sup>

Diese Darstellung in Abbildung 6 soll zweierlei verdeutlichen, zum einen den großen zeitlichen Trend der Bedrohungswahrnehmung mit seinen Spitzen Anfang der 1960er und Anfang der 1980er Jahre, die dazwischen liegende Phase der Ost-West-Entspannung mit einer leicht gesunkenen Bedrohungswahrnehmung und den deutlichen Abwärtstrend ab Mitte der 1980er Jahre. Zum anderen kann dieses Schaubild ein Datenproblem deutlich machen, welches Mitte der 1980er Jahre besteht und gewisse Probleme bei der Bestimmung des genauen zeitlichen Verlaufs des Einstellungswandels aufwirft. Völlig überraschend und mir unerklärlich gibt es für einen Zeitraum von zwei Jahren (Juli 1984 bis Juli 1986) keine veröffentlichten Umfrageergebnisse zur Bedrohungswahrnehmung gegenüber der Sowjetunion (vgl. auch Weller 1992: 50-51).

<sup>69</sup> Eine Abweichung von dieser Regel zeigt sich bei einigen Umfragen, vor allem zwischen 1975 und 1983 sowie in den Jahren 1968 und 1989. Diese Umfragen wurden vom Institut für Demoskopie in Allensbach durchgeführt, welches nicht unmittelbar die Bedrohungswahrnehmung ermittelte, sondern die Frage stellte: "Machen Sie sich Sorgen, daß wir vom Osten bedroht werden?" (Noelle-Neumann/Piel 1983: 637; Noelle-Neumann/Köcher 1993: 1079).

Abbildung 6: Erhebungen der Bedrohungswahrnehmung

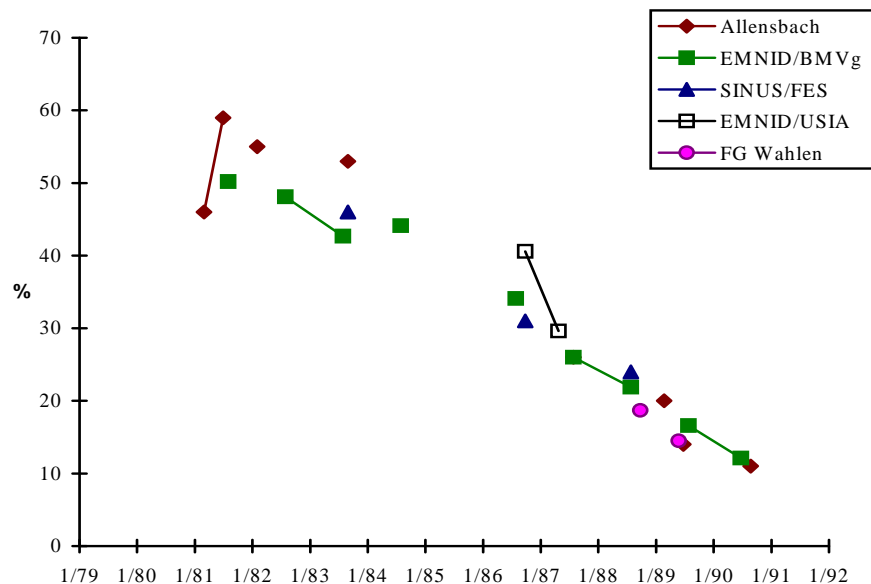


Aufgrund dieser Daten-Lücke vermitteln die Schaubilder leicht den Eindruck, daß es einen nahezu kontinuierlichen Einstellungswandel seit Anfang der 1980er Jahre gegeben habe. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich allerdings, daß es zu Beginn der 1980er Jahre auch gegenläufige Trends gab, die sich besonders beim Vergleich miteinander identischer Meinungsumfragen zeigen. Aus diesem Grund werden im folgenden Schaubild bei einheitlicher Zeitachse nur solche Umfrageergebnisse dargestellt, die mindestens zwei Mal mit einem übereinstimmenden Instrumentarium erhoben wurden. Nur beim Vergleich solcher Umfragen kann ein Einstellungswandel und sein zeitlicher Verlauf klar identifiziert werden (siehe oben Abschnitt 2.4.3). Die im folgenden Schaubild dargestellten fünf Umfragereihen geben einige genauere Hinweise über den zeitlichen Verlauf des Einstellungswandels.

<sup>70</sup> Die Fragen aller hier angeführten Umfragen waren nicht völlig miteinander identisch, sie zielten aber alle auf die Wahrnehmung einer (militärischen) Bedrohung durch die Sowjetunion in der Bundesrepublik Deutschland. Die größere Anzahl von Meinungsumfragen zur Bedrohungswahrnehmung ab Mitte der 1980er Jahre erforderte in dieser Darstellung eine Manipulation der Zeitachse, die ab 1986 nicht mehr in Jahre, sondern in Quartale unterteilt ist. Aus diesem Grunde kann in diesem Schaubild die Rasanzt des Meinungswandels nicht sichtbar werden.

Abbildung 7: Wandel der Bedrohungswahrnehmung

"Machen Sie sich Sorgen, daß wir vom Osten bedroht werden?" (Allensbach).<sup>71</sup> "Ist Ihrer Meinung nach die kommunistische Bedrohung sehr groß, groß, nicht so groß oder nicht ernst zu nehmen?" (EMNID/BMVg).<sup>72</sup> "Was ist Ihr Eindruck: Wird die Bundesrepublik von der Sowjetunion militärisch bedroht oder glauben Sie, der Bundesrepublik drohe von der UdSSR keine Gefahr?" (SINUS, FES).<sup>73</sup> "Manche Leute meinen, daß die Sowjetunion eine Bedrohung für die Sicherheit Westeuropas ist. Andere meinen, daß sie keine Bedrohung für die Sicherheit Westeuropas ist. Welcher Ansicht stimmen Sie eher zu?" (EMNID/USIA).<sup>74</sup> "Fühlen Sie sich durch die Sowjetunion militärisch bedroht?" (Forschungsgruppe Wahlen 1988: 29; 1989: 26).



71 Da Noelle-Neumann/Köcher (1993: 1079) ihre erhobenen Daten nicht auflisten, mußten die Werte aus dem entsprechenden Schaubild rekonstruiert werden.

72 Die im Schaubild abgetragenen Werte geben die Summe der Antworten "sehr groß" und "groß" wieder. Die Daten stammen aus Rattinger et al. (1995: 98, Frage 1648).

73 SINUS-Umfragen im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und zum Teil der Zeitschrift "Stern". Die Daten stammen aus Liedtke (1989a: 116); vgl. auch Rattinger et al. (1995: 112, Frage 2212).

74 Die Daten stammen aus Rattinger et al. (1995: 128, Frage 3074).

Daß der einschneidende Rückgang der Bedrohungswahrnehmung (siehe Abb. 7), der sie Ende 1990 auf etwa 10% sinken ließ, nicht schon 1981, sondern wohl 1985 oder erst Anfang 1986 begann, zeigt sich zum einen an der Allensbach-Umfrage, bei welcher der Wert 1981 deutlich anstieg und von Anfang 1982 bis Ende 1983 relativ konstant blieb. Die EMNID/BMVg-Umfrage weist sogar von Mitte 1983 bis Mitte 1984 noch eine leichte Erhöhung der Bedrohungswahrnehmung aus.

Für die weitgehende Konstanz der Bedrohungswahrnehmung 1984/1985 und einen frühestens ab Mitte/Ende 1985 bzw. Anfang 1986 einsetzenden schnellen Einstellungswandel sprechen auch die Werte der EMNID/USIA-Umfrage, die den deutlichsten Meinungswandel innerhalb kurzer Zeit für 1986/1987 ausweisen. Die vorliegenden Daten geben dies zweifellos nur bedingt her, aber es läßt sich doch stark vermuten, daß wie bei allen anderen Einstellungsdimensionen auch bei der Bedrohungswahrnehmung etwa 1986 der rapide Einstellungswandel einsetzte und dann im Laufe des Jahres 1990 nahezu an seinem Endpunkt anlangte. Das Ausmaß des Einstellungswandels innerhalb von sechs bzw. sieben Jahren betrug dabei zwischen 32 (EMNID) und 42 (Allensbach) Prozent.

Als vorläufiges Ergebnis der Darstellung des Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion in der bundesdeutschen Bevölkerung läßt sich festhalten, daß sich im hier analysierten Untersuchungszeitraum von etwa Mitte der 1980er bis Anfang der 1990er Jahre bei allen zur Verfügung stehenden Indikatoren ein Meinungswandel von mindestens 20% und von bis zu 55% zeigte. Dieser Meinungswandel bedeutete überall eine Abschwächung der negativen Einstellungen und meistens einen Umschwung zu einem positiven Meinungsbild. Wenn man die vorherrschend negativen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion Anfang bis Mitte der 1980er Jahre als "Feindbild" kennzeichnet, sprechen alle Indikatoren dafür, daß in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre ein Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion in der Bundesrepublik Deutschland stattgefunden hat.

Bei den dreizehn untersuchten Indikatoren, welche in diesem Abschnitt in der Regel über einen Zeitraum von etwa fünf Jahren dargestellt wurden, betrug der Meinungswandel in fünf Fällen zwischen 20% und 30%, in vier Fällen 30% bis 40% und in drei Fällen deutlich über 40%. In einem Fall zeigte sich sogar ein Wandel von 49% innerhalb von weniger als drei Jahren (siehe Abb. 2).

Über den zeitlichen Verlauf des Einstellungswandels lassen sich nur in geringerem Maße solche präzisen Aussagen machen wie über das Ausmaß des Wandels. Dies hat seine Ursache vor allem in der hier - zwangsläufig - gewählten Form der Sekundäranalyse vorliegender und öffentlich zugänglicher Umfrageergebnisse, womit man letztlich darauf angewiesen ist, daß irgendein Geldgeber daran interessiert ist, miteinander vergleichbare Umfragen innerhalb des Untersuchungszeitraumes mehrmals durchführen zu lassen. Schon aus organisatorischen Gründen gibt es hierzu jedoch kaum Alternativen, denn eine sozialwissenschaftliche Untersuchung, wie sie hier vorgenommen wird, verwendet Geschichte gewissermaßen als ihr Laboratorium und konstruiert über zeitliche Schnitte Vergleichsfälle, um Theoriebildung zu ermöglichen (vgl. George 1979; King et al. 1994). Dies kann aber immer nur im Rückblick auf eine schon vergangene und damit in ihren Abläufen struktu-

rierte Zeit geschehen. Die der Untersuchung optimal angepaßten Daten hätten aber gewissermaßen im Vorgriff erhoben werden müssen, was dann nur auf Verdacht hin bei allen nur denkbaren Indikatoren hätte geschehen können. Dieser Möglichkeit aber stehen die erheblichen Kosten repräsentativer Meinungsumfragen entgegen.

Angesichts dieser Lage müssen die vorhandenen, miteinander vergleichbaren Umfrageergebnisse auf die Phasen hin untersucht werden, in denen sich ein besonders starker Einstellungswandel in kurzer Zeit ereignet hat. Solche zu entdecken ist besonders dann wahrscheinlich, wenn Umfragen immer wieder in relativ kurzen Abständen wiederholt wurden. Untersucht man alle hier dargestellten Erhebungsintervalle auf die Höhe des Meinungswandels pro Monat, ergeben sich folgende Phasen, in denen dieser Wert über 1,5% liegt:

- 9/85 - 12/85 (siehe Abb. 2);
- 6/86 - 7/86 (siehe Abb. 2);
- 7/86 - 7/87 (siehe Abb. 4);
- 10/86 - 5/87 (siehe Abb. 7);
- 3/87 - 11/87 (siehe Abb. 3);
- 9/87 - 11/87 (siehe Tabelle 8);
- 11/87 - 3/88 (siehe Tabelle 8).

Bei dem in Abbildung 2 dargestellten Indikator für außenpolitischen Einstellungswandel zeigte sich zwar schon im Herbst 1985 eine Phase sehr starken Wandels; sie wurde jedoch unmittelbar von einem entgegengesetzten Meinungswandel gefolgt (*fluctuation*; vgl. Page/Shapiro 1992: 53), so daß dieser Zeitraum nicht zur Phase des einschneidenden Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion gerechnet werden kann. Auch andere hier identifizierte Phasen sehr starken Einstellungswandels könnten noch unterschiedlich qualifiziert und gewichtet werden, ohne daß jedoch zu erwarten stünde, daß sich das Ergebnis entscheidend änderte. Zudem würde jede genauere Analyse oder Berechnung des Meinungswandels wohl die Valenz der Umfragedaten überstrapazieren, so daß für den außenpolitischen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion in der Bundesrepublik Deutschland am Ende des Ost-West-Konflikts der Zeitraum von Sommer 1986 bis Anfang 1988 als die Phase zu betrachten ist, in welcher der einschneidende Meinungswandel stattgefunden hat.

## 2.6. Der außenpolitische Einstellungswandel in den USA

Im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland wurden in den USA zumindest zwei großangelegte Forschungsprojekte zu den außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen der 1980er Jahre durchgeführt, in denen auch mit sozialwissenschaftlichem Interesse die Einstellungen der US-amerikanischen Bevölkerung erhoben und untersucht wurden. Das Projekt "Americans Talk Security" wurde unternommen, "to contribute to public discourse on national security issues in the 1988 Presidential election campaign" (Americans Talk Security - ATS 1989: 5) und



dann fortgesetzt,<sup>75</sup> to test improved methodology in policy issues survey research" (ATS 1990: i). Leider gibt es zu den außenpolitischen Fragen innerhalb dieses Projekts keine über das Jahr 1990 hinausgehenden Umfrageergebnisse, die jedoch gerade zur Erfassung des genauen zeitlichen Verlaufs des amerikanischen Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion von großem Interesse gewesen wären.

Das zweite Forschungsprojekt, auf dessen Umfrageergebnisse hier zurückgegriffen werden kann, wird vom *Chicago Council on Foreign Relations* unternommen, welches alle vier Jahre eine Studie "American Public Opinion and U.S. Foreign Policy" durchführt (Rielly 1987, 1991, 1995). Auch hier handelt es sich um eine nicht-kommerzielle Organisation, die auch keine spezifischen politischen Interessen verfolgt oder einer Partei nahesteht:<sup>76</sup> "The objective of the Chicago Council on Foreign Relations is to promote, by all appropriate means, public understanding of the foreign policy of the United States" (Rielly 1991: 2).<sup>77</sup>

Für die Darstellung des Einstellungswandels in den USA gegenüber der Sowjetunion reicht jedoch der Rückgriff auf diese zwei Untersuchungen nicht aus, denn der Abstand von vier Jahren zwischen den Meinungserhebungen von "American Public Opinion and Foreign Policy" ermöglicht keine genauen Aussagen über den zeitlichen Verlauf beim Wandel der Einstellungen. Die zeitlich viel enger durchgeführten Umfragen von "Americans Talk Security" (ATS) beginnen dagegen erst 1988 und reichen nur bis zum März 1990. Sie erfassen folglich nur einen Teil des Untersuchungszeitraums und können damit, wie sich auch bei der Betrachtung anderer Umfrageergebnisse zeigt, nicht das gesamte Ausmaß des Einstellungswandels abbilden. Um weitere Daten für die Sekundäranalyse zur Verfügung zu haben, wurde deshalb eine sehr große Anzahl von Meinungsumfragen gesichtet, die vom *Roper Center for Public Opinion Research at the University of Connecticut at Storrs* gesammelt wurden.

Möglicherweise bedingt durch die längere Tradition repräsentativer Meinungsbefragung und ein stärker kommerzielles Mediensystem in den Vereinigten Staaten, dessen Akteure sehr häufig als Auftraggeber für Meinungsumfragen auftreten, gibt es im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland insgesamt eine deutlich größere Zahl von Erhebungen der politischen Präferenzen der amerikanischen Bevölkerung. Daraus resultiert aber nicht zwangsläufig die Möglichkeit, politischen Einstellungswandel in den USA genauer erfassen zu können, denn die für die Zwecke dieser

75 Während die Studien #1 bis #12 von einem prominenten Geschäftsmann (Alan Kay) gesponsert waren, wurden die nachfolgenden Studien durch das *Institute for Defense and Disarmament Studies* finanziert (ATS 1990: i). Später wurden die Studien dann unter dem Titel "Americans Talk Issues" veröffentlicht.

76 Alleine die Sorge um eine zunehmend isolationistische Außenpolitik der USA bzw. isolationistische Einstellungen der amerikanischen Bevölkerung scheint eine gewissermaßen politische Intention hinter diesem Projekt zu sein: "The key question in all of the Chicago Council surveys remains the extent to which the American public and leaders continue to support an active role for the United States overseas" (Rielly 1991: 4).

77 Zur Erhebung der Umfragedaten beauftragt das *Chicago Council on Foreign Relations* das Meinungsforschungsinstitut *Gallup*. Die Finanzierung des Projekts erfolgt durch die *John D. and Catherin T. MacArthur Foundation* und die *Ford Foundation* (vgl. Rielly 1991: 5).

Untersuchung brauchbaren Umfragen sind kaum häufiger als in der Bundesrepublik. Nur äußerst selten werden die außenpolitischen Einstellungen der amerikanischen Bevölkerung mit übereinstimmenden Fragen regelmäßig und über einen längeren Zeitraum hinweg erhoben (vgl. auch Page/Shapiro 1992: 30f). Doch alleine der Vergleich der Ergebnisse miteinander identischer Meinungsumfragen kann Aufschluß über den zeitlichen Verlauf und das tatsächliche Ausmaß von Einstellungsänderungen geben (siehe oben Abschnitt 2.4.3).

Zwar umfassen die Umfragen des "Americans Talk Security"-Projekts nur den Zeitraum von Januar 1988 bis März 1990, aber schon bezüglich dieser kurzen Zeitspanne berichten die entsprechenden Studien von einem erheblichen Einstellungswandel. Der *Survey No. 12* vom Januar 1989 stellt in seiner Zusammenfassung an erster Stelle die verbesserten Einstellungen gegenüber der Sowjetunion heraus:

"Findings from the current study show that attitudes toward the Soviet Union have changed significantly in the past few months. There has been a drop in the perception that the Soviet Union is a serious threat to the United States. There has also been an increase in the belief that the Soviets can be trusted to honor nuclear arms control agreements. The belief that the Soviets are a serious threat has dropped by fifteen points *in the last six months* and is now held by a 45% minority. A 54% majority see the Soviet Union as a minor threat or no threat" (ATS 1989: 11, Hervorh. dort; vgl. auch ATS 1988: 41).

Durch einen Vergleich mit sehr ähnlichen Umfragen aus den Jahren 1985 und 1986 und eine weitere ATS-Meinungserhebung im März 1990 ergibt sich für die AutorInnen der Studie in dieser Einstellungsdimension der Bedrohungswahrnehmung, die auch in den USA eine wichtige Rolle spielt, fast eine Umkehrung der Meinungsanteile von "stark bedroht" und "gering bedroht":

"Just five short years ago, in the fall of 1985, 76% of the American public felt that the Soviet Union was a serious threat to the United States, while only 22% felt it was at most a minor threat. Now, these sentiments are nearly the reverse" (ATS 1990: 4).<sup>78</sup>

Um den Meinungswandel bei diesem wichtigen Indikator außenpolitischer Einstellungen zu verdeutlichen, werden die Ergebnisse aller Umfragen mit nahezu identischen Antwortmöglichkeiten sowie die Summen positiver und negativer Antworten in Tabelle 9 dargestellt:

78 Bei der Berechnung wurden die Anteile von jeweils zwei der vier Antwortmöglichkeiten zusammengefaßt, womit sich auch eher eine Vergleichbarkeit zu solchen Umfragen mit nur zwei bzw. drei Antwortkategorien herstellen läßt.

Tabelle 9: *The USSR as a Threat*

"How much of a threat would you say the Soviet Union is to the United States these days - a very serious threat, a serious threat, a minor threat, or not a threat at all?" (ATS 1989: 58; ATS 1990: 29). <sup>79</sup>								
<i>Zeitpunkt</i>	<i>11/85</i>	<i>3/86</i>	<i>5/86</i>	<i>1/88</i>	<i>4/88</i>	<i>6/88</i>	<i>12/88</i>	<i>3/90</i>
<i>Very serious</i>	32%	20%	9%	16%	17%	18%	9%	7%
<i>Serious</i>	44%	47%	37%	41%	36%	42%	35%	26%
<i>Minor</i>	17%	25%	40%	32%	32%	29%	44%	49%
<i>Not a threat</i>	5%	6%	12%	8%	12%	8%	10%	16%
<i>Serious threat (<math>\Sigma</math>)</i>	<b>76%</b>	67%	46%	57%	53%	<b>60%</b>	<b>44%</b>	<b>33%</b>
<i>Minor/no threat (<math>\Sigma</math>)</i>	22%	31%	52%	40%	44%	37%	54%	65%

Nur 5% der Befragten waren Ende 1985 der Meinung, daß die Sowjetunion gar keine Bedrohung für die USA darstelle, während 44% "a serious" und 32% "a very serious threat" wahrnahmen. Diese zusammengenommen 76% erreichte die Bedrohungswahrnehmung im Zuge ihrer Veränderung während der zweiten Hälfte der 1980er Jahre nicht mehr, wenngleich die Meinungsänderung einer wenig linearen Kurve folgte. Zwar gab es im Frühjahr 1986 innerhalb von sehr kurzer Zeit einen erheblichen Einstellungswandel, doch war er Teil einer *fluctuation*, eines Hin-und-her von Meinungsänderungen, so daß er nicht den Beginn des einschneidenden Einstellungswandels am Ende des Ost-West-Konflikts darstellt. Dieser setzte bei dieser Einstellungsdimension erst Mitte 1988 ein, wobei die geringe Datendichte von 1988 bis 1990 keinen Aufschluß über seinen genauen Verlauf gibt. Doch über den gesamten Zeitraum hinweg gab es doch einen erheblichen Meinungswandel bei diesem Indikator des Feindbild-Zerfalls, der sehr gut die außenpolitischen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion erfassen kann.

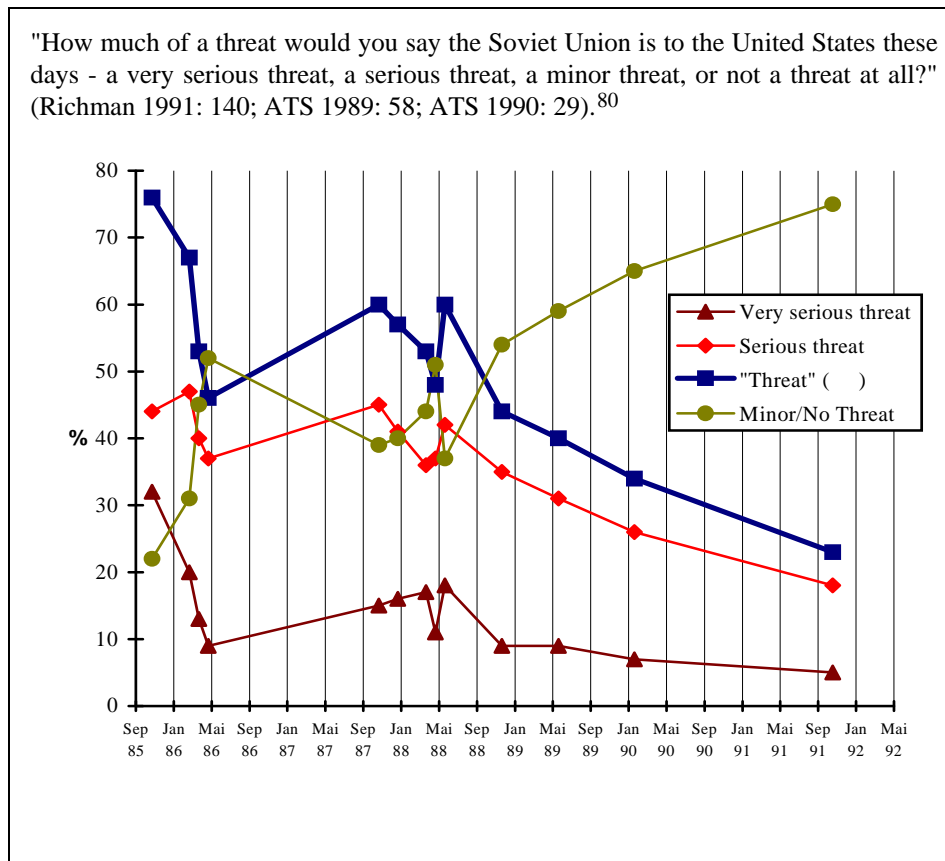
79 Quelle für die Umfrage vom November 1985 ist *Yankelovich, Skelly & White for Time*, der Umfragen vom März und Mai 1986 *ABC News/Washington Post*. Für diese drei Umfragen wird angegeben: "wording slightly different, 'moderately serious' and 'just a slight threat' for middle two categories" (ATS 1990: 29).

Im Rückgang der Bedrohungswahrnehmung sehen die AutorInnen der ATS-Studie jedoch nur eines von drei Elementen bzw. Indikatoren des außenpolitischen Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion:

"With the Cold War mentality thawing, American attitudes toward the Soviet Union have *changed dramatically* over the past several years. Five years ago, when Gorbachev first became the Soviet leader, a strong majority of Americans thought the Soviet Union was a serious threat to the United States, they believed the U.S.S.R. was *interested in world domination*, and they felt that the Soviets *could not be trusted* to keep their end of a nuclear arms control agreement. The results of our latest survey of the American public shows clearly that a majority of Americans now feel that the Soviet Union is *not a serious threat* to this country, and that the Soviets are more interested in protecting their own national security than in world domination" (ATS 1990: 4, meine Hervorh.).

Doch bevor im weiteren Verlauf dieses Abschnitts auf diese anderen Einstellungsdimensionen gegenüber der Sowjetunion eingegangen wird, soll hier zunächst der Wandel in der Bedrohungswahrnehmung noch differenzierter dargestellt werden. Durch eine Ergänzung der ATS-Daten mit anderen, im *Roper Center* verfügbaren Umfrageergebnissen, ergibt sich ein Schaubild (siehe Abb. 8), das wertvolle Hinweise über den zeitlichen Verlauf des außenpolitischen Einstellungswandels in den USA enthält (vgl. auch Richman 1991: 140).

Die Kurven zeigen sehr deutlich, wie der prinzipielle Trend abnehmender Bedrohungswahrnehmung immer wieder unterbrochen wird, sich aber dann ab Juni 1988 bis Ende 1991 durchsetzt. Dabei beträgt der Einstellungswandel über den gesamten Untersuchungszeitraum berechnet bei den hier abgebildeten Umfragen 53%. Doch scheint trotz der starken Meinungsänderungen in den Wintern 85/86 und 87/88 die Bedrohungswahrnehmung in den USA bis Mitte 1988 auf einem relativ hohen Niveau zu beharren und auch teilweise anzusteigen. Allerdings existiert auch hier, ähnlich wie bei der Bedrohungswahrnehmung in der Bundesrepublik, ein Datenproblem, denn für den Zeitraum von Mai 1986 bis November 1987 liegen keine vergleichbaren Umfrageergebnisse vor. Diese Daten-Lücke lässt sich auch durch andere Meinungserhebungen zur Bedrohungswahrnehmung nicht recht füllen.

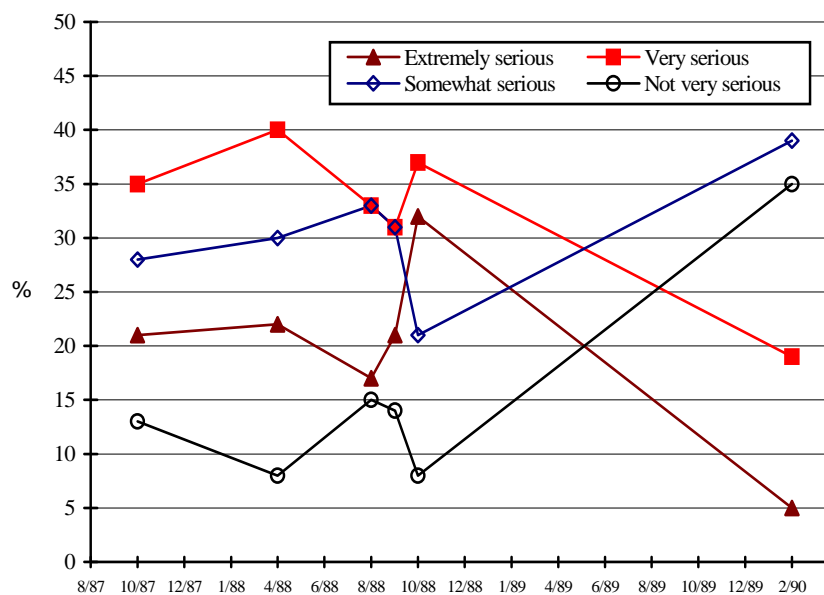
Abbildung 8: *Perception of Soviet Threat to U.S.*

Betrachtet man den Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion anhand der Frage, ob weltweite sowjetische Aggression eine *zukünftige* Bedrohung für die Sicherheit der Vereinigten Staaten darstelle, ergibt sich folgendes Bild:

<sup>80</sup> Die Umfrageergebnisse von März, April und Mai 1986, November 1987, Mai 1988 sowie Juni 1989 wurden von *ABC News/Washington Post* erhoben und Richman (1991: 140) entnommen. Die Werte vom November 1991 entstammen einer weiteren Umfrage, die im Auftrag der "Americans Talk Issues Foundation" von *Market Strategies* erhoben und in *Americans Talk Issues # 17* veröffentlicht wurden; die *Question-ID* im *Roper-Center* ist USMS.ATS17.R-03AB. Auch die in dieses Schaubild eingetragenen Verbindungslinien zwischen den Datenpunkten können natürlich nicht den genauen Verlauf des Meinungswandels abbilden, da für bestimmte Zeiten keine vergleichbaren Umfrageergebnisse vorliegen. Die Linien dienen einzig zur Verdeutlichung der Meinungstrends, wobei die fette Linie mit den quadratischen Datenpunkten die Summe der Antworten "Very serious threat" und "Serious threat" darstellt.

Abbildung 9: *Soviet Aggression around the World as a Threat*

"I am going to read a list of several foreign policy issues and developments. Thinking about the next five years or so, please tell me whether you feel each issue I mention poses an extremely serious, very serious, somewhat serious, or not very serious threat to our country's national security interests. ... Soviet aggression around the world" (Richman 1991: 140f).



Leider liegen auch bei diesen Umfragen keine Daten von 1985, sondern sogar erst ab Herbst 1987 vor, doch das 1988 anhaltend gleichbleibende und im Herbst 1988 sogar noch ansteigende Niveau der Bedrohungswahrnehmung, insbesondere bei der Antwort "Extremely serious threat", deutet doch sehr darauf hin, daß der einschneidende Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion in dieser Einstellungsdimension erst Ende 1988 einsetzte, wobei hier die Datenlücke im Jahr 1989 sogar noch die Möglichkeit eines noch später einsetzenden Meinungswandels offenläßt.

An diesen Schaubildern zur Bedrohungswahrnehmung zeigt sich vor allem der zum bundesrepublikanischen relativ späte Einstellungswandel in den USA. Sein genauer Verlauf bleibt jedoch aufgrund der Datenlücken noch undeutlich und sein Fortgang Anfang der 1990er Jahre ist hierbei nicht erfaßt, weil die Wahrnehmung der militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion auf ein Maß gesunken war, welches nur noch von geringer politischer Bedeutung war und daher auch nicht mehr die Aufmerksamkeit der Meinungsforschung fand. Der weitere Verlauf bei den Veränderungen der Bedrohungswahrnehmung läßt sich jedoch anhand eines anderen Indikators erfassen, bei dem der Vergleich mit der ökonomischen Bedrohung durch Japan miteinbezogen wird.<sup>81</sup> Angesichts sinkender Bedeutung militärischer Potentiale und zunehmender Wichtigkeit ökonomischer Leistungsfähigkeit im wachsenden globalen Konkurrenzkampf seit Anfang der 1990er Jahre liegen zum Vergleich der alten militärischen mit der neuen ökonomischen Bedrohung durch Japan zahlreiche Umfragedaten vor.

Da es sich hierbei jedoch nur in einzelnen Fällen um miteinander übereinstimmende Umfragen handelt, werden sie nicht in einem Schaubild dargestellt; sie können auch ausschließlich einen gewissen Trend bestätigen, der sich aus dem Vergleich miteinander übereinstimmender Meinungsumfragen ergibt. Aber zugleich kann dieser Indikator verdeutlichen, wie schwierig auch bei der großen Menge an amerikanischem Datenmaterial die Erfassung eines Einstellungswandels wäre, wenn man nur auf völlig übereinstimmende Meinungsumfragen zurückgreifen würde. Wenn nicht *ein* Auftraggeber immer wieder die gleiche Frage stellen läßt, sind Abweichungen bei den Frageformulierungen und Antwortmöglichkeiten unvermeidlich (siehe oben Abschnitt 2.4.3).<sup>82</sup>

81 Zur (zweifelhaften) Idee der Ablösung der militärischen durch eine ökonomische Bedrohung vgl. Sulfaro/Crislip (1997).

82 Bei den in Tabelle 10 gemeinsam dargestellten Umfrageergebnissen wurden teilweise unterschiedliche Frageformulierungen und entsprechend auch differierende Antwortmöglichkeiten verwendet, die hier dokumentiert werden:

Umfrage A: "When people consider threats to U.S. national security, some are more concerned about economic threats and others about military threats. From your perspective, which country do you think poses a greater threat to U.S. national security today?" (*Marttila and Kiley* im Auftrag von *Americans Talk Security, Roper Center Question-ID: USMARTIL.588ATS.R10*).

Umfrage B: "Some people say that military adversaries like the Soviet Union pose the greatest danger to our nation because they threaten our military security. Others say that economic competitors like Japan pose the greatest danger, because they threaten our jobs and economic security. Would you say our military adversaries or our economic competitors pose the greater threat to our national security?" (*Marttila and Kiley* im Auftrag von *Americans Talk Security, Roper Center Question-ID: USMARTIL.ATS8.R13*). Auch im August 1988 durchgeführt im Auftrag von *NBC News/Wall Street Journal, Roper Center Question-ID: USNBCWSJ.148.R05*.

Umfrage C: "Which would you say is a bigger threat to the national security of the United States, the military power of the Soviet Union or the economic power of Japan" (*ABC News/ Washington Post, Roper Center Question-ID: USABCWP.89JAPN.R50 [2/89]; USABCWP. 373A.R36 [1/90]; USABC.90380.R 09 [3/90]*).

Umfrage E: "If you had to say, which do you now think is a more serious threat to the future of this country - the military threat from the Soviet Union or the economic threat from Japan?" (*Louis Harris and Associates* im Auftrag von *Business Week, Roper Center Question-ID: USHARRBW.080789.RG [7/89]; USHAEEBW.040191.R08 [3/91]*).

Tabelle 10: *Greater Threat to the United States*

Umfrage D: "Which do you think is a greater threat to the United States, the military power of the Soviet Union or the economic power of Japan?" <sup>83</sup> (alle Angaben in %)													
Umfrage	A	B	B	C	D	E	D	C	C	F	F	G	E
Zeitpunkt	5/ 88	7/ 88	8/ 88	2/ 89	5/ 89	7/ 89	9/ 89	1/ 90	3/ 90	5/ 90	6/ 90	11/ 90	3/ 91
<i>Soviet Union (SU)</i>	63												
<i>Military adversaries</i>		<b>37</b>	<b>26</b>										
<i>Military power of the SU</i>				<b>50</b>	24		33	<b>28</b>	<b>38</b>	21		20	
<i>Military threat from the SU</i>						22							20
<i>Soviet military</i>											26		
<i>Japan</i>	28												
<i>Economic competitors</i>		56	56										
<i>Economic power of Japan</i>				44	59		52	66	57	75		60	
<i>Economic threat from Japan</i>						68							72
<i>Japanese economic</i>											58		
<i>Both equal (voluntarily)</i>	-	-	-	3	5		6	2	2	2	5	-	
<i>Neither (voluntarily)</i>											4		
<i>No difference (voluntarily)</i>						5							5
<i>Not sure, Don't know/no opinion</i>	8	7	18	3	12	5	9	4	3	2	7	-	3

An diesem Indikator bestätigt sich die Mitte 1988 noch vorhandene starke Bedrohungswahrnehmung gegenüber der Sowjetunion und der dann oder spätestens im Frühjahr 1989 einsetzende deutliche Wandel der Einstellungen.<sup>84</sup> Zwar spiegeln die

Umfrage F: "What do you think is a greater threat to the security of the United States these days: the military power of the Soviet Union or the economic power of Japan?" (*ABC News/Washington Post*, Roper Center Question-ID: USABCWP.386B.R31). Im Juni 1990 durchgeführt und im Auftrag von *CBS News/New York Times*, Roper Center Question-ID: USCBSNYT. 070990. R55. Obwohl die selbe Frage wie im Mai 1990 gestellt wurde, scheinen die Antwortmöglichkeiten anders formuliert gewesen zu sein.

Umfrage G: "I am going to read you a list of possible threats to the vital interest of the United States, in the next 10 years. For each one, please tell me if you see this as a critical threat, an important but not critical threat, or not an important threat at all" (Rielly 1991: 20). Die hier angegebenen Werte beziehen sich sowohl bei der Sowjetunion als auch bei Japan jeweils auf die Antworten "critical threat".

83 In dieser Form wurde die Frage im Mai und September 1989 (Umfrage D) von *Gallup Organization* im Auftrag von *Newsweek* gestellt. Die Question-ID im Roper Center ist USGALNEW. 89168.Q01 bzw. USGALNEW.89273.Q02. Die Frageformulierungen sowie die Quellenangaben der anderen verwendeten Umfragen finden sich in der vorhergehenden Fußnote.

84 Bei den Ergebnissen der Umfrage B zeigt sich im Sommer 1988 ein erheblicher Meinungswandel, speziell gegenüber der Sowjetunion um 10%.



Zahlen erhebliche *fluctuations* wider, die jedoch auch auf die verschiedenen Umfrageinstrumente zurückzuführen sein könnten. Alleine der nochmalige Anstieg der Bedrohungswahrnehmung Anfang der 1990er Jahre, der sich aus dem Vergleich der Ergebnisse der Umfrage C ergibt, könnte bezüglich der grundlegenden amerikanischen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion von Interesse sein. Doch ändert dies nichts am grundsätzlichen Trend, daß auch 1990 die hohen Werte von 1988 und 1989 nicht mehr erreicht werden, die Wahrnehmung einer militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion insgesamt zwischen 1988 und 1991 um etwa 40% abgenommen hat und entsprechend dieser Umfrage Japan zur neuen, jetzt ökonomischen Bedrohung heranwuchs. Dieser Trend bestätigt sich auch beim Blick auf die japanischen Zahlen, wenngleich hier noch einmal einschränkend betont werden muß, daß die in Tabelle 10 zusammengefaßten Umfragen nur bedingt miteinander vergleichbar sind. Doch spiegeln alle die selbe Einstellungsentwicklung wider, und die geringe Anzahl identischer Umfragen sowie die prinzipielle Übereinstimmung der Antwortalternativen dieser Umfragen lassen es gerechtfertigt erscheinen, zur ergänzenden Darstellung des amerikanischen Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion auch auf diese Umfragen zurückzugreifen.

Neben der Bedrohungswahrnehmung läßt sich der amerikanische Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion auch mit Umfragen zu den grundlegenden Intentionen der sowjetischen Politik erfassen. Innerhalb des ATS-Projekts ist dies das zweite zentrale Element außenpolitischer Einstellungen gegenüber der Sowjetunion (vgl. ATS 1990: 4). Als Indikator hierfür werden Umfrageergebnisse herangezogen, bei denen danach gefragt wird, ob die Sowjetunion "interested in world domination" oder vor allem an eigener Sicherheit interessiert sei. Auch bei diesem Indikator hatte ATS (1990: 4) einen "dramatischen" Meinungswandel identifiziert.

Bei dieser Umfrage (siehe Tabelle 11) liegen vergleichbare Ergebnisse für die Zeit von Mai 1985 bis März 1990, aber insgesamt nur zu fünf Erhebungszeitpunkten vor.<sup>85</sup> Sie vermitteln das Bild eines weitgehend linearen und nur Mitte 1988 möglicherweise kurz unterbrochenen kontinuierlichen Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion mit einer 1990 deutlich positiveren Meinung über die Motive der sowjetischen Außenpolitik. Die fehlenden Daten für 1986 und 1987 lassen uns im Unklaren über den genauen zeitlichen Verlauf des Einstellungswandels, aber die *fluctuation* 1988 läßt sich als Hinweis verstehen, daß die einschneidende Meinungsänderung erst im Sommer 1988 einsetzte. Zudem ist der Einstellungswandel in der zweiten Hälfte 1988 stärker als in den fast drei Jahren zwischen Mai 1985 und Januar 1988.

85 Bei einer ähnlichen Fragestellung mit vier sehr differenzierten Antwortvorgaben bestätigt sich allerdings das hier gezeichnete Bild des Einstellungswandels (vgl. Richman 1991: 142).

Tabelle 11: *Perception of Soviet Motives*

"Do you believe the Soviet Union is mainly interested in world domination or mainly interested in protecting its own national security?" (ATS 1989: 59; ATS 1990: 29).					
<i>Zeitpunkt</i>	<i>5/1985</i>	<i>1/1988</i>	<i>6/1988</i>	<i>12/1988</i>	<i>3/1990</i>
<i>World domination</i>	59%	39%	42%	28%	20%
<i>Protecting its own security</i>	34%	54%	49%	65%	77%
<i>Don't know/Refused</i>	7%	7%	9%	8%	3%

Damit bestätigt sich der schon bei anderen Indikatoren deutlich gewordene Eindruck des relativ spät einsetzenden grundlegenden Einstellungswandels der amerikanischen Bevölkerung gegenüber der Sowjetunion. Er zeigt sich auch bei den Umfragen zur Beurteilung der Sowjetunion als einer friedliebenden Nation (siehe Tabelle 12), mit denen auch die Perzeption der grundlegenden Intentionen der sowjetischen Politik erfaßt wird. Leider gibt es auch bei dieser Frage nur die vier aufgelisteten miteinander vergleichbaren Umfragen. Doch der sehr starke Einstellungswandel in der zweiten Hälfte 1989 (9% Wandel in 6 Monaten) läßt darauf schließen, daß erst in dieser Phase der einschneidende Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion vollzogen wurde, denn ihm gegenüber fällt die Veränderung von Herbst 1985 bis Sommer 1989 mit 10% innerhalb von dreieinhalb Jahren relativ gering aus.

Tabelle 12: *Soviet Union as a Peace-loving Nation*

"Generally, would you describe the Soviet Union as a peace-loving nation willing to fight only if it thinks it has to defend itself, or as an aggressive nation that would start a war to get something it wants?" (Richman 1991: 142).				
<i>Zeitpunkt</i>	<i>9/1985</i>	<i>5/1989</i>	<i>11/1989</i>	<i>10/1990</i>
<i>Aggressive</i>	69%	57%	42%	38%
<i>Aggressive, but not war</i> <sup>86</sup>	5%	7%	12%	8%
<i>Peace loving</i>	17%	<b>27%</b>	<b>36%</b>	43%
<i>Don't know</i>	9%	10%	11%	11%

86 "The response 'Aggressive, but not war' was volunteered" (Richman 1991: 142).

Sehr auffällig sind jedoch bei diesem Indikator die im Oktober 1990 noch vorhandenen hohen Werte - bei einer Frage, die eine sehr klare Unterscheidung zwischen einem positiven und einem negativen Sowjetunion-Bild zuläßt. Noch stärker zeigt sich dies bei einer anderen Umfrage zu den Zielen sowjetischer bzw. russischer Politik:

Tabelle 13: *Doing All to Keep Peace in the World*

"Do you think the USSR (Soviet Union/Russia) is or is not doing all it can to keep peace in the world?" <sup>87</sup>					
<i>Zeitpunkt</i>	<i>11/1984</i>	<i>9/1986</i>	<i>10/1986</i>	<i>12/1987</i>	<i>5/1990</i>
<i>Yes, is</i>	10%	13%	12%	21%	31%
<i>No, is not</i>	81%	80%	78%	68%	63%
<i>No Opinion</i>	9%	7%	10%	11%	6%

Bei diesem Indikator für den außenpolitischen Einstellungswandel in den USA zeigt sich auch im Mai 1990 noch ein sehr großer Anteil solcher Antworten, die auf eine anhaltende Perzeption negativer Motive hinter der sowjetischen Außenpolitik hinweisen.<sup>88</sup> Der Einstellungswandel fällt entsprechend gering aus (18%) und auch der zeitliche Verlauf weist keine Phase besonders starker Meinungsänderung aus. Stattdessen gibt es eine deutliche Kontinuität der negativen Einstellungen und ein anhaltendes Mißtrauen gegenüber den Zielen sowjetischer Außenpolitik.

Das dritte Element außenpolitischer Einstellungen gegenüber der Sowjetunion, bei dem im "Americans Talk Security"-Projekt ein "dramatischer Meinungswandel" identifiziert wurde, war das Vertrauen gegenüber der Sowjetunion (siehe Tabelle 14), welches sich vor allem in der Einhaltung von Rüstungskontroll-Verträgen erweisen mußte. Zum Vertrauen in Rüstungskontroll-Vereinbarungen mit der Sowjetunion liegen alleine drei vergleichbare ATS-Erhebungen vor, die jedoch mit drei Umfragen der *Los Angeles Times* aus davorliegenden Jahren übereinstimmen und daher einen Vergleich fast über den gesamten Untersuchungszeitraum erlauben:

87 Umfragen der *Gallup Organization*, *Roper Center Question-IDs*: USGALLUP.1246.Q07B; 010685.R4; 122487.R2; 052390.R07.

88 Allerdings ist bei diesem und auch dem zuvor dargestellten Indikator zu bedenken, daß in den Meinungsumfragen nach positiven Eigenschaften der sowjetischen Politik gefragt wurde. Der außenpolitische Einstellungswandel im Sinne eines Feindbild-Zerfalls zeigt sich aber vor allem im Rückgang negativer Einstellungen gegenüber der Sowjetunion. Doch liegen leider keine weiteren miteinander vergleichbaren Daten zu solchen Fragen vor, so daß zur Verbreiterung des Bildes auch auf diese Umfragen zurückgegriffen werden muß.

Tabelle 14: *Trust in the Soviets to Keep Nuclear Arms Control Agreements*

"In reaching agreements on nuclear arms control, do you think the Soviet Union can be trusted to keep their part of the bargain or not?" (ATS 1990: 29).						
<i>Zeitpunkt</i>	<i>3/1982</i>	<i>1/1985</i>	<i>11/1985</i>	<i>1/1988</i>	<i>12/1988</i>	<i>3/1990</i>
<i>Can be trusted</i>	17%	23%	24%	35%	44%	46%
<i>Cannot be trusted</i>	66%	68%	66%	55%	46%	47%
<i>Don't know</i>	17%	9%	10%	9%	10%	7%

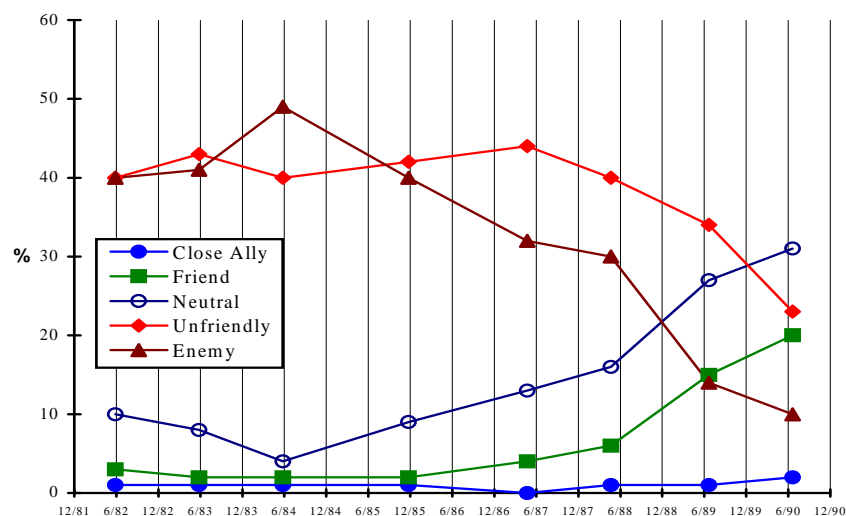
Während der Vergleich dieser Umfrageergebnisse kaum Erkenntnisse über den zeitlichen Verlauf des Einstellungswandels erbringt - ein erheblicher Teil des Wandels (9%) hat allerdings im Laufe des Jahres 1988 stattgefunden -, zeigen sie wiederum das auch 1990 noch hohe Maß an Mißtrauen gegenüber der Abrüstungsbereitschaft der Sowjetunion. Damit bleibt auch das gesamte Ausmaß des Einstellungswandels zwischen 1985 und 1990 mit knapp über 20% eher gering. Trotzdem wird im ATS-Projekt auch dieser Indikator als Beleg für den dramatischen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion aufgefaßt:

"This is not to say, however, that Americans completely trust the Soviets. Although there has been a dramatic change in the way Americans view the Soviet Union, they still view U.S. - Soviet relations with some apprehension, and that apprehension has not lessened in the last 15 months [12/88 - 3/90] even as other perceptions have improved. When asked whether or not they thought the Soviet Union could be trusted to keep their part of a nuclear arms control agreement, an equal number say they can (46%) as feel they cannot (47%), essentially the same as surveyed in December, 1988" (ATS 1990: 6).

Einen weiteren Indikator, der Rückschlüsse auf das Vertrauen gegenüber der Sowjetunion zuläßt, liefert die Fragestellung, ob die Sowjetunion eher als Verbündeter oder stärker als Feind der USA wahrgenommen wird (siehe Abb. 10). Hier zeigt sich ein starker Feindbild-Zerfall; das Ausmaß des Einstellungswandels zwischen 1985 und 1990 ist erheblich.

Abbildung 10: Soviet Union as a Close Ally or an Enemy (1)

"I'd like to have your impressions about the overall position that some countries have taken toward the U.S. Would you read down that list, and for each country, tell me if you believe the country has acted as a close ally of the U.S., has acted as a friend but not close ally, has been more or less neutral toward the U.S., has been mainly unfriendly toward the U.S., but not an enemy, or has acted as an enemy of the U.S.? ... the Soviet Union" (Richman 1991: 143).



Anhand dieses Schaubilds lässt sich ein sehr klarer zeitlicher Verlauf des amerikanischen Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion erkennen. Zwar gibt es von Mitte 1984 bis Mitte 1988 schon eine leichte Abschwächung des Feindbildes, aber immerhin noch 70% der Befragten sehen im Mai 1988 die Sowjetunion entweder als unfreundliches oder gar feindliches Land. Erst der dann einsetzende Einstellungswandel lässt diesen Wert im Sommer 1990 auf 33% fallen, wobei nur noch 10% sich für die Antwort "Enemy" entschieden. Von Mitte 1984 an gerechnet beträgt der gesamte Einstellungswandel - nimmt man die zwei negativen Antwortkategorien zusammen - bis Mitte 1990 immerhin 56%. Der zeitliche Verlauf weist die zweite Hälfte 1988 und die erste Hälfte 1989 als Phase des stärksten Einstellungswandels aus.

Die Umfrageergebnisse bei zwei ganz ähnlich formulierten Fragen bestätigen die bisher gewonnenen Erkenntnisse und ermöglichen eine noch weitere Differenzierung, insbesondere hinsichtlich des zeitlichen Verlaufs des Einstellungswandels. Zur besseren Übersicht werden die Ergebnisse beider Umfragen in einem Schaubild (siehe Abb. 11) dargestellt, was vor allem deshalb gerechtfertigt erscheint, als sowohl alle Werte der 1980er als auch alle der 1990er Jahre aus miteinander übereinstimmenden Umfragen gewonnen wurden.

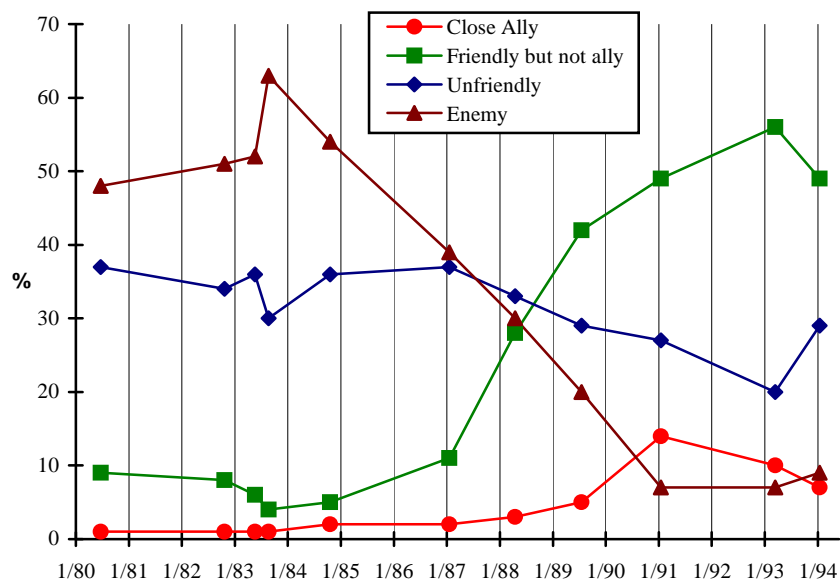
Dieser Indikator für den Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion zeigt einen Meinungswandel zwischen Ende 1984 und Anfang 1993 von 63% - bei Zusammennahme der positiven und negativen Antworten.<sup>89</sup> Vor allem aber liefert er weitere Aufschlüsse über den zeitlichen Verlauf des Einstellungswandels, der bei diesem Indikator im Grunde erst Anfang 1987 beginnt, denn die stark sinkende Kurve bei den *Enemy*-Antworten 1983/1984 setzt sich zunächst nur teilweise in eine Zunahme der positiven Einstellungen um. Dagegen antworteten im Februar 1987 deutlich mehr der Befragten mit "Not sure" (11% - sonst maximal 6%) und die Kategorie "unfriendly" blieb nahezu konstant. Ein rasanter Einstellungswandel wird dagegen eindeutig von Anfang 1987 bis Mitte 1989 erkennbar, der auch auf miteinander übereinstimmenden Umfragen basiert. Damit bestätigt sich auch anhand von Umfragedaten, die nicht dem ATS-Projekt entstammen und von einem anderen Meinungsforschungsinstitut erhoben wurden, die Beobachtung des "dramatischen Meinungswandels" (ATS 1990: 4) der amerikanischen Bevölkerung am Ende des Ost-West-Konflikts.

89 Von Interesse könnte auch die Umkehrung des Einstellungswandels 1993 sein, der jedoch bei der Fragestellung dieses Kapitels - nach dem Feindbild-Zerfall am Ende des Ost-West-Konflikts - unbeachtet bleiben muß.

Abbildung 11: Soviet Union as a Close Ally or an Enemy (2)

"I am going to read you the names of some countries. For each country, tell me if you feel that country is a close ally of the U.S., is friendly, but not a close ally, is not friendly but not an enemy, or is unfriendly and an enemy of the U.S.? ... The Soviet Union" (7/80, 11/82, 6/83, 9/83, 11/84, 2/87, 8/89).<sup>90</sup>

"Do you feel that the Soviet Union/Russia is a close ally of the U.S., is friendly but not a close ally, is not friendly but not an enemy, or is unfriendly and is an enemy of the U.S.?" (2/91, 4/93, 2/94).<sup>91</sup>



90 Die zeitliche Unregelmäßigkeit der Erhebungen verbietet eigentlich die Verknüpfung der Datenpunkte mit Linien in der graphischen Darstellung; sie dient jedoch zur Trendverdeutlichung. Problematisch bleiben allein die Linien zwischen den Erhebungspunkten 8/89 und 2/91, weil diese aus unterschiedlichen Umfragen stammen. Außerdem muß darauf hingewiesen werden, daß bei der Umfrage im Mai 1988 eine ganz leicht abgewandelte Frage gestellt wurde: "I am going to read you a list of countries. For each one please tell me if you think it's a close ally ..." (Roper Center Question-ID: USMARTIL.588ATS,R03J, meine Hervorh.).

91 Mit Ausnahme der in der letzten Fußnote genannten Umfrage vom Mai 1988 wurden alle für dieses Schaubild verwendeten Daten von *Louis Harris and Associates* erhoben. Die *Roper Center Question-ID* beginnt jeweils mit USHARRIS und hat - in zeitlicher Reihenfolge - die Endnummern: 80ME-G,R04A13; 122782,R1E; 063083,R8; 092283,R9; 122784,R1M; 031687, R1B; 092489,R1A; 030391,R2; 053193,R1F; 030394,R1L.

Die bisher in vielen Fällen verwendeten Daten des "Americans Talk Security"-Projekts liefern in den meisten Fällen nur Daten für den Zeitraum 1/1988 bis 3/1990. Durch den Vergleich mit Umfrageergebnissen von Mitte der 1980er Jahre konnte jedoch der erhebliche Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion in den USA am Ende des Ost-West-Konflikts verdeutlicht werden. Zudem konnten durch Analysen der in Richman (1991) aufgeführten Umfragedaten und einen Rückgriff auf Meinungsumfragen, die im *Roper Center for Public Opinion Research* gesammelt wurden, Erkenntnisse über den zeitlichen Verlauf des Einstellungswandels gewonnen werden, die allein aus den ATS-Daten nicht erschließbar waren. Die Umfrageergebnisse der Studien "American Public Opinion and U.S. Foreign Policy" reichen zeitlich über die ATS-Daten hinaus, weil sie im Oktober/November 1990 im Feld waren. Allerdings gibt es dafür nur Vergleichszahlen, die vier Jahre früher erhoben wurden. Doch ermöglicht dies den Vergleich zwischen den amerikanischen Einstellungen zu Beginn der sowjetischen Reformen (Herbst 1986) und unmittelbar nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. So wird gleich am Anfang des Berichts des *Chicago Council on Foreign Relations* von 1991 auf die Einstellungen gegenüber der Sowjetunion eingegangen und festgestellt:

"This is the fifth Chicago Council study of American foreign policy attitudes and the first not dominated by Cold War issues. Only one-third of the public and one-fifth of the leaders now consider the military power of the Soviet Union a 'critical threat' to the United States in the next ten years" (Rielly 1991: 6).<sup>92</sup>

Offenbar erfolgte in den USA der Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion bei der Bevölkerung zögerlicher als der bei den politischen Eliten, denn in mehreren Einstellungsdimensionen zeigte sich, "that the public is more cautious and skeptical than the leaders about the Soviet Union" (Rielly 1991: 6; vgl. aber Page/Shapiro 1992: 281).<sup>93</sup> Dieser Befund läßt sich jedoch auch relativieren anhand der Ergebnisse auf die Frage "What do you feel are the two or three biggest foreign policy problems facing the United States today?", denn zu den spontanen Antworten der politischen Eliten gehörte im Herbst 1990 in 21% der Fälle "Relations with the

92 Kennzeichen der Studien des *Chicago Council on Foreign Relations* ist die Befragung sowohl der Bevölkerung als auch der politischen Eliten (377 Befragte) mit übereinstimmenden Fragenkatalogen. "The leadership sample included Americans in senior positions with knowledge of international affairs. We included roughly equal proportions from the national political and governmental world, including both Houses of Congress and officials with international responsibilities in the State, Treasury, Defense, and other related federal departments. Participants were also drawn from the business community, the communications field, education, and leaders from private foreign policy institutes. A smaller number of leaders was also drawn from national labor unions, churches, volunteer organizations, and various ethnic organizations" (Rielly 1991: 5).

93 Für den hier interessierenden Untersuchungszusammenhang ist diese Differenz zwischen Bevölkerungs- und Politischen-Eliten-Einstellungen, die bei "American Public Policy and U.S. Foreign Policy" immer eine besondere Rolle spielen (vgl. Rielly 1987: 34-40; 1991: 37f), ein weiterer Beleg für die oben angeführten empirischen Gründe, die gegen das einfache Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels (siehe oben Abb. 1 in Abschnitt 2.2) sprechen. In diesem Abschnitt sind jedoch vor allem die Differenzen zwischen 1986 und 1990 von Bedeutung.



Soviet Union". Die Bevölkerung dagegen hatte zwar 1986 noch zu 22% angegeben, daß die Beziehungen mit der Sowjetunion eines der drei größten außenpolitischen Probleme der USA seien, 1990 entschieden sich bei dieser Frage aber nur noch 3% für diese Antwort (Rielly 1991: 14):<sup>94</sup>

"When the public is asked to identify the two or three biggest U.S. foreign-policy problems, the U.S.-Soviet relationship does not appear in the top 10, though four years ago it was ranked first" (Rielly 1992: 127).

Die grundsätzliche außenpolitische Einstellung gegenüber anderen Staaten wird bei "American Public Opinion and U.S. Foreign Policy" anhand eines "Feeling Thermometer" mit einer Skala von 0°-100° ermittelt: "A warm feeling toward a country is defined as a temperature above 50 degrees, which is neutral" (Rielly 1995: 19). In dieser Beurteilung der Sowjetunion bzw. Rußlands (siehe Abb. 12) zeigt sich ganz deutlich der erhebliche Einstellungswandel in der amerikanischen Bevölkerung zwischen den 1980er und 1990er Jahren (vgl. auch Rielly 1992: 130). Außerdem rückt Rußland dabei in einen Bereich vor, in dem sonst nur Nachbarstaaten oder enge Alliierte vertreten sind.

Anhand der ins Schaubild eingetragenen Vergleichswerte anderer Länder (alle aus der Umfrage von 1990)<sup>95</sup> läßt sich das Ausmaß des Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion am besten verdeutlichen.<sup>96</sup> 1982 lag der Sympathie-Wert für die Sowjetunion noch unter dem für den Iran (vgl. Rielly 1987: 18) und 1990 hatte er schon dasselbe Niveau wie der Italiens erreicht. Dieser dramatische Wandel ermöglicht zwar keine weiteren Aufschlüsse über den genauen zeitlichen Verlauf des Einstellungswandels, aber er bestätigt den einschneidenden Feindbild-Zerfall am Ende des Ost-West-Konflikts: "The warm temperature for Russia represents a radical change from the early years of this survey" (Rielly 1995: 19).<sup>97</sup>

94 Dem steht wiederum die große Differenz bei der Beurteilung der Wichtigkeit außenpolitischer Ziele der USA entgegen: "Matching Soviet military power" und "containing communism" waren im Herbst 1990 bei der Bevölkerung noch für jeweils 56% "a very important foreign policy goal of the United States", 1986 waren dies 53% bzw. 57% gewesen, so daß hier in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre kein Einstellungswandel stattgefunden hat. Bei den "leaders" ging dagegen der Wert für die Orientierung an den militärischen Potentialen der Sowjetunion zwischen 1986 und 1990 von 59% auf 20% zurück und bezüglich der Eindämmung des Kommunismus als sehr wichtiges Ziel amerikanischer Außenpolitik sogar von 43% auf 10% (Rielly 1987: 12; 1991: 15; 1992: 125f). "The public seems less quick than the leaders to abandon goals relating to competition with the Soviet Union. Many of these goals remain almost unchanged in perceived importance. [...] Although the public's concern over the Soviet threat has certainly diminished, Cold War commitments have not attenuated as sharply as they have at the leadership level" (Rielly 1991: 16).

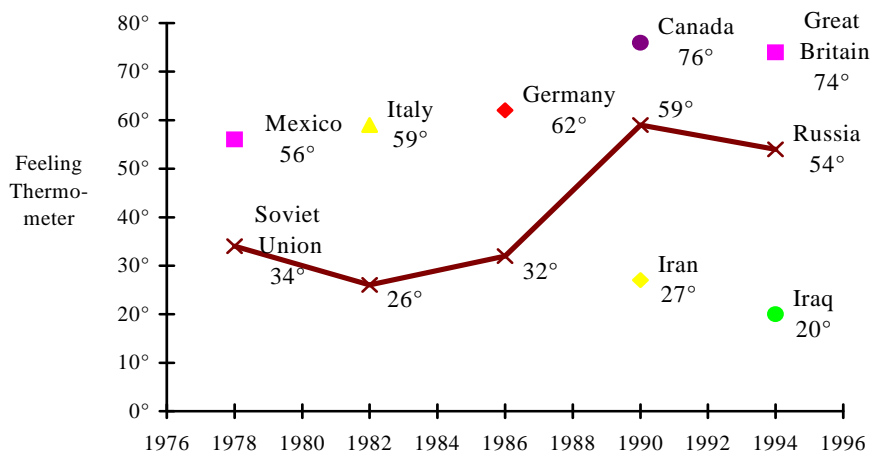
95 "As in all the Chicago Council surveys, the public feels most favorably toward Britain and Canada, followed by Germany and Italy. Most striking is the remarkable 27-degree jump in average feeling toward the Soviet Union, documenting approval of perestroika, glasnost, and the cooperative foreign policy of that country in the months preceding the survey" (Rielly 1991: 19).

96 Der hier abgebildete Meinungswandel entspricht fast vollständig dem einer ganz ähnlichen Erhebung, des sogenannten "Scalometer Rating of Russia" (vgl. Richman 1991: 144f).

97 Vgl. auch Schissler (1991: 36): "Von einem undifferenzierten Feindbild kann [...] in den USA [...] nicht mehr gesprochen werden".

Abbildung 12: Thermometer Ratings

*Mean Temperature for the Soviet Union/Russia* (Rielly 1991: 21; 1995: 24). Die zur Einschätzung der Skala in das Schaubild eingetragenen Vergleichswerte anderer Länder stammen alle aus der Umfrage von 1990. Die Einstellungen wurden jeweils im Herbst des entsprechenden Jahres erhoben.



Doch die deutlich verbesserten Gefühle gegenüber der Sowjetunion dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch in den *Chicago-Council*-Studien ein anhaltendes Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion sehr deutlich nachgewiesen wird.

"At the same time [1994], wariness about Russia is widespread among both the public and leaders, with 81% of the public and 67% of the leaders responding that the military power of Russia represents either a critical or an important possible threat to the vital interests of the United States in the next 10 years" (Rielly 1995: 21).

Verglichen mit den Zahlen von 1990 bleibt der Anteil derer, welche die militärische Macht Rußlands als *critical threat* für die USA in den kommenden zehn Jahren einstufen, nahezu gleich (33% - 32%; vgl. Rielly 1995: 24). Und obwohl sich bei der Bedrohungswahrnehmung einschneidende Verschiebungen von der militärischen Bedrohung durch Rußland zur ökonomischen Bedrohung durch Japan gerade von 1989 bis Mitte 1990 vollzogen hatten (siehe oben Tabelle 10), gaben in der hier herangezogenen Studie Ende 1990 noch 18% der Befragten an, daß sie die Sowjetunion "as the main adversary of the United States in the next ten years" betrachten; verglichen mit 17% für Japan und 4% für Deutschland bei derselben Frage (Rielly 1991: 22; vgl. auch Rielly 1992: 128). Außerdem wird in der Untersuchung von

Ende 1990 der Prozentsatz derer angegeben, "who agree/disagree with the statement, 'The Cold War is not really over and you cannot really trust the Russians'" (Rielly 1991: 22). Bei vier Antwortmöglichkeiten entschieden sich 64% für Zustimmung (*agree strongly, agree somewhat*) und nur 34% für "disagree strongly/somewhat" (Rielly 1991: 22). In erheblichem Maße hielt die amerikanische Bevölkerung offensichtlich auch Ende 1990 noch an ihren über 40 Jahre gelernten Wahrnehmungsmustern fest, so daß auch das *Chicago Council on Foreign Relations* auf dem Hintergrund der Umfrageergebnisse von 1994 zusammenfassend feststellte:

"The Cold War's end has brought some shifts in American opinion, but not the dramatic changes that might be expected, given the drastically altered international political landscape" (Rielly 1995: 37).<sup>98</sup>

So bleibt bezüglich des Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion in den USA festzuhalten, daß bei den hier herangezogenen Indikatoren das Gesamtausmaß des Einstellungswandels im Untersuchungszeitraum ähnlich groß wie in der Bundesrepublik Deutschland war: Bei den elf untersuchten Indikatoren lag der Einstellungswandel nur in einem Fall unter 20% (siehe oben Tabelle 13), in fünf Fällen lag er zwischen 28% und 39%, in zwei Fällen über 40% und in drei Fällen sogar über 50%. Auch hier handelte es sich in allen Fällen um eine Verbesserung der Meinungen über die Sowjetunion. Allerdings scheint der Prozeß des Feindbild-Zerfalls in den USA auch am Anfang der 1990er Jahre nicht den Punkt erreicht zu haben, der in der Bundesrepublik das Ende des positiven Einstellungswandels markierte, denn in den USA blieb auch 1990/91 noch ein stärkeres Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion erhalten, während beim Einstellungswandel in der BRD in fast allen Fällen 1990 ein Wert von etwa 10% erreicht wurde. Dieser lag bei den hier verwendeten Indikatoren in den USA in der Regel bei etwa 20%.

Solche Aussagen grenzen allerdings an den Bereich der Spekulation, weil sie auf dem Vergleich der Ergebnisse von Meinungsumfragen basieren, die eigentlich nicht miteinander verglichen werden können. Alleine die auffällige Übereinstimmung der Umfragewerte von 1990/91, sowohl in der BRD einerseits als in den USA andererseits, verleitet dazu, auch bei der Stringenz des Feindbild-Zerfalls eine länderspezifische Differenz anzunehmen.

Der zeitliche Verlauf des einschneidenden Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion in der amerikanischen Bevölkerung läßt sich etwas genauer festlegen als im Falle der Bundesrepublik, weil teilweise miteinander übereinstimmende Umfragen in kürzeren Abständen wiederholt wurden und weil gleichzeitig die bei den einzelnen Indikatoren festzustellenden Phasen besonders starken Einstellungswandels in größerem Maße übereinstimmen. Sieht man von den Phasen der Einstellungsverbesserung ab, denen innerhalb des Untersuchungszeitraums noch eine

98 Allerdings ist den hier zuletzt aufgeführten Umfrageergebnissen mit der notwendigen Skepsis zu begegnen, die solche Augenblicksaufnahmen von Einstellungen immer auslösen müssen, denn es liegen keine Vergleichszahlen aus davorliegenden Untersuchungen vor.

Verschlechterung der Meinungen folgte (*fluctuation*; siehe etwa Abb. 8), ergeben sich folgende Zeiten, in denen der Einstellungswandel pro Monat über 1,5% lag:

- 5/88 - 7/89 (siehe Abb. 10);
- 6/88- 12/88 (siehe Tabelle 9 und Abb. 8);
- 7/88 - 8/88 (siehe Tabelle 10);
- 5/89 - 11/89 (siehe Tabelle 12).

Der am Ende des Ost-West-Konflikts bei der amerikanischen Bevölkerung zu beobachtende außenpolitische Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion trat im Sommer 1988 in die Phase, in welcher der rasante Einstellungswandel stattgefunden hat; sie dauerte etwa bis Ende 1989. In ihren Reaktionen auf die sowjetischen Reformen zeigte die amerikanische Bevölkerung eine viel stärker abwartende Haltung als die bundesdeutsche (vgl. auch Yankelovich/Smoke 1988). So fanden es etwa im November 1987, als der größte Teil des Einstellungswandels in der Bundesrepublik Deutschland schon stattgefunden hatte, noch 57% der AmerikanerInnen zu früh, schon eine Bewertung der sowjetischen Reformpolitik vorzunehmen.<sup>99</sup>

Ein sich angesichts der Datenlage besonders anbietender Vergleich der bundesdeutschen und US-amerikanischen außenpolitischen Einstellungen belegt die Differenz erneut auf eindrückliche Weise: Bei der Frage nach der Verbesserung der bilateralen Beziehungen zur Sowjetunion gab es in der BRD zwischen Sommer 1986 und Sommer 1988 den größten Einstellungswandel durch eine erhebliche Zunahme derer, die eine Verbesserung des Verhältnisses zur Sowjetunion erwarteten (siehe oben Abb. 4). Bei einer ganz ähnlichen Fragestellung in den USA ist dagegen auffällig, daß sich in dieser Einstellungsdimension zwar bis Januar 1988 schon ein erheblicher Einstellungswandel vollzogen hatte, die Werte von Januar bis Mai 1988 aber völlig konstant blieben.<sup>100</sup>

## 2.7. Der länderspezifisch unterschiedliche außenpolitische Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts

Die Analyse des Feindbild-Zerfalls gegenüber der Sowjetunion in der Bundesrepublik Deutschland und den USA erwies sich trotz der Fülle repräsentativer Meinungsumfragen zu außenpolitischen Themen als schwierig, weil aufgrund methodischer Überlegungen (siehe oben Abschnitt 2.4.3) nur der Vergleich der Ergebnisse solcher Meinungsumfragen als Indikator außenpolitischen Einstellungs-

99 "From what you have heard or read about this new policy of openness (Glasnost), do you think that so far there has been a significant change for the better in the internal policies of Russia, or don't you think anything has changed very much, or do you think it is too soon to tell what the effects have been?" (Opinion Research Corporation, Roper Center Question-ID: USORC. 87DEC.R3). 22% antworteten mit "Significant change", 18% mit "Not changed very much" und 57% mit "Too soon to tell".

100 Bei der Frage nach den "Relations between the U.S. and Soviet Union" entschieden sich im Januar, März, April und Mai 1988 jeweils 60% für die Antwort "Getting Better", 34% für "Staying the same" und 3% - 4% für "Getting Worse" (Marttila 1989: 293).

wandels herangezogen wurden, die in ihren Fragestellungen und ihrer Methodik völlig übereinstimmen. Die damit einhergehende Einschränkung auf nur wenige verwendbare Meinungsumfragen erforderte eine sehr sorgfältige Interpretation der Umfrageergebnisse im Hinblick auf ihre Aussagekraft für den darzustellenden Feindbild-Zerfall am Ende des Ost-West-Konflikts.

Der Befund dieses Kapitels - und damit das zur Erklärung anstehende empirische Phänomen - läßt sich kurz zusammengefaßt in drei Punkten darstellen:

- (1) Sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in den USA hat am Ende des Ost-West-Konflikts ein erheblicher außenpolitischer Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion im Sinne eines Feindbild-Zerfalls stattgefunden.
- (2) Durch die differenzierte Sekundäranalyse von Umfrageergebnissen lassen sich einzelne Indikatoren des Feindbild-Zerfalls entdecken, in denen sich ein sehr rasanter Meinungswandel von über 10% innerhalb weniger Monate (bzw. über 1,5% pro Monat) zeigte.
- (3) Beim zeitlichen Verlauf des einschneidenden Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion besteht eine erhebliche zeitliche Differenz zwischen dem außenpolitischen Einstellungswandel in den zwei hier untersuchten Ländern: er fand in der BRD zwischen Sommer 1986 und Frühjahr 1988, in den USA jedoch zwischen Sommer 1988 und Ende 1989 statt.

Dieser Befund bestätigt den oben schon formulierten empirischen Einwand gegen das einfache Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels. Der durch Michail Gorbatschow in Gang gesetzte Reformprozeß in der Sowjetunion in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre reicht als Erklärungsvariable nicht aus, wenn man allein den länderspezifisch unterschiedlichen außenpolitischen Einstellungswandel in den USA und der Bundesrepublik Deutschland betrachtet. Welche weiteren Variablen ein Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels - etwa entsprechend des oben schon angedeuteten theoretischen Einwands gegenüber dem einfachen Erklärungsmodell - berücksichtigen muß, soll im folgenden anhand der Überprüfung von Hypothesen, die zum einen aus der Feindbild-Forschung, zum anderen aus der Analyse des Zusammenhangs von Außenpolitik und öffentlicher Meinung stammen, untersucht werden. Die zwei folgenden Kapitel dienen der Gewinnung dieser Hypothesen, die dann im fünften Kapitel überprüft werden, um daraus das "Beobachtungs-Modell" (siehe unten Abb. 15) im abschließenden sechsten Kapitel zu entwickeln.

### Kapitel 3: Feindbild-Forschung

Die negativen außenpolitischen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion, deren Wandel am Ende der 1980er Jahre zu erklären die Argumentation dieser Arbeit bestimmt, waren *das* klassische Feindbild, aus dessen Analyse sich in den 1970er Jahren ein Forschungsfeld entwickelt hat, welches sich als "Feindbild-Forschung" bezeichnen läßt. Dabei handelt es sich inzwischen um einen Bestand an Veröffentlichungen, der mehr als 150 Titel umfaßt, vornehmlich Aufsätze, aber auch einige Monographien und Sammelbände, ohne daß sich hier jedoch zu irgendeiner Zeit ein Forschungsprogramm mit einer zielgerichteten theoretisch-konzeptionellen Entwicklung herausgebildet hätte. Aus diesem Grund fällt es nicht leicht, für die Fragestellung dieser Arbeit nach einer Erklärung des Feindbild-Zerfalls an diese Feindbild-Forschung anzuknüpfen, denn sie hat kein Set anerkannter Theorieausagen oder gar Hypothesen zu ihrem Gegenstand hervorgebracht. Zwar war der "Feindbild-Abbau" vielleicht sogar das am häufigsten angesprochene Thema in den vorliegenden Veröffentlichungen, aber nicht im Sinne seiner wissenschaftlichen Untersuchung, sondern ausschließlich einer normativen Forderung.<sup>1</sup> Abseits moralischer Aussagen besteht der Ertrag der Feindbild-Forschung in der Zuschreibung von Funktionen auf ein Phänomen, welches definitorisch nie präzise erfaßt wurde. Zudem wurden bei der direkten Übertragung psychologischer Theorien nie die spezifischen Bedingungen von Feindbildern als negativen außenpolitischen Einstellungen reflektiert. Dies ist es, was letztlich die Möglichkeit verschließt, einen weiterführenden Beitrag zu *dieser* Forschung zu leisten.

Diese kritischen Feststellungen zum Stand der Feindbild-Forschung lassen sich jedoch nur auf der Grundlage einer umfassenden Bestandsaufnahme dieser Forschung machen, die hier nicht dargestellt werden kann (vgl. dazu Weller 2000a). Sie lassen zugleich erkennen, was nach der Darstellung des zu erklärenden Phänomens in Kapitel 2 zu vermuten war: daß die Feindbild-Forschung große Schwierigkeiten hat, einen so rapiden, einschneidenden Feindbild-Zerfall zu erklären, wie er am Ende des Ost-West-Konflikts in der Bundesrepublik Deutschland und den USA stattgefunden hat. Worin diese Schwierigkeiten bestehen, ob sie im Rahmen der Feindbild-Forschung zu überwinden wären und welche Möglichkeiten theoretischer Weiterentwicklung sich anbieten, diesen Fragen wenden sich die nun folgenden Kapitel zu. Hierfür wird zunächst eine knappe systematische Bestandsaufnahme der Feindbild-Forschung im Zusammenhang des Ost-West-Konflikts präsentiert, die es erlauben soll, aus den dürren theoretischen Bemühungen

1 Vgl. zur Unterscheidung von "Feindbild-Zerfall" und "Feindbild-Abbau" die terminologischen Überlegungen in Abschnitt 2.4.1.

dieser Forschung einige Hypothesen zu gewinnen, welche dann im fünften Kapitel anhand des hier zur Erklärung anstehenden Feindbild-Zerfalls überprüft und zusätzlich einer theoretischen Prüfung ausgesetzt werden.

### 3.1. *Die Feindbild-Forschung im Angesicht des Feindbild-Zerfalls*

Genau 20 Jahre nach ihrem Anfang erlebte die Feindbild-Forschung in gewisser Weise ihren Höhepunkt, nicht in inhaltlicher, sondern in quantitativer Hinsicht. Auf der Grundlage (sozial-) psychologischer Arbeiten über Ursachen von Kriegen und Gewalt, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs vor allem in den USA unternommen worden waren (vgl. Kelman 1965a, 1965b: 4-10; Senghaas 1970b: 11; Jahn 1975: 21),<sup>2</sup> hatte die "kritische Friedensforschung" (Senghaas 1971a) ab Ende der 1960er Jahre auf der Basis einer gesellschaftskritischen Herangehensweise neue Fragestellungen aufgeworfen, welche auf die Abschaffung von Kriegen als Mittel der Politik zielten (Senghaas 1970b: 14) und dabei vor allem den Konfliktaustrag des Abschreckungssystems und den Rüstungswettlauf im Ost-West-Konflikt kritisierten (vgl. Kaiser 1971: 8). Als konstitutives Element des Abschreckungssystems wurde das negative Bild des jeweiligen Gegners erkannt, weil sich nur darüber die eigenen Militärstrategien und Waffenarsenale rechtfertigen ließen. Im Ost-West-Konflikt war dieses System durch die kontinuierliche Aufrüstung und Weiterentwicklung vor allem atomarer Waffen auf eine absurd anmutende Spitze getrieben worden: "Absolute Vernichtungsmittel erfordern den absoluten Feind, wenn sie nicht absolut unmenschlich sein sollen", so brachte Senghaas (1969: 83) den Zusammenhang von Abschreckung und Feindbild auf den Punkt.<sup>3</sup> Daß es sich hierbei um ein Bild des Feindes handele, welches von der Realität nur teilweise gedeckt werde, war die Ausgangsprämisse dessen, was sich als "Feindbild-Forschung" beschreiben läßt.

Diese Forschung durchlief verschiedene Konjunkturen, in konzeptioneller, politischer und theoretischer Hinsicht (vgl. dazu Weller 2000a), fand aber erst dann breite Anerkennung, als das antikommunistische Feindbild seine politische Bedeutung verloren hatte. Erst mit dem offensichtlichen Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion im Zusammenhang mit der Gorbatschowschen Reformpolitik (siehe oben Abschnitt 2.1) hatte der Begriff offenbar seine implizite Kritik an der

2 "Die Friedensforschung, ein Produkt des Kalten Krieges - oder richtiger: des Versuches von Wissenschaftlern, aus dessen tödlicher Logik auszubrechen - ist irgendwo auch ein Kind der Psychologie, oder jedenfalls wurden in der Psychologie viel früher jene Fragen gestellt, die dann in den 60er Jahren mit neuem Etikett versehen wieder auftauchten" (Krippendorff 1993: 11); vgl. auch Müller-Brettel (1991: 611; 1993; 1995: 40-46). Zu den einschlägigen Publikationen gehören Boulding (1956, 1959), Levinson (1957), Gladstone/Taylor (1958), Gladstone (1959), Bronfenbrenner (1961), Holsti (1962, 1967), Finlay et al. (1967) und Eckhardt/White (1967); vgl. auch Rosati (1995).

3 Vgl. auch Senghaas (1968b: 137): "Dem totalen Charakter der modernen Waffensysteme entspricht das Bild vom totalen Feind".

Abschreckungspolitik verloren - oder zumindest so sehr in den Hintergrund treten lassen, daß nun auch Ursachen, Mechanismen und Funktionen von Feindbildern über den engen Bereich der Friedensforschung hinaus auf Interesse stießen.

Zwanzig Jahre Feindbild-Forschung hatten offenbar einen Begriff etabliert, dessen ungefähre Bedeutung inzwischen weithin bekannt und offenbar auch anerkannt war, nicht nur bei RüstungskritikerInnen, Friedensbewegten und politisch engagierten PsychologInnen, sondern auch im konservativen Lager. So erschien etwa ein Sammelband mit dem Titel "Feindbild. Geschichte - Dokumentation - Problematik" (Wagenlehner 1989a) und ein Themenheft "Vorurteile und Feindbilder" (Schiele 1990) der Zeitschrift "Politik und Unterricht", in denen viele Feindbilder, aber nicht jenes des Westens gegenüber der Sowjetunion thematisiert wurden. Außerdem hatte der Planungstab des Auswärtigen Amtes im Juni 1989 ein Kolloquium zum Thema "Feindbilder - Analyse und Abbau" veranstaltet. Hierbei war auffällig - wie auch in dem Band von Wagenlehner (1989a) -, daß nicht VertreterInnen der deutschen friedenswissenschaftlichen Feindbild-Forschung eingeladen worden waren, sondern TeilnehmerInnen, die sich weniger dem westlichen Feindbild gegenüber der Sowjetunion zuwandten als vielmehr ganz allgemein über das Feindbild-Phänomen referierten, jedoch zum Teil auf der Grundlage eingehender Rezeption der Literatur der Feindbild-Forschung.<sup>4</sup>

"Vor Jahren verpönt ist das Wort Feindbild heute in der Politik und in den Medien im ständigen Gebrauch", schreibt Wagenlehner (1989b: 6), erkennbar aus einer gegenüber der Feindbild-Forschung kritischen Perspektive,<sup>5</sup> gewissermaßen zur Rechtfertigung des von ihm herausgegebenen Sammelbandes und mit Sorge hinsichtlich einer verständlichen und konsistenten Verwendung des Begriffs.<sup>6</sup> Diese

4 Schon im Dezember 1988 war eine Themen-Ausgabe der Zeitschrift "Aus Politik und Zeitgeschichte" erschienen mit vier Beiträgen, die alle auf das Feindbild-Thema bezogen waren. Schissler und Tuschhoff (1988) weisen auf die Bedeutung des Konzepts der kognitiven Schemata für die Politikwissenschaft und insbesondere für die Analyse außenpolitischer Entscheidungsprozesse, Einstellungen und Feindbilder hin. Senghaas-Knobloch (1988: 17) beschäftigt sich mit den subjektiven Orientierungsweisen staatlicher Repräsentantinnen und -tanten, die von besonderem Interesse für die politische Psychologie internationaler Politik seien, wenn es sich um Feindbilder handele (vgl. auch Steinweg/Wellmann 1990). Margedant (1988) beschreibt die in der schulischen Sozialisation der DDR vermittelten Einstellungen gegenüber dem Westen als "Feindbilder sozialistischer Erziehung" und lehnt sich dabei an die friedenswissenschaftliche Feindbild-Forschung an. Und Liminski (1988) bezweifelt den Feindbild-Abbau im Ost-West-Verhältnis, weil weiterhin Desinformations-Strategien am Werke seien: zwar habe die Feindbild-Diskussion Konjunktur, gerade im Zusammenhang mit Glasnost auch ein Feindbild-Abbau, aber die politischen Desinformationspraktiken blieben davon unberührt.

5 Ähnlich Schweitzer (1991: 353), der den "Feindbild"-Boom durch die Forderung von Hans-Dietrich Genscher nach einem Feindbild-Abbau veranlaßt sah, und schon früher vorgeschlagen hatte, den Begriff "Feindbild" wegen "terminologischer Unschärfe" lieber nicht zu verwenden (Schweitzer 1989: 12).

6 Nicht nur auf politisch konservativer Seite wurde die Feindbild-Forschung rezipiert; auch einige Publikationen in der DDR (Frindte 1989a, 1989b; Gensicke 1989; Metzler 1989; Schmidt 1990) belegen die breite Aufmerksamkeit für ein Thema, das mit der Auflösung der Feindbilder im Ost-West-Verhältnis hoffähig geworden war und das offenbar einen Einblick in Einstellungsmuster vermitteln konnte, der verstanden und in ganz verschiedenen inhaltlichen Zusammenhängen aufmerksam zur Kenntnis genommen wurde. Wie schwer sich die marxistische



Bedenken läßt auch Sommer (1992: 16) erkennen, wenn er zur Einleitung seiner begrifflichen Abgrenzungen feststellt: "Der Begriff Feindbild wird in den letzten Jahren inflationär verwendet". Die Zahl der Publikationen stieg enorm, doch diese Feindbild-Literatur stellte in großen Teilen eine bloße Wiederholung schon vorher veröffentlichter Überlegungen und Konzepte dar.<sup>7</sup> Zugleich ließ sich auf der empirischen Ebene zunehmend ein Feindbild-Zerfall beobachten, der publizistisch begleitet sein wollte:

Unter dem Titel "Der neue Flirt" (Liedtke 1989a) wurden die repräsentativen Meinungsumfragen des Sinus-Instituts zu den außenpolitischen Einstellungen im deutsch-sowjetischen Verhältnis veröffentlicht,<sup>8</sup> und eine vergleichende sozialpsychologische Einstellungsstudie bei 1000 Moskauer und 1450 Gießener Studierenden legte Richter (1990a) vor. Sein Buchtitel "Russen und Deutsche: Alte Feindbilder weichen neuen Hoffnungen" verweist nicht nur auf den Einstellungswandel, der sehr differenziert, aber nicht repräsentativ untersucht und dargestellt wurde, sondern auch auf die sich seiner Meinung nach aus dem Feindbild-Zerfall ergebenden neuen Aufgabenstellungen im deutsch-sowjetischen Verhältnis.<sup>9</sup> Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts wurde entweder ein "verblassendes Feindbild" (Bredow 1989) konstatiert,<sup>10</sup> oder aber es wurde zumindest auf die verbesserten Möglichkeiten zum

psychologische Friedensforschung mit der sozialpsychologischen Orientierung der Feindbild-Forschung tat, offenbart Frindte (1989a), wenn er alle nicht-marxistischen Ansätze als "irrelevant" oder "inadäquat" tituliert. Das Interesse der DDR-Friedensforschung an der Feindbild-Forschung galt vor allem dem politischen Engagement von PsychologInnen für den Frieden (vgl. Frindte 1989a: 26 und Sommer 1988a).

- 7 Außerdem wurde der Feindbild-Begriff jetzt auch in anderen Disziplinen aufgegriffen, etwa in sprachwissenschaftlichen Untersuchungen (Kischkel 1989; Burkhardt 1988) oder historischen Forschungen (vgl. etwa Daschitschew 1989; Jacobsen 1987, 1988; Bosbach 1992a).
- 8 Siehe dazu oben Abschnitt 2.5. Diese Veröffentlichung dokumentierte einen deutlichen außenpolitischen Einstellungswandel; demnach "überwog im Herbst 1988 - und daran dürfte sich bis heute nichts geändert haben - in der gesamten Bevölkerung die Sympathie für die Sowjets. Gorbatschow und seine Politik wurden von der Mehrheit positiv beurteilt. Während die meisten Bundesbürger die einst als aggressiv eingeschätzte UdSSR sogar für friedliebend halten, sind sie zum Bündnispartner USA auf Distanz gegangen. Man 'mag' die Amerikaner, ihre Politik lehnt man häufig ab" (Kutschke 1989: 32f). "Die Feindbilder in den Köpfen der Leute sind weitgehend abgebaut. Man hört den Argumenten des ehemaligen Feindes zu, ist bereit, die Welt auch einmal aus seiner Perspektive zu betrachten" (Liedtke 1989b: 12).
- 9 "Selbstkritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit ist der beste Weg zur Selbstheilung von Individuen, von kleinen und großen Gruppen. Diese Erkenntnis der Psychoanalyse und der psychoanalytischen Sozialpsychologie ist auch die zentrale Aussage des vorliegenden Buches. Von ihrer Beherzigung wird es wesentlich abhängen, ob die Menschen in der Sowjetunion die Schwierigkeiten bei der Umstrukturierung ihrer Gesellschaft meistern und ob die Deutschen die Chance, ihre Identität erstmalig seit 1945 selbständig gemeinsam zu definieren, zugunsten einer entschiedenen Abkehr von ihrem traditionellen Stärkekult nutzen werden" (Richter 1990b: 12).
- 10 "Alte Feindbilder sind ins Wanken geraten" überschreiben Gugel/Jäger (1989: 54) ihre Ausführungen zum Verlust der sowjetischen Bedrohung auf westlicher Seite. Aus DDR-Perspektive wurde die "konstruktive und flexible Friedens- und Abrüstungspolitik der UdSSR" als "wichtiger Impuls für eine realistischere Beurteilung des Sozialismus" und damit als Ausgangspunkt für "Rückgang von Wirkung und Akzeptanz antikommunistischer Feindbilder" (Gensicke 1989) betrachtet.

Feindbild-Abbau durch die sowjetische Reformpolitik unter Michail Gorbatschow hingewiesen (vgl. etwa Fetscher 1989b: 5; Richter 1989: 59).

Diese anschwellende Feindbild-Literatur war auch deshalb möglich geworden, weil der Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion den Begriff nicht mehr auf die negativen Einstellungen im Ost-West-Konflikt gegenüber der jeweils anderen Seite festlegte. Damit konnten vielfältige Feindbilder thematisiert werden, ohne sich jeweils selbst der Gefahr auszusetzen, daß einem ein Feindbild vorgeworfen werden konnte. Zwar wurde von niemandem explizit anerkannt, in der Vergangenheit ein Feindbild besessen zu haben, aber es läßt sich doch hier und da große Erleichterung erkennen, daß sich nun das Feindbild-Phänomen thematisieren ließ, ohne damit den politischen Streit darüber zu entfachen, wer die richtige Einschätzung der gegnerischen Seite habe: "Mit Zufriedenheit konstatieren wir: Die Bedrohungspereptionen in Ost und West schwinden, begleitet von einem schrittweisen Abbau der etablierten Feindbilder" (Sudhoff 1991: 6), ist in der Einleitung der vom Auswärtigen Amt herausgegebenen Broschüre "Abbau von Feindbildern" zu lesen, in der die Beiträge des oben erwähnten Kolloquiums veröffentlicht wurden.

Abgesehen von der empirischen Erfassung des außenpolitischen Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion (Liedtke 1989a; Richter 1990a) hat sich die Feindbild-Forschung aber nicht mit dem am Ende der 1980er Jahre stattfindenden Feindbild-Zerfall beschäftigt.<sup>11</sup> Ihre Veröffentlichungen aus den 1990er Jahren wenden sich neuen Feindbildern zu oder referieren und bekräftigen den im Zusammenhang mit der Analyse des Antikommunismus im Ost-West-Konflikt erreichten Forschungsstand, ohne ihn in Relation zum empirischen Feindbild-Zerfall zu setzen. Damit klafft eine große theoretische Lücke im Hinblick auf die Entwicklung von Hypothesen der Feindbild-Forschung für den hier zur Erklärung anstehenden Fall. Mit der Auflösung ihres primären Gegenstands, des Feindbildes "Sowjetunion", war zwar ihrer immer wieder vorgetragenen normativen Forderung nach Feindbild-Abbau entsprochen worden; doch vom konzeptionellen Standpunkt der Feindbild-Forschung aus gesehen handelte es sich dabei weitgehend um ein theoriewidriges Verhalten, denn Feindbilder waren als außerordentlich stabile, veränderungsresistente Einstellungen beschrieben worden, die sich schon deshalb nicht schnell abbauen ließen, weil sie wichtige Funktionen, sowohl im individuell-psychischen Haushalt als auch im sozialen Gefüge von Kollektiven und zudem noch im internationalen System zu erfüllen hätten.

Am Umgang mit der neuen Situation des zerfallenden antikommunistischen Feindbildes zeigt sich besonders deutlich wenn schon nicht ihre theoretische Fehlerhaftigkeit, so doch zumindest die Beschränktheit der Fragestellung der Feindbild-Forschung, die sich aus deren normativer Orientierung (Feindbilder führen zu Kriegen und müssen deshalb abgebaut werden) und den sich daraus

11 Die einzige Ausnahme ist Lippert (1990), auf dessen These im Zusammenhang mit der Hypothesen-Überprüfung (siehe unten Abschnitt 5.2.3) eingegangen wird. Meine eigenen Analysen des Feindbild-Zerfalls (Weller 1991, 1992) und die dort untersuchte Tragfähigkeit verschiedener Erklärungsansätze stellen gewissermaßen Vorstudien zu der hier vorliegenden Arbeit dar.

ergebenden politischen Präferenzen ergeben hatte: Das Feindbild wurde aus der Perspektive derer betrachtet, die sich selbst für feindbildfrei halten und für die daher die Existenz von Feindbildern ein Rätsel darstellt (vgl. Weller 2000a). Folgerichtig wurden vor allem zwei Fragestellungen bearbeitet: Warum entstehen Feindbilder? Warum sind Feindbilder so stabil? Und normativ konsequent wurde dann ihr Abbau propagiert. Was konnte ein solcher Forschungszweig angesichts der Tatsache unternehmen, daß seine theoretische Erwartung enttäuscht und seiner normativen Forderung entsprochen worden war? Er identifizierte vor allem neue Feindbilder, um an seinem theoretischen Konzept fest- und seine normative Forderung aufrecht-erhalten zu können (vgl. etwa Voit 1992a, 1992b).

Dabei wurden allerdings nur selten die *Bedingungen* für die Entstehung oder den Wandel eines Feindbildes reflektiert. Vielmehr wurde weiterhin - eher implizit als explizit - auf die Funktionalität von Feindbildern rekurriert, ein Wissen, welches sich - offenbar - weithin etabliert hatte. Oder aber "Feindbild" wurde als aufmerksamkeitsstachelnder Begriff verwendet, ohne daß damit irgendwelche wissenschaftlichen oder gar theoretischen Ansprüche verbunden worden wären. Neben solchen Veröffentlichungen, die vielfach im Zusammenhang mit dem Zweiten Golf-Krieg 1990/91 standen,<sup>12</sup> gab es in den 1990er Jahren noch Nachträge zur "alten" Feindbild-Forschung, vor allem in Form von Bestandsaufnahmen - wenn nicht bloßen Rekapitulationen - der vorliegenden Forschungsergebnisse.<sup>13</sup> Auffällig ist jedoch, daß hierbei kein Bestreben erkennbar wurde, den Wandel bei ihrem traditionellen Forschungsgegenstand, dem Feindbild im Ost-West-Konflikt, zu einer Kritik oder gar Fortentwicklung der Feindbild-Forschung zu nutzen.<sup>14</sup> Mit der zunehmenden publizistischen Verwendung eines weitgehend inhaltsleeren Feindbild-Begriffs ging das wissenschaftliche Interesse an einer theorieorientierten Konzeptualisierung und einer Erklärung des Feindbild-Phänomens vollends verloren.

Die weitverzweigte, nach dem Zerfall des antikommunistischen Feindbildes erschienene Literatur, die mit dem Feindbild-Begriff operiert,<sup>15</sup> läßt sich nur noch unter dem formalen Aspekt der Verwendung des Wortes "Feindbild" der traditionellen Feindbild-Forschung zurechnen. Weder wurde - von einzelnen Ausnahmen abgesehen - bei der Begriffsverwendung an die konzeptionellen Arbeiten der Feindbild-Forschung mit ihrer (sozial-) psychologischen Basis angeknüpft, noch spielte die Funktionalität von Feindbildern für Systemerfordernisse eine wesentliche Rolle. Diese zwei Merkmale haben aber nicht nur die Feindbild-Forschung gekennzeichnet, sie waren gewissermaßen der größte Teil ihrer inhaltlichen

12 Vgl. etwa Link (1991a, 1991b, 1995); Schulze (1991a, 1991b, 1992); Gerhard/Link (1992); Sommer (1991, 1992).

13 Mandler/Schwegler-Rohmeis (1989: 135-142); Nicklas (1991); Senghaas-Knobloch (1990a); Flohr (1991).

14 Allein die Notwendigkeit wird hier und da vermerkt (vgl. etwa Voit 1992b). Vgl. auch Weller (1994).

15 Vgl. Sabbagh (1995); Hippler/Lueg (1993); Nuscheler (1992); Brock/Hessler (1991); Matthies (1991, 1992); Saathoff/Zander (1990); Hippler (1992a, 1992b); Rotter (1991, 1992); Thränhardt (1994); Pöttker (1991); Auernheimer (1992); Ruf (1997).

Substanz (vgl. Weller 2000a). Wenn heute von Feindbildern die Rede ist, interessieren weder die (sozial-) psychologischen Mechanismen ihrer Entstehung noch ihre Funktionen zur Erklärung ihrer Stabilität. Insofern erscheint es gerechtfertigt, vom Ende *der* Forschung zu sprechen, die sich durch diese zwei Merkmale auszeichnete.

Ob es vielversprechender wäre, für die weitere Erforschung des Feindbild-Phänomens an die älteren, konzeptionell und theoretisch anspruchsvolleren Ansätze anzuknüpfen, könnte sich daran zeigen, daß diese in der Lage sind, zu plausiblen Erklärungen des oben beschriebenen Feindbild-Zerfalls am Ende des Ost-West-Konflikts beizutragen. Deshalb sollen nachfolgend mehrere Hypothesen entwickelt werden, um die in der Feindbild-Forschung entwickelten Ansätze daraufhin zu überprüfen, ob ihre theoretischen Aussagen und Annahmen in Übereinstimmung zu bringen sind mit dem länderspezifischen Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts. Zu diesem Zweck ist jedoch vor der Hypothesen-Bildung eine Systematisierung der für Feindbilder aufgezählten Erklärungsfaktoren notwendig, die Hinweise auf umfassendere Theorieangebote liefern kann, welche dann zur Entwicklung von Hypothesen zum Feindbild-Zerfall herangezogen werden sollen.

### 3.2. Systematische Bestandsaufnahme und Hypothesenbildung

#### 3.2.1. Systematische Bestandsaufnahme der Feindbild-Forschung im Zusammenhang des Ost-West-Konflikts

In diesem Abschnitt geht es um die systematisierende Bestandsaufnahme *der* Forschungsergebnisse, die sich speziell mit dem Gegenstand beschäftigten, dessen Erklärung in dieser Arbeit ansteht: des Feindbildes gegenüber der Sowjetunion. Vor allem anhand der zahlreichen Publikationen seit Mitte der 1980er Jahre läßt sich der bis heute erreichte Forschungsstand der Feindbild-Forschung aufzeigen, da seitdem weder weitere empirische Untersuchungen noch konzeptionelle Innovationen vorgelegt wurden. Die schon mehrfach ausgeführten Überlegungen zu Merkmalen, Funktionen und Auswirkungen von Feindbildern wurden bekräftigt, wenngleich natürlich hier und da Akzentverschiebungen vorgenommen oder Einzelaspekte noch spezifischer herausgearbeitet wurden. Insgesamt aber findet eine additive Anhäufung von Feindbild-Merkmalen und -Funktionen statt, die allesamt die Existenz von Feindbildern verständlich machen sollen, ohne daß besonderer Wert darauf gelegt würde, sie auf ihre theoretische Vereinbarkeit hin zu überprüfen.<sup>16</sup>

Als eine wichtige Sammlung von Beiträgen zu unterschiedlichen Feindbild-Aspekten hat sich der von Sommer, Becker, Rehbein und Zimmermann herausgegebene Band "Feindbilder im Dienste der Aufrüstung" (Sommer et al. 1987, 1988,

16 Birckenbach (1987a: 255) beklagt zurecht: "Die Feindbilddiskussion wird weitgehend noch immer auf dem theoretischen Stand der 60er und dem empirischen Stand zu Beginn der 70er Jahre geführt".

1992) erwiesen,<sup>17</sup> der zunächst 1987, dann 1988 in zweiter und 1992 in dritter, erheblich erweiterter Auflage erschien.<sup>18</sup> Dieser systematische Zugriff und die Eingrenzung der Fragestellung würden erwarten lassen, daß in einem solchen Band wenigstens eine Anstrengung im Hinblick auf ein einigermaßen einheitliches Begriffsverständnis unternommen würde. Doch nur ganz vereinzelt wird in den Beiträgen überhaupt thematisiert, was mit "Feindbild" bezeichnet werden soll, und es ist noch nicht einmal sicher, ob die implizit verwendeten Feindbild-Begriffe mit der Minimal-Definition des Vorworts vereinbar sind,<sup>19</sup> denn schon der "verzerrende" Charakter von Feindbildern muß weiterhin als umstritten gelten.

"Der Feindbildbegriff in der Literatur ist sehr diffus" stellen Nicklas/Ostermann (1989: 27) trotz der eigenen Bemühungen um begriffliche Klärung (vgl. Ostermann 1977: 99-135; Nicklas 1984, 1985) völlig zutreffend fest, und die "Begriffsdiskussion" bei Flohr (1991: 22-32) oder auch der Lexikon-Artikel von Reich (1997) bestätigen diesen Eindruck nachhaltig. Die immer wieder publizierten Definitionsversuche von Nicklas (1984: 148)<sup>20</sup> und Sommer (1988b, 1989, 1991, 1992) haben sich weder durchsetzen noch die benötigte Auseinandersetzung über den Feindbild-Begriff bewirken können, so daß weiterhin von einem völlig individualisierten Begriffsverständnis auszugehen ist. Die Begriffsverwendung ist weitgehend von Fragestellung und Motiven der Forschung abhängig.<sup>21</sup>

Deutlich einheitlicher stellt sich jedoch der Forschungsstand zu den Entstehungsprozessen und Funktionen dessen, was als "Feindbild" bezeichnet wird, dar. Zwar kann auch hier nicht von einem breit anerkannten Erkenntnisstand ausgegangen werden, aber auf bestimmte Faktoren wird regelmäßig verwiesen. Sie lassen sich zu fünf voneinander zu unterscheidenden theoretischen Herangehensweisen zusammenfassen, die sich fast alle auf der Grundlage psychologischer Theorie-

17 Der Band erschien als Nr. 3 der "Schriftenreihe des Arbeitskreises Marburger Wissenschaftler für Friedens- und Abrüstungsforschung und der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Friedens- und Abrüstungsforschung an der Universität Marburg". Seine Beiträge sind "hervorgegangen aus dem 3. Friedenskongreß der berufsspezifischen Friedensinitiative Psychologie - Psychosoziale Berufe, der vom 29. November bis 1. Dezember 1985 in Münster stattfand" (Sommer 1988a: 11).

18 Zur zentralen Bedeutung dieses Bandes für die Perzeption der Feindbild-Forschung in der DDR vgl. Frindte (1989b), der einige Beiträge aus diesem Sammelband paraphrasiert.

19 "Feindbilder sind Bilder, in denen der politisch Andere von Politikern und/oder der Bevölkerung verzerrend böse und gefährlich entworfen wird" (Sommer 1988a: 10).

20 Identisch mit Nicklas (1985: 102; 1991: 157); vgl. aber Nicklas (1988) und Nicklas/Ostermann (1989: 27).

21 Neben der hier betrachteten Feindbild-Forschung gibt es auch eine Verwendung des Feindbild-Begriffs, bei der es kein Interesse an psychologischen Erklärungen gibt, sondern vor allem historisch argumentiert wird. Als Ursachen und Ursprünge von Feindbildern werden dabei etwa genannt: "Geschichtliche Überlieferungen und Ereignisse, besonders Kriege; Faktoren ideologischen Charakters; systembedingte soziale Entwicklungstendenzen; nationale Begebenheiten und konkrete Situationen; die reale Politik der Staaten in ihrer Wechselwirkung" (Daschitschew 1986: 91; fast identisch mit Daschitschew 1989: 213). Vgl. auch Jacobsen (1987, 1988); Kopelew (1985); Brahm (1987).

bildung entwickelt haben.<sup>22</sup> Diese fünf Herangehensweisen sind keineswegs als konkurrierend zu verstehen, sie werden zumeist additiv herangezogen, womit sich jedoch schon gleich wieder eines der zentralen Probleme der Feindbild-Forschung andeutet: Vor lauter plausiblen Erklärungen für die Existenz von Feindbildern wird der Blick verstellt auf den empirischen Feindbild-Zerfall, der theoretisch so nicht vorgesehen war.

(1) *Stereotypisierung*: Die in einem Großteil der Feindbild-Forschung übernommene definitorische Anbindung des Feindbild- an den Vorurteils-Begriff hat zwar wenig zur begrifflichen Klarheit, viel aber zur Verdeutlichung der Feindbildern zugrundeliegenden Wahrnehmungsmechanismen beigetragen. Bezüglich der kognitiven Dimension von Vorurteilen wird von der Stereotypisierung gesprochen (Schäfer/Six 1978: 19), bei der anhand von Kategorien einzelnen Personen Eigenschaften zugeschrieben werden aufgrund der Zuordnung dieser Personen zu einer Kategorie oder Gruppe (Stroebe 1980: 73f).

"Nach dem kognitiven Ansatz sind Stereotype normale Kategorien, die der kognitiven Ökonomie dienen. Durch Kategorisierung vermindert der Organismus die Komplexität seiner Umwelt und reduziert damit die Notwendigkeit zu ständig neuem Lernen. Die Kosten dieser Ökonomie sind gewisse Wahrnehmungsverzerrungen, die sich aber in nichts von den Verzerrungen, wie sie bei der Wahrnehmung von physikalischen Objekten auftreten, unterscheiden" (Stapf et al. 1986: 28).

Die Entwicklung von Feindbildern resultiert aus diesem Prozeß der Informationsverarbeitung durch das Individuum, der Kategorisierung von Wahrnehmungen seiner sozialen Umwelt.<sup>23</sup> Weil der Mensch nicht in der Lage ist, allen seinen Wahrnehmungen dieselbe Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, muß er auswählen. Dies geschieht nach Prinzipien, die der menschliche Wahrnehmungsapparat ohne bewußtes Zutun anwendet, um mit der unendlichen Reizvielfalt zu Rande zu kommen. Die Entstehung von Feindbildern ist auf solche "Wahrnehmungsmuster stereotypen Charakters" (Nicklas 1984: 149) zurückzuführen. Durch die Kategorisierung, die "Klassifizierung ähnlicher Dinge oder Personen in eine gemeinsame Kategorie" (Stapf et al. 1986: 26) entsteht ein strukturiertes Bild der sozialen Umwelt, in dem die Kategorien "Freund" und "Feind" besondere Bedeutung besitzen - dieser Aspekt wird häufig noch innerhalb von kognitiven Ansätzen thematisiert (vgl. Stroebe 1980: 80f), weist aber letztlich schon über den kognitiven Kategorisierungsprozeß hinaus auf affektive oder motivationale Aspekte menschlicher Wahrnehmungsprozesse, die unter dem Stichwort "Dichotomisierung der sozialen Welt" behandelt werden.

22 Daneben gibt es hin und wieder auch biologistische Erklärungsansätze von Feindbildern (vgl. etwa Wendt 1989; Flohr 1994; Liedtke 1992: 60, 63), die verständlicherweise noch größere Probleme mit der Erklärung eines Feindbild-Zerfalls haben müssen und deshalb hier nicht weiter beachtet werden.

23 Vgl. Sommer (1988b: 38; 1989: 19); Lilli (1988: 19f); Wulff (1988: 109f); Bredow (1989: 37); Spillmann/Spillmann (1989: 35).

(2) *Selektive Wahrnehmung*: Auch das Prinzip selektiver Wahrnehmung, welches als Feindbilder erzeugendes und sie stabilisierendes Moment betrachtet wird (Nicklas 1985: 103), fußt auf sozialpsychologischen Theorien, die sich zusammenfassend als Konsistenztheorien bezeichnen lassen. Ihre Kernaussage liegt in der Annahme, daß eine Unvereinbarkeit von Meinungen oder Einstellungen eine gewisse Spannung im kognitiven System einer Person erzeugt und diese dazu veranlaßt, die erwünschte Konsistenz wieder herzustellen (Stroebe 1980: 194f). Daraus folgt auch eine Neigung, zu den eigenen Einstellungen dissonante Informationen zu meiden bzw. gezielt solche aufzusuchen, die das vorhandene Einstellungssystem bestätigen. Diese "selective-exposure"-Hypothese wurde im Rahmen der am differenziertesten ausgearbeiteten Konsistenztheorie, der Theorie der kognitiven Dissonanz (Festinger 1957) entwickelt, wobei sie sich nur unter spezifischen Bedingungen hat bestätigen lassen (vgl. Stroebe 1980: 258-264). Nichtsdestotrotz wird für die Entwicklung und Stabilität von Feindbildern auf ein "Konsistenz-Prinzip" (Lilli 1988: 21) verwiesen, so daß zu erwarten sei, "daß ein einmal entwickeltes Feindbild zur Selbsterhaltung und inneren Stimmigkeit tendiert" (Nolting 1981: 114). Dies wird erreicht durch selektive Wahrnehmung: "Mit dem Schema des F [Feindbildes] nicht übereinstimmende Erfahrungen werden ignoriert oder umgedeutet; konsonante Informationen bestätigen und verstärken das F [Feindbild]" (Lippert/Wachtler 1988: 81). Dabei bestimmen die Feindbilder bereits die Wahrnehmung der Realität (vgl. Nicklas 1984: 149):

"Feindbilder verzerren Informationsaufnahme und Informationsverarbeitung. Bei einem gefestigten Feindbild werden Informationen, die diesem nicht entsprechen, entweder gar nicht erst wahrgenommen und gesucht, oder sie werden umgedeutet, bis sie doch dem Feindbild entsprechen; oder sie werden schnell vergessen" (Sommer 1988b: 42; 1989: 21).

Nach Senghaas-Knobloch (1990b: 6) läßt sich "ein Feindbild oder eine Haltung der Feindseligkeit [...] in der Sprache konsistenztheoretischer Modelle als eine gewohnheitsmäßig negativ wertende Orientierung beschreiben", und Lißmann et al. (1975: 42) führen unter den Merkmalen von Feindbildern an: "Seine Vorurteilsstruktur verhindert die Wahrnehmung entgegengesetzter Informationen".<sup>24</sup>

(3) *Dichotomisierung der sozialen Welt*: Bei der Stereotypisierung wurde schon angedeutet, daß die Kategorisierung bei der Wahrnehmung der sozialen Welt besondere Konsequenzen zeitigt: es werden zwei Kategorien gebildet, die Gruppe, der man selbst zugehört oder zugehören will und die Gruppe, der man nicht zugehört, von der man sich abgrenzen möchte. Diese Unterscheidung von *ingroup* und *outgroup* geht zugleich mit einer Wertung einher: "So sind Stereotype von Fremdgruppen in der Regel negativer als die von Gruppen, denen man selbst zugehört" (Stapf et al. 1986: 28). Hier kann nun nicht auf die insbesondere von der

24 Zu einem grundlegenden Rückgriff auf die Theorie der kognitiven Dissonanz für die Feindbild-Forschung vgl. Weller (1992: 37-41).

*Social Identity Theory* (Tajfel/Turner 1986; Oakes et al. 1994) bereitgestellte Erklärung dieses Phänomens eingegangen werden,<sup>25</sup> sondern nur auf den Zusammenhang mit der sozialen Identität des Einzelnen verwiesen werden (vgl. Sommer 1989: 19). Leder (1985: 59) betont in diesem Zusammenhang vor allem die "Identifikation der einzelnen Individuen mit den Wertvorstellungen und Leitfiguren der eigenen Gruppe", aus der notwendigerweise die Ablehnung aller fremden Werte resultiere. Für die Entwicklung und Stabilität von Vorurteilen und Feindbildern scheint die Dichotomisierung der sozialen Welt von besonderer Bedeutung zu sein:

"Vorurteile haben zudem soziale Funktionen. Menschen streben als soziale Wesen nach sozialer Identität. Dazu vergleichen wir uns mit Personen und Gruppen, die wir schätzen und denen wir ähnlich sein wollen. Psychologisch erleichternd und notwendig erscheint es, auch eine Gruppe der Anderen, Un-Ähnlichen zu konstruieren, von der wir uns abgrenzen und gegenüber der wir Nicht-Zugehörigkeit demonstrieren können" (Sommer 1988b: 38f).

Nolting (1988) weist auf der Grundlage dieser Annahmen darauf hin, daß bei der Analyse von Feindbildern das Selbstbild eine zumindest ähnliche Relevanz besitze, und Lilli (1988: 22) betont den "sozialen Vergleichsprozeß": "*Wir und die anderen*, das ist die Konstruktion, auf deren Grundlage wir unsere Welt ordnen".<sup>26</sup> Weil diese in der Wahrnehmung stattfindende Dichotomisierung der sozialen Welt offenbar allen Feindbildern zugrundeliegt, wurde schon früh das Freund-Feind-Schema als der eigentliche Untersuchungsgegenstand der Feindbild-Forschung betrachtet (vgl. Lißmann et al. 1975: 42; Becker/Gantzel 1975: 83; Pflüger 1986a): "Selbst nicht so sein und so denken zu wollen wie die anderen, ist auch eine wesentliche Bedingung für die Entstehung von Freund- und Feindbildern" (Lilli 1988: 22).

(4) *Projektionen*: "In der Psychoanalyse wird die Entstehung und Aufrechterhaltung von Feindbildern als Ausdruck der Projektion eigener intrapsychischer Aggressivität auf andere Menschen verstanden".<sup>27</sup> Damit ist die individuelle Ebene von Projektionen nach der Freudschen psychoanalytischen Theorie angesprochen. "Das Feindbild erlaubt, die von unserem moralischen 'Überich' gegen uns gerichtete Aggression auf den anderen zu lenken und entlastet uns dadurch von Selbstvorwürfen".<sup>28</sup> Doch in

25 Vgl. dazu im Zusammenhang mit Feindbildern Weller (1992: Kap. 6.2; 1993b).

26 Lilli (1988: 18, Hervorh. dort); vgl. auch Bredow (1989: 36f); Wulff (1988: 114); Lippert/Wachtler (1988: 81f); Brassel-Moser (1989).

27 Bauriedl (1989: 344f); vgl. auch Wulff (1988: 111f); Fetscher (1986: 48-51); Bauriedl (1990); Gruen (1992).

28 Fetscher (1989c: 11); vgl. auch Lippert/Wachtler (1988: 82) und Sommer (1989: 20). Einen ähnlichen, individualpsychologischen Ansatz vertritt Mack (1989). Für White (1988: 61) resultiert aus den Projektionen vor allem eine "selektive Unaufmerksamkeit"; sie "ist der Hauptprozeß, durch den unbewußte Kräfte im menschlichen Denken kognitive Verzerrungen auf der bewußten Ebene herbeiführen" (White 1988: 57).



zweifacher Hinsicht<sup>29</sup> kommt bei solchen Projektionen auch eine gesellschaftliche Dimension mit ins Spiel:

"Gemäss der psychoanalytischen Erkenntnis verlangen moderne Gesellschaften und Kulturen ein so hohes Mass an Versagung unmittelbarer Triebbedürfnisse, dass in den gegenwärtigen Industriegesellschaften erhebliche Aggressivitätspotentiale aufgebaut werden, welche dann herrschaftstechnisch zur Ablenkung auf geeignete Feindobjekte zur Verfügung stehen" (Senghaas-Knobloch 1990b: 3).<sup>30</sup>

Wird auf der einen Seite das Aggressionspotential durch gesellschaftliche Zwänge erzeugt, wird die Projektion auf der anderen Seite auch gesellschaftlich legitimiert, indem es sich um ein kollektives Feindbild handelt, das wie geschaffen für die Ableitung der Aggressionen nach außen wirkt (vgl. Nicklas 1988: 33).<sup>31</sup> Dabei wird von einer "psychische[n] Herrschaftssicherung durch Feindbilder" (Nicklas 1988: 34f) gesprochen, weil so "die gefahrlose Abfuhr von aggressiven Triebspannungen *nach außen*" möglich wird (Nicklas 1988: 34, Hervorh. dort). Dies wird außerdem häufig als "Sündenbock-Funktion" (Wulff 1988: 114), "Sündenbock-Mechanismus" (Richter 1982a: 118f) oder -Phänomen (Nolting 1981: 111) bezeichnet, weil die Aggressionen sich nicht gegen ihre Ursachen richten, sondern auf einen Sündenbock verlagert werden.<sup>32</sup>

Auf dem theoretischen Hintergrund der analytischen Psychologie nach C.G. Jung werden zum Teil Feindbilder selbst als "Projektionen archetypischer Natur" (Dieckmann 1986: 31) aufgefaßt, die weitgehend unabhängig von ihren realen Objekten sind (vgl. Jacoby 1986: 132; Kast 1994: 24) und daher außerordentlich schnell wechseln könnten (Dieckmann 1986: 29). Diese Differenz zu dem in der Feindbild-Forschung vielleicht am breitesten anerkannten Merkmal ihrer besonders hohen Stabilität beruht jedoch auf einer anderen Definition des Begriffs:

"Unter Feindbild verstehen wir nicht den Feind oder den Gegner selbst, sondern etwas Drittes, das sich zwischen ihn und uns selbst schiebt, ein Bild, das sich wie alle Bilder aus einer ganzen Anzahl von Komponenten zusammensetzt, die mit dem eigentlichen Objekt oft sehr wenig oder kaum etwas zu tun haben. Psychoanalytisch gesehen, sind diese Bilder Projektionen, die aus unserem eigenen Unbewussten stammen" (Dieckmann 1986: 25).

29 Zudem wird die These vertreten, daß sich diese individual-psychologische These auch auf Kollektive übertragen lasse. "Vor allem, wenn das Selbstbewußtsein eines Volkes - wie das des deutschen - wenig gefestigt ist, werden dann derartige negative Feindbilder gern als Mittel zur seelischen Stabilisierung benutzt. Was anders ist, muß negativ bewertet werden, damit es den 'hohen Wert der eigenen Lebensform' nicht in Frage stellen kann" (Fetscher 1986: 49f).

30 Vgl. auch Nicklas (1988: 33); Mitscherlich (1978: 278); Richter (1991); Rubeau/Westermann (1984).

31 "Die Kanalisierung der Aggression in Gruppenantagonismen entlastet das eigene gesellschaftliche System von gefährlichen Spannungen und gibt durch die Feinddefinition ein Objekt vor, das ohne Gefahr gesellschaftlicher Sanktionen gehaßt werden darf" (Nicklas 1990: 69f). Wasmuht (1987a: 100) spricht in diesem Zusammenhang von der "Verdrängungsfunktion" der Feindbilder (vgl. auch Nolting 1988: 71).

32 Vgl. auch Wolf (1969: 340); Mitscherlich (1978: 281); Lippert/Wachtler (1988: 79); Fetscher (1992: 76).

In *dieser* psychoanalytischen Perspektive hat das Feindbild nur in geringem Maße mit denjenigen zu tun, auf die projiziert wird, viel mehr aber mit den unbewußten Bedürfnissen derer, die sich der Feindbilder für ihre "seelische Hygiene" (Nicklas 1988: 33) bzw. "seelische Stabilisierung" (Fetscher 1989c: 10) bedienen und ihre eigenen negativen Gefühle auf andere projizieren (Pflüger 1986b: 10).

(5) *Gesellschaftlicher Funktionalismus*: Die geringste theoretische Fundierung, aber in vielen Fällen den breitesten Raum beanspruchen bei der Erklärung von Feindbildern die gesellschaftlichen Funktionen, die Feindbilder offenbar erfüllen können. In der Häufigkeit der Nennungen dominiert dabei ganz eindeutig die "Integrationsfunktion" (Wasmuht 1987a: 99). Außerdem wird - aus dem inhaltlich-politischen Zusammenhang, in dem sich die Feindbild-Forschung entwickelt hat, verständlich - vielfach auf die Funktionen hingewiesen, die Feindbilder im Zusammenhang mit militärischer Rüstung erfüllen. So wie in diesem Punkt möglicherweise unterscheidbare Funktionen (Legitimation, Begründung von Aufrüstung, Rechtfertigung von Massenvernichtungswaffen etc.) zusammengefaßt werden, wurde für die nachfolgende Darstellung auch bei anderen Funktionsangaben versucht, Verbindungen oder Übereinstimmungen zu entdecken. Andererseits werden in der Literatur Funktionen aufgezählt, die nur schwerlich in einen Zusammenhang gebracht werden können und aus diesem Grunde hier einfach zitiert werden. Vor allem soll aus der Auflistung deutlich werden, wie groß die Aufmerksamkeit war, die in der Feindbild-Forschung funktionalen Erklärungen auf der gesellschaftlichen Ebene entgegengebracht wurde.

- (a) *Integrationsfunktion*: "Das Freund-Feind-Muster [...] dient zur Integration des Lagers der Freunde" (Nicklas/Ostermann 1980: 538); "der gemeinsame Feind stärkt den inneren Zusammenhalt von Gruppen, Gesellschaften und Staaten" (Nicklas 1985: 104).<sup>33</sup>
- (b) *Rüstungsfunktion*: "Die politische Funktion von Feindbildern" (Nicklas 1985: 99): "Die Feindbilder [...] sind konstitutiver Bestandteil des Abschreckungssystems. Da Abschreckung nur dann funktioniert, wenn derjenige, der abgeschreckt werden soll, daran glaubt, daß die Waffen, mit denen gedroht wird, auch eingesetzt werden, entwickelt sich eine wechselseitige Drohrhetorik. [...] Noch aus einem weiteren Grund sind die Feindbilder für das Abschreckungssystem unentbehrlich: Sie liefern gleichsam die moralische Rechtfertigung für die Entwicklung immer schrecklicherer Waffensysteme" (Nicklas 1985: 99). "Feindbilder rechtfertigen Rüstungsmaßnahmen: Wenn Feindbilder zur Verzerrung von Informationen und Bewertungen führen, dann können sie auch Rüstungsmaßnahmen legitimieren; das ist ihre zentrale politische Funktion" (Sommer 1988b: 49; 1989: 20).<sup>34</sup>

33 Vgl. auch Kogon (1970, 1977); Nolting (1981: 117f; 1988: 71); Nicklas (1984: 148; 1988: 33); Wasmuht (1987a: 99); Lippert/Wachtler (1988: 82); Fetscher (1989c: 13); Sommer (1989: 20); Spillmann/Spillmann (1989: 35); Bauriedl (1990: 325).

34 Vgl. auch Rehbein (1988: 283); Schulte (1973); Kreck (1983); Senghaas (1970c, 1970d, 1970e, 1972b); Frei (1985); Sommer (1984, 1988a: 10).

- (c) "*Herrschaftsstabilisierungsfunktion*: Die Existenz eines gemeinsamen Feindes ermöglicht die Rechtfertigung des eigenen Handelns: 'Der Zweck heiligt die Mittel.' D.h., das eigene Handeln ist richtig und stets als Reaktion auf die Aktionen des Gegners zu verstehen" (Wasmuht 1987a: 99). "Gesellschaftlich-politisch werden F [Feindbilder] vielfältig funktionalisiert. Besonders häufig werden sie zur Legitimation von Gesellschaftsverfassungen herangezogen. Unter Verweis auf eine Bedrohung durch einen Antagonisten und die deswegen erforderliche aggressive Abgrenzung von ihm lassen sich sowohl Binnenverhältnisse stabilisieren als auch z.B. Einschränkungen der individuellen Autonomie rechtfertigen oder innenpolitische Gegner niederhalten" (Lippert/Wachtler 1988: 82).<sup>35</sup>
- (d) "Die *Entlastungsfunktion* des Feindbildes" (Richter 1982a: 114): "Feindeshaß entlastet nicht nur von persönlichen, sondern auch von nationalen Selbstwertkonflikten. Genauer: Kränkungen, die ein Kollektiv erlitten hat, addieren sich zu den spezifischen individuellen Minderwertigkeitserlebnissen und überformen den Projektionsvorgang" (Richter 1982a: 116). Theoretisch gehört diese Funktion eindeutig zur psychoanalytischen Projektions-Hypothese; sie wird jedoch auch in bezug auf Kollektive formuliert und ist daher in dieser Form auch dem gesellschaftlichen Funktionalismus zuzurechnen.<sup>36</sup>
- (e) Feindbilder haben "eine *Selbsterhöhungsfunktion*: der Vergleich mit dem Charakter des Feindes läßt die Zugehörigkeit zur eigenen Gruppe als etwas Wertvolles erscheinen" (Nolting 1981: 118; 1988: 72; vgl. auch Sommer 1989: 20 und Spillmann/Spillmann 1989: 35). Diese Funktion ließe sich theoretisch auch unter den Aspekt "Dichotomisierung der sozialen Welt" subsumieren.
- (f) *Gewaltlegitimation*: Feindbilder haben "eine Legitimationsfunktion: sie begründen die eigenen Gewaltaktionen und lassen sie als notwendig erscheinen" (Nolting 1981: 118; 1988: 72).
- (g) Feindbilder haben "eine *Emotionalisierungsfunktion*: sie erzeugen aggressive Gefühle gegen den Feind" (Nolting 1981: 117; 1988: 71).
- (h) Feindbilder haben "eine *Ablenkungsfunktion* in den Fällen, wo im eigenen Land oder in der eigenen Gruppe wegen irgendwelcher Probleme, mit denen die Führung nicht fertig wird, Unzufriedenheit herrscht" (Nolting 1981: 118).
- (i) "*Erklärungsfunktion*: [...] Feindbilder erlauben Aussagen über den Gegner und lassen diesen begreifbar und einschätzbar werden - auch wenn die Annahmen falsch sind" (Wasmuht 1987a: 99).
- (j) "*Verhaltenssteuerungsfunktion*: [...] Der gemeinsame 'Feind' wird hierfür [daß die von nur wenigen getroffenen Entscheidungen unterstützt werden] zur Basis: Zusammenhalt um jeden Preis, um diesen zu bekämpfen" (Wasmuht 1987a: 100).<sup>37</sup>

35 Vgl. schon Kehr (1965), auch Nicklas (1988: 33) und Sommer (1989: 20) sowie insbesondere Wörmann (1974), aber auch Hofmann (1982), Jung/Staehr (1983) und Hirschfeld (1968).

36 Vgl. aber oben, "(4) Projektionen" sowie Fetscher (1986: 49; 1992: 76f).

37 Vgl. aber die Zweifel von Lippert/Wachtler (1988: 78).

Diese fünf theoretischen Herangehensweisen der Feindbild-Forschung, deren hier als letzte dargestellte sich in mehrere, sehr unterschiedliche Ansätze bzw. Funktionen aufspaltet, bilden die Grundlage der nachfolgenden Hypothesenbildung (siehe unten Abschnitt 3.2.3). Zunächst aber sind einige theoretische Überlegungen anzustellen, wie sich aus den vorliegenden Erklärungsansätzen für Feindbilder Hypothesen über einen Feindbild-Zerfall ableiten lassen.

### 3.2.2. Hypothesenbildung im Rahmen der Feindbild-Funktionen-Forschung

Befragt man nun diese in der Feindbild-Forschung vorliegenden theorieorientierten Erklärungen daraufhin, welche Hypothesen sich hieraus für die Erklärung eines Feindbild-Zerfalls entwickeln lassen, ergibt sich ein enttäuschendes Bild. Alle hier angeführten Erklärungsansätze beziehen sich nicht auf den Wandel oder Zerfall von Feindbildern, sondern auf ihre Stabilität. Die abhängige Variable all dieser Erklärungsansätze ist entweder das individuelle Festhalten an einem Feindbild oder ihre Änderungsresistenz auf der gesellschaftlichen Ebene. "Die psychologische Friedensforschung konnte immer wieder Kontinuitäten nachweisen, hat allerdings wichtige Brüche und Diskontinuitäten übersehen" (Birckenbach 1987a: 254).<sup>38</sup> Dieser Befund wird noch deutlicher, wenn man das Schwergewicht funktionaler Ansätze betrachtet: Im Grunde sind alle fünf unterschiedenen Herangehensweisen funktionale Erklärungen, jedoch jeweils bezogen auf unterschiedliche Systeme:

Stereotypisierung (1) scheint ein Erfordernis des menschlichen Wahrnehmungssystems zu sein, und Feindbilder erfüllen in besonderer Weise die Funktion, einzelne Wahrnehmungen in ein strukturiertes Bild der sozialen Welt einordnen zu können. Selektive Wahrnehmung (2) läßt sich auffassen als Notwendigkeit eines Einstellungs- und Meinungssystems von Individuen, das auf Konsistenz angewiesen ist und die Aufmerksamkeit entsprechend steuert; Feindbilder sind in diesem Fall das Resultat der funktionalen Erfüllung dieser Systemanforderung. Die Dichotomisierung der sozialen Welt (3) wird erfordert von einem individuellen System sozialer Identitätsbildung; weil die einzelnen auf die positive Bewertung der Gruppen angewiesen sind, denen sie sich zugehörig fühlen, erfüllt das Feindbild die Funktion, die Bewertungsdifferenz zwischen Eigen- und Fremdgruppe möglichst groß erscheinen zu lassen. Projektionen (4) wiederum sind aus einem psychischen System hervorgehende Anforderungen, um ein seelisches Gleichgewicht aufrechterhalten zu können; Feindbilder erfüllen darin die Funktion, gesellschaftlich anerkannte Projektionsobjekte bzw. Sündenböcke bereitzustellen.

38 Ein schönes Beispiel hierfür ist Birckenbach (1990b), wenn sie die Diskontinuität des Feindbildes im Ost-West-Konflikt am Ende der 1980er Jahre ignoriert, um einen "grundlegend neuen Ansatz zur Überwindung von Feindbildern" (Birckenbach 1990b: 151, vgl. auch 157) darstellen zu können.

Die unter einem "gesellschaftlichen Funktionalismus" (5) subsumierten Funktionen lassen sich in diesem Sinne auch noch auf unterschiedliche Systemebenen zurückführen. Die Integrationsfunktion (a) bezieht sich vor allem auf eine militärische Allianz von Staaten in einem internationalen System der militärischen Konkurrenz von Machtblöcken. Auch die Rüstungsfunktion (b) resultiert aus der Systemanforderung eines internationalen Systems, in dem sich die Machtkonkurrenz primär durch militärische Potentiale bestimmt. Die Herrschaftsstabilisierungsfunktion (c) dagegen resultiert aus dem System staatlicher Herrschaft und ist auf der einzelstaatlichen Ebene angesiedelt, auf der durch Feindbilder die Funktion zu erfüllen ist, daß angesichts der Bedrohung durch andere Staaten gesellschaftliche Organisation durch Herrschaft akzeptabel erscheint. Sieht man die Herrschaftsstabilisierungsfunktion innerhalb marxistischer Ansätze, geht es um die Stabilisierung von Klassenherrschaft in kapitalistischen Staaten bzw. um die Verschleierung von Ausbeutungsstrukturen im globalen Antagonismus von Kapitalismus und Kommunismus. Die sogenannte "Entlastungsfunktion" (d) wiederum bezieht sich auf ein System nationaler Gemeinschaft, in dem der Anforderung nach einem kollektiven Selbstwertgefühl durch die Ausbildung von Feindbildern besonders leicht entsprochen werden kann. Bei den weiteren angeführten gesellschaftlichen Feindbildfunktionen (e - j) ist die Systemebene weniger klar ersichtlich, aber anhand dieser Rückbezüge der Erklärungsansätze auf ihre funktionalen Mechanismen wird deutlich, auf welchen unterschiedlichen Systemebenen die Erklärung von Feindbildern ansetzen kann und wie sehr hier ein mehr oder weniger expliziter Funktionalismus vorherrscht.

Diese große Aufmerksamkeit, die den Funktionen von Feindbildern entgegengebracht wurde, entsprang aus der kontinuierlichen Existenz eines sich auch in der Phase der Ost-West-Entspannung der 1970er Jahre nur wenig verändernden Antikommunismus. Daran zeigt sich vielleicht am deutlichsten die Beschränktheit der Feindbild-Forschung, die sich nicht theorieorientiert für ein Phänomen der internationalen Politik interessiert, sondern einer empirischen Erscheinung - den negativen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion zu Zeiten des Kalten Krieges - einen abstrakten Namen gegeben hat. Damit wurde zwar die Behauptung impliziert, daß es sich um ein allgemeines, in verschiedensten Zusammenhängen vorfindbares Phänomen handele, aber eine ernsthafte Hinwendung zu anderen Feindbildern fand erst beim Zerfall des Feindbildes im Ost-West-Verhältnis statt. Durch die Einengung der Forschung auf allein diesen empirischen Gegenstand stand aber - bis 1989 - immer nur eine Erklärung seiner Entstehung und seiner Stabilität an. Diese Perspektive auf ihren Gegenstand macht die Feindbild-Forschung aus. Sie liefert Hypothesen zur Entstehung und zur Stabilität von Feindbildern anhand von deren Funktionalität auf verschiedenen Ebenen. Damit aber ist sie - mit ganz wenigen

Ausnahmen bis heute - ausschließlich eine Feindbild-Funktionen-Forschung,<sup>39</sup> deren theoretische Anknüpfungspunkte in vielen Fällen auch dazu führen, daß Feindbilder nicht mehr die *zu* erklärende, sondern die erklärende Variable sind.

Im Grunde sind alle Aussagen zu Funktionen von Feindbildern Hypothesen, bei denen mit der Existenz von Feindbildern etwas anderes erklärt wird. Erst auf der Grundlage der Prämisse, daß diese Funktionen innerhalb eines bestimmten Systems erfüllt werden *müssen*, ergeben sich auch erklärende Aussagen zu Feindbildern, die jedoch dann alleine ihre Stabilität und niemals ihren Wandel erklären können. Solche funktionalen Erklärungen eröffnen alleine zwei Möglichkeiten, einen Beitrag zur Erklärung eines Feindbild-Zerfalls leisten zu können. Entweder gibt es funktionale Äquivalente oder das System selbst, innerhalb dessen das Feindbild seine Funktion zu erfüllen hatte - und damit auch dessen Anforderungen - hat sich aufgelöst. In einem grundsätzlichen Sinne läßt sich ersteres außerdem noch so verstehen, daß den Systemanforderungen mit etwas ganz anderem als funktionalem Äquivalent entsprochen wird, oder aber daß ein anderes Feindbild an die Stelle des alten tritt. Auf der Grundlage dieser theoretischen Erwägungen sollen am Ende dieses Kapitels Hypothesen aus der vorliegenden Feindbild-Forschung entwickelt werden, anhand derer sich dann der theoretische Gehalt dieser Forschung erweisen muß.

Nun ist aber nicht zu übersehen, daß sich in der Feindbild-Forschung genügend Aussagen zum Abbau von Feindbildern finden, die dem eben beschriebenen, aufwendigen Verfahren der Hypothesenbildung vorgezogen werden könnten. Kaum ein Beitrag der Feindbild-Forschung hat darauf verzichtet, Empfehlungen zum wünschenswerten Feindbild-Abbau zu machen. Doch diese Aussagen haben, bis auf ganz wenige Ausnahmen, immer Appell-Charakter und können daher nur sehr bedingt einen Beitrag leisten für die *Erklärung* des Feindbild-Zerfalls gegenüber der Sowjetunion am Ende der 1980er Jahre.<sup>40</sup> Zudem stehen diese Aussagen - wie oben schon beispielhaft ausgeführt - häufig in Widerspruch zur sonstigen theoretischen Konzeptualisierung von Feindbildern, so daß zur Generierung von Hypothesen der Feindbild-Forschung der zuvor beschriebene Weg eingeschlagen werden muß.

39 Aus *psychologischer* Sicht scheint dies offenbar von größerem Interesse zu sein, wie sich der Zusammenfassung eines Literaturüberblicks zu den psychologischen Beiträgen zur Friedensforschung und Friedenspolitik (Müller-Brettel 1991) entnehmen läßt: "Bis heute ist dieses Forschungsgebiet ["Friedenspsychologie"] in der deutschen Psychologie nicht verankert, obgleich *interessante Ergebnisse besonders zur Funktion und Struktur von Feindbildern* und zur Genese politischer Einstellungen und politischen Verhaltens vorliegen" (Müller-Brettel 1991: 20f, meine Hervorh.).

40 In Weller (1991: Kap. 5) wurde ein solcher Versuch, aus den Abbau-Appellen Erklärungen für einen Feindbild-Zerfall herzuleiten, unternommen, indem die vielfältigen und widersprüchlichen Aussagen der Feindbild-Forschung zum Abbau von Feindbildern zu elf Theoremen zusammengefaßt wurden mit dem Ziel, jeweils eine prüfungsfähige Hypothese zu gewinnen (Weller 1991: 59-63). Dabei stellte sich heraus, daß nur ein Teil der Theoreme überhaupt eine Hypothesenbildung ermöglicht und davon wiederum nur einzelne dann zur Erklärung des Feindbild-Zerfalls möglicherweise einen Beitrag leisten können (Weller 1991: 83). Zu zweien dieser Theoreme wird unten noch ein theoretischer Bezug hergestellt.

Jedoch wäre noch eine dritte Möglichkeit vorstellbar, wie sich zu Hypothesen für eine Erklärung des Feindbild-Zerfalls kommen ließe: Die vorliegenden Erklärungsansätze könnten noch eingehender als oben angedeutet daraufhin befragt werden, welche systemischen Theorien ihnen zugrundeliegen und welche Hypothesen zum Wandel von Systemfunktionen, also von Stereotypen, Einstellungen, Identitäten, Projektionen, Integrationsverstärkern, Rüstungslegitimationen etc. sich dort finden ließen. Auch auf diesem Wege könnte möglicherweise zu theoretisch begründeten Hypothesen über einen Feindbild-Zerfall zu gelangen sein. Diese ließen sich dann aber nicht mehr guten Gewissens als "Ansätze der Feindbild-Forschung" bezeichnen, denn wie schon der kurze Blick auf die letzten Jahre der Feindbild-Forschung - verstanden als die Veröffentlichungen, die den Feindbild-Begriff verwenden - zeigte, scheint sie darauf festgelegt zu sein, eine Feindbild-Funktionen-Forschung zu bleiben und sich bei der *Erklärung* von Feindbildern nur für deren Entstehung und Stabilität zu interessieren. Insofern stellt auch diese Arbeit keinen unmittelbaren Beitrag zur Feindbild-Forschung mehr dar, wenngleich sie beansprucht, einen Beitrag zum Verständnis dessen zu leisten, was vielfach mit dem Begriff "Feindbild" assoziiert bzw. bezeichnet wird.

### 3.2.3. *Hypothesen der Feindbild-Forschung*

Wenn in dieser Arbeit der außenpolitische Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts und damit ein Feindbild-Zerfall zur Erklärung ansteht, erscheint es naheliegend, die Ansätze der Feindbild-Forschung hierfür heranzuziehen. Da keine etablierte Feindbild-Theorie vorliegt, war es notwendig, durch eine systematisierende Bestandsaufnahme dieser Forschung theorieorientierte Ansätze zu identifizieren, die im vorangegangenen Abschnitt zu fünf unterschiedlichen theoretischen Herangehensweisen zusammengefaßt wurden; sie dienen nun als Ausgangspunkte für die Hypothesenbildung.

(1) *Stereotypisierung*: Die Kategorisierung von Wahrnehmungen im Bereich der sozialen Welt wird Stereotypisierung genannt; sie ist erforderlich, weil der menschliche Wahrnehmungsapparat nicht allen Sinneseindrücken die gleiche Aufmerksamkeit schenken kann. Dieser Mechanismus trägt zur Entstehung und Aufrechterhaltung von Feindbildern bei. Würde man auf der Grundlage dieser theoretischen Herangehensweise eine Hypothese über den Feindbild-Zerfall bilden, müßte von der Annahme ausgegangen werden, daß Menschen auf die Kategorisierung ihrer Wahrnehmungen auch verzichten könnten. Dafür spricht jedoch nichts. Zudem ist die Stereotypisierung zwar sicherlich ein Faktor, der die Entstehung und Aufrechterhaltung von Feindbildern unterstützt, ihre Existenz aber ohne Hinzuziehung weiterer Theorien nicht erklären kann. Insofern erscheint es nicht angebracht bzw. letztlich unmöglich, eine ernsthafte Hypothese über den Zerfall von Feindbildern aus dieser theoretischen Herangehensweise abzuleiten. Gleichwohl wird auf

den Kategorisierungsprozeß bei der Hypothese auf der Grundlage der *Social Identity Theory* (Dichotomisierung der sozialen Welt) noch einzugehen sein.

(2) *Selektive Wahrnehmung*: Konsistenz-Theorien gehen von der Annahme aus, daß miteinander unvereinbare Einstellungen Spannungen im kognitiven System des Menschen hervorrufen und diese danach streben, solche Spannungen zu vermeiden oder abzubauen. Die daraus resultierende selektive Wahrnehmung befördert das Festhalten an einmal angenommenen Einstellungen, weil die zur vorhandenen Einstellung dissonanten Informationen gemieden oder ignoriert, konsonante Informationen aber gesucht und aufgenommen werden. Auch solche konsistenztheoretischen Ansätze liefern damit keine ausreichende Theorie für die Entstehung von Feindbildern, aber möglicherweise für ihre hohe Stabilität. Außerdem lassen sich Hypothesen bilden für einen Wandel der Grundeinstellung, an der die Konsistenz oder Inkonsistenz neuer Informationen gemessen wird. Nimmt die Anzahl der Informationen, die kognitive Dissonanz erzeugen, deutlich zu, wird der Widerstand gegen eine Änderung der Grundeinstellung relativ schwächer werden als der Widerstand gegen die dissonanten Informationen. Damit ist die Möglichkeit gegeben, daß die Grundeinstellung darart geändert wird, daß die vorher dissonanten Informationen nun als konsonant aufgenommen werden können, was wiederum für vorher konsonante Kognitionen bedeutet, daß sie als dissonant wahrgenommen und zurückgedrängt werden. Es findet dann eine Zuwendung zu Informationen statt, die mit der neuen Grundeinstellung konsonant sind, um kognitive Dissonanz zu vermeiden (vgl. Irle 1975; Weller 1992: 38). Daraus abgeleitet läßt sich folgende Hypothese für einen Feindbild-Zerfall formulieren:

*Hypothese 1*: Nimmt die Anzahl von Informationen, die dissonant zum vorhandenen Feindbild sind, relativ zur Anzahl zu ihm konsonanter Informationen erheblich zu, ist mit einem Feindbild-Zerfall zu rechnen.

(3) *Dichotomisierung der sozialen Welt*: Für die empirische Beobachtung, daß Menschen bei der Kategorisierung der sozialen Welt (Stereotypisierung) in starkem Maße ein Freund-Feind-Schema anwenden, d.h. eine Dichotomisierung nach *ingroup* und *outgroup* vornehmen, liefert die *Social Identity Theory* die Erklärung, daß solche Kategorisierungen auch ein System für die Selbstwahrnehmung liefern und damit den Platz des Individuums innerhalb seiner sozialen Umwelt bestimmen (Tajfel/Turner 1986: 16). Dieser Platz resultiert aus der Zuordnung zur *ingroup*, wobei dann immer ein wertender Vergleich der eigenen Gruppe mit der jeweiligen *outgroup* vorgenommen wird. Daraus entsteht die soziale Identität, welche diejenigen Aspekte des Selbstbilds eines Individuums enthält, die sich aus den sozialen Kategorien ergeben, zu welchen es sich zugehörig wahrnimmt. Je stärker die Gruppenmitgliedschaft als ein Aspekt des Selbstbilds internalisiert ist, desto abhängiger ist das betreffende Individuum von der Bewertung dieser Gruppe (Tajfel/Turner 1986: 16).



Außenpolitische Feindbilder entstehen demnach aus der Kategorisierung der Wahrnehmungen internationaler Politik, bei denen in den allermeisten Fällen<sup>41</sup> die Angehörigen des eigenen Staates als *ingroup* und die Mitglieder anderer Staaten oder Staatengruppen als *outgroup* wahrgenommen werden (vgl. ausführlicher Weller 1992: 32-36). Dieser dichotomischen Interpretation der internationalen Politik entspricht das sog. Freund-Feind-Schema außenpolitischer Einstellungen, bei dem alle positiven Wertungen auf die Freunde und alle negativen Beurteilungen gegen die Feinde gerichtet sind, woraus das Feindbild entsteht. Dadurch ermöglicht ein solches dichotomisches Weltbild die durchgehende Positivbewertung der eigenen nationalen Gruppe, weil durch ein Feindbild die Außenverortung alles Negativen geschieht. Und von dieser Positivbewertung kann der oder die einzelne mehr oder weniger profitieren, abhängig davon, wie stark die nationale Gruppenmitgliedschaft als Aspekt des Selbstbilds internalisiert ist. So ist das Selbstwertgefühl des oder der Einzelnen unmittelbar mit den Erfahrungen nationaler Identität verbunden.

Auf der Grundlage dieser theoretischen Herangehensweise ließe sich einerseits eine Hypothese entwickeln, die den Feindbild-Zerfall in einen Zusammenhang mit individuellen Selbstwertgefühlen bringt: Je stärker jemand sein individuelles Selbstwertgefühl aus der nationalen Gruppenzugehörigkeit bezieht, desto stärker wird sie oder er an den alten Bewertungen, der Abwertung von Fremdgruppen zur Höherwertung der Eigengruppe festhalten bzw. je weniger jemand auf seine oder ihre nationale Zugehörigkeit für ein positives Selbstwertgefühl angewiesen ist, desto leichter wird er oder sie auf außenpolitische Feindbilder verzichten können. Die Hypothesen der *Social Identity Theory* sind immer auf die soziale Identität von Individuen bezogen, weil die wertende Kategorisierung als Grundlage von Feindbildern ein Mechanismus des individuellen Wahrnehmungssystems von Menschen ist.<sup>42</sup> Da jedoch die zu erklärende Variable dieser Arbeit nicht der individuelle, sondern ein kollektiver Feindbild-Zerfall ist, ist hierfür aus dieser theoretischen Herangehensweise keine Formulierung einer sinnvollen Hypothese möglich, denn sie würde darauf hinauslaufen, einen kollektiven Feindbild-Zerfall dann zu erwarten, wenn es eine massive und breite Zunahme an positivem individuellem Selbstwertgefühl bei den Mitgliedern einer Bevölkerung gibt, das sich nicht

41 Zu den zunehmenden Veränderungen dieser Kategorisierung im Zuge der Entwicklung einer Weltgesellschaft vgl. Weller (1997b, 1997c).

42 Insofern ist die Validität der *Social Identity Theory* und der *Self-Categorization Theory* bei einer bloßen Übertragung auf nationale Selbstwertgefühle (vgl. etwa Weller 1992: 35; Marcussen/Risse 1997) oder kollektive Identitäten (etwa Mercer 1995) außerordentlich fraglich. Vgl. zu solchen Vorstellungen kollektiver Identität auch Richter (1982a: 116), Volkan (1985: 237), Kaplowitz (1990: 47), Luostarinen (1989: 132), Øberg (1990) sowie meine Kritik an diesem Konzept kollektiver Identität (Weller 1997b: 12-25). Allerdings läßt sich mit einer Konzeptualisierung von "kollektiver Identität" als Übereinstimmung der individuellen sozialen Identitäten der Mitglieder eines Kollektivs die *Social Identity Theory* auch zur Erklärung kollektiver Identitäten heranziehen, ohne sie auf eine ihren Prämissen widersprechende Analyseebene beziehen zu müssen (vgl. dazu Weller 1999b).

aus nationaler Zugehörigkeit speist. Ein solcher Vorgang innerhalb von zwei bis drei Jahren ist nicht vorstellbar.<sup>43</sup>

(4) *Projektionen*: Dieser theoretischen Herangehensweise folgend sind Feindbilder als Konsequenz individueller oder kollektiver Unterdrückung von Triebbedürfnissen aufzufassen, die durch eine Projektion intrapsychischer Aggressionen auf Sündenböcke eine Entlastung erfahren. Dies läßt kaum eine Möglichkeit erkennen, wie sich damit ein rapider Feindbild-Zerfall erklären lassen könnte. Indem Feindbildern eine sehr klare Funktion für die Stabilisierung von Gesellschaftssystemen zugewiesen oder auf der individuellen Ebene ihr Beitrag zur Aufrechterhaltung eines seelischen Gleichgewichts betont wird, wäre demnach ein Feindbild-Zerfall nur dann zu erwarten, wenn sich die entsprechenden Systeme aufgelöst hätten - und dies läßt sich - augenblicklich - weder bezüglich des kapitalistischen Gesellschafts- und Herrschaftssystems noch über das psychische System von Triebbedürfnissen und deren Unterdrückung, Projektion und Entlastung sagen.

Geht man davon aus, daß die Systeme aufrechterhalten bleiben, wäre ein Feindbild-Zerfall auch dann möglich, wenn funktionale Äquivalente für das ehemals bedeutsame Feindbild gegenüber der Sowjetunion bereitstünden. Die gesellschaftliche "Sündenbock-Produktion", um für die Mitglieder einer Gesellschaft eine legitime Ableitung ihrer Aggressionen nach außen zu ermöglichen, schafft sicherlich immer wieder neue Angebote für Feindbilder; aber die Bedingungen, die ein solches Projektions-Objekt erfüllen muß, damit es die von der Theorie behaupteten Funktionen erfüllen kann, sind so allgemein gehalten, daß sich aus dieser theoretischen Herangehensweise keine überprüfbaren sinnvollen Hypothesen entwickeln lassen (siehe dazu auch unten die Überprüfung der dritten Hypothese in Abschnitt 5.2.3). Außerdem scheint mir bei den Aussagen zum Projektionsmechanismus innerhalb der Feindbild-Forschung eine unklare Vermischung von individueller und gesellschaftlicher Analyseebene vorzuliegen, so daß zudem fraglich erscheint, ob sich die entsprechenden theoretischen Aussagen überhaupt auf die zu erklärende Variable dieser Arbeit, den kollektiven Feindbild-Zerfall beziehen lassen.

(5) *Gesellschaftlicher Funktionalismus*: Für die zehn gesellschaftlichen Funktionen, die Feindbildern im Laufe ihrer friedenswissenschaftlichen Erforschung zugewiesen wurden, bleiben nur die oben schon angedeuteten zwei Vorgehensweisen einer Hypothesenbildung, will man sie auf ihre Tragfähigkeit zur Erklärung von Feindbildern und damit auch ihres Wandels und Zerfalls hin überprüfen. Feindbild-Zerfall ist nur dann mit der jeweiligen theoretischen Herangehensweise vereinbar, wenn funktionale Äquivalente wie etwa neue Feindbilder vorliegen oder aber das System, innerhalb dessen das Feindbild seine Funktion zu erfüllen hatte, nicht mehr

43 Daß es ein funktionales Äquivalent auf der kollektiven Ebene geben könnte, welches dann auch die in dieser theoretischen Herangehensweise im Mittelpunkt stehenden Funktionen auf der individuellen Ebene erfüllen könnte, ist zweifellos vorstellbar. Diese Hypothese ist aber unmittelbar aus dem gesellschaftlichen Funktionalismus von Feindbildern ableitbar (siehe Hypothese 3).

existiert. Nach diesem Modus der Hypothesen-Bildung läßt sich zumindest eine<sup>44</sup> plausible Hypothese zum Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts, die aus den gesellschaftlichen Funktionszuschreibungen abzuleiten ist, formulieren:

*Hypothese 2:* Mit der Auflösung eines militärischen Abschreckungssystems verlieren Feindbilder eine ihrer zentralen Funktionen und können zerfallen.

Funktionale Äquivalente zur Erfüllung der zahlreichen gesellschaftlichen Funktionen von Feindbildern lassen sich in vielen Fällen vorstellen. Um hieraus aber eine Erklärung für den Feindbild-Zerfall ableiten zu können, hat die Feindbild-Forschung versäumt, die Bedingungen der jeweiligen Funktionserfüllung zu spezifizieren, unter denen ein außenpolitisches Feindbild von einem funktionalen Äquivalent abgelöst werden könnte. Dies aber wäre zur Bestätigung der Erklärungen des gesellschaftlichen Funktionalismus notwendig, wenn nicht eine - wie zu begründende? - Zusatzannahme eingeführt würde, daß die jeweiligen Systeme für einige Zeit auf die Funktionserfüllung durch Feindbilder verzichten konnten, ohne ihre Stabilität eingebüßt zu haben.

Um sich nicht allzusehr auf theoretisch nur mangelhaft ausgearbeitete Funktionszuschreibungen einlassen zu müssen, die in allen Fällen nur über - beliebig wirkende - Zusatzannahmen zu Erklärungsansätzen über einen Feindbild-Zerfall verwandelt werden können, soll hier zum Abschluß auf die Kernaussage der gesamten Feindbild-Forschung zurückgekommen werden, um daraus die zentrale Hypothese dieses Forschungszweigs zu entwickeln. Bei der Zusammenstellung des Forschungsstands der Feindbild-Forschung am Ende des Ost-West-Konflikts in Abschnitt 3.2.1 und der Prüfung auf ihre Hypothesentauglichkeit in Abschnitt 3.2.2 wurde zusammenfassend festgestellt, daß es sich letztlich bei allen fünf dort unterschiedenen theoretischen Herangehensweisen um funktionale Erklärungen handelt. Feindbilder erfüllen angeblich gleichzeitig eine nicht gerade geringe Zahl von Systemfunktionen auf unterschiedlichen Ebenen und innerhalb sehr verschiedener Kontexte. Aus diesem Grund verdeutlicht die Bezeichnung "Feindbild-Funktionen-Forschung" zumindest die theoretische Engführung, nach der ein Feindbild-Zerfall nicht vorgesehen war. Entsprechende Zitate finden sich immer wieder in der Feindbild-Literatur, in denen ein schneller Feindbild-Wandel oder gar -Zerfall ausgeschlossen wurde.<sup>45</sup> Insofern muß die zentrale Hypothese der Feindbild-Forschung über einen Feindbild-Zerfall lauten:

44 Alle anderen Systeme, zu deren Aufrechterhaltung Feindbilder angeblich ihren Beitrag leisten, das militärische Allianzsystem, staatliche Herrschaftssysteme, Systeme nationaler Gemeinschaft etc., hatten auch über den Feindbild-Zerfall hinaus weiterhin Bestand, so daß sich nicht plausibel argumentieren läßt, daß sich der Feindbild-Zerfall aus dem Wegfall der Systemanforderung bezüglich der von Feindbildern erbrachten Funktionen erklären ließe.

45 "Nur neue jahrzehnte- und vielleicht jahrhundertelange Erfahrungen können die alten Vorurteilsstrukturen [gegenüber dem Osten] überwinden" (Jahn 1979: 85). "Die Korrektur von Fehlwahrnehmungen und Feindbildern ist schwer. Sie sind äußerst stabil und können selbst

*Hypothese 3:* Feindbilder erfüllen zahlreiche Systemfunktionen auf der individuellen, der gesellschaftlichen und auf der internationalen Ebene, so daß sie außerordentlich stabil sind und daher ein Feindbild-Zerfall nur möglich wird, wenn ein vorhandenes Feindbild durch ein funktionales Äquivalent abgelöst wird.

Diese drei Hypothesen werden im fünften Kapitel anhand des länderspezifisch unterschiedlichen Feindbild-Zerfalls in den USA und der BRD am Ende des Ost-West-Konflikts auf ihre Tragfähigkeit hin überprüft. Zunächst ist jedoch im nun folgenden Kapitel ein alternatives Theorieangebot vorzustellen, welches den Anspruch erhebt, das im zweiten Kapitel dargestellte, in dieser Perspektive als "außenpolitischer Einstellungswandel" bezeichnete Phänomen zu erklären.

außerordentliche politische Veränderungen überdauern" (Birckenbach 1987a: 123). Ähnlich auch Frei (1986b: 172f; 1987a: 108); Sommer (1988b: 39); Nicklas (1977: 90; 1985: 103); Lißmann et al. (1975: 61); Nicklas/Gantzel (1975: 243); Maier/Maier (1990: 8).

## Kapitel 4: Außenpolitik und öffentliche Meinung

Betrachtet man außenpolitische Einstellungen im Kontext der Außenpolitik-Analyse, resultieren aus dieser anderen Konzeptualisierung auch andere Problemstellungen und Erklärungsansätze für einen außenpolitischen Einstellungswandel. Dabei ist die Frage der Definition sowie das Problem, inwiefern den Einstellungen Fehlwahrnehmungen zugrundeliegen, von geringerer Bedeutung. Gleichwohl liegen auch den Debatten über außenpolitische Einstellungen im Bereich der Außenpolitik-Analyse wie den Diskussionen in der Feindbild-Forschung letztlich normative Fragen zugrunde. Hier geht es jedoch nicht nur um die Verhinderung von Kriegen, sondern auch um die möglichst angemessene Umsetzung demokratischer Normen im Bereich der Außenpolitik.

Als normativer Ausgangspunkt konkurrierender Ansätze der Außenpolitik-Analyse kann aber auch hier der Frieden als Ziel staatlicher Außenpolitik gelten.<sup>1</sup> Doch aufgrund verschiedener zusätzlicher Prämissen über die Natur von Staaten und des internationalen Systems entstanden in der Außenpolitik-Analyse bzw. den Internationalen Beziehungen zwei miteinander konkurrierende Ansätze, die in ihrer jeweiligen Ausprägung nicht unbeeinflusst davon geblieben sind, daß sie sich genau in dieser Auseinandersetzung entwickelt haben. Dabei ist die Aufmerksamkeit für analytisch verbindende Positionen ebenso unterentwickelt geblieben wie die Diskussion der normativen Dilemmata, in die sowohl die liberale wie auch die sogenannte "realistische" Denkschule, aber auch ein vermittelnder Ansatz unweigerlich geraten, wenn konkrete außenpolitische Einstellungen und Entscheidungen in den Blick genommen werden.

Im folgenden wird zunächst auf diese Dilemmata, sowohl zum Zwecke der Verdeutlichung des normativen Gehalts der hier erörterten Fragestellung als auch zur Verteidigung einer grundlegenden Prämisse dieser Arbeit, eingegangen, ehe es dann primär darum geht, Hypothesen aufzufindig zu machen, die einen Beitrag zur Erklärung des rasanten außenpolitischen Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts leisten können. Solche Erklärungsansätze würde man nicht unbedingt im Bereich der Außenpolitik-Analyse suchen, denn dort dominieren außenpolitische Entscheidungen und Aktionen als zu erklärende Variablen die theoretischen Bemühungen (vgl. als Überblick Neack et al. 1995). Doch als einer wichtigen und vor allem viel diskutierten Erklärungsvariable außenpolitischen Handelns wird der öffentlichen Meinung bzw. außenpolitischen

1 Zur Verfolgung dieses Ziels gilt in manchen Ansätzen der Krieg als probates Mittel der Außenpolitik, in anderen nicht.

Einstellungen viel Aufmerksamkeit geschenkt; damit aber geraten unweigerlich auch die Bedingungsfaktoren außenpolitischer öffentlicher Meinung ins Blickfeld der Außenpolitik-Analyse, denen sich dieses Kapitel zuwendet.

Die intensive Beschäftigung der Außenpolitik-Forschung mit Erklärungsvariablen außenpolitischer Einstellungen hängt vor allem damit zusammen, daß es eine langanhaltende Diskussion um die normative Wünschbarkeit und das empirische Vorhandensein des Einflusses der öffentlichen Meinung auf die Außenpolitik gab. Die *empirische* Diskussion scheint heute weitgehend abgeschlossen (vgl. Powlick/Katz 1998), wogegen die Relevanz der *normativen* Fragestellung im Zusammenhang der Erörterung von Demokratisierungschancen der internationalen Politik seit jüngster Zeit eher zunimmt.<sup>2</sup> Auf der empirischen Ebene war es darum gegangen, ob nicht dem Einfluß der öffentlichen Meinung auf die Außenpolitik die Steuerung der öffentlichen Meinung durch Regierung und außenpolitische Akteure vorausgehe, und somit ein umgekehrter Einfluß das Verhältnis zwischen Außenpolitik und öffentlicher Meinung dominiere. Damit war - im "realistischen" Denken - die Frage aufgeworfen, mit welchen anderen Einflüssen die außenpolitischen Akteure konkurrieren müssen, um die öffentliche Meinung in ihrem Sinne bzw. für eine erfolgreiche Außenpolitik und damit zum Nutzen des Landes zu beeinflussen. Dies wiederum stand in enger Verbindung zur normativen Diskussion, zugespißt auf die Frage, welche Einflußrichtung zwischen Außenpolitik und öffentlicher Meinung einer "guten Außenpolitik" eher dienlich sei. Wenn die außenpolitische öffentliche Meinung sich fast immer als launenhaft und kohärenzlos zeige, sollten ihre Einflußmöglichkeiten eng begrenzt bleiben. Hiergegen ließ sich jedoch wieder auf der empirischen Ebene argumentieren, daß die Bevölkerung durchaus zu stabilen und begründeten außenpolitischen Einstellungen in der Lage sei, und damit rückte das Zustandekommen der öffentlichen Meinung und damit die Einflußfaktoren auf außenpolitische Einstellungen in den Mittelpunkt der Analysen.

Auf diesem Hintergrund lassen sich in der amerikanischen Außenpolitik-Forschung unter dem Stichwort "Public Opinion and (American) Foreign Policy" drei voneinander unterscheidbare Diskussionsgegenstände erkennen, denen eingehende Debatten galten. Die deutsche Außenpolitik-Forschung blieb davon weitgehend unberührt. Diese drei intensiv geführten Debatten entwickelten sich jedoch erst, als ein scheinbar existierender Konsens über den Zusammenhang von Außenpolitik und öffentlicher Meinung durch historische Ereignisse in Frage gestellt wurde. Es war der Einfluß der amerikanischen Bevölkerung auf die Vietnamkriegs-Politik der US-Regierung, welcher alle drei Annahmen des sog. "Almond-Lippmann-Konsenses" (Holsti 1992) herausforderte. Dieser Konsens, benannt nach den Autoren wichtiger Bücher zu den "Gefahren" des Einflusses der öffentlichen Meinung auf Außenpolitik (Lippmann 1922; Almond 1950), beinhaltete

2 Vgl. dazu unter anderem Beck (1998); Brock (1998); Greven/Schmalz-Bruns (1999); Kaiser (1998); Scharpf (1998); Schmidt/Take (1997); Weller (1997a, 1999a); Wolf (1999); Zürn/Zangl (1999); Zürn (1998); Schmalz-Bruns (1999).

folgende Aspekte, die, wenngleich auf der Grundlage der Prämissen "realistischen"<sup>3</sup> Denkens entstanden, als empirische Aussagen verstanden wurden (vgl. Holsti 1992):

- (1) Außenpolitische Einstellungen der Bevölkerung sind *unbeständig* und liefern somit keine adäquate Grundlage für eine kontinuierliche und effektive Außenpolitik.<sup>4</sup>
- (2) Den außenpolitischen Einstellungen der Bevölkerung *fehlt Kohärenz*.
- (3) Außenpolitische Einstellungen der Bevölkerung bzw. die öffentliche Meinung zur Außenpolitik haben - wenn überhaupt - nur *sehr geringen Einfluß* auf die Außenpolitik.

Die Entwicklung eines Erklärungsansatzes außenpolitischen Einstellungswandels erfordert die Auseinandersetzung mit allen drei Aspekten des Almond-Lippmann-Konsenses,<sup>5</sup> sowohl bezüglich ihres empirischen als auch ihres normativen Gehalts. Die ersten beiden Aspekte beinhalten primär empirische Behauptungen, die den Bemühungen um Theoriebildung in diesem Feld entgegenstehen: Wären außenpolitische Einstellungen unbeständig, launenhaft und willkürlich, führte die Erklärung ihres Wandels zu einer Theorie willkürlicher Launen bzw. launenhafter Willkür. Wären sie kohärenzlos, würde es keinen Sinn machen, aus verschiedenen Umfragedaten einen relativ einheitlichen Einstellungswandel zu destillieren, wie dies in Kapitel 2 vorgenommen wurde. Wird jedoch gegen die ersten beiden Aussagen des Almond-Lippmann-Konsenses angenommen bzw. nachgewiesen, daß außenpolitische Einstellungen sowohl weitgehend stabil als auch kohärent sind (vgl. Page/Shapiro 1992), werden hierzu ergänzende Erklärungsansätze erforderlich, wenn es um den *Wandel* außenpolitischer Einstellungen geht. Ein detailliert ausgearbeiteter und auf sehr umfangreichem Untersuchungsmaterial basierender Ansatz, innerhalb dessen ein Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels entwickelt wurde, wird im folgenden vorgestellt und daraus dann Hypothesen abgeleitet, die

3 Wenn im folgenden mit dem Wort "realistisch" auf die so genannte Denkschule der Internationalen Beziehungen verwiesen wird, geschieht dies durch Anführungszeichen. Die Realistische (Denk-) Schule ist dagegen ein stehender Begriff und wird daher großgeschrieben. Zu Zweifeln an der ausreichenden Differenziertheit des Almond-Lippmann-Konsenses, die "realistischen" Argumente gegen die Berücksichtigung der öffentlichen Meinung bei außenpolitischen Entscheidungen abzubilden, vgl. jetzt Knopf (1998), der sich spezifisch der Frage zuwendet, ob die öffentliche Meinung, wie Lippmann und Morgenthau behaupteten, erst zu langsam und dann zu heftig auf außenpolitische Bedrohungen reagiere.

4 Besonders in den hier angenommenen Erwartungen an eine effektive Außenpolitik zeigen sich die normativen Prämissen der "realistischen" Herangehensweise.

5 Sie soll zugleich verständlich machen, wie sehr den Diskussionen um Außenpolitik und öffentliche Meinung immer eine der beiden normativen Prämissen zugrundelag, die Debatten um die empirischen Sachverhalte häufig nur Vehikel waren, um eine normative Vorentscheidung zu rechtfertigen. Die Diskussion um Außenpolitik und öffentliche Meinung ist motiviert und geprägt von einer Auseinandersetzung um die bessere Lösung des demokratischen Dilemmas internationaler Politik. Der Almond-Lippmann-Konsens bedeutete, daß bis zum Ende des Vietnam-Kriegs die "realistische" Lösung weitgehend Anerkennung gefunden hatte. Seitdem wird versucht, für die liberale Lösung zu argumentieren, nicht auf einer normativen Ebene, sondern durch den Versuch der Widerlegung der empirischen Aussagen, mit welchen die "realistische" Lösung gestützt wurde - der drei Aspekte des Almond-Lippmann-Konsenses.

anschließend im fünften Kapitel dieser Arbeit zur Erklärung des länderspezifisch unterschiedlichen außenpolitischen Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts herangezogen und überprüft werden sollen. Zunächst ist jedoch auf die vornehmlich normative Dimension des dritten Aspekts des Almond-Lippmann-Konsenses einzugehen.

#### *4.1. Vom Einfluß der öffentlichen Meinung auf die Außenpolitik: Das demokratische Dilemma internationaler Politik*

Der dritte Aspekt des Almond-Lippmann-Konsenses ist für die Argumentation in dieser Arbeit vor allem deshalb von Bedeutung, weil er eine fundamentale Prämisse der politologischen Beschäftigung mit außenpolitischen Einstellungen bestreitet, wenn davon ausgegangen wird, daß in demokratischen Staaten Außenpolitik weitgehend losgelöst von öffentlicher Meinung und außenpolitischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger abläuft. Wären solche Meinungen und Einstellungen irrelevant für die außenpolitischen Entscheidungen der Regierung, würde es sich bei der Frage nach den Bedingungsfaktoren außenpolitischer Einstellungen um keine politologische, sondern um eine rein soziologische Fragestellung handeln (vgl. Kelman 1965c: 580), die von inhaltsspezifischen Einflüssen auf kollektive Einstellungen ausginge und damit Einstellungen zu außenpolitischen Fragen als abzugrenzendes Feld der Einstellungsforschung zu bearbeiten hätte. In dieser Arbeit wird jedoch davon ausgegangen, daß außenpolitische Einstellungen der Bevölkerung in demokratischen Staaten einen wichtigen Einflußfaktor für die außenpolitischen Entscheidungen einer Regierung darstellen und diese Einstellungen nicht vollständig von der Regierung bestimmt werden. Zweifellos läßt sich erwarten, daß eine Regierung aufgrund struktureller Rahmenbedingungen einen nicht geringen Einfluß auf außenpolitische Einstellungen und ihren Wandel nehmen kann, der jedoch durch verschiedene Faktoren begrenzt wird. Auf dieses Geflecht von Einflüssen wird unten ausführlich einzugehen sein, handelt es sich doch dabei um genau jene Bedingungsfaktoren, die für außenpolitischen Einstellungswandel entscheidend sind.

Doch dem empirischen Befund vom sehr geringen Einfluß außenpolitischer Einstellungen der Bevölkerung auf Außenpolitik, der sich primär aus Untersuchungen aus der Zeit zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und Anfang der 1970er Jahre herleitet, korrespondiert die schon angedeutete normative Position, welche die Außenpolitik von Einflüssen der Öffentlichkeit möglichst freihalten will, weil sonst die Verfolgung "nationaler Interessen" behindert und eine erfolgreiche Außenpolitik unmöglich gemacht werden könnte. Deshalb sehen viele TheoretikerInnen und die meisten Praktiker (mir ist in der Literatur keine Frau begegnet!) die demokratischen Staaten auf dem Parkett der internationalen Politik benachteiligt, weil - um hier nur die einschlägigsten Argumente kurz zu benennen - innerstaatlicher Einfluß auf Außenpolitik auf weitgehender Inkompetenz basiere und weil Meinungs- und Regierungswechsel zu einer unbeständigen Politik führten, was den Anforderungen



des internationalen Systems nicht angemessen sei (Waltz 1967: 14). Daraus leitet sich dann die *normative* Forderung ab, Außenpolitik demokratischen Einflüssen so gut es geht zu entziehen und vor allem der unkalkulierbaren öffentlichen Meinung keine Einflußmöglichkeiten zu geben, damit Regierung und diplomatischer Apparat die "nationalen Interessen" unbehelligt inkompetenter, d.h. vor allem unbeständiger und kohärenzloser Einflüsse verfolgen könnten.

Doch im Anschluß an den Vietnam-Krieg mußte gerade in den USA die Frage nach dem Einfluß der öffentlichen Meinung auf die Außenpolitik neu diskutiert werden, ließ sich doch das Ende des amerikanischen Eingreifens in den Indochina-Konflikt in nicht unerheblicher Weise auf den Wandel und damit den Einfluß der öffentlichen Meinung auf die Außenpolitik zurückführen. Der gesellschaftliche Widerstand gegen die Vietnamkriegs-Politik der amerikanischen Regierung machte offensichtlich, daß es eine grundlegende Differenz zwischen einer demokratischen Mehrheitsmeinung über die Außenpolitik und den von einer Regierung aufgrund ihrer Auffassung über die nationalen Interessen getroffenen außenpolitischen Entscheidungen geben kann - ohne daß völlig problemlos zu entscheiden wäre, wer in welchem Fall Recht hat.<sup>6</sup> Damit war auch die normative Frage neu aufgeworfen, die ob der "realistischen" Dominanz im amerikanischen außenpolitischen Denken nur selten ernsthaft debattiert worden war: Darf in einer Demokratie die Außenpolitik demokratischen Einflüssen und insbesondere dem der öffentlichen Meinung entzogen werden? Die liberale Denkschule plädiert in dieser Frage für möglichst weitgehende demokratische Mitwirkung in der Außenpolitik und deren positiven Wert im Hinblick auf außenpolitische Zielerreichung. Die hier vorgelegte Untersuchung enthält sich jedoch in dieser Frage einer normativen Festlegung, um einem damit möglicherweise einhergehenden analytischen Reduktionismus vorzubeugen. Zwischen der demokratietheoretisch zu begründenden Anforderung, den außenpolitischen Entscheidungsprozeß demokratischer Mitwirkung so weit wie möglich zu öffnen, und der friedenswissenschaftlichen Position, daß staatliches Außenverhalten vor allem der Herstellung oder Sicherung des Friedens zu dienen habe, kann durchaus ein Dilemma entstehen,<sup>7</sup> etwa wenn in der Bevölkerung eines Staates eine starke Tendenz nach nationaler Selbstbehauptung entsteht und eine daraus resultierende öffentliche Meinung nach einer aggressiven Außenpolitik verlangt (vgl. Russett 1990: Ch. 3). Dabei können zwei normative Anforderungen unvereinbar aufeinandertreffen und das Festhalten an der einen Norm den Verzicht auf die andere erfordern. Dieses läßt sich als "das demokratische Dilemma internationaler Politik" (Weller 1999a) kennzeichnen.

6 "Indeed, the widely read columnist Walter Lippmann, who only a little more than a decade earlier had despaired of the tyranny of a feckless public and had called for a stronger executive to counteract the mass public, became a leading critic of the Johnson administration's Vietnam policy; eventually he came to regard the public, which had become increasingly skeptical of the war effort, as more enlightened than the administration" (Holsti 1992: 445).

7 Dieses Dilemma entsteht nicht erst in einer Auseinandersetzung mit der "realistischen" Auffassung.

Würde man für die nachfolgende Untersuchung etwa dem Wert des zwischenstaatlichen Friedens Vorrang einräumen, würden dadurch Einflußfaktoren, die eine unfriedliche Außenpolitik befördern, anders gewertet als solche, die möglicherweise eine zu aggressivem Außenverhalten bereite Regierung von dem entsprechenden Handeln abbringen könnten. Hier sollen aber gerade nicht solche Einflußfaktoren, die friedliches Außenverhalten fördern, von denen unterschieden werden, die dem entgegenstehen, sondern die zentralen Bedingungsfaktoren außenpolitischen Einstellungswandels als einer wichtigen Voraussetzung veränderter Außenpolitik identifiziert werden. Sie lassen sich dann anschließend - wenn gewünscht - anhand eines friedenswissenschaftlichen oder auch eines anderen Maßstabs bewerten. Ebenso wenig soll der staatlichen Umsetzung von Mehrheitsmeinungen entsprechend einer demokratietheoretischen Norm Vorrang eingeräumt werden (vgl. Page/Shapiro 1992: 1), denn eine solche Untersuchung der Mechanismen des Zustandekommens dieser Meinungen und Einstellungen würde fast unweigerlich in eine Kritik bestimmter Mechanismen münden, etwa durch eine Unterscheidung von "education" und "manipulation" der öffentlichen Meinung (vgl. etwa Page/Shapiro 1989, 1992: Ch. 9). Für die Identifikation von Bedingungsfaktoren außenpolitischen Einstellungswandels enthält sich die hier vorgelegte Untersuchung einer Festlegung, anhand welchen Maßstabs und welcher Norm diese Bedingungsfaktoren vornehmlich zu bewerten sind.

Das normative Dilemma demokratischer Außenpolitik ist kein spezifisches Problem von Außenpolitik, sondern von demokratischer Regierungsform. Als "System Effectiveness versus Citizen Participation" kennzeichnet Dahl (1994) ein grundlegendes demokratisches Dilemma, welches sich besonders durch den im Zuge demokratischer Transformationen territorial ausdehnenden Einflußbereich demokratischer Entscheidungen zunehmend verschärfe und damit besonders in bezug auf die Außenpolitik Relevanz besitzt.<sup>8</sup> Damit entsteht vermehrt die Möglichkeit, daß aufgrund mangelnder Informationen und Kompetenzen in der Bevölkerung von deren Einfluß unabhängig getroffene Entscheidungen zu besseren Politikergebnissen und einer effektiveren Zielerreichung führen können, als es politische Entscheidungen vermögen, die sich durch besonders intensive demokratische Partizipation,<sup>9</sup> speziell das Eingehen der Regierung auf die öffentliche Meinung auszeichnen. Insofern läßt sich auch auf die Außenpolitik bezogen ein Dilemma zwischen demokratischer Mitbestimmung und effektiver Zielerreichung beschreiben, in dem durchaus die diplomatischen Bemühungen einer Regierung, etwa zur Entschärfung eines zwischenstaatlichen Konflikts, im Gegensatz zu einer durch den Konflikt

8 Vgl. die unterschiedlichen Beschreibungen dieses Dilemmas bei Czempel (1968), Mutz (1978: Kap. 4), Köchler (1986), Russett (1989), Alden/Schurmann (1990), Greven (1993) und Goldmann/Robertson (1995: 223f).

9 Vgl. aber das Argument von Schmalz-Bruns (1995), Effektivität durch Partizipation der Betroffenen und institutionelle Reflexivität zu steigern; dazu jedoch auch die diesbezüglichen Zweifel von Greven (1995).

angeheizten öffentlichen Meinung stehen können, und damit dem demokratischen Einfluß entzogene außenpolitische Entscheidungen eher den Frieden - als anerkanntem Ziel staatlicher Außenpolitik - sichern können als eine Außenpolitik, die der öffentlichen Meinung folgt.

Das demokratische Dilemma internationaler Politik hat sich vor allem durch die zunehmende internationale Regime-Bildung verschärft, denn die hierfür notwendigen zwischenstaatlichen Verhandlungen erfordern für ihren Erfolg einen demokratischen Einflüssen weitgehend entzogenen Handlungsspielraum der Regierung, um durch Kompromißbildung und Tauschgeschäfte internationale Institutionen überhaupt erst zu ermöglichen. Zwar werden solche zwischenstaatlichen Vereinbarungen in vielen Fällen einem parlamentarischen Ratifikationsprozeß unterzogen, der dann allen Formen demokratischer Einwirkung offensteht, doch liegt solchen Ratifikationsentscheidungen die beschränkte Alternative zugrunde, entweder das gesamte Verhandlungsergebnis zu akzeptieren oder die Institutionenbildung vollständig zu verhindern. Das Parlament wird auf die Funktion eines "rubber stamp" reduziert (vgl. Abromeit 1987: 429). An diesem Problem internationaler Verhandlungen wird das demokratische Dilemma internationaler Politik besonders deutlich, innerhalb dessen in vielen Fällen eine möglichst effektive Zielerreichung durch eingeschränkte demokratische Mitwirkungsrechte erkaufte wird oder aber mit der Entscheidung für eine demokratische Außenpolitik Einschränkungen bei der Zielerreichung akzeptiert werden müssen.<sup>10</sup>

Doch auch wenn der Zielerreichung der Außenpolitik in diesem Dilemma Priorität eingeräumt wird, kann daraus die Forderung nach möglichst weitgehender demokratischer Beteiligung abgeleitet werden, wiederum gestützt auf eine Argumentation, die sich auf empirische Beobachtungen stützt: Bezogen auf ein spezifisches - und sicher nicht unwichtiges - Leistungsmerkmal von Außenpolitik wird vorgebracht, daß die Verhinderung zwischenstaatlicher Kriege am besten zwischen demokratischen Staaten gelinge. Dieser Befund erfährt in den letzten Jahren für die aktuelle Politik zunehmende Bedeutung und war offensichtlich eine wichtige Grundlage der amerikanischen Politik gegenüber Osteuropa und der Sowjetunion am Ende des Kalten Krieges;<sup>11</sup> er liegt auch der westlichen Unterstützung von Demokratisierungsprozessen im Süden zugrunde (vgl. Czempiel 1993: 150). Ausgangspunkt ist "Kants Theorem" (Czempiel 1996a) vom Zusammenhang von gesellschaftlicher Mitbestimmung und außenpolitischer Gewaltneigung.

10 Zur analytischen Erfassung des Zusammenhangs von internationaler Handlungsfähigkeit und innerstaatlichen Handlungsrestriktionen von Regierungen durch den Ansatz der Zwei-Ebenen-Spiele vgl. Putnam (1988) und Zangl (1995, 1999).

11 "Today we face a wholly different and novel situation, a chance to build a genuine peace based on common democratic values, to build a democratic peace with Russia and Eurasia. A democratic peace would be a genuine peace; it would not be just the absence of war" (Secretary of State James Baker vor dem U.S. Senate Foreign Relations Committee, 9. April 1992, dokumentiert in: New York Times, 10.4.1992; zit. nach Risse-Kappen 1994a: 159).

"Dieses Theorem wird bestätigt durch den empirischen Nachweis, daß Demokratien untereinander bisher keine Kriege geführt haben. Daraus läßt sich schließen, daß mit der Demokratisierung aller Herrschaftssysteme auf der Welt die organisierte militärische Gewaltanwendung eliminiert würde" (Czempiel 1993: 150).

Zwar stützt sich die empirische Evidenz des Befundes vom "demokratischen Frieden" nicht auf besonders demokratisch zustandegekommene Entscheidungen gegen zwischenstaatliche Gewaltanwendung in Fällen kriegerischen Konfliktpotentials, sondern auf das statische Kennzeichen, daß Staaten mit einer demokratischen Herrschaftsform keine Kriege gegen andere Demokratien geführt haben (vgl. auch Risse-Kappen 1994d: 367). Aber die klassische liberale Tradition als eine Erklärungsmöglichkeit des "demokratischen Friedens" führt die Ablehnung des Krieges auf genau jene Interessen der breiten Bevölkerung zurück, die im demokratischen Entscheidungsprozeß sichtbar gemacht werden sollen.

Nach dieser Skizzierung des demokratischen Dilemmas internationaler Politik mag man vermuten, daß der Gegensatz zwischen "realistischen" und liberalen Ansätzen vor allem daher rührt, daß es doch unterschiedliche Ziele sind, die Außenpolitik primär zu verfolgen habe - hier die Verfolgung nationaler Interessen und dort die Verhinderung zwischenstaatlicher Kriege. Doch zeigt schon die Tradition beider Sichtweisen, daß diese Vermutung falsch ist. Kant (1795) als einer der Stammväter der liberalen Denkschule erwartete von der Demokratisierung der Außenpolitik gerade die Artikulation und Verfolgung des nationalen Interesses - im Gegensatz zur Verfolgung von Partialinteressen der Herrschenden in Staaten ohne demokratische Regierung. Tocqueville (1835) dagegen, auf den sich die andere Traditionslinie zurückführen läßt, befürchtete, eine Demokratisierung der Außenpolitik würde dazu führen, daß Amerika in Konflikte hineingezogen würde, die es unmöglich machten, dem Land den Frieden zu sichern. Es sind also nicht Prämissen über die unterschiedlichen Ziele der Außenpolitik, welche die zwei Traditionen begründen, sondern verschiedene Annahmen und Erwartungen bezüglich des internationalen Systems und der demokratischen Konstituenten, die auch für die aktuelle Debatte über demokratisches Regieren jenseits des Nationalstaats von zentraler Bedeutung sind (vgl. Zürn 1998: Kap. 8 & 12; Schmalz-Bruns 1999; Weller 1999a; Wolf 2000).

Eine Untersuchung außenpolitischer Einstellungen könnte es sich leicht machen und die Relevanz ihres Untersuchungsgegenstands für die staatliche Außenpolitik demokratischer Staaten normativ begründen: in Demokratien müsse auch die Außenpolitik die Einstellungen und Meinungen der Bevölkerung berücksichtigen. Dies ließe sich dann noch mit Verweis auf Kant (1795) und den Befund vom "Demokratischen Frieden" (vgl. Risse-Kappen 1994a, 1994d, 1995c) auch als Lösung des demokratischen Dilemmas internationaler Politik ausgeben. Damit jedoch wären außenpolitische Einstellungen auf einen friedensförderlichen Beitrag festgelegt. Um die Perspektive dieser Arbeit nicht derart einzuschränken, habe ich mich gegen eine solche Beantwortung der Relevanz-Frage entschieden. Damit aber gerät man in die Auseinandersetzung mit jener anderen normativen Position, die aus

Gründen der bestmöglichen Zielerreichung staatlicher Außenpolitik den Einfluß der öffentlichen Meinung möglichst ausschließen will. Sich ihr anzuschließen hieße, die außenpolitische öffentliche Meinung unter der Perspektive ihres Beitrags für die Verfolgung nationaler Interessen zu betrachten (vgl. etwa Waltz 1967) und damit vor allem die Einflußmöglichkeiten der Regierung auf außenpolitische Einstellungen zu untersuchen. Dies bedeutete jedoch eine ähnliche Engführung wie die oben angedeutete Festlegung auf friedensförderliche außenpolitische Einstellungen.

Diese beiden normativen Positionen bieten angesichts der strukturellen Rahmenbedingungen demokratischer Außenpolitik am Übergang vom 20. ins 21. Jahrhundert keine Lösung für das demokratische Dilemma internationaler Politik. Allein in der Anerkennung des demokratischen Dilemmas internationaler Politik, das in besonderer Weise im Bereich der traditionellen Sicherheitspolitik besteht, können alle Einflüsse auf Außenpolitik, unabhängig von ihrer demokratischen Berechtigung, und zugleich alle außenpolitischen Entscheidungen, unabhängig von ihrem substantiellen Beitrag für den zwischenstaatlichen Frieden, betrachtet werden. Nur so läßt sich eine umfassende Perspektive auf außenpolitische Einstellungen und ihren Wandel einnehmen, die sich dann in einem nächsten Untersuchungsschritt (siehe unten Kapitel 5) auch auf jene Präsentations- und Wahrnehmungsmechanismen richten kann, die völlig unabhängig von außenpolitischen oder demokratietheoretischen Zielen wirksam werden.

Bevor nun jedoch das Erklärungsmodell des "Rational-Public"-Ansatzes vorgestellt werden kann, ist noch kurz die Forschungsentwicklung in der Auseinandersetzung mit dem Almond-Lippmann-Konsens zu skizzieren, denn nur auf deren Hintergrund läßt sich die Herangehensweise von Page und Shapiro (1992) in ihrem Buch "The Rational Public" verstehen. Wenn diese Herangehensweise dann in Kapitel 5 kritisiert wird, ist dies zugleich eine Kritik der amerikanischen Außenpolitik-Forschung, als deren nicht überraschendes Produkt der "Rational-Public"-Ansatz hier vorgestellt werden soll (vgl. Knopf 1998).

#### *4.2. Ist die öffentliche Meinung unbeständig und kohärenzlos?*

##### *Der Ansatz des "Rational Public"*

Eine der aufwendigsten und beeindruckendsten Forschungsanstrengungen zu den in der Überschrift aufgeworfenen Fragen haben Benjamin Page, Robert Shapiro und ihre MitarbeiterInnen unternommen (vgl. u.a. Page/Shapiro 1992). Ausgangspunkt ihrer Untersuchungen war folgendes Problem: Wenn Demokratie vor allem "government for the people" bedeute, würde eine unbeständige öffentliche Meinung, die zu spontanen Änderungen, willkürlichen Wechseln und Unberechenbarkeit neigte, demokratisches Regieren im Sinne der Umsetzung der politischen Präferenzen der BürgerInnen nicht wünschenswert erscheinen lassen. Zur Bearbeitung dieser Problemstellung nahmen sie einen Vergleich der Ergebnisse repräsentativer Meinungsumfragen in den USA vor, der sie zu ihrer Lösung führte, daß es sich bei der amerikanischen politischen Öffentlichkeit um ein "rational public" handele,

Umfrageergebnisse in der Regel stabil, kohärent und nachvollziehbar seien und Einstellungsänderungen verständliche, vorhersehbare, letztlich vernünftige Anpassungen an neue Informationen darstellten. Deshalb gebe es auch keinen Grund, weiterhin dafür zu argumentieren, die Außenpolitik von demokratischer Mitwirkung auszunehmen und insbesondere den Einfluß der öffentlichen Meinung zu begrenzen.

"In our view, in fact, government should pay *more* attention to what the public wants. More democratic responsiveness, rather than less, would be *all to the good*, and institutional changes to that end should be encouraged" (Page/Shapiro 1992: 398, meine Hervorh.).

Diese liberale Position glauben sie, durch ihre Umfrage-Analysen stützen zu können, die sich darauf richteten, die ersten beiden Aspekte des Almond-Lippmann-Konsenses zu widerlegen, denn diese bildeten zuvor immer die empirische Grundlage für die von Page und Shapiro kritisierte "realistische" Position.

Seit dem Ende des Ersten Weltkriegs basierte die normative Zurückweisung des Einflusses der öffentlichen Meinung auf Außenpolitik auf den empirischen Beobachtungen, daß die öffentliche Meinung in außenpolitischen Fragen starkem und schnellem Wandel unterliege und zugleich zu widersprüchlichen Ansichten neige. Angesichts eines geringen allgemeinen Informationsstands war dies auch kaum verwunderlich. Für den Journalisten und Realisten Lippmann (1922) war die unbeständige und kohärenzlose öffentliche Meinung ohne weiteres erklärbar, denn Außenpolitik liege so weit entfernt von den direkten Erfahrungen der Menschen, daß die Vorstellung von der Welt, die sich in den Köpfen festsetze, kaum mit der "wirklichen Welt der internationalen Beziehungen" übereinstimmen könnte und es somit unrealistisch sei, in diesem Bereich fundierte Meinungen zu erwarten (Lippmann 1922). Außerdem war Lippmann äußerst skeptisch, was seinen eigenen Berufsstand betraf, ob die Medien in der Lage sein könnten, den Graben zwischen der realen Welt und den vorhandenen Stereotypen zu füllen.

Als Mitte der 1930er Jahre dann mit systematischen Meinungsumfragen begonnen wurde, ließ sich das Bild der sprunghaften, launischen politischen Einstellungen in der Bevölkerung, insbesondere in außenpolitischen Fragen, auch mit Daten belegen. Für Almond (1950) stand fest, daß die politische Stabilität in Gefahr geriete, hätte die fluktuierende öffentliche Meinung größeren Einfluß auf die Außenpolitik. Convers (1964) ging so weit, die Ergebnisse von Meinungsumfragen zu politischen Einstellungen als "non-attitudes" zu bezeichnen; er hatte Ende der 1950er, Anfang der 1960er Jahre Meinungsumfragen analysiert und dabei festgestellt, daß kaum Kohärenz in Bevölkerungseinstellungen vorhanden sei und sich Einstellungen scheinbar beliebig verändern könnten (vgl. Page/Shapiro 1992: 4-6). Doch liegen inzwischen umfangreiche Untersuchungen vor, die das Gegenteil zu belegen trachten, und dies nicht ohne Erfolg. Zur Kohärenz von Bevölkerungseinstellungen liegen inzwischen ausreichende Belege vor, die vor allem der

Strukturiertheit amerikanischer außenpolitischer Einstellungen galten<sup>12</sup> und zu interessanten theoretischen Entwicklungen führten, auf die sich hier nicht näher eingehen läßt (vgl. Rattinger 1996: 46f). Bezüglich der Stabilität konnte zunächst Caspary (1970) anhand von empirischen Daten die Almondsche Befürchtung entkräften, daß die Bevölkerung aufgrund ihrer geringen Aufmerksamkeit für die internationale Politik keinen stabilen Rückhalt für eine internationalistische amerikanische Außenpolitik liefern würde.<sup>13</sup> Zudem wies er auf erhebliche Schwächen und Probleme der Daten hin, die Almond (1950) zum Beleg für seine "Mood Theory" gedient hatten (Caspary 1970: 540-545), so daß er am Ende seiner Analysen zu dem Ergebnis kam, "that the American Public Opinion is characterized by a *strong* and *stable* 'permissive mood' toward international involvements" (Caspary 1970: 546, Hervorh. dort).<sup>14</sup>

Noch einmal zwanzig Jahre später konnte dann Russett (1990) im Hinblick auf die Sicherheitspolitik ("Controlling the Sword") den Forschungsprozeß auf folgende Art und Weise zusammenzufassen:

"If public opinion on vital issues of national security were very unstable it would not provide a reliable basis for public policy. One would hardly want policymakers to be very responsive to such shifting opinion. These fears have proved groundless. Almond's (1950) 'mood theory' of volatility was effectively challenged by Caspary (1970). It was essentially destroyed by Shapiro and Page" (Russett 1990: 92).<sup>15</sup>

Diese groben historischen Schritte kennzeichnen den Wandel der Auffassungen über die außenpolitische öffentliche Meinung in den USA.<sup>16</sup> Warum die öffentliche Meinung nicht unbeständig und kohärenzlos ist, soll mit dem Ansatz des "Rational Public" erklärt werden (Page/Shapiro 1992: 14). Doch indem dieser Ansatz die Stabilität politischer Einstellungen zum Normalfall erklärt, muß er sich zugleich um

12 Vgl. Holsti (1979), Wittkopf (1981), Maggiotto/Wittkopf (1981), Wittkopf/Maggiotto (1983), Wittkopf (1986, 1990), Hurwitz/Peffley (1987), Hurwitz et al. (1993), Murray (1993), Chittick et al. (1995), aber auch Rattinger (1991, 1993, 1996) und Rattinger/Heinlein (1986).

13 Für den Zeitraum 1942-1954 weisen seine Daten weitgehende Stabilität auf: "The average percentage favoring an active part is 71%. The standard deviation of the points from the average is only 1,8%, less than the expected sampling error. This remarkable stability occurred over a time of violent change in world affairs from war to peace and demobilization, through the onset of the cold war and the shock of the Korean struggle" (Caspary 1970: 536f).

14 An dieser Argumentation wird ein weiteres Male deutlich, wie eng die Diskussion um den Einfluß der öffentlichen Meinung mit inhaltlichen Präferenzen bezüglich der amerikanischen Außenpolitik zusammenhing.

15 Russetts Aussage bezieht sich auf den Artikel "Foreign Policy and the Rational Public" (Shapiro/Page 1988), in dem erste Untersuchungsergebnisse der 1992 vollständig veröffentlichten Untersuchung (Page/Shapiro 1992) mit besonderem Augenmerk auf die außenpolitische öffentliche Meinung publiziert wurden.

16 Nahezu alle Untersuchungen öffentlicher Meinung zur Außenpolitik befassen sich mit den USA. Inwiefern sich die jeweiligen Ergebnisse auf andere Länder übertragen lassen, muß jeweils im Einzelfall überprüft werden (vgl. Dobler 1989; Graham 1994; Powlick/Katz 1998).

ein Erklärungsmodell politischen Einstellungswandels bemühen. Auf welchem Hintergrund dieses Erklärungsmodell entwickelt wird und zu welchen Hypothesen für den zur Erklärung anstehenden außenpolitischen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion dies führt, ist Inhalt der beiden folgenden Abschnitte.

#### 4.2.1. Der Ansatz des "Rational Public"

Page und Shapiro haben die amerikanischen Umfrageergebnisse aus 50 Jahren mit mehr als 10.000 Fragen untersucht, mit dem Ziel, die ersten beiden Annahmen des Almond-Lippmann-Konsenses zu widerlegen. Ihre Untersuchung "The Rational Public" zielt also darauf ab, Stabilität und Kohärenz politischer Einstellungen nachzuweisen. Hierfür betrachteten sie vor allem solche Umfragen, die wiederholt mit identischen Fragestellungen durchgeführt wurden; über 1000 solcher Fragen ließen sich in den amerikanischen Umfrageergebnissen der letzten 50 Jahre finden, von denen 38% die Außenpolitik betrafen (Page/Shapiro 1992: 44). Dabei zeigte sich, daß bei mehr als der Hälfte der untersuchten, 1128 wiederholt gestellten Fragen *keine* signifikante Einstellungsänderung (Veränderung von 6% und mehr bei einer Antwort) vorlag, wobei innenpolitische Einstellungen stabiler waren (63% ohne Wandel) als außenpolitische (51%). Außerdem waren die meisten der gefundenen signifikanten Veränderungen nicht sehr groß.<sup>17</sup>

Damit aber wurde zweifelhaft, ob die Ergebnisse von Meinungsumfragen Zufallsergebnisse einer gerade in außenpolitischen Einstellungen launischen Bevölkerung seien. Vielmehr zeige die genaue Untersuchung der Umfrageergebnisse - auch bei außenpolitischen Themenstellungen -, daß die Belege für die so sprunghaften Einstellungen in der Bevölkerung äußerst dürftig seien. Ein paar Prozent Abweichung könnten immer leicht durch Aggregationsfehler zustandekommen. Vor allem aber würden vielfach Umfragen mit unterschiedlichen Fragenformulierungen oder von verschiedenen Meinungsforschungsinstituten miteinander verglichen, wenn auf die launenhaften Einstellungen hingewiesen würde. Damit aber könnte die Ergebnisdifferenz ihre Ursache in methodischen Unterschieden haben (siehe oben Abschnitt 2.4.3). Außerdem zielten viele Fragen, mit denen Meinungen zu politischen Themen erhoben werden, nicht auf "policy preferences", sondern auf die Intensität öffentlicher Aufmerksamkeit für ein bestimmtes Thema zum augenblicklichen Zeitpunkt (Page/Shapiro 1992: 39f).

17 44% waren geringer als 10%, 29% lagen zwischen 10% und 14%, 14% zwischen 15% und 19%, 10% zwischen 20% und 29% und nur 4% lagen über 30%. Die Fälle signifikanten Einstellungswandels wurden außerdem differenziert in abrupten Meinungswandel (10% oder mehr innerhalb eines Jahres), "fluctuation" (signifikanter Wandel in gegensätzliche Richtungen innerhalb von zwei Jahren) und "gradual changes" (signifikanter Wandel, aber nicht abrupt und nicht Teil einer "fluctuation").



Page und Shapiro (1992: 14) bestreiten nicht den geringen Kenntnisstand der Bevölkerung in politischen und speziell außenpolitischen Fragen. Mit ihrem Konzept eines "rational public" wollen sie nicht behaupten, daß die breite Bevölkerung genauestens informiert sei und die uneingeschränkte Kompetenz besitze, politische Fragen vernünftig zu beantworten. Gerade bei außenpolitischen Themen sind die Kenntnisse der meisten Menschen eher mager; dies wird auch von Page und Shapiro (1992: 9-14) nicht bestritten und auch sie liefern keine "newly sound evidence that the public is in fact well informed about foreign affairs" (Holsti 1992: 447). Trotzdem wollen Page und Shapiro die Ergebnisse von Meinungsumfragen als authentischen Ausdruck eines "rational public" in dem Sinne betrachten, daß sie die "long-term preferences" wiedergäben, die vor allem auf individuellen Bedürfnissen und Werten sowie auf unvollständigen Fragmenten von Informationen basierten (Page/Shapiro 1992: 15f). Weil individuelle Abweichungen von den "long-term preferences" sich durch die große Zahl der Befragten gegenseitig ausgleichen, entsprächen die Ergebnisse repräsentativer Meinungsumfragen nicht augenblicklichen Stimmungsschwankungen, sondern den wahren, andauernden Meinungen der Bevölkerung (Page/Shapiro 1992: 17):

"While we grant the rational ignorance of most individuals, and the possibility that their policy preferences are shallow and unstable, we maintain that public opinion as a *collective* phenomenon is nonetheless stable (though not immovable), meaningful, and indeed rational in a higher, if somewhat looser, sense: it is able to make distinctions; it is organized in coherent patterns; it is reasonable, based on the best available information; and it is adaptive to new information or changed circumstances, responding in similar ways to similar stimuli. Moreover, while we grant that recorded responses of individuals to survey questions vary from one interview to another, we maintain that surveys accurately measure this stable, meaningful, and reasonable collective public opinion" (Page/Shapiro 1992: 14, Hervorh. dort).

Diese kollektiven politischen Einstellungen stehen nach Ansicht von Page und Shapiro (1992: 15-27) in einem spezifischen Verhältnis zu den individuellen politischen Präferenzen in der Bevölkerung. Individuelle Einstellungen zu politischen Themen basierten zum einen auf fundamentalen Bedürfnissen und Werten, die relativ andauernd seien, zum zweiten auf einigen unsicheren Annahmen über die Beziehung zwischen diesen Bedürfnissen und Werten und politischen Fragen und Entscheidungen, und zum dritten auf Fragmenten von Informationen, die im großen und ganzen diese Annahmen stützen könnten. Page und Shapiro (1992: 16) gehen folglich davon aus, daß ein Individuum zu jedem Zeitpunkt "real opinion preferences" habe. Außerdem habe jedes Individuum "a central tendency of opinion, which might be called a 'true' or long-term preference" (Page/Shapiro 1992: 16). Zwar könnten sich aktuelle politische Präferenzen eines Individuums sehr zufällig ergeben; aber sie blieben doch immer in einem bestimmten Bereich in der Nähe der Langzeit-Präferenz, die weitgehend stabil sei. Unter diesen Annahmen können nach Ansicht von Page und Shapiro (1992) repräsentative Meinungsumfragen die politischen Langzeit-Präferenzen der Bevölkerung ermitteln:

"At any given moment, the random deviations of individuals from their long-term opinions may well cancel out over a large sample, so that a poll or survey can accurately measure collective preferences as defined in terms of the true or long-term preferences of many individual citizens. As a result, the measurement of collective public opinion is largely free of the random error associated with individual attitudes" (Page/Shapiro 1992: 16).

Selbstverständlich reflektieren Page und Shapiro (1992: 27-32) auch die Fehlerquellen der Erhebungsmethoden und -instrumente repräsentativer Meinungsumfragen (siehe dazu oben Abschnitt 2.4.3), auf deren Ergebnisse sie ihre These stützen müssen. Ihre Argumentation gerät durch diese Datenprobleme jedoch nicht in Gefahr, da in fast allen Fällen die Ergebnisse miteinander übereinstimmender Umfragen verglichen werden (Page/Shapiro 1992: 39). So besteht für sie kein Zweifel, daß die vorliegenden Umfrageergebnisse "succeed in accurately measuring collective policy preferences, and especially in assessing the nature and extent of collective opinion change" (Page/Shapiro 1992: 31). Weil miteinander übereinstimmende Umfragen auf dieselben politischen Langzeit-Präferenzen zielten, Ergebnisabweichungen nicht auf methodischen Differenzen beruhen könnten und individuelle Abweichungen sich gegenseitig ausgleichen würden, lasse sich anhand des Vergleichs der Ergebnisse miteinander übereinstimmender repräsentativer Meinungsumfragen Ausmaß und Inhalt kollektiven Einstellungswandels ermitteln (siehe oben Abschnitt 2.4.2).

Indem Page und Shapiro (1992) insbesondere über den Nachweis der Stabilität politischer Einstellungen ihre These eines "rational public" stützen<sup>18</sup> und damit der "public opinion" in der amerikanischen Demokratie zu größerer Anerkennung verhelfen wollen, stellt jeder Einstellungswandel für sie letztlich einen kritischen Fall dar, den sie gegen den Vorwurf, er belege die launenhafte Unbeständigkeit der öffentlichen Meinung, verteidigen müssen. Aus diesem Grund wenden sie sich in ihrem Buch "The Rational Public" vor allem der Erklärung von Einstellungswandel zu. Drei Einflußfaktoren lassen sich ihrer Meinung nach unterscheiden, die für unterschiedlich schnellen Einstellungswandel verantwortlich sind:

- Demographischer Wandel, der Langzeitveränderungen auslösen kann (vgl. auch Mayer 1992; Stimson 1991);
- Veränderungen in den persönlichen Erfahrungen und Lebensumständen bewirken einen graduellen Meinungswandel, wenn diese große Teile der Bevölkerung betreffen (etwa Rezession, erhöhtes Bildungsniveau etc.). Infolge solcher Veränderungen können sich die Bedürfnisse und Werte ebenso verändern wie die Annahmen über die Politik oder die Welt;
- Veränderungen der politischen Welt führen zu den schnellsten kollektiven Einstellungsänderungen. Gerade in bezug auf außenpolitische Einstellungen kann es überraschende Entwicklungen und Umbrüche in der internationalen

18 "The finding of collective opinion stability is an important piece of evidence about the rationality of public opinion" (Page/Shapiro 1992: 50); vgl. auch Page/Shapiro (1992: 172).

Politik geben, die einen rapiden Meinungswandel auslösen können. Dieser vollzieht sich in entwickelten Industriegesellschaften bei vielen Menschen gleichzeitig, weil sie durch das Mediensystem mit übereinstimmenden Nachrichten versorgt werden (Page/Shapiro 1992: 32).

Mit Hilfe dieser drei Erklärungsfaktoren lassen sich ihrer Meinung nach fast alle in den empirischen Daten auffindbaren "opinion changes" plausibel erklären. In den meisten Fällen von "gradual change" zeige sich ein Einstellungswandel, der sich kontinuierlich über einen längeren Zeitraum hin abspiele und somit aufgrund der stattfindenden gesellschaftlichen und internationalen Transformationen verständlich sei (Page/Shapiro 1992: 65). Abrupter Einstellungswandel in zum Teil beeindruckender Geschwindigkeit zeige sich insbesondere in Bezug auf außenpolitische Einstellungen, "because circumstances tend to change more quickly in international affairs" (Page/Shapiro 1992: 54). Aber indem der Meinungswandel auf bestimmte Ereignisse zurückgeführt werden kann, belege er nicht die Launenhaftigkeit, sondern - genau im Gegenteil - die Sensibilität des "rational public" für die politische Umwelt.

Hinzu kommt der Befund, "[that] fluctuations of opinion, movements back and forth in different directions, are very unusual" (Page/Shapiro 1992: 65), so daß letztlich fast nichts zurückbleibt, was zur Stützung der "Mood-Theory" (Almond 1950), der These von der unbeständigen und kohärenzlosen öffentlichen Meinung beigebracht werden könnte:

"Our data reveal a remarkable degree of stability in Americans' collective policy preferences, clearly contradicting any claim of frequent changes or wild fluctuations in public opinion" (Page/Shapiro 1992: 45).

Aus diesem Befund gewinnen sie eine Art Hypothese für die größte Zahl von Meinungserhebungen, wenn nicht nach Einstellungsdimensionen gefragt wird, die selbst in raschen Veränderung begriffen sind:

"Collective public opinion on a given issue at one moment in time is a very strong predictor of opinion on the same issue at a later time" (Page/Shapiro 1992: 65).

Diese Hypothese ist jedoch nicht in allen Fällen der Erhebung politischer Einstellungen tragfähig; gerade bei außenpolitischen Einstellungen ist der Einstellungsgegenstand häufig im Wandel begriffen, wodurch sich in solchen Fragestellungen auch erhebliche Meinungsschwankungen zeigen. Doch weil es Page und Shapiro (1992) vor allem darum geht, anhand der vorliegenden Umfragedaten ihre These eines "rational public" zu belegen, reicht es nicht aus, die weitgehende Stabilität der öffentlichen Meinung nachzuweisen. Sie müssen auch für den politischen und besonders häufigen außenpolitischen Einstellungswandel eine Erklärung innerhalb

ihres Ansatzes anbieten.<sup>19</sup> Daraus lassen sich dann Hypothesen für den hier zur Erklärung anstehenden außenpolitischen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts ableiten.

#### 4.2.2. Hypothesen des "Rational Public"-Ansatzes

Zum Wandel politischer Einstellungen nimmt der Ansatz des *Rational Public* an, "that preferences change in sensible and predictable ways in response to events and new information" (Page/Shapiro 1992: 173). Die Existenz eines so verstandenen "rational public"<sup>20</sup>, auch und gerade im so sensiblen Bereich der außenpolitischen öffentlichen Meinung, können sie nur dadurch plausibilisieren, daß sie für die Fälle signifikanten Einstellungswandels Erklärungen anbieten, welche den Meinungswandel als eine sensible und erwartbare Anpassung der außenpolitischen Einstellungen an die veränderten Umstände der internationalen Politik erscheinen lassen.

Für alle Fälle von politischen Einstellungen, die zu Objekten erhoben werden, die selbst starkem Wandel unterliegen - wie dies gerade bei außenpolitischen Einstellungen häufig der Fall ist -, formulieren sie eine Hypothese, deren abhängige Variable "abrunder Einstellungswandel" ist. Sie kann somit als eine erste Hypothese der Außenpolitik-Analyse auch für den Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts herangezogen werden, denn bei zahlreichen Indikatoren des Einstellungswandels zeigte sich eine Veränderung von mehr als 10% innerhalb eines Jahres (siehe oben Abschnitte 2.5 und 2.6).<sup>21</sup>

*Hypothese 4:* "Most abrupt opinion changes represent understandable responses to sudden events, especially in international affairs" (Page/Shapiro 1992: 66).

Diese Hypothese, die gewissermaßen dem in Kapitel 2 skizzierten einfachen Erklärungsmodell (siehe oben Abbildung 1 in Abschnitt 2.2) entspricht, gerät jedoch im Zuge der fortschreitenden Untersuchung bei Page und Shapiro (1992) zuneh-

19 "In fact, collective public opinion about foreign policy tends to be rather stable, seldom changing by large amounts and rarely fluctuating (though it often changes abruptly when it does change). Now we must show that foreign policy opinions have further attributes of rationality: that collective preferences are meaningful, not merely the result of coin tosses or doorstep opinions; that they form differentiated and coherent and consistent patterns; that they relate to underlying values; and that preferences change in sensible and predictable ways in response to events and new information" (Page/Shapiro 1992: 172f).

20 "Collective public opinion is *rational*, in the sense we have defined the term - real, stable, differentiated, consistent, coherent; reflective of basic values and beliefs; and responsive (in predictable and reasonable ways) to new information and changing circumstances" (Page/Shapiro 1992: 172, Hervorh. dort).

21 "We called a change 'abrupt' if it occurred at a rate of ten percentage points or more per year. [...] it includes as abrupt any significant (six percentage points or more) change occurring within approximately seven months, along with bigger shifts that took longer" (Page/Shapiro 1992: 53).

mend in Schwierigkeiten, insbesondere wenn sie sich intensiv mit den außenpolitischen Einstellungen der amerikanischen Bevölkerung befassen. Daraus resultiert am Ende eine zweite, differenziertere Hypothese, die sich nicht nur auf abrupten, sondern auf jede Form signifikanten außenpolitischen Einstellungswandels bezieht. Ihrer Herleitung liegt vornehmlich die Auseinandersetzung mit dem Allmond-Lippmann-Konsens (siehe oben Abschnitt 4.2) zugrunde.

Im fünften und sechsten Kapitel ihres Buches "The Rational Public" (Page/Shapiro 1992: 172-284) steht die außenpolitische öffentliche Meinung der amerikanischen Bevölkerung in ihren historischen Wandlungen im Mittelpunkt der Analyse.<sup>22</sup> Dabei geht es nicht alleine um die Stützung des theoretischen Arguments, sondern auch um die inhaltliche Position der amerikanischen öffentlichen Meinung zu einer internationalistisch ausgerichteten Außenpolitik. Hieran wird zum einen deutlich, wie sehr die Widerlegung von Almonds (1950) "Mood Theory" die Forschungsarbeit anleitete, zum anderen aber auch, welchen zentralen Stellenwert die außenpolitische Einstellungsdimension "Isolationismus vs. Internationalismus" in der amerikanischen öffentlichen Meinung und auch bei ihrer Erfassung und Analyse (vgl. etwa Wittkopf 1990) spielt.

"The fact is, however, that for about fifty years - beginning even before direct U.S. involvement in World War II - the great majority of Americans has recognized the inevitability of involvement in world affairs and has favored an active role for the United States. The proportion favoring an active role has stayed high and rather stable, not fluctuating much; *when it has changed it has done in reasonable response to changing circumstances*" (Page/Shapiro 1992: 174, meine Hervorh.).

Außenpolitische Einstellungen ändern sich dem Ansatz des *Rational Public* entsprechend in angemessener Reaktion auf sich wandelnde Umstände. Zur Stützung dieser These werden am Beispiel der eben erwähnten Einstellungsdimension einige theoretische Argumente diskutiert, die häufig vorgebracht werden. So wird etwa eingewandt, daß verschiedene Segmente der Bevölkerung, etwa differenziert nach Bildungsniveau, mehr oder weniger stark voneinander differierende außenpolitische Einstellungen hätten. Doch für Page und Shapiro (1992: 318f) gefährdet dieser Einwand nicht ihre grundlegende These, denn sie können zeigen, daß der *Meinungswandel* verschiedener Teilgruppen der Bevölkerung immer parallel abläuft, fast alle Segmente der Öffentlichkeit sich in ihren außenpolitischen Meinungen in dieselbe Richtung bewegen und in der Regel im selben Ausmaß. Daran würde deutlich, so Page und Shapiro (1992: 178f, 203f), daß neue Informationen normalerweise die meisten Gruppen gleich gut erreichten, sie würden als etwa gleich glaubwürdig akzeptiert, mit ähnlichem Erfolg verarbeitet und knüpften an allgemeine Werte an, so daß sich ein gleicher Einstellungswandel ergäbe.

22 Das dritte Kapitel ist den "Opinions about Social Issues", das vierte den Einstellungen gegenüber "Economic Welfare" gewidmet (Page/Shapiro 1992: 67-171).

Die einzige Ausnahme zum parallelen Einstellungswandel zeige sich dann, wenn die Befragten nach ihren Parteipräferenzen bzw. -anhängerschaften unterschieden würden. In diesem Fall sei ein Einfluß von Parteiführern auf außenpolitischen Einstellungswandel zu erwarten (Page/Shapiro 1992: 191). Aufgrund dieser Beobachtung wird am Ende dieser theoretischen Diskussionen dem Eliteneinfluß eine besondere Rolle bei außenpolitischen Einstellungen und ihrem Wandel zugemessen:

"Especially in the realm of foreign policy, where information can be centrally controlled, it seems especially likely that public opinion is often led - not by the 'well educated' as a group, who may in fact be particularly exposed to influence - but by public officials and other influential groups and individuals, through complex processes involving objective events, official accounts and media reports of events, and interpretations by politicians, commentators, and experts. In some cases, officials and influentials may manipulate opinion through incomplete or misleading or false information" (Page/Shapiro 1992: 205).

An den Beispielen des amerikanischen Meinungswandels nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wird für Page und Shapiro (1992: 182-220) deutlich, daß ihre, oben als Hypothese 4 formulierte Annahme in zahlreichen Fällen keine plausible Erklärung außenpolitischen Einstellungswandels liefern kann, weil dieser nicht immer unmittelbar mit den Ereignissen der internationalen Politik in Verbindung zu bringen sei. So werde immer wieder auch ein starker Eliten-Einfluß sichtbar, der zudem in erheblichem Maße durch die Massenmedien vermittelt sei:

"Not international events alone, but also the *interpretation* of events by American elites, and the *reporting* of events and interpretations by the U.S. media, led to changes in public opinion" (Page/Shapiro 1992: 206, Hervorh. dort).

Ihr grundlegendes Erklärungsmodell politischen Einstellungswandels (Page/Shapiro 1992: 354) wird davon jedoch nicht tangiert. Solange die *world events* von den politischen Eliten nicht in irreführender Weise interpretiert würden und die Massenmedien objektiv über die Welt berichteten, würde die Öffentlichkeit auch ihre außenpolitischen Einstellungen in sensibler und erwartbarer Weise der veränderten internationalen Umwelt anpassen.<sup>23</sup> Nur in den Fällen, in denen die Massenmedien irreführende Informationen bereitstellten und/oder die politischen Eliten die öffentliche Meinung manipulieren wollten, sei - verständlicherweise - nicht mehr mit einem "rational public" zu rechnen. Als Beispiel hierfür wird von Page und Shapiro (1992: 182-209) der außenpolitische Einstellungswandel der amerikanischen Bevölkerung am Ende des Zweiten Weltkriegs beschrieben. Dabei zeige sich bei den außenpolitischen Einstellungen gegenüber den Kriegsgegnern Deutschland und Japan ein signifikanter Wandel, der sich auch für Page und Shapiro

23 "The role of elites and the media is of real significance, however, only if they act as something other than simple transmission belts that convey objective facts to the public" (Page/Shapiro 1992: 207).

nicht unmittelbar mit Nachkriegsereignissen in Verbindung bringen läßt, und seine Ursache daher vor allem in der medialen Präsentation der neuen internationalen Konstellation haben müsse:

"Thus, when the American people learned that the world had changed, when postwar events (*as interpreted by the media and their political leaders*) kept telling them that former enemies were now needed to counter the Soviet Union, they understandably embrace policies of rearmament, trade, and alliance with Germany and Japan" (Page/Shapiro 1992: 196, meine Hervorh.).

Verständlicherweise kann außenpolitischer Einstellungswandel nur durch solche Ereignisse der internationalen Politik ausgelöst werden, welche durch die Massenmedien der amerikanischen Bevölkerung vermittelt wurden. Nach Ansicht von Page und Shapiro (1992: 209) wird dabei die Art der Vermittlung und die bei der medialen Darstellung eingenommene Perspektive nicht ohne Einfluß auf das Bild - und damit auch die politischen Einstellungen - bleiben, welches sich die Bevölkerung von der Welt machte.<sup>24</sup> Auch - oder gerade - bei Einstellungen gegenüber der Sowjetunion stellte sich in den USA die Frage nach den zugrundeliegenden Informationen:

"The American public's specific attitudes toward the Soviet Union and communism further illustrate rational reactions to *reported* circumstances and events. They also once again raise questions about the quality of information that was provided to the public, and about the possible manipulating or misleading of opinion" (Page/Shapiro 1992: 196f, meine Hervorh.).

Damit stellt sich für Page und Shapiro im Hinblick auf ein Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels die Frage nach den Einflüssen auf die massenmediale Darstellung internationaler Politik, die ihrer Meinung nach immer "manipulativen" Charakter hätten.<sup>25</sup> Gerade die Entwicklung der negativen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs basierte nach Meinung von Page und Shapiro (1992: 205-209) in starkem Maße auch auf politischer Manipulation:

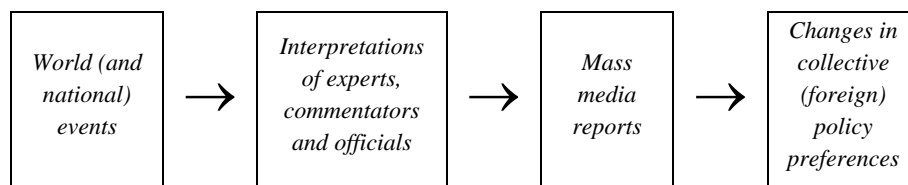
"The ideological fervor of the U.S. crusade to 'contain communism', which crystalized largely *after* specific military, economic, and political anti-Communist policies were first decided upon and put into effect, was whipped up partly on the basis of misinformation and misleading interpretations of events. Thus during the early Cold War, U.S. public opinion can be said, to a significant extent, to have been manipulated" (Page/Shapiro 1992: 209, Hervorh. dort).

24 "The war in Korea [...] further illustrates how the American public has reacted rationally to events, as those events have been reported to it; but also how the information provided has sometimes been misleading" (Page/Shapiro 1992: 209).

25 "With the clarity of hindsight, it is now apparent that many interpretations of Soviet behavior offered in the American media and by U.S. leaders were, if not deliberately deceptive, at least misleading and only loosely connected with objective events" (Page/Shapiro 1992: 207).

Aus diesen Beobachtungen "manipulativer" Einflüsse auf außenpolitische Einstellungen resultiert für Page und Shapiro (1992: 321-354) ein im Vergleich zur Formulierung in Hypothese 4 erweitertes Erklärungsmodell für "collective opinion change". Geht man angesichts des hier zur Erklärung anstehenden Einstellungswandels innerhalb weniger Jahre davon aus, daß "gradual social and economic trends" (Page/Shapiro 1992: 354) kaum zum außenpolitischen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts beigetragen haben dürften,<sup>26</sup> sieht das Erklärungsmodell des *Rational-Public*-Ansatzes für schnellen außenpolitischen Einstellungswandel folgendermaßen aus (Page/Shapiro 1992: 354):

Abbildung 13: Erklärungsmodell des "Rational Public"-Ansatzes



Die auf Eliten-Interpretationen und massenmediale Berichterstattung außerdem noch einwirkenden Variablen im Modell von Page und Shapiro (1992: 354) wurden hier weggelassen,<sup>27</sup> weil sich die abzuleitende Hypothese auf die abhängige Variable "außenpolitischer Einstellungswandel" beziehen muß. Dieser wird durch die massenmediale Berichterstattung internationaler Ereignisse in ihrer Interpretation durch Eliten bewirkt, wobei für den Ansatz des *Rational Public* die *world events* der bestimmende Einflußfaktor sind; Eliten-Interpretationen und massenmediale Darstellung stellen Filter für den Informationsfluß dar, die mehr oder weniger stark die objektive Information der Bevölkerung beeinflussen:

"The main argument is that the collective policy preferences of the American public are predominantly *rational*, in the sense that they are *real* [...]; that, when collective policy preferences change, they almost always do so in *understandable* and, indeed, *predictable* ways, reacting in consistent fashion to international events and social and economic

26 "Gradual social and economic trends, for example, have a particularly important impact on domestic policy opinions; Americans' views on foreign policy are more subject to abrupt influence by world events, which are usually mediated through elite interpretations" (Page/Shapiro 1992: 354).

27 "We believe that the principal influences upon the collective policy preferences of Americans are gradual social and economic trends, and world and national events - which have some unmediated impact but are often filtered through interpretations by experts, commentators, and public officials, as reported in the mass media. *Those mediators, in turn, may be influenced by various actors in society, including organized interests, corporations, and mass movements*" (Page/Shapiro 1992: 353, meine Hervorh.).



changes as reported by the mass media; and, finally, that opinion changes generally constitute *sensible* adjustments to the new conditions and new information that are communicated to the public" (Page/Shapiro 1992: xi, Hervorh. dort).

Aus dieser Formulierung der Kernaussage des *Rational-Public*-Ansatzes zum Wandel politischer Einstellungen und der zuvor dargestellten Entwicklung dieses Ansatzes läßt sich somit eine weitere, differenziertere Hypothese über außenpolitischen Einstellungswandel ableiten:

*Hypothese 5:* Der Wandel außenpolitischer Einstellungen stellt eine Reaktion auf internationale Ereignisse und die in den Massenmedien hierüber bereitgestellten Informationen dar.

In diese Hypothesen-Formulierung wird nicht explizit der Einfluß der politischen Eliten aufgenommen, da er dem Modell entsprechend fast vollständig auf dem Weg über die Massenmedien erfolgt und von den dort bereitgestellten Informationen nicht immer eindeutig zu unterscheiden ist (vgl. Page/Shapiro 1992: 339-354). Auch bei Page und Shapiro wird der Eliten-Einfluß meist nicht ausdrücklich benannt, wie das letzte Zitat zeigte. Er wird zudem häufig in engen Zusammenhang mit den Massenmedien gebracht, da gerade JournalistInnen, HerausgeberInnen von Zeitungen und Zeitschriften sowie in den Massenmedien auftretende ExpertInnen einen wesentlichen Teil dieser einflußreichen politischen Elite ausmachen. So kommt etwa auch Russett (1990) bei seiner Diskussion verschiedener Einflüsse auf außenpolitische Einstellungen zu dem Resultat: "Mass attitudes of course respond not only, or even primarily, to 'objective' international conditions, but to how those conditions are interpreted by the elites and the mass media" (Russett 1990: 101). Mit ihrem Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels stehen Page und Shapiro (1992) offenbar nicht in Konkurrenz zur einschlägigen Literatur der Außenpolitik-Analyse; der in Hypothese 5 enthaltene Erklärungsansatz kann möglicherweise sogar beanspruchen, repräsentativ für die Forschung zu Außenpolitik und öffentlicher Meinung zu sein (vgl. jetzt auch Knopf 1998: 550) - er stellt zumindest die präziseste Ausarbeitung eines Erklärungsmodells außenpolitischen Einstellungswandels in der Auseinandersetzung mit dem Almond-Lippmann-Konsens dar.

Damit liegen nun neben den drei Hypothesen aus der Feindbild-Forschung auch zwei Hypothesen aus dem Feld der Außenpolitik-Analyse vor, deren erste schon zu Anfang des zweiten Kapitels mit zwei kritischen Einwänden konfrontiert wurde, nichtsdestotrotz aber in die systematische Hypothesen-Überprüfung im fünften Kapitel einbezogen werden soll, nicht zuletzt deshalb, weil sie die theoretische Grundlage für die fünfte Hypothese und damit die gesamte amerikanische Forschung zu *Public Opinion and American Foreign Policy* repräsentiert. Das hierbei auftretende epistemologische Problem werde ich bei der theoretischen Kritik der Ansätze in Abschnitt 5.3 herausarbeiten.

## Kapitel 5: Hypothesen und theoretische Perspektiven

Im zweiten Kapitel dieser Arbeit wurde ein außenpolitischer Einstellungswandel detailliert dargestellt, der so weder von politischen BeobachterInnen noch von der Wissenschaft der Politik in seinem Ausmaß und seiner Geschwindigkeit erwartet worden war. Ein naheliegendes, einfaches Erklärungsmodell, welches den außenpolitischen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion auf den Gorbatschowschen Reformprozeß mit seinen Auswirkungen auf das Ende des Ost-West-Konflikts zurückführt (siehe oben Abb. 1 in Abschnitt 2.2), greift offensichtlich zu kurz, denn ihm gemäß hätten die sowjetischen Reformen zu einer zumindest weitgehend übereinstimmenden Einstellungsänderung im Westen führen müssen. Die im Hinblick auf ein spezifisches Forschungsdesign (vgl. George 1979) ausgewählten Länderstudien (siehe oben Abschnitte 2.5 - 2.7) zeigen jedoch eine erhebliche zeitliche Differenz zwischen dem außenpolitischen Einstellungswandel in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland am Ende des Ost-West-Konflikts: Mitte 1988 war der Feindbild-Zerfall in der BRD schon weitgehend abgeschlossen, während er in den USA zu diesem Zeitpunkt erst richtig begann.

Um einen Beitrag zur Theorieentwicklung leisten zu können, mußten zunächst anhand einer Bestandsaufnahme der einschlägigen Forschung die Hypothesen identifiziert werden, die von ihrem Gegenstandsbereich her den Anspruch erheben, eine Erklärung für die fraglichen Fälle liefern zu können. Dies wurde in den vorangegangenen zwei Kapiteln geleistet mit dem Ergebnis, daß fünf Hypothesen vorliegen, deren Überprüfung nun ansteht. Auch wenn am Ende dieses Kapitels eine grundlegende Kritik der (erkenntnis-) theoretischen Herangehensweise der Feindbild- wie auch der Außenpolitik-Forschung stehen wird, erscheint es angemessen, zunächst mit einer theorieimmanenten Hypothesenüberprüfung einzusetzen, um daran die grundlegende Kritik dieser Ansätze entwickeln und verdeutlichen zu können. Dieser Hypothesentest erfolgt innerhalb eines klassischen Forschungsdesigns durch die Formulierung eines bzw. zweier Rätsel, die im folgenden Abschnitt dargestellt werden. Mit "Rätsel" wird dabei eine empirische Entwicklung bezeichnet, die sich aufgrund einer theoretischen Annahme *so* nicht erwarten ließ (vgl. Zürn 1994: 107; King et al. 1994: 14-18).

Die Möglichkeit einer Hypothesen-Überprüfung zum Phänomen eines Feindbild-Abbaus bzw. -Zerfalls wurde im Grunde erst mit dem - für die Feindbild-Forschung unerwarteten - Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion geschaffen, denn zuvor wurden zwar Hypothesen zum Feindbild-Abbau formuliert, jedoch als Sollens- und nicht als erklärende Aussagen (siehe oben Kapitel 3). Die hohe Stabilität des antikommunistischen Feindbildes erforderte von der Friedensforschung zwar ihre Kritik, aber nicht die *Erklärung* eines Feindbild-Abbaus bzw.

Feindbild-Zerfalls.<sup>1</sup> Trotzdem konnten aus den vorliegenden Ansätzen der Feindbild-Forschung drei Hypothesen entwickelt werden, die einen Erklärungsanspruch für den Feindbild-Zerfall am Ende des Ost-West-Konflikts beanspruchen; an ihrem Theoriepotential im Hinblick auf die Entwicklung eines allgemeinen Erklärungsmodells außenpolitischen Einstellungswandels wird sich dann auch die grundlegende wissenschaftliche Tragfähigkeit der Feindbild-Forschung erweisen.

Auch im Feld der Außenpolitik-Analyse wurde ein Erklärungsansatz für außenpolitischen Einstellungswandel entwickelt. Dabei war der Diskussionszusammenhang von Außenpolitik und öffentlicher Meinung von zentraler Bedeutung (siehe oben Kapitel 4): Wenn die öffentliche Meinung eine wichtige Rolle bei der Gestaltung von Außenpolitik spielt, ist von besonderem Interesse, welche Einflußfaktoren das Zustandekommen und den Wandel der öffentlichen Meinung bestimmen. Unter der demokratietheoretisch angeleiteten normativen Prämisse, daß in demokratischen Staaten die öffentliche Meinung auch die außenpolitischen Entscheidungen der Regierung mitzubestimmen habe, entstand der Ansatz des *Rational Public* (Page/Shapiro 1992). Er postuliert zunächst eine weitgehende Stabilität der öffentlichen Meinung, aber auch ihre sensible und konsistente Anpassung an Veränderungen im politischen Raum und insbesondere in der internationalen Politik. Daraus ergeben sich die oben formulierten Hypothesen 4 und 5, die sich bei einer Tragfähigkeit des *Rational-Public*-Ansatzes auch im Fall des Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion als erklärungskräftig zu erweisen hätten. Doch auch diese Hypothesen-Überprüfung mündet in einen grundlegenden erkenntnistheoretischen Vorbehalt gegenüber der diesem Ansatz zugrundeliegenden Herangehensweise (siehe unten Abschnitt 5.2.5). Insofern sind die folgenden Abschnitte - zunächst nur - theorieimmanente Analysen, auf deren Basis dann die grundlegende Kritik (Abschnitt 5.3) und die weiterführende Modellbildung (Kap. 6) entwickelt werden.

### 5.1. Das doppelte Rätsel

Theorieentwicklung ist ein voraussetzungsreiches Unterfangen. Gerade in Forschungsfeldern, in denen bisher kaum zielorientierte Theorieentwicklung stattgefunden hat - wie dies ohne Zweifel für die Feindbild-Forschung und in nur wenig abgeschwächter Form auch für die Analyse außenpolitischer Einstellungen<sup>2</sup> behauptet werden kann - und daher nur sehr allgemeine Hypothesen formuliert werden können, ist kaum anderes möglich, als empirische Fallstudien dafür zu

1 Zur Kritik der Theorieentwicklung in der Feindbild-Forschung vgl. Weller (2000a).

2 "Efforts at integration of research findings are uncommon in the public opinion field. With only a handful of exceptions, the trend is in the other direction - toward the multiplication of domain-specific concepts and distinctions" (Zaller 1992: 2). "A major difficulty to pursuing the research agenda [on the link between public opinion and foreign policy] we have proposed here is the 'balkanization' of the political science discipline into the distinct subfields of American, comparative, and international politics" (Powlick/Katz 1998: 54).

nutzen, die Modellentwicklung voranzutreiben und dabei die Bedeutung bestimmter unabhängiger Variablen, deren Einfluß sich anhand des Vergleichsdesigns qualifizieren läßt, zu bestimmen. Dies soll im folgenden durch die Hypothesen-Überprüfung geschehen, die Aufschluß darüber geben soll, welche - von den hier herangezogenen Ansätzen hervorgehobenen - unabhängigen und intervenierenden Variablen, weil sie zur Erklärung der zwei hier untersuchten Einzelfälle entscheidendes beitragen können, in ein allgemeines Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels integriert werden müssen.

In der von George (1979) beschriebenen Methode des strukturierten, gezielten Vergleichs ("structured focused comparison") geht es darum, spezifische Aspekte eines Einzelfalles in der Form von allgemeinen Variablen darzustellen und dabei die Ausprägung einer bestimmten Variable innerhalb eines Modells von unabhängigen, abhängigen und intervenierenden Variablen zu erklären (George 1979: 47). Hierzu werden historische Ereignisse als Elemente einer bestimmten Klasse von Phänomenen betrachtet (George 1979: 45) - hier der Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion am Ende der 1980er Jahre in der BRD und den USA als Beispielfälle rapiden außenpolitischen Einstellungswandels. Dabei ist bei einer sozialwissenschaftlichen Theoriebildung von vielen Einzelheiten der untersuchten Fälle abzusehen zugunsten von Generalisierungen innerhalb eines allgemeinen Erklärungsmodells.

Für den Erfolg dieser vergleichenden Methode - auch und gerade für die Modell-Entwicklung - sind zwei Bedingungen von zentraler Bedeutung: Die zu vergleichenden Fälle müssen sich in der Ausprägung der zu erklärenden Variable unterscheiden; ohne Varianz bei der abhängigen Variable lassen sich keine Rückschlüsse über den Zusammenhang zwischen abhängiger und unabhängigen bzw. intervenierenden Variablen ziehen. Zum zweiten aber sollten möglichst viele (potentielle) unabhängige Variablen *nicht variieren*, sondern gewissermaßen konstant zwischen den zu vergleichenden Fällen sein, um genau jene unabhängigen Variablen davon unterscheiden zu können, die gewissermaßen parallel zur abhängigen Variable Varianz aufweisen. Sind diese zwei Bedingungen gegeben, lassen sich begründete Schlüsse über möglicherweise kausale Zusammenhänge zwischen unabhängigen, intervenierenden und der abhängigen Variable ziehen, wie sie in Hypothesen formuliert werden können.

Diesen Anforderungen der vergleichenden Methode wurde mit dem Forschungsdesign dieser Arbeit in der Weise entsprochen, daß die zwei untersuchten Länder so ausgewählt wurden, daß eine möglichst große Differenz bei der Ausprägung der abhängigen Variable gegeben ist. In Kapitel 2 wurde dargestellt, daß der außenpolitische Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts in der Bundesrepublik Deutschland erheblich von dem in den USA differierte. Daß als Vergleichsfall für den bundesdeutschen Feindbild-Zerfall nicht etwa der Einstellungswandel gegenüber Frankreich nach Ende des Zweiten Weltkriegs oder gegenüber der Sowjetunion in der Entspannungsphase der 1970er Jahre gewählt wurde, hat mit der zweiten Bedingung dieser vergleichenden Methode zu tun.

Möglichst viele Rahmenbedingungen und potentielle unabhängige Variablen sollten zwischen den Vergleichsfällen konstant gehalten werden (vgl. King et al. 1994: 108). Dies gelingt beim hier gewählten Untersuchungsgegenstand eher, wenn ein Ländervergleich vorgenommen wird, denn beim Vergleich unterschiedlicher Zeitpunkte und damit auch unterschiedlicher Anlässe für einen außenpolitischen Einstellungswandel lassen sich nur schwer genau jene Faktoren isolieren, die anlaß-unabhängig auf außenpolitischen Einstellungswandel einwirken. Dabei wird von der Annahme ausgegangen, daß der im oben (Abschnitt 2.2) skizzierten einfachen Erklärungsmodell behauptete Zusammenhang zwischen unabhängiger und abhängiger Variable prinzipiell bedeutsam ist. Ein Ländervergleich hat im Hinblick auf die Modell-Entwicklung den zusätzlichen Vorteil, daß sich länderspezifische Bedingungsfaktoren außenpolitischen Einstellungswandels identifizieren lassen, und in einem Erklärungsansatz dann zwischen *allgemeinen* Erklärungsvariablen außenpolitischen Einstellungswandels und *landabhängigen intervenierenden* Variablen unterschieden werden kann.

Das *doppelte Rätsel* dieses vergleichenden Forschungsdesigns ergibt sich aus den zwei - normativ unterschiedlich angeleiteten - vorliegenden Forschungsansätzen und den daraus für einen Einstellungswandel abgeleiteten Hypothesen. Der anhand des Vergleichs miteinander übereinstimmender repräsentativer Meinungsumfragen zu außenpolitischen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion aufgezeigte Meinungswandel in der bundesdeutschen und der US-amerikanischen Bevölkerung hat zu einer weitgehenden Umkehrung der noch 1985 dominant negativen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion geführt, die innerhalb einer solch kurzen Zeit von fast niemandem erwartet worden war. Für beide Ansätze ist der große und sehr schnelle Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion ein außergewöhnlicher Fall, denn sowohl die Feindbild-Forschung als auch der Ansatz des *Rational Public* gehen primär von einer weitgehenden Stabilität gerade negativer außenpolitischer Einstellungen aus.

Doch wurde schon bei der Hypothesen-Bildung in den zwei vorangehenden Kapiteln die Aufmerksamkeit vor allem darauf gerichtet, die Bedingungen von Einstellungs-Wandel für die als so stabil angenommenen negativen außenpolitischen Einstellungen zu identifizieren. Grundsätzlich hängen diese Bedingungen bei der Feindbild-Forschung vor allem mit den Funktionen zusammen, die Feindbilder auf verschiedenen Ebenen (individuell, gesellschaftlich, international) zu erfüllen haben (siehe oben Kap. 3), während beim Ansatz des *Rational Public* ein Einstellungswandel dann zu erwarten ist, wenn sich das Einstellungs-Objekt und die in den Massenmedien hierüber verbreiteten Informationen verändern. Dieses beides hat es zwischen 1985 und 1990 am Ende des Ost-West-Konflikts - mehr oder weniger - gegeben. Allerdings steht nicht nur ein rasanter Feindbild-Zerfall zur Erklärung an, sondern ein länderspezifisch sehr unterschiedlicher außenpolitischer Einstellungswandel. Er vollzog sich in der Bundesrepublik Deutschland vor allem von Sommer 1986 bis Frühjahr 1988, während er in den USA im Sommer 1988 erst richtig einsetzte und sich dann bis Ende 1989 hinzog (siehe oben Abschnitt 2.7). Daraus ergibt sich auf der Grundlage der zwei vorliegenden Ansätze das *doppelte Rätsel*.

(1) Geht man vom Ansatz der Feindbild-Forschung aus, waren die lange Zeit vorherrschenden negativen außenpolitischen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion zumindest zum Teil Fehlwahrnehmungen, die erst dann korrigiert werden könnten, wenn ihre Funktionalität entfiel (siehe Hypothese 2) bzw. durch Ersatz-Feindbilder erfüllt würde (siehe Hypothese 3) oder die Anzahl der dissonanten Informationen so groß würde, daß sie nicht mehr ignoriert werden könnten und die dadurch entstehende kognitive Dissonanz nur noch durch Änderung der Grundeinstellung gegenüber der Sowjetunion aufzulösen wäre (siehe Hypothese 1). Der Einstellungswandel in den USA 1988-1989 könnte als Bestätigung dieser Hypothesen verstanden werden, denn das militärische Abschreckungssystem, für welches das Feindbild funktional war, löste sich am Ende der 1980er Jahre immer mehr auf, im Zusammenhang mit dem sog. Golf-Krieg entstand 1990 innerhalb kürzester Zeit ein Feindbild gegenüber dem Irak. Außerdem wurden die sowjetischen Reformen 1988/89 so unübersehbar, daß nun die Anzahl der positiven Informationen über die Sowjetunion die der negativen deutlich überwogen haben und bei großen Teilen der amerikanischen Bevölkerung die entsprechende kognitive Dissonanz hervorgerufen haben dürfte: Michail Gorbatschow kündigte im Dezember 1988 vor der UNO-Vollversammlung einschneidende einseitige Abrüstungsschritte an, im Februar 1989 verließ der letzte sowjetische Soldat Afghanistan, im März 1989 fanden wirkliche Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten statt und im Sommer 1989 wurde offensichtlich, daß die Breschnew-Doktrin keine Gültigkeit mehr besaß (siehe oben Abschnitt 2.1). All diese Informationen standen in Dissonanz zum Bild von der gefährlichen, sich mit hinterlistigen Motiven nur zum Schein friedlich gerierenden kommunistischen Machtelite in der Sowjetunion, die Veränderung war so offensichtlich, daß entsprechend dem Ansatz der Feindbild-Forschung die dissonanten Informationen nicht mehr hätten ignoriert oder uminterpretiert werden können, so daß die kognitive Dissonanz einen Wandel der Grundeinstellung gegenüber der Sowjetunion zur Folge hätte haben müssen.

Auf der Basis dieser Herangehensweise - die später grundlegend zu kritisieren sein wird - stellt dann aber der deutlich früher stattfindende Feindbild-Zerfall in der Bundesrepublik Deutschland ein ernsthaftes Rätsel dar, denn 1986 schien das militärische Abschreckungssystem noch weitgehend intakt, der Irak war noch nicht Feind, sondern im Krieg mit dem Iran eher unterstützungswürdiger Partner. Zwar gab es neben den traditionell negativen auch positive Informationen über die Sowjetunion, aber wohl noch nicht in solchem Ausmaß, daß sie nicht noch hätten ignoriert werden können, um die kognitive Dissonanz und eine Änderung der negativen Grundeinstellung gegenüber der Sowjetunion zu verhindern. Nach Auffassung der Feindbild-Forschung war gerade im Fall des antikommunistischen Feindbildes nur ein langsamer und langwieriger Feindbild-Abbau möglich, was der in Relation zum Beginn der sowjetischen Reformen spät einsetzende Einstellungswandel in den USA bestätigte. Der deutlich frühere Feindbild-Zerfall in der BRD bleibt bei dieser theoretischen Herangehensweise unerklärt.

(2) Geht man vom Ansatz des *Rational Public* aus, waren die außenpolitischen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion "meaningful and reasonable collective

public opinion", "adaptive to new information or changed circumstances" (Page/Shapiro 1992: 14). Zwar seien solche politischen Einstellungen in der Regel stabil, aber wenn sie sich innerhalb kurzer Zeit entscheidend änderten, täten sie dies in verständlicher Reaktion auf unerwartete Ereignisse (siehe Hypothese 4) bzw. auf solche Ereignisse und die in den Massenmedien darüber bereitgestellten Informationen (siehe Hypothese 5). Nach diesem Ansatz stellt der schon im Sommer 1986 einsetzende einschneidende Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion in der Bundesrepublik Deutschland den ohne weiteres zu erklärenden Fall dar. Mit der Entlassung Andrej Sacharows aus der Verbannung im Dezember 1986, der Gewährung neuer demokratischer Freiheiten im Gefolge seiner berühmt gewordenen Rede vor dem Zentralkomitee der KPdSU<sup>3</sup> Anfang 1987 und dem - schon mit der Ernennung Eduard Schewardnadses zum Außenminister und an den häufigen sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen erkennbar gewordenen - Neuen Denken in der sowjetischen Außenpolitik lieferte Michail Gorbatschow schon bald nach seinem Amtsantritt zahlreiche unerwartete Ereignisse und Informationen, die nach dem Ansatz des *Rational Public* eine Korrektur der negativ geprägten außenpolitischen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion hätte angemessen erscheinen lassen.

Legt man diese Herangehensweise zugrunde und erklärt damit den frühzeitigen Einstellungswandel in der BRD, dann stellt der erheblich später einsetzende Feindbild-Zerfall in den USA ein ernsthaftes Rätsel für diesen Ansatz dar.<sup>4</sup> Wenn der Einstellungswandel als Reaktion auf die Reformen in der Sowjetunion - als den unerwarteten Ereignissen, die als solche in den Massenmedien besondere Beachtung fanden - verstanden wird, kann er nicht in verschiedenen Ländern zu ganz unterschiedlichen Zeitpunkten stattfinden. Der mit den Veränderungen in der Sowjetunion einsetzende Einstellungswandel in der Bundesrepublik scheint den Ansatz des *Rational Public* zu bestätigen, doch bleibt dann der "verspätete" Feindbild-Zerfall in den USA unerklärt.

Die Varianz bei der Ausprägung der abhängigen Variable, die erhebliche zeitliche Differenz beim einschneidenden Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion in den USA und der BRD erweist sich als schwieriger Test für die zwei vorliegenden Erklärungsansätze. Wie groß ihre Erklärungskraft für beide hier untersuchten Fälle ist und welche darüber hinausgehenden theoretischen Perspektiven sich für den Forschungsgegenstand "außenpolitische Einstellungen" entwickeln lassen, muß sich bei der eingehenden Hypothesen-Überprüfung und einer sich daran anschließenden erkenntnistheoretischen Kritik zeigen.

3 Daraus stammt der Satz "Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen" (Gorbatschow 1987a).

4 Die länderspezifische Dissonanz zwischen vorherrschendem Ansatz und der spezifisch mangelhaften Erklärungskraft für den "einheimischen" Einstellungswandel läßt eine gewisse Ignoranz oder zumindest Unaufmerksamkeit für die im Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion liegenden theoretischen Probleme der jeweils vorherrschenden Ansätze, aber auch für die darin enthaltenen theoretischen Chancen erkennen (vgl. schon Weller 1992, 1995).

### 5.2. Hypothesen-Überprüfung

Ein rasanter Feindbild-Zerfall, wie er gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts in den USA und der BRD zu beobachten war, ist kein alltägliches, noch nicht einmal ein alljährliches Ereignis der internationalen Politik. Insofern muß nicht verwundern, daß die Politikwissenschaft keine spezifischen Erklärungsangebote für die hier dargestellten Fälle anzubieten hat. Zwei unterschiedliche Forschungsfelder drängten sich aber unmittelbar auf, zu der anstehenden Erklärung einen Beitrag zu leisten: die Feindbild-Forschung und die Außenpolitik-Analyse in ihrer spezifischen Herangehensweise zum Zusammenhang von Außenpolitik und öffentlicher Meinung. Um diejenigen Hypothesen entwickeln zu können, die den Beitrag dieser zwei Forschungsfelder zur Erklärung eines rasanten Feindbild-Zerfalls repräsentieren, wurden die Theorieentwicklung der Feindbild-Forschung und die konzeptionellen Hintergründe des *Rational-Public*-Ansatzes eingehend unter die Lupe genommen (vgl. Weller 2000a, 2000b) und insgesamt fünf Hypothesen entwickelt (siehe oben die Abschnitte 3.2.3 und 4.2.2), deren Tragfähigkeit zur Erklärung des außenpolitischen Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts und speziell der zeitlichen Differenz zwischen dem Feindbild-Zerfall in den USA und der BRD nun zu prüfen ist.

#### 5.2.1. Dissonanz-Hypothese

Die erste Hypothese der Feindbild-Forschung für einen Feindbild-Zerfall wurde auf der Grundlage konsistenztheoretischer Annahmen entwickelt, welche die Änderung einer Grundeinstellung nur für den Fall erwarten lassen, wenn sich angesichts zahlreicher werdender dissonanter Informationen zur vorhandenen Einstellung die erwünschte kognitive Konsistenz nicht mehr durch Ausblenden oder Uminterpretieren dissonanter Informationen aufrechterhalten läßt:

*Hypothese 1:* Nimmt die Anzahl von Informationen, die dissonant zum vorhandenen Feindbild sind, relativ zur Anzahl zu ihm konsonanter Informationen erheblich zu, ist mit einem Feindbild-Zerfall zu rechnen.

Als erklärende Variable für den Feindbild-Zerfall wird hier die Anzahl zum Feindbild dissonanter Informationen in ihrer Relation zur Anzahl zu ihm konsonanter Informationen herausgestellt. Nun läßt sich innerhalb eines Dissertationsprojekts keine detaillierte Erhebung der den bundesdeutschen und amerikanischen Bevölkerungen zwischen 1985 und 1990 dargebotenen, zum bis dahin vorherrschenden



Feindbild konsonanten bzw. dissonanten Informationen durchführen,<sup>5</sup> die zudem erhebliche theoretische Einwände gewärtigen müßte, denn konsistenztheoretische Aussagen beziehen sich zunächst einmal auf individuelle kognitive Systeme, Individuen entscheiden darüber, auf ein Übergewicht an dissonanten Informationen mit einer Änderung ihrer Grundeinstellung zu reagieren. Nun haben bei dem zu erklärenden kollektiven außenpolitischen Einstellungswandel nicht alle Deutschen bzw. AmerikanerInnen ihre Einstellung gegenüber der Sowjetunion grundlegend geändert, sondern immer nur ein Teil, dessen Meinungswandel zu erklären wäre. Doch auch eine solche empirische Untersuchung wäre mit einem enormen, die Möglichkeiten einer Dissertation weit übersteigenden Aufwand verbunden, denn zunächst wären die Bevölkerungssegmente zu identifizieren, welche primär für den kollektiven Einstellungswandel verantwortlich waren, und dann festzustellen, welchen dissonanten Informationen über die Sowjetunion speziell diese Bevölkerungssegmente in den Jahren 1985 bis 1989 ausgesetzt waren. Außerdem wären die außenpolitischen Grundeinstellungen dieser Bevölkerungssegmente in ihrer Struktur zu erfassen, denn erst dies ermöglichte, konsonante von dissonanten Informationen zu unterscheiden und damit eine (steigende) Anzahl letzterer zu identifizieren.

Wäre es überhaupt vorstellbar, daß mit der unabhängigen Variable "steigende Anzahl zum Feindbild dissonanter Informationen" der Einstellungswandel in beiden hier dargestellten Fällen und damit auch die zeitliche Differenz des Feindbild-Zerfalls weitgehend erklärt werden könnte? Dies setzte voraus, daß die Anzahl der als dissonant wahrgenommenen Informationen - in diesem Fall über die Sowjetunion - unabhängig vom Objekt, über welches die Informationen berichten, erheblich differieren könnte. Ursache hierfür könnte entweder eine inhaltlich unterschiedlich geprägte Grundeinstellung in den beiden Ländern sein (1) oder eine länderspezifisch geprägte Präsentation neuer Informationen über die Sowjetunion (2). Auf dem Weg vom Einstellungsgegenstand<sup>6</sup> zum Einstellungsträger, von der Sowjetunion zu den Mitgliedern der deutschen bzw. amerikanischen Bevölkerung, die bis zu ihrem Einstellungswandel ein Feindbild besaßen, hätten intervenierende Variablen in der Weise eingreifen müssen, daß in der BRD schon ab Sommer 1986 die Menge zum Feindbild dissonanter Informationen die Anzahl zu ihm konsonanter Informationen überstieg, während dies in den USA erst im Sommer 1988 der Fall gewesen sein dürfte.

5 Vgl. etwa die Dissertationen von Lapins (1982) und Linn (1983), die für einen Untersuchungszeitraum von sechs Jahren jeweils zwei Tages- und eine Wochenzeitung in ihre Untersuchung der Darstellung einer sowjetischen Bedrohung einbeziehen konnten. Robertson (1995f) hat für ihre vergleichende Analyse massenmedialer Darstellung des Streits um die in Europa zu stationierenden Mittelstreckenraketen in den 1980er Jahren zwei deutsche und zwei britische Tageszeitungen während des "heißen Herbsts" 1983 untersucht.

6 Einen Einstellungsgegenstand quasi unabhängig von seiner Beobachtung zu konzeptualisieren, ist in der Feindbild-Forschung üblich. Hier setzt später unter anderem die erkenntnistheoretische Kritik dieser Ansätze an.

(1) Dies beides ist zweifellos nicht unvorstellbar, denn die außenpolitische Einstellungsstruktur bzw. Grundeinstellung der amerikanischen Bevölkerung entsprach in den Jahren 1985 bis 1989 sicher nicht vollständig jener der bundesdeutschen Bevölkerung (vgl. auch Zoll 1982b). So könnte die zunehmende Gewährung innerer Freiheiten in der Sowjetunion von den AmerikanerInnen vor allem als zögerlich und primär kosmetisch interpretiert worden sein, das Neue Denken in der Außenpolitik nur als rhetorische Veränderung ohne Substanz, so daß diese Informationen von Mitte der 1980er Jahre in weiten Teilen der amerikanischen Bevölkerung keine kognitive Dissonanz ausgelöst hätten. Die amerikanische Grundeinstellung gegenüber der Sowjetunion könnte vor allem durch die militärische Konfrontation zwischen den beiden Supermächten geprägt gewesen sein, für die dann erst der sowjetische Abzug aus Afghanistan, verifizierbare Abrüstungsvereinbarungen und das Ende der Breschnew-Doktrin bei der Zulassung freier Wahlen in Polen eine größere Zahl zum Feindbild dissonanter Informationen hervorbrachten, die zu kognitiver Dissonanz und der dann notwendigen Korrektur der Grundeinstellung führten.

Für die bundesdeutsche Bevölkerung könnte dagegen Mitte der 1980er Jahre das Feindbild gegenüber der Sowjetunion primär vom Totalitarismus (vgl. Weller 1992: Kap. 3.4) geprägt gewesen sein, wenn die intensiven sicherheitspolitischen Debatten am Anfang der 1980er Jahre die von der Sowjetunion ausgehende militärische Gefahr deutlich relativiert hätten. Für eine solche Grundeinstellung wären aber dann vor allem die Informationen über innenpolitische Reformen und die Schritte zu mehr Freiheit und Demokratie in der Sowjetunion Ausgangspunkte für kognitive Dissonanz und eine Korrektur der Grundeinstellung gewesen. Eine *unterschiedliche außenpolitische Einstellungsstruktur* könnte also für den zeitlich unterschiedlichen Feindbild-Zerfall in den USA und der BRD verantwortlich gewesen sein; die in Hypothese 1 angelegte Erklärung eines Feindbild-Zerfalls könnte so möglicherweise für beide hier untersuchten Fälle tragfähig sein.

(2) Zudem könnte es auch eine Differenz zwischen den USA und der BRD bei der massenmedialen Präsentation der sowjetischen Reformen gegeben haben, denn bekanntermaßen ist die Aufmerksamkeit amerikanischer Massenmedien für Ereignisse außerhalb der USA deutlich geringer als in der Bundesrepublik, die größere geographische Nähe der BRD zur Sowjetunion könnte diese Tendenz noch unterstützt haben. Außerdem spielt die Auswahl der Informationen, die an prominenter Stelle in den Massenmedien berichtet werden, eine wichtige Rolle (vgl. Oneal et al. 1996), ebenso deren Kommentierung, die unter der hier gewählten theoretischen Orientierung auch als Informationen aufgefaßt werden müssen. So wäre durchaus vorstellbar, daß etwa Mitte 1988 in der Bundesrepublik Deutschland eine deutlich größere Zahl von Informationen über die Sowjetunion durch die Massenmedien verbreitet wurde, als dies vor Beginn der Gorbatschowschen Reformen der Fall war, und daß dabei die Reformanstrengungen und deren erste positive Veränderungen eher im Mittelpunkt standen als die anhaltenden Probleme und negativen Seiten der kommunistischen Herrschaft, denn eine solche positive Haltung gegenüber den sowjetischen Reformen wurde zum Teil auch von der deutschen

Regierung, insbesondere ihrem Außenminister Genscher, unterstützt. Somit hätte in der BRD die Anzahl der in den Massenmedien bereitgestellten Informationen, die dissonant zum bis 1986 vorherrschenden Feindbild waren, die Anzahl zu ihm konsonanter Informationen schon frühzeitig übersteigen können, womit sich der "vorzeitige" bundesdeutsche Feindbild-Zerfall erklären ließe.

In den USA könnten dagegen zum gleichen Zeitpunkt 1988 immer noch die negativen Informationen über die Sowjetunion das Übergewicht gehabt haben, weil das Ausmaß der Berichterstattung möglicherweise nicht in dem Maße zugenommen hatte wie in der Bundesrepublik, und bei den JournalistInnen und Massenmedien wie bei der Regierung eine stärker skeptisch-abwartende Haltung vorherrschte, welche damit auch die Nachrichtenauswahl und deren Kommentierung bestimmte (vgl. auch Zimmermann 1988). Damit wäre in den USA bis 1988 noch keine ernsthafte Dissonanz zwischen dem Feindbild und den dargebotenen Informationen über die Sowjetunion entstanden, welche die amerikanische Bevölkerung dazu hätte nötigen können, die außenpolitische Grundeinstellung gegenüber der Sowjetunion zu verändern. So könnte also die Differenz bei der Nachrichtenauswahl zwischen den US-amerikanischen und bundesdeutschen Mediensystemen für die zu unterschiedlichen Zeitpunkten auftretende kognitive Dissonanz bei den außenpolitischen Einstellungsstrukturen und damit den zeitlich versetzten Feindbild-Zerfall verantwortlich gewesen sein und sich auch auf diesem Wege die Hypothese 1 bestätigen lassen.

Unter bestimmten Bedingungen könnte sich die Hypothese 1 also durchaus eignen, den länderspezifisch unterschiedlichen Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts zu erklären. Um darauf aufbauend ein allgemeines Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels zu entwickeln, müssen jedoch die im Feindbild-Begriff enthaltenen Prämissen der dieser Hypothese zugrundeliegenden Forschung beachtet werden. Die Feindbild-Forschung würde - angeleitet durch ihren friedenswissenschaftlich-normativen Hintergrund - nur jene Einstellungsänderung aufgrund dissonanter Informationen als Feindbild-Zerfall bezeichnen, wenn sichergestellt wäre, daß damit auf eine Fehlwahrnehmung verzichtet wird. "Feindbild-Zerfall" als abhängige Variable dieser Hypothese ist für die Feindbild-Forschung immer eine Ablösung von Fehlwahrnehmungen durch richtige, der Realität des Objekts angemessene Einstellungen, die Korrektur unberechtigt negativer Einstellungsstrukturen, der Verzicht auf verzerrende Wahrnehmungsmuster.<sup>7</sup> Eine auf der Grundlage dieser Hypothese erfolgte Erklärung des länderspezifisch unterschiedlichen Feindbild-Zerfalls müßte also auch die Fragen beantworten können, welche Einstellungsstruktur der Realität angemessen war, welches die richtigen Informationen waren, an welchem Punkt des Einstellungswandels sich die negativen Fehlwahrnehmungen aufgelöst hatten und

7 Bei Zugrundelegung einer erkenntnistheoretisch aufgeklärten Feindbild-Definition, wie sie in Abschnitt 2.4.1 vorgestellt wurde, ist "Feindbild-Abbau" oder "Feindbild-Zerfall" dagegen ein Wandel von einem starken zu einem weniger starken Feindbild, die weniger intensive Verwendung dichotomischer Wahrnehmungsmuster.

ein "richtiges" Bild der Sowjetunion in der Bevölkerung vorherrschte, ob nicht der frühe Einstellungswandel in der BRD in der Gefahr stand, daß die Einstellungen gegenüber der Sowjetunion in ein "Freund-Bild" umkippten und der amerikanische Feindbild-Zerfall möglicherweise die viel realistischere Einstellungsanpassung an den sowjetischen Wandel war, usw.

All diese Fragen müßten bei einer Erklärung anhand dieser aus der Feindbild-Forschung abgeleiteten Hypothese beantwortbar sein, denn die Operationalisierung für die Unterscheidung der Informationen in "dissonant" und "konsonant" zum Feindbild erfordert innerhalb der Feindbild-Forschung die inhaltliche Definition des Feindbildes als Fehlwahrnehmung.<sup>8</sup> Ohne eine solche Definition könnte weder die relativ steigende Anzahl von zum Feindbild dissonanten Informationen erhoben werden, noch die Untersuchung als die eines Feindbild-Zerfalls ausgegeben werden, denn wenn es sich bei den negativen Einstellungen um *keine* Fehlwahrnehmungen, sondern ein richtiges, realistisches Bild eines anderen Landes gehandelt hätte, wäre der Einstellungs-Wandel in Richtung auf positivere Einstellungen kein "Feindbild-Zerfall", sondern möglicherweise eine "Freundbild-Produktion", die unter ähnlicher Kritik der Friedensforschung stünde wie die Feindbilder.<sup>9</sup> Gäbe es dagegen weder Freund- noch Feindbild-Produktion, sondern eine ständig den Veränderungen des Gegenstands angemessene Anpassung der Einstellungen, wäre eine zentrale Prämisse der Hypothese - und auch der gesamten Feindbild-Forschung - widerlegt, die davon ausgeht, daß die Vermeidung von kognitiver Dissonanz primär durch das Festhalten an einmal angenommenen Grundeinstellungen und die dafür notwendige Ausblendung und Uminterpretation von dissonanten Informationen geschieht, woraus die kritisierten Fehlwahrnehmungen resultieren.

Die hier angeführten Voraussetzungen für eine Erklärung des Feindbild-Zerfalls gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts mit Hilfe des in Hypothese 1 enthaltenen Erklärungsmodells kann die Feindbild-Forschung nicht erfüllen, zur Beantwortung der aufgelisteten Fragen bietet sie keine Anhaltspunkte, denn sie hat immer unterstellt, aber nie untersucht, wie bzw. daß sich im Bereich außenpolitischer Einstellungen Fehlwahrnehmungen von "richtigen" Bildern unterscheiden lassen. Indikatoren für solche Feindbilder sind jedoch nie entwickelt worden - aus nachvollziehbaren erkenntnistheoretischen Gründen. Aus den schon frühzeitig in der Feindbild-Forschung aufgeworfenen epistemologischen Problemen eines Begriffsverständnisses, welches Feindbilder als Fehlwahrnehmungen auffaßt (vgl. Ostermann 1977; Frei 1986b), sind nie die entsprechenden theoretischen Konsequenzen gezogen worden, so daß der in Hypothese 1 enthaltene Erklärungsansatz nicht in der Lage ist, den länderspezifisch unterschiedlichen Feindbild-Zerfall am Ende des Ost-West-Konflikts plausibel zu erklären. Hypothese 1 scheitert nicht daran, daß die in ihr genannten erklärenden (intervenierenden) Variablen nicht zur

8 Würde das Feindbild nicht als Fehlwahrnehmung identifiziert, ließen sich auch keine verzerrenden Wahrnehmungsmuster kritisieren. Zu den Möglichkeiten, mit einer erkenntnistheoretisch aufgeklärten Feindbild-Definition zu arbeiten, siehe unten Abschnitt 5.3 und Kapitel 6.

9 Vgl. die Auseinandersetzung um den Anti-Amerikanismus in der Friedensforschung: Czempliel et al. (1984); Joffe (1987: 15f); Mueller/Risse-Kappen (1987).

Differenz beim Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion zwischen den USA und der BRD beigetragen haben könnten, sondern sie scheitert an ihrer theoretischen Unzulänglichkeit, weil sie auf einen epistemologisch ungeklärten Feindbild-Begriff - der in der Feindbild-Forschung angelegt ist (siehe oben Kapitel 3; vgl. auch Weller 2000a) - angewiesen ist, der es unmöglich macht, die Hypothese an konkreten Fällen zu überprüfen. Indem die friedenswissenschaftlich orientierte Forschung zu außenpolitischen Einstellungen immer unter dem Anspruch steht, Fehlwahrnehmungen zu kritisieren und insbesondere die Korrektur unberechtigt negativer Einstellungen zu fordern, begibt sie sich der Möglichkeit, einen substantiellen Beitrag für ein allgemeines Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels leisten zu können. Die Überprüfung der Hypothesen 2 und 3 wird dies noch weiter verdeutlichen.

#### 5.2.2. Abschreckungs-Funktionen-Hypothese

Eine zweite Hypothese der Feindbild-Forschung für einen Feindbild-Zerfall wurde ausgehend von den häufig vertretenen funktionalistischen Feindbild-Theoremen entwickelt: Feindbildern werden unterschiedliche gesellschaftliche Funktionen zugewiesen, woraus sich allein durch Umkehrung eine Hypothese zum Feindbild-Zerfall bilden läßt. Sind Feindbilder konstitutiv für die Aufrechterhaltung eines militärischen Abschreckungssystems, ist ihr Zerfall möglich, wenn sich auch das Abschreckungssystem aufgelöst hat:

*Hypothese 2:* Mit der Auflösung eines militärischen Abschreckungssystems verlieren Feindbilder eine ihrer zentralen Funktionen und können zerfallen.

Als erklärende Variable für den Feindbild-Zerfall wird hier die Auflösung des militärischen Abschreckungssystems herausgestellt, innerhalb dessen das jeweilige Feindbild eine zentrale Funktion zu erfüllen hatte. Eine empirische Überprüfung dieser Hypothese am Beispiel des Feindbild-Zerfalls gegenüber der Sowjetunion erscheint zunächst recht einfach anhand der Frage: Fällt die Auflösung des Abschreckungssystems zwischen Ost und West, zwischen der Warschauer Vertragsorganisation mit der Supermacht Sowjetunion auf der einen und der Nordatlantischen Allianz mit den USA als westlicher Vormacht auf der anderen Seite zeitlich mit dem westlichen Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion zusammen? Der Zeitraum des Feindbild-Zerfalls wurde in Kapitel 2 erhoben, er fand zwischen 1986 und 1989 statt. Das militärische Abschreckungssystem dagegen wurde institutionell erst 1990/91 aufgelöst:

"In der Zeit von Juli 1990 bis Juni 1991 wurde in Europa der Ost-West-Konflikt auch formell aufgehoben: mit dem 2+4-Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland vom 12. September 1990 und der Deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober, mit dem KSE-Vertrag vom 19. und der Charta von Paris vom 21. November 1990, mit der Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation als integriertem Militärbündnis zum 31. März und dem vollständigen Rückzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn und der Tschechoslowakei bis Ende Juni 1991" (Krell 1991: 53).

Damit wäre die Hypothese 2 auf schnellem Wege erledigt, denn eine dem Feindbild-Zerfall *nachfolgende* Auflösung des Abschreckungssystems kann keine brauchbare Erklärung darstellen, und auch für die Erklärung der zeitlichen Differenz beim Feindbild-Zerfall zwischen USA und BRD finden sich keine Anhaltspunkte. Berechtigte Einwände weisen aber darauf hin, daß ein Abschreckungssystem keine primär institutionelle, sondern eine vor allem ideelle Struktur ist, die auf den gegenseitigen Annahmen über militärpolitische Ziele und Motive beruht.<sup>10</sup> Abschreckung ist nur dann notwendig, wenn die Absichten des jeweiligen Gegners als feindlich perzipiert werden und ihnen deshalb mit einer Gegendrohung begegnet werden soll, um einen Krieg zu verhindern.<sup>11</sup> Dieses ideelle Abschreckungssystem zwischen Ost und West könnte aber schon seit dem Amtsantritt Michail Gorbatschows im März 1985 in Auflösung gewesen sein, der dann 1990 mit der "Gemeinsamen Erklärung der zweiundzwanzig Staaten der NATO und der Warschauer Vertragsorganisation in Paris vom 19.11.1990" (vgl. Auswärtiges Amt 1990: 115-117) gewissermaßen der institutionelle Nachvollzug folgte:

"Im vergangenen Jahr [1990] brachten die amerikanische und die sowjetische Führung die friedliche Auflösung ihres Hegemonialkonflikts in Europa auch formell zum Abschluß. Das Ende dieses Konflikts hatte Gorbatschow eingeleitet, dessen Reformkurs bald die Wurzeln des Konflikts bloßlegte: den weder nach innen noch nach außen demokratisch legitimierten Machtanspruch der KPdSU. Die Auflösung wurde angebahnt in der intensivierten Entspannungspolitik zwischen Präsident Reagan und der neuen sowjetischen Führung seit 1985, erheblich beschleunigt durch die Reformbewegungen in Osteuropa 1989/90 und schließlich 1990/91 unter maßgeblicher Beteiligung anderer Mächte aus dem KSZE-Raum in einem umfangreichen Vertragswerk ratifiziert" (Krell 1991: 63).

Damit wäre die Hypothese 2 wieder im Rennen, wenngleich sich dann auch noch plausibel machen lassen müßte, daß sich aus Sicht der bundesdeutschen Bevölkerung das Abschreckungssystem schon 1986-1988 auflöste, während es für die amerikanische Bevölkerung in dieser Zeit noch intakt war und erst in den darauffolgenden Jahren seine Bedeutung verlor. Dies könnte damit zusammenhängen, daß die Bundesdeutschen schneller zu Michail Gorbatschow und seiner neuen Entspannungspolitik Vertrauen faßten und somit ihrer Meinung nach der Frieden zwischen Ost und West seit dessen Amtsantritt nicht mehr dem militärischen Abschreckungssystem, sondern den Interessen beider Seiten an friedlichen Beziehungen zu verdanken gewesen sei. Indem ein Motivwandel in der Sowjetunion und ihrer Politik perzipiert wurde, hätte sich für die bundesdeutsche Bevölkerung auch die ideelle Struktur eines Abschreckungssystems zwischen Ost und West aufgelöst.

10 Vgl. dazu Senghaas (1981: 73-203); Pott (1990); Lippert (1990: 306-309); Bredow (1989: 42).

11 Gibt es im internationalen System *versteckte* feindliche Absichten, die von dem gefährdeten Staat nicht wahrgenommen werden, wird dieser auch keine Gegendrohung aufbauen; es wird dann weder ein ideelles und noch weniger ein institutionelles Abschreckungssystem geben.

An dieser Ursachensuche für die Auflösung des Abschreckungssystems aber wird deutlich, daß es sich bei Hypothese 2 nicht um eine ernsthafte Erklärungshypothese für einen Feindbild-Zerfall handelt, sondern um einen zwangsläufigen Zusammenhang von Wahrnehmungen in der internationalen Politik: Sowohl ein Feindbild - verstanden als negative außenpolitische Einstellung - als auch ein Abschreckungssystem sind Produkte der Wahrnehmung anderer Staaten, ihrer politischen Führung, ihrer Politik und der dahinterliegenden Motive. Insofern handelt es sich bei den beiden Tatbeständen, über deren Zusammenhang die Hypothese 2 eine Aussage machen will, letztlich um verschiedene Bezeichnungen bzw. Operationalisierungen ein und desselben Phänomens: Beide Tatbestände haben ihre Ursache darin, daß die Politik eines anderen Landes nicht mehr negativ, nicht mehr als bedrohlich eingeschätzt wird; dies hat sowohl eine Einstellungsverbesserung im Sinne eines Feindbild-Zerfalls als auch eine veränderte Beurteilung des Verhältnisses zwischen den fraglichen Staaten oder Staatengruppen - nicht mehr als Abschreckungs-, sondern als Vertrauenssystem - zur Folge. Insofern kann auch aus der Hypothese 2 kein allgemeines Erklärungsmodell für außenpolitischen Einstellungswandel entwickelt werden.

### 5.2.3. *Feindbild-Funktionen-Hypothese*

Die zentrale Hypothese der Feindbild-Forschung für einen Feindbild-Zerfall resultiert aus ihrer erheblichen Neigung zu funktionalistischen Erklärungsansätzen. Feindbilder erfüllen angeblich Systemfunktionen auf unterschiedlichen Ebenen und in verschiedenen Kontexten, so daß die theoretische Orientierung nahelegt, insgesamt von einer Feindbild-Funktionen-Forschung zu sprechen (siehe oben Abschnitt 3.2.2). Aus Funktionsannahmen Erklärungshypothesen im Hinblick auf eine nicht mehr gegebene Funktionserfüllung abzuleiten, ist jedoch wenig erfolgversprechend, wie die Diskussion der Hypothese 2 gezeigt hat. Es bleibt allerdings die Option, die funktionalistische Erklärung von Feindbildern dadurch zu bestätigen, daß jeder Feindbild-Zerfall mit einem Feindbild-Aufbau einhergeht, die jeweiligen Systeme immer wieder neue Feindbilder hervorbringen, die sich dann in der Erfüllung der Systemfunktionen gewissermaßen abwechseln. Für den Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion hieße dies, daß an die Stelle des antikommunistischen Feindbildes ein anderes Feindbild als funktionales Äquivalent hätten treten müssen:

*Hypothese 3:* Feindbilder erfüllen zahlreiche Systemfunktionen auf der individuellen, der gesellschaftlichen und auf der internationalen Ebene, so daß sie außerordentlich stabil sind und daher ein Feindbild-Zerfall nur möglich wird, wenn ein vorhandenes Feindbild durch ein funktionales Äquivalent abgelöst wird.

Als erklärende Variable für den Feindbild-Zerfall wird hier das Entstehen eines neuen Feindbildes zur Erfüllung der angegebenen Funktionen hervorgehoben. Wenn sich das jeweilige System nicht auflöst, innerhalb dessen das antikommunistische

Feindbild seine Funktion erfüllte (siehe Hypothese 2), läßt sich sein Zerfall innerhalb der Feindbild-Funktionen-Forschung nur erklären, wenn ein oder mehrere andere Feindbilder an seine Stelle treten, als funktionale Äquivalente wirksam werden.

Die Feindbild-Forschung selbst hat auf solche funktionalen Äquivalente hingewiesen,<sup>12</sup> nicht aufgrund der hier diskutierten theoretischen Gründe, sondern weil sich damit nach dem Zerfall des antikommunistischen Feindbildes anhand neuer Objekte die alten Thesen wiederholen ließen und die Feindbild-Forschung sich scheinbar bestätigt hatte. Doch würde dies voraussetzen, daß plausibel zu machen wäre, daß die neuen Feindbilder wirklich an die (Funktions-) Stelle des alten traten. Dieser Test läßt sich sehr gut anhand des länderspezifisch unterschiedlichen Feindbild-Zerfalls gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts durchführen. Die Hypothese 3 ließe sich bestätigen, wenn sich etwa zeitgleich zum Zerfall des antikommunistischen Feindbildes im Westen ein neues außenpolitisches Feindbild entwickelt hätte und sich dabei zugleich auch eine deutliche zeitliche Differenz zwischen der BRD und den USA zeigen würde, denn 1988 wurden die Systemfunktionen in den USA noch vom Feindbild gegenüber der Sowjetunion erfüllt; in der BRD hätte zu diesem Zeitpunkt schon ein funktionales Äquivalent am Werke sein müssen, um die Weiterexistenz der jeweiligen Systeme nicht zu gefährden - und mit Ausnahme des militärischen Abschreckungssystems scheint keines der aufgeführten Systeme (siehe oben Abschnitt 3.2.3) aufgrund des hier untersuchten Feindbild-Zerfalls verschwunden zu sein.

Das "neue Feindbild" nach dem Ende des Ost-West-Konflikts war der Irak (vgl. Sommer 1991, 1992; Link 1991a), der Orient (vgl. Pöttker 1991; Rotter 1991; Gerhard/Link 1992), der Islam<sup>13</sup> oder die gesamte sogenannte "Dritte Welt".<sup>14</sup> Diese These wurde vor allem, wie der Erscheinungszeitpunkt fast aller so argumentierenden Beiträge schon andeutet, durch den sogenannten "Golf-Krieg", den Krieg einer militärischen Allianz von Staaten unter Führung der USA gegen den Irak - der im August 1990 in Kuwait einmarschiert war - und die in diesem Zusammenhang entstandenen Einstellungen gegenüber dem Irak bzw. der islamischen Welt als bestätigt betrachtet. Jedoch scheint wenig plausibel, daß es sich hierbei um jenes funktionale Äquivalent für das antikommunistische Feindbild handelt, welches zur Bestätigung der hier diskutierten Hypothese beitragen könnte. Nicht nur ist bis heute das Anfang der 1990er Jahre identifizierte "neue Feindbild" gerade des Orients bzw. des Islam für den Westen wieder weitgehend verschwunden, obwohl es sogar von wissenschaftlicher Seite und mit großem publizistischem Erfolg zu bekräftigen

12 Vgl. z.B. Brock (1990: 453): Es bestehe "die Gefahr, daß neue Bedrohungsvorstellungen nunmehr gegenüber einzelnen Ländern und Ländergruppen der Dritten Welt gefördert werden, um damit ein funktionales Äquivalent für die pazifizierende Wirkung des Ost-West-Konflikts zu schaffen".

13 Vgl. Schulze (1991a, 1991b); Rotter (1992); Hippler (1992a, 1993); Lueg (1993); Hippler/Lueg (1993).

14 Vgl. Saathoff/Zander (1990); Brock/Hessler (1991); Matthies (1991, 1992); Link (1991a, 1991b); Nuscheler (1992); Voit (1992b); Hippler (1992a).



versucht wurde.<sup>15</sup> Auch der für eine Bestätigung der Hypothese notwendige zeitliche Zusammenhang mit dem Zerfall des Feindbildes gegenüber der Sowjetunion läßt sich nicht erkennen. Wenngleich er im USA-Fall gegeben zu sein scheint, ist dies doch offensichtlich der weitgehend zufälligen zeitlichen Koinzidenz von Golf-Krieg und Ost-West-Konflikt-Ende zu verdanken, denn entsprechend der Hypothese hätte im BRD-Fall spätestens 1988 ein starkes neues Feindbild vorhanden sein müssen, um die Funktionen des bis dahin fast völlig aufgelösten Antikommunismus wahrnehmen zu können. Dafür aber findet sich keinerlei Hinweis, weder in den entsprechenden Publikationen noch in Umfragedaten zu außenpolitischen Einstellungen (vgl. Rattinger et al. 1995).

Es entwickelte sich Ende der 1980er Jahre kein neues außenpolitisches Feindbild in der bundesdeutschen Bevölkerung, aber das alte hatte sich aufgelöst. Somit scheint die Hypothese zum funktionalen Äquivalent als Erklärung für den Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion kein Ausgangspunkt für ein tragfähiges Erklärungsmodell zu sein. Allerdings läßt die Hypothesen-Formulierung mehr Spielraum für funktionale Äquivalente, als es die bisherige Konzentration auf außenpolitische Feindbilder andeutet. Die Feindbild-Funktionen könnten möglicherweise auch durch andere "Bedrohungen" als die eines feindlichen Akteurs im internationalen System erfüllt werden und damit zur Rettung der Hypothese 3 beitragen.

Eine solche Argumentation trägt Lippert (1990) vor.<sup>16</sup> Er sieht den Feindbild-Zerfall vor allem im Rückgang der Bedrohungswahrnehmung verkörpert und bietet hierfür eine funktionalistische Erklärung an, indem er von einer Objekt- und Akzentverschiebung im Bedrohungsempfinden ausgeht:

"Auch dem Gegner wird unterstellt, daß er den Automatismen und Zwangsläufigkeiten, die aus der Rüstungsspirale herrühren, ausgesetzt ist. Damit aber tritt neben das Gefühl, von ihm bedroht zu sein, dieses mindernd oder überlagernd, die Perzeption des Gleich- oder Ähnlichbetroffenseins. Es ist also, so betrachtet, nicht so sehr der Sympathiezu-gewinn eines einzelnen politischen Führers und dessen Verallgemeinerung auf 'den Russen' schlechthin, der sich hinter dem sogenannten Gorbatschow-Effekt in den demoskopischen Verlaufskurven verbirgt" (Lippert 1990: 310).

Stattdessen wird seiner Meinung nach eine "komplexe Situation" bedrohlich erlebt, was er als "Objektverschiebung" bezeichnet. Die Bedrohung durch Rüstung wird dabei nicht mehr an einen Gegner gebunden, sondern "gesellschaftlich-politische[n] Kräftekonstellationen und Zusammenhänge[n]" zugewiesen (Lippert 1990: 311). Der Feindbild-Zerfall kommt zustande, weil die Wahrnehmung der Rüstung sich

15 Vgl. Huntington (1993, 1996) und dazu die konstruktivistische Analyse von Hummel/Wehrhöfer (1996). Vgl. auch die politische Aufmerksamkeit für das Problem: so haben im Mai 1994 der deutsche und der niederländische Außenminister "davor gewarnt, nach dem Wegfall des Ost-West-Gegensatzes den Islam zum neuen Feindbild in Europa aufzubauen" (Frankfurter Rundschau, 4.5.1994: 5).

16 Vgl. dazu auch den Abschnitt "'Objektverschiebungs'-Theorem" in Weller (1991: 63-65).

verändert hat.<sup>17</sup> Nicht mehr die sowjetischen Waffen werden als bedrohlich empfunden, es ist "der abstrakte und amorphe Charakter der als bedrohlich erlebten Situation 'Rüstung'" (Lippert 1990: 311). Damit aber entfällt der gesellschaftliche Nutzen, den das antikommunistische Feindbild zu liefern in der Lage war:

"Weil ein bedrohliches Objekt im Sinne eines konkreten Feindes nicht mehr faßbar ist, bieten sich zwar viele Möglichkeiten, individuelle bzw. gruppenspezifische Projektionen im Hinblick auf die Verursachung und den Inhalt des Angstauslösers 'Rüstung' vorzunehmen. Da aber ein maßgeblicher Bezugspunkt für die Definition des 'Feindes' die eigene gesellschaftliche Situation ist und hinter einem Feindbild, wie dargestellt, sich vor allem Übertragungen interner Probleme nach außen verbergen, ein allseits anerkannter äußerer Sündenbock dafür aber nicht vorhanden ist, wird der Zusammenhalt der Gesellschaft insgesamt betroffen. Ausländer, Asylanten, sozial Schwache müssen angesichts dieser Konstellation vermehrt als Ersatzobjekte herhalten, auf die sich zumindest ein Teil der innergesellschaftlich entstandenen, unter anderen Umständen nach außen ableitbaren Aggressionen richtet" (Lippert 1990: 312).

Lippert (1990) geht also nicht von den Feindbild-Funktionen für das internationale System, sondern vor allem von den individuellen und gesellschaftlichen Funktionen aus, die Feindbildern zugeschrieben werden.<sup>18</sup> Damit werden negative Einstellungen vor allem gegenüber AusländerInnen, die sog. Ausländerfeindlichkeit zum funktionalen Äquivalent für außenpolitische Feindbilder.<sup>19</sup>

Neben diese Objektverschiebung des Bedrohungsempfindens tritt nach Lippert (1990) auch noch eine Akzentverschiebung. So werde - in der Wahrnehmung - die Bedrohung durch einen Gegner oder Feind nicht nur überlagert durch die Bedrohlichkeit von Rüstung insgesamt, sondern auch noch ergänzt bzw. erweitert durch ökologische Katastrophenpotentiale wie Ozonloch, Treibhauseffekt, Waldsterben und Umweltbelastung (Lippert 1990: 312; vgl. auch Bredow 1989: 42f). Damit aber würden alle potentiellen Funktionen von Feindbildern innerhalb des internationalen Systems unterlaufen: die gemeinsame Bedrohtheit würde jegliche Integration von Staatengruppen durch Abgrenzung nach außen verhindern, auch der Aufbau oder die Aufrechterhaltung von Abschreckungssystemen sowie die Entlastung von nationalen Selbstwertkonflikten durch Projektionen nach außen wären nicht mehr möglich:

17 "Weil die Totalität der Bedrohung gesellschaftliche Anomie und Apathie steigert, kommt es, quasi als Nebeneffekt, zu einem Verwischen der vorherrschenden Freund-Feind-Schemata, zumal auch 'die Freunde' im Besitz der finalen Waffen sind. Die Ängste vor der Bombe führen zu Äquidistanz zu Freund und Feind. So wie diese Bedrohung viele der alltäglichen Befürchtungen relativiert, stellt sie auch die subjektive Wertigkeit der eigenen Lebensordnung in Frage" (Lippert/Wachtler 1988: 83).

18 Siehe oben Abschnitt 3.2.2 und Bredow (1989: 45): "[...] und es gibt hüben wie drüben sehr wohl eine ganze Reihe von funktionalen Äquivalenten für die sozialintegrative Rolle, welche früher, z.B. im Kalten Krieg, die randscharfen wechselseitigen Feindbilder gespielt haben."

19 Vgl. Hippler (1992b), der entsprechend der Verbindung zwischen innen- und außenpolitischem Antikommunismus beim alten Feindbild auch beim neuen Feindbild eine Entsprechung sieht: "ein 'Feindbild Islam' nach außen, das sich mit Türkenfeindlichkeit im Innern verbinden würde, gewänne besondere ideologische Aggressivität" (Hippler 1992b: 4).

"Eine der wesentlichen Implikationen dieser insgesamt geänderten Bedrohungslage betrifft ihre Reichweite. Nicht mehr nur eine Gesellschaft oder eine Lebensweise wird als bedroht wahrgenommen. Das neue Bedrohungsszenarium ist transnational bzw. transkulturell und bezieht sich auf Freund wie Feind. Es hat aus individueller Sicht häufig ein globales Ausmaß. Die entsprechende Perzeption aber hat noch kaum absehbare Folgen für die Aufrechterhaltung des Gesellschaftsbewußtseins, letztlich auch für die Bildung nationaler Identität" (Lippert 1990: 313).

Mit dieser These innerhalb einer funktionalistischen Feindbild-Erklärung wird die Aufmerksamkeit auf funktionale Äquivalente gelenkt, die nicht mehr auf der internationalen, sondern nur noch auf einer gesellschaftlichen Ebene entstehen könnten, AusländerInnen, Asylsuchende und sozial schwache Menschen wurden genannt. Ob sich daraus allerdings ein alternatives funktionalistisches Erklärungsmodell für Feindbild-Zerfall entwickeln ließe, scheint doch eher fraglich, denn die Hypothese müßte behaupten, daß ein außenpolitischer Feindbild-Zerfall dann zu erwarten ist, wenn sich innergesellschaftliche Feindbilder verschärfen. Damit wäre der Wandel außenpolitischer Feindbilder völlig unabhängig von den Veränderungen des internationalen Systems, was sehr unplausibel erscheint,<sup>20</sup> betrachtet man den offensichtlichen Zusammenhang der Stärke des antikommunistischen Feindbildes mit dem (Ent-) Spannungszustand im Ost-West-Verhältnis oder die schnelle Entstehung und Auflösung des Feindbildes gegenüber dem Irak im Zusammenhang mit dem sog. Golf-Krieg. Zudem scheinen auch die "neuen Feindbilder" nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ein Argument gegen die These von der Objektverschiebung zu enthalten, denn ihr gemäß wäre der Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion vor allem auf die inzwischen wahrgenommene Bedrohung durch eine "komplexe Situation" (Lippert 1990: 311) zurückzuführen. Die zu den so bezeichneten militärischen nun auch noch zunehmend wahrgenommenen ökologischen Bedrohungen ("Akzentverschiebung") hätten dann aber auch die Entstehung eines neuen außenpolitischen Feindbildes, wie es im Zusammenhang mit dem sog. Golf-Krieg entstanden war, verhindern müssen.

Beide funktionalistischen Hypothesen der Feindbild-Forschung erweisen sich bei ihrer genauen, theorieimmanenten Überprüfung anhand des Rätsels eines länderspezifisch unterschiedlichen Feindbild-Zerfalls als nicht tragfähig; sie scheitern schon an der Aufgabe, solche unabhängigen Variablen zu identifizieren, mit deren Hilfe sich der Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts erklären ließe. Die erste Hypothese der Feindbild-Forschung auf konsistenztheoretischer Grundlage verweist dagegen auf möglicherweise wichtige erklärende Variablen, scheitert aber an ihrer theoretischen Unzulänglichkeit. Deshalb liefert auch sie keine geeignete Grundlage für die Entwicklung eines allgemeinen Erklärungsmodells außenpolitischen Einstellungswandels.

20     Damit wird nicht bestritten, daß innergesellschaftliche Feindbilder möglicherweise ähnliche Funktionen für das Individuum erfüllen können wie außenpolitische Feindbilder. Hier wird allein bezweifelt, daß sich aus dieser Funktionszuschreibung eine plausible Erklärung für einen außenpolitischen Feindbild-Zerfall ableiten läßt.

#### 5.2.4. Ereignis-Hypothese

Die vierte hier zur Überprüfung und Diskussion anstehende Hypothese entstammt nicht der Feindbild-Forschung, sondern unmittelbar dem Ansatz des *Rational Public*, der in den Zusammenhang der Außenpolitik-Analyse gehört. Dieser Ansatz basiert auf der Feststellung weitgehend stabiler (außen-) politischer Einstellungen und hat genau deshalb auch eine Erklärung für Einstellungswandel anzubieten, weil er in seiner Gesamtargumentation die These eines "rational public" vertreten will - "the public, as a collectivity, has the capacity to govern" (Page/Shapiro 1992: 383) -, um den demokratischen Grundsätzen auch und gerade in der Außenpolitik zu größerem Anspruch zu verhelfen. Insofern sei ein abrupter Wandel (außen-) politischer Einstellungen - der Ergebnisse repräsentativer Meinungsumfragen zu (außen-) politischen Themen - kein Ausweis launenhafter Unbeständigkeit der öffentlichen Meinung (vgl. Almond 1950; Lippmann 1955; dazu Holsti 1992), sondern nachvollziehbare Reaktion auf Ereignisse der politischen Umwelt:

*Hypothese 4:* "Most abrupt opinion changes represent understandable responses to sudden events, especially in international affairs" (Page/Shapiro 1992: 66).

Als erklärende Variable für den Einstellungswandel, speziell zu außenpolitischen Themen, werden hier unerwartete Ereignisse im Bereich der internationalen Beziehungen genannt. Nach der von Page und Shapiro (1992: 53) verwendeten Definition eines "abrupt opinion change" handelt es sich beim außenpolitischen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion eindeutig um einen solchen Fall, denn es gibt bei allen untersuchten Indikatoren des Feindbildes einen kollektiven Einstellungswandel von mehr als 10% innerhalb eines Jahres (siehe oben die Abschnitte 2.5 und 2.6).

Ohne Zweifel stellt der durch Michail Gorbatschow initiierte Reformprozeß und die sich daran anschließenden Veränderungen in der Sowjetunion und in den internationalen Beziehungen diese "sudden events" für den abrupten Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion dar. Wie sich mit dieser Hypothese ziemlich plausibel der *bundesdeutsche* Feindbild-Zerfall erklären ließe, wurde oben (Abschnitt 5.1.2) schon angedeutet. Dabei wurde zugleich deutlich, daß die entsprechend dieser Hypothese für den Einstellungswandel verantwortlichen "sudden events" schon in den Jahren 1986/1987 begannen und diese vierte Hypothese daher für den erst 1988 einsetzenden amerikanischen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion nicht recht tragfähig erscheint.

Doch wer beurteilt eigentlich, was die entscheidenden "sudden events" waren, auf die ein "rational public" mit einem verständlichen Einstellungswandel zu reagieren hätte? Nimmt man die Position von Page und Shapiro (1992) ein, sind sozialwissenschaftliche ForscherInnen dazu in der Lage. Sie erkennen, auf welche Ereignisse die Bevölkerung mit einem Einstellungswandel reagieren müßte, und können auf dieser Grundlage auch beurteilen, ob Massenmedien und Politiker die Bevölkerung objektiv unterrichtet haben oder nicht (vgl. Page/Shapiro 1989; 1992:

Kap. 9). Dann aber ist die Hypothese 4 nicht mehr zu retten, denn wenn Einstellungswandel als Reaktion auf überraschende Ereignisse, die von ForscherInnen objektiv als solche bestimmt werden, verstanden wird, ist die zeitliche Differenz zwischen dem US-amerikanischen und bundesdeutschen außenpolitischen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion nicht zu erklären.<sup>21</sup>

Systematisch betrachtet wäre die Hypothese 4 dann zu retten, wenn die Frage, was die den Einstellungswandel auslösenden "sudden events" waren, aus der subjektiven Sicht derer beantwortet würde, die ihre Einstellungen aufgrund bestimmter Ereignisse verändert haben. Dann könnte die Hypothese möglicherweise ihre Erklärungskraft für beide hier untersuchten Fälle von Einstellungswandel beweisen, denn aus Sicht der bundesdeutschen Bevölkerung könnten andere Ereignisse die den Einstellungswandel auslösenden "sudden events" gewesen sein als für die amerikanische Bevölkerung. Es könnte außerdem schon eine grundlegende Wahrnehmungsdifferenz über alle Ereignisse in der Sowjetunion gegeben haben, so daß der Einstellungswandel für die Bevölkerung selbst als "understandable responses to sudden events" erschien, der erst aus der scheinbar objektiven Sicht eines Vergleichs zum Rätsel für die Hypothese 4 wird.

Zwei Gründe könnten für die Wahrnehmungsdifferenz und den möglicherweise daraus resultierenden unterschiedlichen Einstellungswandel verantwortlich gewesen sein: Entweder basierte die vorherige Grundeinstellung auf unterschiedlichen Informationen, Konstruktionen des Einstellungsobjekts und Interessen, so daß bestimmte Ereignisse hier eine Einstellungsanpassung bewirkten bzw. erforderten, dort aber nicht. Oder aber die Bevölkerungen in der Bundesrepublik Deutschland und den USA wären mit unterschiedlichen "sudden events" beliefert worden: was den bundesdeutschen Massenmedien ein unerwartetes, berichtenswertes Ereignis gewesen wäre, hätte möglicherweise von den US-amerikanischen Massenmedien als uninteressant eingestuft und übergangen werden können.<sup>22</sup> Es gäbe also zwei zentrale Angriffspunkte auf den Kausalpfad vom Ereignis zum Einstellungswandel: den von der vorhandenen Grundeinstellung geprägten Wahrnehmungsapparat des Individuums, der in starkem Maße unter sozialen Einflüssen ausgebildet und verändert wird,<sup>23</sup> und das Informationsvermittlungssystem, das den Menschen die Ereignisse der internationalen Politik nahezubringen hat, die sie fast niemals unmittelbar erleben können.

21 Im Verlauf ihrer Argumentation modifizieren Page und Shapiro (1992) allerdings diese Hypothese, wenn sie in ihr Erklärungsmodell Eliten-Interpretationen und massenmediale Berichterstattung als intervenierende Variablen zwischen "events" und "changes in collective policy preferences" (Page/Shapiro 1992: 354) einbauen. Daraus resultiert dann die oben (Abschnitt 4.2.2) formulierte Hypothese 5.

22 Damit entspräche diese abgewandelte Hypothese 4 weitgehend der oben (Abschnitt 5.2.1) diskutierten Hypothese 1.

23 Siehe die oben (Abschnitt 2.4.1) verwendete Feindbild-Definition, die von einem *sozial vermittelten* Wahrnehmungsmuster ausgeht, von dem zu vermuten ist, daß es in bezug auf außenpolitische Einstellungen stark national geprägt ist, worin sich der Zusammenhang zum länderspezifisch unterschiedlichen Einstellungswandel zeigt. Siehe auch oben (Abschnitt 5.2.1) die Diskussion der ersten Hypothese.

Auch Page und Shapiro (1992) gehen auf diese beiden intervenierenden Variablen ein. Sie anerkennen die Bedeutung der massenmedialen Berichterstattung, gerade für außenpolitischen Einstellungswandel, jedoch nicht aus dem gerade dargelegten Grund. Ihrer Meinung nach sind die Massenmedien ein weitgehend neutraler Informationsvermittler, der allerdings durch die politischen Eliten und insbesondere die Regierung in einer Weise beeinflusst werden kann, daß sie die Bevölkerung nicht vollständig und akkurat informieren (Page/Shapiro 1992: 376).<sup>24</sup> Sie sehen auch, daß Bevölkerungsgruppen in ihren Einstellungsstrukturen differieren können.<sup>25</sup> Indem sie aber nur *ein* (nationales) Informationssystem betrachten, sind sie nicht mit einer solchen Differenz im Einstellungswandel konfrontiert, wie er sich am Ende des Ost-West-Konflikts gegenüber der Sowjetunion zeigte. Es sei zwar möglich, daß Geschwindigkeit und Zeitpunkt eines Einstellungswandels zwischen verschiedenen Gruppen der Bevölkerung aufgrund des jeweils unterschiedlichen Eingebundenseins in Netzwerke sozialer Kommunikation und des Einflusses von Meinungsführern differierten (Page/Shapiro 1992: 287). Aber aufs Ganze gesehen seien diese Unterschiede beim Einstellungswandel zu vernachlässigen:

"On the other hand, any or all of these hypotheses about differential group changes could be incorrect. Public opinion may change in a rather uniform fashion across the whole population, if the national media<sup>[26]</sup> transmit similar information to all groups and if they receive and process it in similar ways. This is especially likely to be true to the extent that different groups have similar interests or think in terms of public goods and the collective or national interest. As we will see, this latter situation may, in fact, be very common; it turns out that the policy preferences of different social groupings generally move in parallel with each other" (Page/Shapiro 1992: 287f).

Ihre Analyse von Einstellungsdaten, die differenziert nach unterschiedlichen sozialen Gruppen vorliegen (vgl. Page/Shapiro 1992: Kap. 7), bringt sie zu dem Ergebnis, daß sich der Einstellungswandel immer weitgehend parallel abspiele. Wenn eine Gruppe einen Einstellungswandel vollziehe, sei nicht zu erwarten, daß

- 24     Außerdem sehen sie verschiedene "patterns of misleading or biased information" am Werk: "These patterns very likely result from normal market forces, together with government control of certain types of information; from the nation-state system and the loyalties and interests it generates; from our predominately capitalist economy; and from the disproportionate resources with which business and other organized interests produce and disseminate political information" (Page/Shapiro 1992: 376). Aber alle diese "patterns" werden mit jeweils spezifischen Interessen verknüpft; gäbe es diese immer einseitigen Interessen nicht, gäbe es nach Ansicht von Page und Shapiro (1992: 355) auch keine "patterns", sondern ausschließlich akkurate, vollständige, korrekte, hilfreiche Informationen.
- 25     "Groups that have distinctive values or interests, for example, might be differentially affected by new events or circumstances, so that they change policy preferences in a distinctive fashion" (Page/Shapiro 1992: 286).
- 26     An dieser Stelle wird der eingeschränkte Blick auf alleine die politischen Einstellungen der amerikanischen Bevölkerung deutlich. Insofern Page und Shapiro (1992) nur *ein* nationales massenmediales System betrachten, bleiben ihnen länderspezifische Unterschiede, die gerade bei der Berichterstattung über die internationale Politik - und daher für außenpolitische Einstellungen - eine entscheidende Rolle spielen können, verborgen.

eine andere Gruppe bei denselben Einstellungen völlig gegensätzliche Reaktionen zeige. Dies begründet ihren Befund der "parallel publics" (Page/Shapiro 1992: Kap. 7),<sup>27</sup> der sich aber ausschließlich auf Gruppen ein und derselben (nationalen) Gesellschaft bezieht:

"Still, the bulk of the evidence indicates that different groups do not tend to *change* their preferences very often in very different ways. Among most groupings of Americans, opinions tend to change (or not change) in about the same manner: in the same direction and by about the same amount at about the same time" (Page/Shapiro 1992: 318, Hervorh. dort).

Und bei der einzigen Gruppendifferenzierung, die in Standard-Umfragen miterhoben wird, bei der sich Abweichungen vom parallelen Einstellungswandel zeigen - bei ParteianhängerInnen -, diskutieren Page und Shapiro (1992: 309-311) die Bedeutung von individuellen Einstellungsstrukturen, von Grundeinstellungen und Wahrnehmungsmustern einfach weg. Zwar belegen ihre Daten, daß sich ParteianhängerInnen gerade bei einem Einstellungswandel nicht selten unterschiedlich verhalten. Aber mit der Anerkennung wird auch gleich ihre Bedeutung - im Hinblick auf den *Rational-Public*-Ansatz - reduziert:

"In fact, party groups are practically the only ones for which we have regularly found cases of divergent movements of opinion, with the opinions of party groups becoming more different from each other over time. Subsequently, these differences are often reduced" (Page/Shapiro 1992: 309).

Zwar gäbe es bei ParteianhängerInnen hier und da "resistance to discordant information that is out of harmony with accumulated beliefs" (Page/Shapiro 1992: 311). Aber darin steckt keine Anerkennung der dafür verantwortlichen individuellen Einstellungsstrukturen und Wahrnehmungsmuster für politischen Einstellungswandel. Die unterschiedlichen Einstellungstrends von ParteianhängerInnen werden bei Page und Shapiro (1992: 309) auf "party leadership of public opinion" zurückgeführt. Ignoriert wird dabei, daß die dafür notwendige Orientierung von ParteianhängerInnen an ihren jeweiligen parteilichen MeinungsführerInnen (vgl. Page/Shapiro 1992: 311) Wahrnehmungsselektionen voraussetzt, die auf der Ebene des Individuums angesiedelt sein müssen. Zudem sind Einstellungsdivergenzen zwischen ParteianhängerInnen für Page und Shapiro (1992) auch deshalb nicht weiter beachtenswert, weil sie ihrer Ansicht nach die These des "rational public" nicht gefährden können. Die Orientierung an ParteiführerInnen für die individuellen

27 "Most of the time, then, most groupings of Americans change their policy preferences - when they do so at all - in the same direction and to about the same extent. Hence our reference to 'parallel publics'. Either the many plausible hypotheses concerning divergent changes are incorrect, or - more likely - they are applicable only in a minority of special cases. Most group-based differences in levels of opinion are rather longstanding. [...] This suggests that, on many issues, most or all subgroups may have sufficiently similar interests (or common concern for the collective public interest) so as to react to new events and changed circumstances in similar ways" (Page/Shapiro 1992: 294f).

politischen Einstellungen führte immer nur zu einem gruppenspezifisch *verzögerten* Einstellungswandel; irgendwann aber würden die objektiven Fakten auch zu denen durchdringen, die sie zunächst ignoriert hätten, und damit existierten auch im Fall der AnhängerInnen verschiedener Parteien "parallel publics" (Page/Shapiro 1992: Ch. 7).

Diese Parallelität politischen Einstellungswandels hat nach Page und Shapiro (1992: 319) zwei Ursachen. Politische Präferenzen würden zum einen nicht allein auf der Grundlage engstirniger Eigeninteressen gebildet, sondern "in terms of group interests and - especially - the public good, or perceived national interest" (Page/Shapiro 1992: 319). Die hierfür benötigten Beurteilungsmaßstäbe aber seien nicht individuell oder gruppenspezifisch, sondern gesellschaftlich übereinstimmend, weil sie bereitgestellt würden "by elites through the media" (Page/Shapiro 1992: 319). Auf diesem Wege sondern sie alle auf der individuellen Ebene angesiedelten intervenierenden Variablen für politischen Einstellungswandel aus. Zum anderen seien die politischen Informationen, die der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden, durch die massenmediale Berichterstattung sehr einheitlich, was von Page und Shapiro als erste Ursache angeführt wird:

"The first is that the political information and interpretations conveyed to the public have become highly unified, due to the development of centralized national mass media of communications and (especially in the foreign policy realm) heavy government influence over the flow of political information" (Page/Shapiro 1992: 319).

Die weitgehende Parallelität oder Übereinstimmung der außenpolitischen Einstellungen aller Teilgruppen einer Gesellschaft ist für Page und Shapiro (1992: Ch. 7) vor allem auf den großen Einfluß der Massenmedien zurückzuführen. Die von den Massenmedien bereitgestellten und von der Regierung beeinflussten Informationen bestimmten sowohl das Bild der internationalen Politik, welches sich eine Gesellschaft machen kann, als auch die nationalen Interessen, anhand derer die Informationen bewertet werden. Diese Überlegungen brachten Page und Shapiro (1992: 353f) dazu, den Massenmedien - gerade wenn es um außenpolitische Einstellungen geht - einen prominenten Platz in ihrem Erklärungsmodell politischen Einstellungswandels zu geben (siehe oben Abschnitt 4.2.2, Abb. 13), aus dem die Hypothese 5 abgeleitet wurde.

#### 5.2.5. Medien-Ereignis-Hypothese

Aus den im vorherigen Abschnitt dargestellten Erwägungen haben Page und Shapiro (1992) im Rahmen ihres *Rational-Public*-Ansatzes noch ein differenzierteres Erklärungsmodell entworfen, aus dem die fünfte Hypothese abgeleitet wurde:

*Hypothese 5:* Der Wandel außenpolitischer Einstellungen stellt eine Reaktion auf internationale Ereignisse und die in den Massenmedien hierüber bereitgestellten Informationen dar.



"Sudden events" in der internationalen Politik reichen also nicht aus, um einen Einstellungswandel auszulösen.<sup>28</sup> Allein wenn die Massenmedien Ereignisse als "sudden events" präsentieren, können sie Ausgangspunkte für Einstellungswandel sein, denn es gibt nahezu keine andere Möglichkeit, etwas von den Ereignissen der internationalen Politik zu erfahren. Erklärende Variable dieser Hypothese für den außenpolitischen Einstellungswandel am Ende des Ost-West-Konflikts sind nicht (mehr) allein die Ereignisse in der Sowjetunion, sondern - als intervenierende Variable - auch die massenmediale Berichterstattung darüber.

Bei der Diskussion der Hypothese 1 wurde schon erörtert, daß es durchaus vorstellbar und auch nicht überraschend wäre, wenn die amerikanischen Massenmedien in der Anfangsphase der sowjetischen Reformen weniger und skeptischer über positive Entwicklungen in der Sowjetunion berichtet hätten, als dies in der Bundesrepublik Deutschland der Fall war. Hypothese 5 könnte somit ebenso ein vielversprechender Ausgangspunkt für die Entwicklung eines allgemeinen Erklärungsmodells außenpolitischen Einstellungswandels werden, wenn die massenmediale Berichterstattung zur erklärenden Variable gemacht würde. Doch läßt es der Ansatz des *Rational Public*, aus dem diese Hypothese abgeleitet wurde, gerade *nicht* zu, die massenmediale Berichterstattung von den Ereignissen abzukoppeln.<sup>29</sup> Es ist gerade das *Zusammenwirken* von Ereignissen und ihrer Interpretation bzw. Berichterstattung - und damit genau diese Unterscheidung, die in die normative Perspektive von "education" versus "manipulation" mündet -, die den Ansatz des *Rational Public* ausmacht. Page und Shapiro (1992) sind immer auf der Suche nach den wahren, wirklichen Ursachen von Einstellungswandel:

"There is, however, a twofold ambiguity about treating wars, international crisis, and other events as causes of opinion change. First, as discussed further below, *interpretations* of events rather than the events themselves may often be crucial; the media and government officials and others who provide interpretations may sometimes be the real mover of public opinion. Second, and equally important, presidents and other officials can sometimes *control events*. When they do so, events are only the proximate cause of opinion change; the real impetus comes from the officials and those who influence them" (Page/Shapiro 1992: 335f, Hervorh. dort).<sup>30</sup>

28 "Citizens' assessments of the significance of trends and events - indeed, their very awareness of them - often depend crucially upon information and (especially) interpretations provided by elites, largely through the mass media" (Page/Shapiro 1992: 331).

29 "Our close examination of survey data in historical context makes clear that nearly all such changes represent sensible responses *to events and* to the information that is conveyed to the citizenry" (Page/Shapiro 1992: 282, meine Hervorh.).

30 An dieser Argumentationsfigur wird m.E. sehr offensichtlich, wie unhaltbar die erkenntnistheoretischen Annahmen des Ansatzes sind. Einmal angenommen, es gäbe solch ein *event*, das dafür initiiert wurde, um einen Meinungswandel zu bewirken; wie sollten Page oder Shapiro oder irgendeine andere Forscherin es von den vielen anderen *events* unterscheiden können, denen keine manipulative Intention zugrundelag? Und angenommen, es würde in den Memoiren eines alleine entscheidenden Akteurs stehen, daß er ein Ereignis mit manipulativer Intention in Gang gesetzt habe, folgte diesem Ereignis unweigerlich eine Handlungskette, in der die manipulative Intention nicht mehr erkennbar wäre - darauf zielte ja die manipulative Handlung geradezu ab. Alle Ereignisse dieser Handlungskette müßten dann jedoch nach Ansicht von Page und Shapiro

Der Ansatz des *Rational Public* will die "wahren" Ursachen von politischem Einstellungswandel identifizieren. Aus diesem Grund bezieht er die Interpretationen von Ereignissen, wie sie etwa durch Medien und Regierung vielfach vorgenommen werden, als intervenierende Variablen in die Erklärung mit ein (siehe Hypothese 5). Wenn politischer Einstellungswandel nicht auf Ereignisse zurückzuführen ist, können Page und Shapiro (1992) in fast allen dieser Fälle zeigen, daß dann die Öffentlichkeit nicht etwa falsch lag, sondern durch Medien und Regierung nur mit den falschen Interpretationen der Ereignisse versorgt wurde. Damit retten sie - zunächst ziemlich elegant - ihre These eines "rational public" und weisen am Ende den Eliten, die solche Fehlinterpretationen in die Welt setzten, die Verantwortung für das beschränkte Funktionieren der Demokratie zu.<sup>31</sup> Die Massenmedien haben aber im Erklärungsmodell des *Rational-Public*-Ansatzes nur die Rolle, in solchen Fällen herangezogen zu werden, in denen Hypothese 4 offensichtlich nicht tragfähig ist.

Eine solche Einbeziehung der Massenmedien in den Erklärungsansatz des *Rational Public*, wie er in der Entwicklung von Hypothese 4 zu Hypothese 5 sichtbar wurde, gestattet es dann aber nicht, den länderspezifisch unterschiedlichen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion in den USA und der BRD auf die Weise zu erklären, daß die amerikanischen Massenmedien in den Jahren 1986 bis 1988 ein anderes Bild der Sowjetunion gezeichnet hätten als die bundesdeutschen, und aus diesem Grund sowohl der amerikanische als auch der bundesdeutsche Einstellungswandel die Reaktion zweier "rational publics" auf die ihnen massenmedial bereitgestellten Informationen über die Sowjetunion gewesen wären. Damit nämlich wäre der normative Anspruch des Ansatzes völlig unterlaufen. Nur wenn die öffentliche Meinung auf die *wirklichen* Ereignisse der internationalen Politik reagieren kann, läßt sich das Argument stark machen, "public opinion concerning foreign policy has to be taken seriously as an influence in democratic policy making" (Page/Shapiro 1992: 284). Deshalb wird von Page und Shapiro (1992: 355) auch kritisiert, wenn Massenmedien und politische Eliten der Bevölkerung etwas anderes liefern als korrekte Informationen und hilfreiche Interpretationen.

Der Befund des länderspezifisch sehr unterschiedlichen außenpolitischen Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion wirft für den Ansatz des *Rational Public* die Frage auf, wie der Informationsfluß über die Sowjetunion - in der BRD

(1992: 336) auf die manipulative Intention an ihrem Anfang zurückgeführt werden und wären nicht als "real mover of public opinion" anzusehen. Die Konsequenz wäre: Hätte es jemals in der Weltgeschichte ein solches, einer manipulativen Intention entsprungenes *event* gegeben, dürften alle nachfolgenden Ereignisse nicht mehr als "wahre" Ursachen für die Erklärung eines Einstellungswandels anerkannt werden, denn "in each such cases [of controlled events], the event itself can provide, at best, only an incomplete explanation of opinion change; the underlying causes reside with the officials who brought about the event and with those who influenced the officials" (Page/Shapiro 1992: 336).

31 Vgl. Page/Shapiro (1992: 390): "There is more reason to worry about the quality of the information system - that is, about the institutions and structures and activities at the elite level that produce and disseminate political information - than about the capacity of ordinary citizens. That is, defects in American democracy may be more the fault of elites than the public."

oder in den USA - so manipuliert werden konnte, daß die Öffentlichkeit in mindestens einem der zwei Länder nicht auf die *wirklichen* Ereignisse in der Sowjetunion reagieren konnte, wie es einem "rational public" angemessen wäre, sondern nur auf eine von politischen Eliten manipulierte Berichterstattung in den Massenmedien. In diesem Punkt müßten sich die beiden Länder unterscheiden, denn anders wäre der unterschiedliche Einstellungswandel innerhalb des *Rational-Public*-Ansatzes nicht zu erklären.

Page und Shapiro (1992: 280f) liefern hierfür in ihrer Interpretation des amerikanischen außenpolitischen Einstellungswandels am Ende des Ost-West-Konflikts, der "Renewed Détente" einige Abwägungen der innen- und außenpolitischen sowie manipulativen und objektiven Einflußfaktoren auf den amerikanischen Einstellungswandel. Durch ihre spezifische Themenstellung (siehe oben Abschnitt 4.2) und die dadurch bedingte Auswahl von Umfrageergebnissen steht für sie jedoch nur teilweise der oben (Abschnitt 2.6) dargestellte einschneidende Einstellungswandel der amerikanischen Bevölkerung gegenüber der Sowjetunion zur Erklärung an. Doch stoßen auch sie bei ihrer Suche nach "significant opinion change" auf Umfrageergebnisse, die einen erheblichen außenpolitischen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre ausweisen und daher im Rahmen ihrer Gesamtargumentation erklärungsbedürftig sind.

Wenn sie also dann, um die These des *Rational Public* zu stützen, die "abrupt and gradual changes" bei den außenpolitischen Einstellungen in der Phase der "Renewed Détente" erklären müssen, stellen sie zunächst anhand der Ergebnisse von Einzelumfragen eine entspannungsfreundliche Stimmung der amerikanischen Bevölkerung schon für Mitte der 1980er Jahre fest: "By the middle 1980s, the public overwhelmingly backed measures for a renewed détente" (Page/Shapiro 1992: 280). Der hierfür notwendig gewesene Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion am Anfang der 1980er Jahre - für den jedoch keinerlei konkrete Daten angegeben werden - hatte nach der Interpretation von Page und Shapiro (1992: 280) sowohl innenpolitische wie außenpolitische Ursachen:

"The public's increasing support for détente was *eventually* helped along *somewhat* by the Reagan administration's gradual moves in that direction: the summit conferences and agreements of autumn 1985 (Geneva), autumn 1986 (Rekjavik), December 1987 (the Washington summit with Gorbachev at which the Intermediate Nuclear Force agreement was announced), and spring 1988 (Moscow). Much friendlier rhetoric began to displace the earlier denunciations of the 'evil empire'. Still, Reagan administration foreign policy had been substantially and unusually far out of harmony with the opinions of the general public, and the prodétente opinion changes *seem mostly* to have preceded rather than followed changes in the administration's line" (Page/Shapiro 1992: 280, meine Hervorh.).

"Eventually" ist nach dieser Interpretation der außenpolitische Einstellungswandel durch die Kooperationsbereitschaft der Reagan-Regierung gegenüber Michail Gorbatschow unterstützt worden, welche in den Gipfeltreffen ihren stärksten Ausdruck gefunden habe. Damit jedoch scheint kaum vereinbar, wenn Page und Shapiro (1992: 280) anschließend auf die Differenz zwischen der Reaganschen

Außenpolitik und der öffentlichen Meinung hinweisen und letzterer den zeitlich früheren Feindbild-Zerfall zusprechen, obwohl sie ihn mit ihren Daten letztlich nicht genau erfassen können. Zumindest aber müssen für Page und Shapiro die eigentlichen Ursachen des außenpolitischen Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion an anderer Stelle liegen, und sie liefern im unmittelbar anschließenden Textabschnitt eine zweite Erklärungsvariable:

"More important in influencing the public was *probably* leadership from the freeze movement and from experts and media editorials and commentary, some of it stimulated by foundations and perhaps by those with particular economic interests in reducing military expenditures" (Page/Shapiro 1992: 280, meine Hervorh.).

Nicht die Regierung, die länger als die öffentliche Meinung an ihrem Feindbild gegenüber der Sowjetunion festhielt, kommt nun als entscheidender Initiator des außenpolitischen Einstellungswandels in den Blick, sondern die Opposition (vgl. auch Powlick/Katz 1998: 32), wenn es um innenpolitische Einflüsse auf außenpolitische Einstellungen geht. Doch die Formulierung ("probably") von Page und Shapiro (1992: 280) zeigt, daß auch darin nicht die letztlich entscheidende Erklärungsvariable gesehen werden kann. Wenn aber der Einstellungswandel in der öffentlichen Meinung dem der Regierung zeitlich vorausging und auch der Einfluß der in außenpolitischen Fragen in Opposition zur Regierung stehenden politischen Eliten die Meinungsänderungen nicht überzeugend erklären kann, waren es wohl - Page/Shapiros Erklärungsmodell folgend - die Ereignisse der internationalen Politik, die den amerikanischen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion herbeigeführt haben:

"To a large extent, however, the movement in public opinion *may have been* relatively autonomous, not needing a great deal of leadership - and, indeed, with many 'leaders' only falling in line later. To a large extent people reacted to *objective events*, especially the emergence of a much less threatening Russia that was preoccupied with Gorbachev's 'perestroika' and 'glasnost' and sought peaceful foreign relations. Most Americans had always wanted to get along with the Soviet Union. Many, frightened by the alleged 'window of vulnerability' and angered by the events in Iran and Afghanistan, had supported the Reagan arms buildup at the beginning of the 1980s. But people became disturbed by the ensuing tensions and harsh rhetoric and sought renewed détente as soon as it seemed possible - a desire to which the Reagan administration eventually responded. Again public opinion seems to have affected policy" (Page/Shapiro 1992: 280f, meine Hervorh.).

So sehr diese Interpretation von Page und Shapiro (1992: 280) in die Argumentation ihres Buches paßt, so unbefriedigend bleibt sie im Hinblick auf eine Evaluation ihres Erklärungsmodells und eine genaue Bestimmung der entscheidenden Erklärungsvariablen für den einschneidenden außenpolitischen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts. Zwar wird auf "objective events" verwiesen, auf welche die öffentliche Meinung vor allem reagiert habe, doch gleichzeitig führen die Autoren ihre persönlichen Annahmen über die außenpolitische Meinung in den USA in die Erklärung mit ein, wenn sie auf die grundlegend

positive Tendenz in der Haltung gegenüber der Sowjetunion verweisen.<sup>32</sup> Zudem zielt der Text auch auf den Ausgangspunkt der Gesamtargumentation des Buches, die Behauptungen des Almond-Lippmann-Konsenses zurück, wenn es den Autoren wichtig erscheint, nicht nur den Einstellungswandel plausibel erklären zu können, sondern auch den Einfluß der öffentlichen Meinung auf die Politik belegen zu müssen. Dies aber setzt im hier beschriebenen Fall schon veränderte außenpolitische Einstellungen gegenüber der Sowjetunion zu einem Zeitpunkt voraus, zu dem die Reagan-Administration noch an ihrer "toughen" Haltung festhielt. Dies geben die Daten jedoch nur unter Zuhilfenahme eines bestimmten Interpretations-*bias* her, wobei zugleich berücksichtigt werden muß, daß sich auch Page und Shapiro mit ihrer Erklärung nicht so ganz sicher zu sein scheinen, wenn sie sie mit "may have been" einleiten müssen.

Insgesamt bleibt also die Darstellung von Page und Shapiro (1992) sowohl in der präzisen Erfassung des Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts (siehe auch oben Abschnitt 2.4.2) als auch vor allem in der Erklärung seiner zentralen Ursachen unbefriedigend. Durch die normative Zielsetzung ihres Buches mitbestimmt - der öffentlichen Meinung zu größerer demokratischer Legitimation zu verhelfen - müssen sie von Annahmen ausgehen, die sich für die Entwicklung einer Theorie außenpolitischen Einstellungswandels als problematisch erweisen. Hierzu gehört sowohl ihre Annahme von der Existenz individueller "true long-term preferences" (Page/Shapiro 1992: 16) als auch ihre erkenntnistheoretische Position, die ihnen angeblich erlaubt, zwischen "Education and Manipulation of Public Opinion" (Page/Shapiro 1992: 355-382; Page/Shapiro 1989) unterscheiden zu können.

Diese Annahmen und Orientierungen werden verständlich, wenn man die normative Zielsetzung des Buches beachtet. Ausgangspunkt waren die drei Behauptungen des Almond-Lippmann-Konsenses von der launenhaften, kohärenzlosen und daher für politische Entscheidungen irrelevanten außenpolitischen öffentlichen Meinung. Während für einige ForscherInnen der nur minimale Einfluß der öffentlichen Meinung auf Außenpolitik beruhigend wirkt angesichts angeblich kohärenzloser und launenhafter kollektiver Einstellungen in der Bevölkerung, schlußfolgerten die VertreterInnen "realistischer" Ansätze, daß der Einfluß der öffentlichen Meinung auf die Außenpolitik so weit wie möglich zu beschränken sei. Indem nun aber Page und Shapiro (1992) erklären, den Nachweis erbracht zu haben, daß die öffentliche Meinung vor allem stabil sei, kohärente Muster bilde und Veränderungen in sensibler und angemessener Reaktion auf politischen Wandel

32 "In many areas of foreign policy, including military spending, arms control, military aid and arms sales, and cooperation with the Soviet Union, public opinion by the early 1980s once again heavily favored peaceful policies" (Page/Shapiro 1992: 274). Belege für diese Auffassung finden sich letztlich allein in der spezifisch politischen Interpretation der vorliegenden Daten, denn diese spiegelten nach Ansicht von Page und Shapiro nicht die "wahren" Einstellungen der Bevölkerung wider, sondern seien vor allem aufgrund der Manipulation der Öffentlichkeit durch die Reagan-Administration zustande gekommen (vgl. Page/Shapiro 1992: 264-274).

vollziehe,<sup>33</sup> ist für sie dem "realistischen" Argument gegen den Einfluß der öffentlichen Meinung auf Außenpolitik der Boden entzogen. Sie gehen jedoch darüber hinaus und drehen gewissermaßen die "realistische" Argumentation um: Weil die öffentliche Meinung *nicht* kohärenzlos und unbeständig sei, stehe der Anwendung demokratischer Normen auf die Außenpolitik nichts im Wege.

Aus diesem Grund ist ihrer Meinung nach auch die Kritik an der Mehrheits-Demokratie zurückzuweisen, die sich an den inkohärenten und sprunghaft sich wandelnden politischen Präferenzen der breiten Bevölkerung, wie sie in Meinungsumfragen erhoben werden, festmache:

"The evidence of this book indicates that these critics are wrong. The public, as a collectivity, has the capacity to govern. Any major defects of American democracy are more likely to be found at the elite level" (Page/Shapiro 1992: 383).

Damit spielen sie auf die manipulativen Einflüsse der politischen Eliten auf den öffentlichen Meinungsbildungsprozeß an, durch welchen die Massenmedien davon abgehalten würden, objektiv zu berichten. Allein diese Manipulationsversuche beschädigten das demokratiethoretisch so reine Bild eines "rational public". Doch trotz dieser Einschränkung beharren sie auf der normativen Konsequenz ihrer Untersuchung: Die öffentliche Meinung, wie sie durch repräsentative Meinungsumfragen erhoben wird, sei "supposed to form the foundation for government decision making" (Page/Shapiro 1992: 1). Damit wird der Almond-Lippmann-Konsens als Grundlage für eine "realistische" Außenpolitik-Theorie auch in seinem dritten Aspekt zurückgewiesen, denn die darin enthaltene empirische Feststellung, "public opinion has a very limited impact on the conduct of foreign policy" (Holsti 1992: 442), stand in enger Verbindung mit der "realistischen" Forderung, Außenpolitik doch bitte nicht nach den Stimmungen in der Bevölkerung zu betreiben.

Page und Shapiro (1992) fordern demgegenüber nun, daß die Demokratisierung der Außenpolitik vor allem durch die Berücksichtigung der öffentlichen Meinung zu geschehen habe. Diese Argumentation ist jedoch nur auf der Basis der Annahme möglich, daß repräsentative Umfragen ein Meinungsbild erheben, welches auf individuellen politischen Einstellungen beruht, die durch den Bezug von fundamentalen Bedürfnissen und Werten auf politische Fragen zustandekommen (Page/Shapiro 1992: 16). Die Formulierung "Americans' collective policy preferences are real" (Page/Shapiro 1992: 383) verdeutlicht diese Annahme. Nur auf dieser Grundlage können Page und Shapiro (1992: 375) argumentieren, daß die eigentlichen, echten politischen Präferenzen der amerikanischen Bevölkerung in vielen Fällen anders aussähen, als es die Ergebnisse von Meinungsumfragen abbildeten,

33 Durch die Methodik ihrer Untersuchung, zu der sie der zu widerlegende Almond-Lippmann-Konsens gedrängt hat, übersehen sie die Fälle, in denen die öffentliche Meinung stabil blieb, die politische Umwelt sich aber so verändert hat, daß ein "rational public" mit einem Einstellungswandel hätte reagieren müssen. Aus der Analyse solcher Fälle ließen sich weitere theorieimmanente Argumente gegen die These vom "rational public" gewinnen. Weil solche Fälle in der Untersuchung von Page und Shapiro (1992) jedoch nicht vorkommen können, bleibt ihnen auch die Bedeutung konsistenztheoretischer Ansätze für politische Einstellungen verborgen.

weil diese erhobene öffentliche Meinung manipuliert worden sei. Zugleich ermöglicht diese Herangehensweise ihnen auch, Fälle zu entdecken, in denen die öffentliche Meinung den Beeinflussungsversuchen der politischen Elite widerstanden habe. Dies sei vor allem bei innenpolitischen Fragen der Fall, aber teilweise auch bei außenpolitischen Themen, etwa bei der Unterstützung der Vereinten Nationen:

"The data suggest that for some time the American public has generally felt more enthusiasm for the United Nations than have foreign policy officials. Like the steady public backing for Social Security and other social programs in the 1980s, this continued high support for the United Nations indicates that public opinion can sometimes be quite resistant to elite persuasion" (Page/Shapiro 1992: 219).

Diese Argumentation von Page und Shapiro verdeutlicht zugleich ihre große theoretische Schwäche. Woran wollen sie an Umfrageergebnissen erkennen können, daß die einen die "wahren" politischen Präferenzen der Bevölkerung widerspiegeln, während die anderen das Ergebnis von Manipulationen sind? Sie müßten neben repräsentativen Meinungsbefragungen noch ein anderes Instrumentarium zur Verfügung haben, mit dem sie die *eigentlichen, wirklichen* politischen Einstellungen der amerikanischen Bevölkerung erfassen können. Dieses kann aber gerade in bezug auf außenpolitische Einstellungen deshalb nicht existieren, weil auch das Vorhandensein dieser Einstellungen - als "real policy preferences, based on underlying needs and values and on the beliefs held at that moment" (Page/Shapiro 1992: 16) - in Frage steht:

Wenn Informationen über die internationale Politik in weiten Teilen der Bevölkerung nur sehr bruchstückhaft vorhanden sind, teilweise erst in der Befragungssituation durch den Vorspann der Meinungsumfragen bereitgestellt werden und ansonsten auf massenmedialer Berichterstattung beruhen, die - das erkennen auch Page und Shapiro (1992: 340) - verschiedenen Einflüssen ausgeliefert ist und daher in den meisten Fällen nicht als "objektive Berichterstattung" - sollte es so etwas geben - gelten kann, wie sollte es in dieser Situation zu individuellen "true long-term preferences" (Page/Shapiro 1992: 16) über außenpolitische Fragen kommen, welche für Page und Shapiro die eigentlichen, die wahren politischen Einstellungen darstellen? Page und Shapiro (1992: 16, Hervorh. dort) behaupten hierzu:

"Yet it is also consistent with this picture that at any given moment an individual has real policy preferences, based on underlying needs and values and on the beliefs held at that moment. Furthermore, over a period of time, each individual has a central tendency of opinion, which might be called a 'true' or *long-term preference*, and which can be ascertained by averaging the opinions expressed by the *same individual* at several different times. If the individual's opinions fluctuate randomly around the same central tendency for a sustained period of time, his or her true long-term preferences will be stable and ascertainable, despite observed momentary fluctuations in opinion."

Auf dieser - unbegründeten - Annahme basiert die These vom "rational public", welches sich in den Ergebnissen repräsentativer Meinungsumfragen manifestiere, weil sich dabei augenblickliche individuelle Abweichungen von den eigenen *true long-term preferences* für das gesamte Sample gegenseitig ausgleichen würden.<sup>34</sup> Wie oben schon erwähnt folgt daraus für Page und Shapiro (1992: 16): "As a result, the measurement of collective public opinion is largely free of the random error associated with individual attitudes". Und schon damit ist für sie sichergestellt, daß "collective measurements [...] will tend accurately to reflect the 'true' underlying or long-term opinions of the individuals" (Page/Shapiro 1992: 16f). Dies werde auch dadurch nicht gefährdet, wenn individuelles Antwortverhalten "ill-informed, shallow, and fluctuating" (Page/Shapiro 1992: 16) sei. Das Vertrauen in ihre Annahme von den wahren politischen Einstellungen geht so weit, daß der "kollektiven Meinung" sogar eine besondere Qualität zugeschrieben wird: "If the available information is accurate and helpful, collective opinion can even be wise" (Page/Shapiro 1992: 17, Hervorh. dort).

Oder aber - so soll hier zur Verdeutlichung der Kritik<sup>35</sup> eine Gegenthese für außenpolitische Einstellungen formuliert werden - die Ergebnisse repräsentativer Meinungsumfragen zu außenpolitischen Themen sind *primär* eine Erhebung von weitgehend zufälligem Antwortverhalten, dessen Normalverteilung zusammengekommen mit dem kleineren Anteil von Antworten, die von informierten Befragten abgegeben werden, zu der von Page und Shapiro (1992: 16) identifizierten "long-term preference" führen, deren weitgehende Stabilität dann aus rein mathematischen Gründen nicht mehr überraschen müßte.<sup>36</sup> Zudem wäre damit der meist nur geringe Wandel politischer Einstellungen leicht zu erklären, denn nur der kleine, informierte Teil der Befragten würde auf eine veränderte Umwelt mit einer Anpassung seiner politischen Einstellungen reagieren. Daß diese Anpassung in die dem politischen Wandel entsprechend richtige Richtung erfolgt, wäre dann kein Zeichen kollektiver Weisheit, sondern allein der politischen Aufmerksamkeit eines kleinen Teils der Bevölkerung zu verdanken.

Diese Gegenthese ist möglicherweise überzogen; aber sie kann vielleicht die Unbegründetheit der Annahmen verdeutlichen, auf denen der *Rational-Public*-Ansatz beruht. Ohne die Annahmen über die wahren politischen Einstellungen der Individuen könnten Page und Shapiro weder ihr demokratietheoretisches Argument, daß die politischen Präferenzen der Bevölkerung die Grundlage für Regierungsentscheidungen abzugeben hätten, noch ihre Kritik der politischen Elite vortragen, denn nur wenn es die wahren politischen Einstellungen der Bevölkerung gibt, lassen sich andere als manipuliert beurteilen und kennzeichnen.

34 "Moreover - and this is the key point - at any given moment, the random deviations of individuals from their long-term opinions may well cancel out over a large sample, so that a poll or survey can accurately measure collective preferences as defined in terms of the true or long-term preferences of many individual citizens" (Page/Shapiro 1992: 16).

35 Zur Kritik der "long term opinions" und des "rational public" vgl. auch Fishkin (1995: 84-89).

36 Die zunehmende Entfernung der Antwortverteilung von der Normalverteilung könnte dabei in Relation zu der Aufmerksamkeit stehen, die das betroffene Thema in der Bevölkerung genießt.



Diese Manipulation beginnt für Page und Shapiro jedoch nicht erst mit dem Einfluß der politischen Elite auf die Darstellung und Interpretation internationaler Politik in den Massenmedien, sondern, wie oben bereits erwähnt, schon bei den Ereignissen selbst. Page und Shapiro (1992: 335) machen eine Ambiguität von Ereignissen als Ursachen für Einstellungswandel aus, wodurch es ihnen darauf ankommen muß, die wahren Ursachen für außenpolitischen Einstellungswandel identifizieren zu können, denn nur wenn dieser seinen Grund in den *wirklichen* Entwicklungen der internationalen Politik hat, lassen sich ihrer Meinung nach außenpolitische Einstellungen guten Gewissens als ernstzunehmende Basis für Regierungshandeln demokratietheoretisch adeln. Folglich stellen alle Möglichkeiten, die öffentliche Meinung von ihren wahren Präferenzen abzubringen, ernsthafte Gefahren sowohl für das Erklärungsmodell als auch für das vertretene normative Argument dar:

"Our findings that media-reported statements and actions strongly affect American's policy preferences, and that government officials can influence public opinion by controlling certain international events, raise important questions about democratic theory. [...] The possibility that the public is systematically misled in its policy preferences also threatens the main thrust of our argument about the rationality of public opinion" (Page/Shapiro 1992: 355).

Zwar versuchen Page und Shapiro (1992: 355-375) anschließend, Argumente zusammenzutragen, mit denen sich die These vom "rational public" stützen ließe. Hohe Schulbildung, wissenschaftliche Analysen und Meinungsführerschaft, die den kollektiven Deliberationsprozeß befördere, können sie dabei ins Feld führen: "Without question, an elaborate system for collective deliberation exists in the contemporary United States" (Page/Shapiro 1992: 364). Doch die Voraussetzungen sicherten noch nicht ihre Inanspruchnahme, und gerade in bezug auf außenpolitische Einstellungen seien hier doch erhebliche Abstriche zu machen: sowohl die Aufmerksamkeit der Massenmedien gehe nicht mit der Relevanz der Ereignisse einher als auch ihre inhaltliche Darstellung könne irreführend und tendenziös sein und teilweise sogar intentional manipulierte Informationen und Interpretationen enthalten (Page/Shapiro 1992: 366). Die Raketen-Lücke Ende der 1950er Jahre, der Zwischenfall von Tonkin, die Angst vor der Sowjetunion und Ronald Reagans Nicaragua-Politik werden als Beispiele angeführt, in denen die Regierung die Öffentlichkeit gezielt irreführt habe. Dabei seien jedoch fast immer zugleich auch die Grenzen der Manipulierbarkeit der Öffentlichkeit deutlich geworden (Page/Shapiro 1992: 370, 372).

Doch nicht nur diese intentionale Irreführung der Öffentlichkeit durch die Regierung erkennen Page und Shapiro als Gefahr für ihr "rational public", sondern - wie oben schon kurz erwähnt - auch "patterns of biased information":

"We believe that the American public may be regularly exposed to certain kinds of misleading or biased information and interpretations that affect preferences concerning a wide range of foreign and domestic policies. These patterns very likely result from normal market forces, together with government control of certain types of information;

from the nation-state system and the loyalties and interests it generates; from our predominately capitalist economy; and from the disproportionate resources with which business and other organized interests produce and disseminate political information" (Page/Shapiro 1992: 376).

Speziell bei außenpolitischen Informationen sehen Page und Shapiro (1992: 376-378) drei Muster am Werke, nach denen diese gefärbt würden: einen "nationalistic and ethnocentric bias", einen "anti-Communist bias" sowie einen "procapitalist slant". Auch wenn keine intentionale Beeinflussung oder Manipulation außenpolitischer Informationen durch die Regierung oder die politische Elite geschehe, seien in einem massenmedialen Informationssystem Mechanismen am Werk, die verhindern, daß für einen außenpolitischen Meinungsbildungsprozeß "objektive Informationen" zur Verfügung stünden.

Aus dieser Feststellung lassen sich jedoch zwei unterschiedliche Schlüsse ziehen. Page und Shapiro wollen an ihrer demokratietheoretischen Argumentation festhalten und müssen deshalb davon ausgehen, daß alle nicht-objektiven Informationen in den meisten Fällen keine entscheidende Rolle im Meinungsbildungsprozeß des "rational public" spielen. Aus ihrer Beobachtung, daß dieses "rational public" jedoch auch getäuscht werden kann, ziehen sie dann den forschungspragmatischen Schluß, sich nun vor allem dafür zu interessieren, wie häufig die Öffentlichkeit mit irreführenden Informationen getäuscht wird und wie dieses verhindert werden könnte (Page/Shapiro 1992: 382).

Gegen diese Herangehensweise läßt sich jedoch nicht nur einwenden, daß für ihre Plausibilität davon ausgegangen werden müßte, daß es die geringere Anzahl von Fällen ist, in denen die Öffentlichkeit durch fehlerhafte außenpolitische Informationen getäuscht wird und daß meistens eine "objektive" Information der Bevölkerung geschieht. Sie steht vor allem auf erkenntnistheoretisch unsicherem Grund, denn wer sollte denn überhaupt in der Lage sein, "objektive" außenpolitische Informationen zu besitzen, um auf dieser Grundlage den "bias", die "misleading information" oder den manipulativen Einfluß abschätzen zu können? Page und Shapiro geraten unter ihrer normativen Zielsetzung, daß eine vollständig und objektiv informierte Öffentlichkeit als "rational public" auch in außenpolitischen Fragen die beste demokratische Grundlage für Regierungsentscheidungen darstelle, in ein ähnliches Dilemma wie die Feindbild-Forschung mit ihrer Vorstellung, "Fehlwahrnehmungen" identifizieren zu können. Nur wenn sie bezüglich der eigenen Wahrnehmungen der internationalen Politik annehmen, daß diese keinen Einseitigkeiten, Fehlinformationen, Mißinterpretationen und Irreführungen unterliegen, können sie begründet argumentieren, daß es dieses authentische "rational public" gibt oder geben könnte, das objektiv informiert zu seinen "wahren" politischen Einstellungen findet:

"If, on the other hand, leaders help the public to understand politics; if there exists an information system that regularly provides correct, useful information and interpretations, then there should arise an informed, authentic public opinion well worth heeding" (Page/Shapiro 1992: 355).

Wenngleich sie die Probleme solcher Beurteilungsoperationen mehr oder weniger zu erkennen scheinen,<sup>37</sup> beanspruchen sie doch, objektive von irreführenden Informationen unterscheiden zu können. Darauf basiert ihre Beurteilung der amerikanischen Demokratie, deren Defizite sie stärker auf der Eliten-Ebene und weniger bei der Bevölkerung ausmachen.<sup>38</sup> Und nur unter Annahme eines solchen objektiven - zumindest aber objektiveren - Zugriffs auf Realität als alle anderen, an der politischen Öffentlichkeit beteiligten Akteure, können sie zu einem bestimmten Fazit ihrer Untersuchung kommen, das auf der Grundlage von "Fakten" den unterschiedlichen "bias" nationaler Informationssysteme kritisiert (vgl. Page/Shapiro 1992: 394f) und die manipulierenden Aktivitäten von Regierungen verurteilt:

"The historical record indicates that government officials often mislead and sometimes lie, particularly in foreign affairs, where government control of information is great. Opposing countries and movements are commonly portrayed as aggressive and evil (and U.S. government actions as benevolent), for example, regardless of the facts, in order to mobilize public support for official policies" (Page/Shapiro 1992: 394).

Mit diesem Ansatz ist jedoch in der genauen Bestimmung der Variablen, welche für außenpolitische Einstellungen und ihren Wandel bestimmend sind, nicht weiterzukommen, denn er interessiert sich nur für solche Einflußfaktoren, die für - an der eigenen Meinung gemessen - falsche Einstellungen verantwortlich sind.<sup>39</sup> Diese Herangehensweise setzte aber voraus, daß ein quasi perfekter Einstellungswandel, der ausschließlich eine Reaktion auf Ereignisse der internationalen Politik in ihrer völlig unverfälschten Art ist, konzipiert werden könnte, um daran dann einen empirisch vorgefundenen Einstellungswandel messen und den manipulativen Einfluß der Regierung, politischer Eliten, massenmedialer Kommentierung und Interpretation abschätzen zu können. Dies ist, wenn man die Texte von Page und Shapiro (1992) genau analysiert, die implizite Herangehensweise des *Rational-Public*-Ansatzes. Nur wenn sich die ForscherInnen über die gesellschaftliche Beobachtung der internationalen Politik - durch Massenmedien, politische Eliten, JournalistInnen etc. - erheben mit dem Anspruch, die Wirklichkeit unverfälscht, richtig, quasi unmittelbar wahrnehmen zu können, sind sie in der Lage, bestimmte außenpolitische Einstellungen als richtig und andere als manipuliert qualifizieren zu können (vgl. Page/Shapiro 1992: 366-372). Die konsequente Anwendung des *Rational-Public*-Ansatzes auf den länderspezifisch unterschiedlichen Einstellungs-

37 "Again, we take that term ['misleading'] to refer to messages that tend to lead average Americans away from the policy preferences they would hold if fully and accurately informed - a definition that is theoretically appealing, though difficult to apply in practice" (Page/Shapiro 1992: 375).

38 "But the evidence from Chapters 3-6 and Chapter 9 suggests that there is more reason to worry about the quality of the information system - that is, about the institutions and structures and activities at the elite level that produce and disseminate political information - than about the capacity of ordinary citizens. That is, defects in American democracy may be more the fault of elites than the public" (Page/Shapiro 1992: 390).

39 "The rational public can be deceived. It is important to learn more about how often this happens, exactly how it occurs, and what can be done to prevent it" (Page/Shapiro 1992: 382).

wandel hätte folglich von einem, den Ereignissen in der Sowjetunion angemessenen, richtigen Einstellungswandel auszugehen und dann die massenmediale Berichterstattung in den USA oder in der Bundesrepublik - oder gar in beiden Ländern - als manipulativ und damit auf undemokratische Interessen rückführbar zu kritisieren. Weil die derart manipulierten Bevölkerungen aber keine Möglichkeit hatten, sich ein anderes Bild von den Reformen in der Sowjetunion zu machen, ließe sich die Auszeichnung "rational public" für beide Fälle aufrechterhalten.

Hier soll nicht bestritten werden, daß es zweifellos Fälle gibt, die - im Rückblick - den Anschein erwecken können, daß offensichtlich gezielt wichtige Informationen unterdrückt oder Fehlinformationen verbreitet wurden. Dies aber ist eine politische Aussage, die erkenntnistheoretisch auf unsicherem Grund steht (vgl. Luhmann 1996: 15), denn sie kann die Unvollständigkeit von Informationen nur an unterstellten Intentionen festmachen, nicht aber an einem objektiven Maßstab von Vollständigkeit von Informationen, den es nicht geben kann. Zudem muß es, um außenpolitischen Einstellungswandel erklären zu können, darum gehen, *alle* Bedingungsfaktoren außenpolitischen Einstellungswandels zu erfassen, unabhängig davon, ob er angesichts einer "objektiven Realität" richtig oder falsch ist, denn beim Einfluß der öffentlichen Meinung auf Außenpolitik ist davon auszugehen, daß angeblich "falsche" Einstellungen nicht weniger einflußreich sein werden als "richtige" (vgl. Powlick/Katz 1998). Um die Erklärungsfaktoren jener öffentlichen Meinung zu erkennen, die einen wichtigen Einflußfaktor für außenpolitische Entscheidungen darstellt, ist folglich von der demokratietheoretischen Rechtfertigung, wie sie für Page und Shapiro (1992) zentral ist, abzusehen (siehe oben Abschnitt 4.1). Vor allem aber führt uns die Unterscheidung von Manipulation/Nicht-Manipulation bei der Analyse des gesellschaftlichen Beobachtungssystems der internationalen Politik nicht weiter, sondern letztlich immer zum selben Ergebnis in der Form: "Der Einstellungswandel im Fall A war Ergebnis von Manipulation; der Fall B stellt den richtigen Einstellungswandel dar." Die Analyse anderer ForscherInnen kann aber leicht zum gegenteiligen Ergebnis kommen, daß im Fall B manipuliert wurde und der Einstellungswandel im Fall A den "wirklichen" Ereignissen entsprach. Welche Möglichkeit bietet die Wissenschaft, einen solchen Streit zu entscheiden? Und wenn sie die Möglichkeit böte, führte eine dann ermöglichte Einigung zu vertieften Einsichten über allgemeine Bedingungsfaktoren außenpolitischen Einstellungswandels?

Solange die gesellschaftliche Beobachtung der internationalen Politik anhand der Unterscheidung Manipulation/Nicht-Manipulation beobachtet wird, werden im Wissenschaftssystem die Auseinandersetzungen über politische Einschätzungen wiederholt: War der bundesdeutsche Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion eine irrationale "Gorbimania", die den Blick für die wirkliche Bedrohung verloren hatte, oder war das amerikanische Festhalten an den negativen Einstellungen eine verbohrtete Fehlwahrnehmung, wie es die Feindbild-Forschung immer prognostiziert hatte? Diese Frage kann nur politisch, aber nicht wissenschaftlich beantwortet werden, denn letzteres setzte voraus, daß die Wissenschaft einen von den gesellschaftlichen Beobachtungssystemen der internationalen Politik unabhängigen

Zugriff auf die Wirklichkeit der internationalen Politik hätte. Ein solcher ist jedoch nicht vorstellbar. Außerdem brächte uns die Beantwortung dieser Frage kaum einen Schritt voran, *allgemeine* Bedingungsfaktoren außenpolitischen Einstellungswandels zu identifizieren. Für eine solche Fragestellung scheint der Ansatz des *Rational Public* nicht geeignet.

#### 5.2.6. Ergebnisse der Hypothesenüberprüfung

Die theorieimmanente Überprüfung der in den Kapiteln drei und vier aus den zwei vorherrschenden Ansätzen der Analyse außenpolitischer Einstellungen abgeleiteten fünf Hypothesen hat ein doppeltes Ergebnis: Drei Hypothesen sind ziemlich offensichtlich an dem Rätsel, welches der in Kapitel zwei dargestellte länderspezifisch unterschiedliche außenpolitische Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts darstellt, gescheitert (Hypothesen 2, 3, 4). Jeweils eine Hypothese beider Ansätze erwies sich dagegen als prinzipiell tragfähig für eine theorieimmanente Erklärung des unterschiedlichen Feindbild-Zerfalls. Die aus der Feindbild-Forschung gewonnene Hypothese 1 sieht außenpolitischen Einstellungswandel durch das individuelle Streben nach kognitiver Konsistenz bedingt. Dadurch wird die Anzahl zur vorhandenen Grundeinstellung dissonanter Informationen in Relation zur Anzahl konsonanter Informationen zur entscheidenden erklärenden Variable dafür, ein vorhandenes Feindbild aufzugeben. Ein kollektiver Einstellungswandel setzt dann voraus, daß bei vielen Mitgliedern einer Gesellschaft die Anzahl der zum Feindbild dissonanten Informationen zunimmt. Aus welchen Gründen diese Anzahl für die Bevölkerungen der USA und der Bundesrepublik Deutschland im fraglichen Zeitraum differiert haben könnte, wurde oben (Abschnitt 5.2.1) erörtert. Dabei verweist die Hypothese 1 vornehmlich auf die individuellen Bedingungen, unter denen Menschen bereit sind, Fehleinschätzungen aufzugeben: Der individuelle Wahrnehmungsapparat mißt die ihn erreichenden Informationen daran, inwiefern sie mit seiner Grundeinstellung harmonieren und ob die Anzahl zu ihr dissonanter Informationen ihn nötigen kann, ihnen seine Grundeinstellung anzupassen, um kognitive Dissonanz zu vermeiden. Nach diesem Ansatz waren die *individuellen* Bedingungen außenpolitischen Einstellungswandels für die zeitliche Differenz beim Feindbild-Zerfall verantwortlich.

Dagegen ist die Erklärung des *Rational-Public*-Ansatzes (Hypothese 5) auf der gesellschaftlichen Ebene angesiedelt. Der unterschiedliche Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion in der BRD und den USA ist demnach auf eine Manipulation der massenmedialen Berichterstattung zurückzuführen, für die in der Regel politische Eliten verantwortlich gemacht werden. Weil ihre - interessen-gesteuert - einseitigen Interpretationen der Ereignisse in der Sowjetunion und möglicherweise noch durch die Regierung inszenierte *events* mindestens einer der beiden untersuchten Bevölkerungen ein falsches Bild der Wirklichkeit vorgegaukelt haben, konnten sie nicht in völliger *Rational-public*-Manier auf die stattfindenden Reformen in der Sowjetunion angemessen reagieren. Danach waren die *gesellschaft-*

lichen Bedingungen außenpolitischen Einstellungswandels für die zeitliche Differenz beim Feindbild-Zerfall verantwortlich.

Wollte man nun innerhalb der Feindbild-Forschung ein *allgemeines Erklärungsmodell* außenpolitischen Einstellungswandels entwickeln, wäre damit immer verbunden, bestimmte Einstellungen als Fehlwahrnehmungen, also als fehlerhafte Einstellungen qualifizieren zu müssen, denn die kognitive Dissonanz auf der individuellen Ebene führt der Hypothese entsprechend zum Verzicht auf die fehlerhafte Einstellung. Eine solche Entwicklung könnte nur gelingen, wenn dem Erklärungsmodell eine Anleitung beigegeben wäre, wie man zu fehlerfreien Einstellungen kommen kann. Wenn nun aber die Feindbild-Forschung die individuellen Bedingungen außenpolitischen Einstellungswandels, die Mechanismen des menschlichen Wahrnehmungsapparats (Suche nach kognitiver Konsistenz) hervorhebt, aufgrund derer es auch zu Fehlwahrnehmungen kommen kann, müßte die eben erwähnte Anleitung zeigen können, wie Feindbild-ForscherInnen diesen menschlichen Wahrnehmungsapparat umgehen können, um zu einer Realitäts-Erkennntnis zu gelangen, die mit Sicherheit keine Fehlwahrnehmung ist. Dies scheint mir ausgeschlossen zu sein. Mit anderen Worten: Die Feindbild-Forschung macht für Fehlwahrnehmungen einen spezifischen Mechanismus des menschlichen Wahrnehmungsapparats verantwortlich; da nun aber Feindbild-ForscherInnen für die Erkenntnis der Wirklichkeit auch "nur" ein solcher menschlicher Wahrnehmungsapparat zur Verfügung steht, können sie von ihren Erkenntnissen nicht begründet behaupten, daß sie mit Sicherheit keine Fehlwahrnehmungen sind. Ohne "richtige" gibt es aber auch keine Fehlwahrnehmungen, und ohne Fehlwahrnehmungen gibt es keine Feindbild-Forschung, an die sich für die Entwicklung eines allgemeinen Erklärungsmodells anknüpfen ließe.

Wollte man innerhalb des *Rational-Public*-Ansatzes ein allgemeines Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels entwickeln, wäre damit immer verbunden, bestimmte Einstellungen als Resultate einseitiger Interpretationen und damit von Informations-Manipulation qualifizieren zu müssen. Dies könnte nur gelingen, wenn dem Erklärungsmodell eine Anleitung beigegeben wäre, wie man sich solchen Manipulationen entziehen kann. Wenn nun aber der Ansatz des *Rational Public* auf die gesellschaftlichen Bedingungen außenpolitischen Einstellungswandels, insbesondere die Mechanismen massenmedialer Berichterstattung über die internationale Politik hinweist, aufgrund derer Informationen über die internationale Politik immer auch einseitig interpretiert und damit manipuliert sein können, müßte die eben erwähnte Anleitung zeigen können, wie Außenpolitik-AnalytikerInnen solche Manipulationseinflüsse umgehen können, um zu einer Realitäts-Erkennntnis zu gelangen, die mit Sicherheit nicht manipuliert worden ist. Dies scheint mir ausgeschlossen zu sein, denn niemand kann die gesamte internationale Politik in eigenen Augenschein nehmen. Mit anderen Worten: Der Ansatz des *Rational Public* macht für einseitige Interpretationen und Informations-Manipulation der internationalen Politik einen gesellschaftlichen Mechanismus von Informationsvermittlung verantwortlich; da nun aber Außenpolitik-AnalytikerInnen für die Erkenntnis der Wirklichkeit auch auf diese Informationsvermittlung

angewiesen sind, können sie von ihren Erkenntnissen nicht begründet behaupten, daß sie mit Sicherheit "richtig" sind und auf keinerlei manipulierten oder einseitig interpretierten Informationen basieren. Ohne "richtige" gibt es aber auch keine manipulierten Informationen, und ohne das Manipulations-Element fällt der Ansatz des *Rational Public* auf den Stand der Hypothese 4 zurück, die im Bereich außenpolitischer Einstellungen nicht lohnt, weiterverfolgt zu werden (siehe oben Abschnitte 2.2 und 5.2.4).

Aus diesen Gründen liefern beide Ansätze, denen die fünf untersuchten Hypothesen entstammen, keine geeignete theoretische Grundlage für die Entwicklung eines allgemeinen Erklärungsmodells außenpolitischen Einstellungswandels. Dies hat, soviel sollte in den vorangegangenen Abschnitten deutlich geworden sein, nicht alleine, aber in entscheidendem Maße mit der normativen Ausrichtung dieser Ansätze zu tun. Entsprechend steht im folgenden Abschnitt die Frage im Mittelpunkt, ob sich mit der theoretischen Herangehensweise, die beiden Ansätzen zugrundeliegt (Filter-Modell), wenn man sie von ihren normativen Ansprüchen und Zielsetzungen befreite, erfolgversprechend weiterarbeiten ließe im Hinblick auf ein allgemeines Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels.

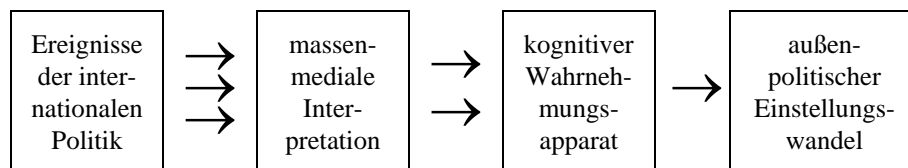
### 5.3. *Bedingungsfaktoren außenpolitischen Einstellungswandels*

Mithilfe der vorliegenden Erklärungsansätze und der aus ihnen entwickelten Hypothesen für die abhängige Variable "Feindbild-Zerfall" bzw. "außenpolitischer Einstellungswandel" konnten durch die Überprüfung der entsprechenden Hypothesen am Fall des länderspezifisch unterschiedlichen außenpolitischen Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts zwei Faktoren identifiziert werden, die offenbar bestimmenden Einfluß auf den zeitlichen Verlauf eines solchen außenpolitischen Einstellungswandels ausüben: die individuelle und die gesellschaftliche Informationsverarbeitung bei Themen der internationalen Politik. Würde man diese Faktoren nun - als Versuch, der vorgetragenen erkenntnistheoretischen Kritik zu entgehen - jenen analytischen Kontexten entheben, denen sie entstammen, und damit auf die diesen inhärente kritische Perspektive, die einerseits Fehlwahrnehmungen und andererseits Medien-Manipulationen aufdecken will, verzichten, ließen sich diese Faktoren gewissermaßen als zwangsläufige Filter auf der Informationsvermittlungs-Strecke zwischen Ereignissen der internationalen Politik und den individuellen außenpolitischen Einstellungen rekonzeptualisieren.

Dieses Modell, welches hier als argumentativer Zwischenschritt auf dem Weg zu dem im sechsten Kapitel vorgestellten "Beobachtungs-Modell" dienen soll, geht davon aus, daß es Ereignisse der internationalen Politik sind, die den Ausgangspunkt eines entsprechenden Kausalpfades bilden, und daß diese Ereignisse nur unter (zwei) bestimmten Bedingungen auch zu einem außenpolitischen Einstellungswandel in der Bevölkerung führen. Diese Bedingungen werden durch die massenmediale Interpretation der Ereignisse der internationalen Politik und durch den individuellen kognitiven Wahrnehmungsapparat in seinem Umgang mit diesen Ereignissen bzw.

ihrer massenmedialen Interpretation vorgegeben und könnten somit - in Erweiterung des "Einfachen Erklärungsmodells" (siehe oben Abb. 1 in Abschnitt 2.2) - als "Filter" auf dem Weg zwischen der internationalen Politik und den außenpolitischen Einstellungen von Individuen konzipiert werden. Der allerhäufigste Fall wäre dabei, daß diese Filter jeweils einen Teil der Realität der internationalen Politik wegschneiden und den Individuen für ihre Bildung außenpolitischer Einstellungen nur Teilerkenntnisse der Realität vorliegen. Ohne diese Filter ist die Bildung und der Wandel außenpolitischer Einstellungen - bei dieser Herangehensweise - auch kaum vorstellbar, denn weder sind Individuen in der Lage, alle ihnen zur Verfügung gestellten Informationen über die internationale Politik mit gleicher Aufmerksamkeit aufzunehmen und umzusetzen, noch sind die gesellschaftlichen Vermittlungssysteme, insbesondere die Massenmedien, in der Lage, das gesamte Geschehen der internationalen Politik vollständig darzustellen und zu übermitteln. Dieses "Filter-Modell" außenpolitischen Einstellungswandels läßt sich in einem Schaubild folgendermaßen veranschaulichen:

Abbildung 14: Filter-Modell außenpolitischen Einstellungswandels



Ließe sich aus diesem Filter-Modell aber auch ein allgemeines Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels entwickeln? Die Hypothese, welche dieses Filter-Modell nahelegt, würde etwa lauten: Mit außenpolitischem Einstellungswandel ist dann zu rechnen, wenn Ereignisse der internationalen Politik, die dissonant zu den vorhandenen außenpolitischen Einstellungen sind, von den Massenmedien vermittelt und bei vielen Mitgliedern einer Gesellschaft von deren individuellem kognitiven Wahrnehmungsapparat so verarbeitet werden, daß die Anzahl von Informationen, die dissonant zur vorhandenen individuellen außenpolitischen Einstellung sind, relativ zur Anzahl zu ihr konsonanter Informationen erheblich zunimmt.

Das in dieser Hypothese steckende Erklärungsmodell wäre zweifellos in der Lage, *konkrete Einzelfälle* gesellschaftlichen außenpolitischen Einstellungswandels - wie etwa die zwei oben dargestellten - zu erklären, wenn hierfür die vorhandene außenpolitische Grundeinstellung identifiziert würde, um dann die dazu vorhandene Dissonanz aktueller Informationen abschätzen zu können. Auf einen gesellschaftlichen Einstellungswandel bezogen würde die Hypothese etwa lauten: Wenn die "dissonanten Ereignisse" von den Massenmedien vermittelt werden und sie bei vielen Mitgliedern einer Gesellschaft kognitive Dissonanz hervorrufen, wird ein



außenpolitischer Einstellungswandel stattfinden. Im Hinblick auf ein allgemeines Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels stellte sich dann aber unweigerlich die Frage nach den Bedingungen, unter denen Massenmedien "dissonante Ereignisse" vermitteln und Individuen auf kognitive Dissonanz mit Einstellungswandel reagieren. Die zwei vorliegenden Erklärungsansätze können auf diese Fragen keine Antworten geben; auf welche Weise die von den zwei Ansätzen identifizierten intervenierenden Variablen (Massenmedien, kognitiver Wahrnehmungsapparat) die Wirkung der unabhängigen Variable (Ereignisse der internationalen Politik) auf den außenpolitischen Einstellungswandel beeinflussen, wird von den Ansätzen nicht spezifiziert. Ein am Filter-Modell orientiertes allgemeines Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels wäre aber auf systematische Aussagen über genau diese Bedingungen angewiesen.

Andere Forschungsstränge und -ansätze aus benachbarten Disziplinen erwecken den Anschein, daß sich diese Bedingungen identifizieren ließen, nach denen Informationen zum einen von den Massenmedien, zum anderen vom individuellen kognitiven Wahrnehmungsapparat gefiltert werden. Die Herangehensweise im hier interessierenden Fall würde dann so aussehen, daß die Ereignisse der internationalen Politik mit ihrer massenmedialen Präsentation bzw. diese mit den individuell wahrgenommenen Ereignissen der internationalen Politik zu vergleichen wären, um damit eine systematische Filter-Wirkung der zwei intervenierenden Variablen zu erfassen. Solches strebte zum einen die Nachrichtenwert-Forschung für den massenmedialen Filter, zum anderen die Stereotypen-Forschung für den kognitiven Wahrnehmungsapparat an. Diese Forschungen sahen sich aber mit erheblichen erkenntnistheoretischen Problemen konfrontiert, die hier kurz skizziert werden sollen.

Die Nachrichtenwert-Forschung verfolgte zunächst die These, daß die Selektionsentscheidung über die Veröffentlichung von Nachrichten aufgrund von "Nachrichtenfaktoren" (z.B. Nähe, Prominenz, Überraschung, Konflikt etc.) vorgenommen werde,<sup>40</sup> die ein Ereignis auszeichnen müsse, wenn es in den Massenmedien berichtet werden solle. Immer wieder wurden neue Listen von Nachrichten-Faktoren entwickelt mit dem Ziel, zu einer Theorie zu kommen, welche die Nachrichtenselektion innerhalb eines Kausalmodells als abhängig vom Nachrichtenwert - der Addition der von einem Ereignis bzw. einer Nachricht erfüllten Nachrichten-Faktoren - erklären könne (vgl. Staab 1990). Dies scheiterte jedoch zum einen daran, daß nicht "Ereignissen", sondern nur Nachrichten bestimmte Nachrichtenfaktoren zugewiesen werden können, weil der Nachrichtenwert davon abhängig ist, was als "Ereignis" aufgefaßt wird. Da die Entscheidung hierüber aber von JournalistInnen vorgenommen wird, könne der hohe Nachrichtenwert publizierter Nachrichten auch darin seine Ursache haben, daß Nachrichten-

40 Diese Forschung unterscheidet sich von den zwei anderen, in der Massenkommunikations-Forschung verfolgten Ansätzen vor allem dadurch, daß die Selektionsentscheidungen nicht an den Intentionen der beteiligten Akteure festgemacht werden - wie bei der *Gatekeeper*- und der *News-bias*-Forschung -, sondern an den zu berichtenden Ereignissen bzw. an den aus den Ereignissen resultierenden Nachrichten.

faktoren die Legitimationsgrundlage für Publikationsentscheidungen zu liefern haben - und damit die jeweilige Ereignis-Definition steuern -, die aus ganz anderen Gründen getroffen werden ("instrumentelle Aktualisierung"). Zum zweiten handelt es sich bei der Mehrzahl der Nachrichtenfaktoren nicht um objektive Eigenschaften von Ereignissen, sondern um subjektive Zuschreibungen. "Prominenz, Überraschung, Konflikt" etc. lassen sich nicht als objektive Kriterien erfassen, sondern solche Nachrichtenfaktoren setzen die subjektive Beurteilung eines Ereignisses voraus. Die Nachrichtenwert-Theorie kann somit kein allgemeines Erklärungsmodell für die massenmedialen Selektionsentscheidungen liefern, weil sich kein Vergleich anstellen läßt zwischen einer Welt der "rohen" Ereignisse und dem Bild, welches in den Massenmedien durch Zuschreibung von Nachrichtenfaktoren transportiert wird - die systematische Beschreibung eines "Filtermechanismus" setzt aber voraus, das zu filternde mit dem gefilterten Produkt vergleichen zu können.<sup>41</sup>

Die sozialpsychologische Stereotypen-Forschung sah sich mit ganz ähnlichen Problemen konfrontiert, als sie die Muster verzerrender Wahrnehmungen auf der individuellen Ebene erforschte, die zu einseitigen, festgelegten Bildern anderer Menschen führen, indem sie einer Kategorie zugeordnet (stereotypisiert) werden. Solche Stereotype reduzierten die Vielfältigkeit der sozialen Welt, seien nur schwer wandelbar und führten damit leicht zu "Fehleinschätzungen". Als der Stereotypisierung zugrundeliegende Mechanismus wird die Kategorisierung gesehen: weil der menschliche Wahrnehmungsapparat nicht allen Sinnesreizen dieselbe Aufmerksamkeit zukommen lassen könne, sei er gewissermaßen aus wahrnehmungsökonomischen Gründen gezwungen, Kategorien zu bilden und seine Wahrnehmungen entsprechend zu strukturieren. Nun zeigt sich aber, daß sich keine allgemeinen Kategorisierungsmuster solcher Wahrnehmungen angeben lassen, sondern diese subjekt- und kontextabhängig sind. Die aus dem Kategorisierungsprozeß resultierende Wahrnehmung läßt sich nicht mit einer "unkategorisierten" Welt, also einer subjektfreien Wahrnehmung vergleichen, woraus sich ergibt, daß sich auch keine allgemeine Beschreibung des "Filtermechanismus" auf der individuellen Ebene, also der Kategorisierungsmuster des kognitiven Wahrnehmungsapparats entwickeln läßt.

Beide, hier nur kurz skizzierten Ansätze zur Entwicklung einer "Theorie der Filterwirkung" - als eines allgemeinen Erklärungsmodells außenpolitischen Einstellungswandels -, die zusammengekommen entsprechend des in Abbildung 14 dargestellten Filter-Modells außenpolitischen Einstellungswandels die Bedingungen anzugeben hätten, unter denen Massenmedien dissonante Ereignisse vermitteln und Individuen auf kognitive Dissonanz mit Einstellungswandel reagieren, führen zu der Einsicht, daß die jeweilige Dissonanz kein objektiver Tatbestand, sondern immer eine subjektive Zuschreibung ist. Damit ist der Versuch, aus den für die Erklärung eines Einzelfalls gesellschaftlichen außenpolitischen Einstellungswandels erfolgreichen Hypothesen ein allgemeines Erklärungsmodell auf dem Wege zu entwickeln,

41 "Die Nachrichtenwert-Theorie ist in dieser Betrachtungsweise folglich genaugenommen keine Theorie der Nachrichtenauswahl, sondern ein Modell zur Beschreibung und Analyse der Medienrealität" (Staab 1990: 110).

die entsprechenden Erklärungsansätze allein ihrer normativen Ausrichtung zu entledigen und in ein entsprechendes "objektives Filter-Modell" zu überführen, aus erkenntnistheoretischen Gründen zum Scheitern verurteilt. Auf diesem Wege lassen sich keine allgemeinen Bedingungen außenpolitischen Einstellungswandels formulieren. Die zwei, in den Hypothesen 1 und 5 repräsentierten Erklärungsansätze entziehen sich folglich nicht nur wegen ihrer normativen Voreingenommenheit, sondern vor allem aufgrund ihrer ungelösten erkenntnistheoretischen Probleme der Möglichkeit, auf ihrer Grundlage - etwa im Sinne des skizzierten Filter-Modells - ein allgemeines Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels zu entwickeln.

Eine Konsequenz aus den hier beschriebenen erkenntnistheoretischen Problemen der zwei kurz skizzierten kommunikationstheoretischen bzw. sozialpsychologischen Forschungsstränge ist der Wechsel von einer realistischen auf eine konstruktivistische Epistemologie. Sowohl die Massenkommunikationsforschung als auch die Sozialpsychologie - und auch die Soziologie - haben, verstärkt in den vergangenen Jahren, den Versuch unternommen, ihre theoretischen Bemühungen auf einer konstruktivistischen Basis voranzutreiben. Gemeinsamer Ausgangspunkt dieser Anstrengungen ist die Beobachtung, daß zur Erklärung sozialen Handelns - im Weberschen Sinne<sup>42</sup> - in erster Linie jene Vorstellung der (Um-) Welt von Bedeutung ist, wie sie den Handelnden erscheint. Entsprechend richtet sich die Aufmerksamkeit konstruktivistischer Ansätze darauf, *wie* jene Vorstellung der Welt zustandekommt, auf deren Grundlage soziales Handeln geschieht. Als entscheidend wird dabei die Umstellung von Was-Fragen auf Wie-Fragen gesehen. Nicht "Was ist die Welt?", sondern "Wie wird die Welt wahrgenommen?" kennzeichnet die Perspektive konstruktivistischer Fragestellungen. Dem entspricht die besondere Aufmerksamkeit für "Beobachtungen zweiter Ordnung", für jene Beobachtungen also, die sich auf den Beobachtungs*mechanismus* richten. Bei dieser konstruktivistischen Untersuchung von Beobachtungssystemen wird nicht danach unterschieden, ob das Beobachtungssystem "richtig" oder "falsch" beobachtet - weil die erkenntnistheoretischen Grundlagen des Konstruktivismus solche Aussagen auch gar nicht erlauben -, sondern *welche Unterscheidungen* das Beobachtungssystem verwendet, wenn es beobachtet.<sup>43</sup>

Die hier aufgeworfene Fragestellung nach den Bedingungen außenpolitischen Einstellungswandels ist also jene nach den Bedingungen der Wahrnehmung von Dissonanz. Durch eine konstruktivistische Perspektive, so soll nun im folgenden Kapitel verdeutlicht werden, können die Mechanismen erkennbar werden, mit welchen die gesellschaftlichen und die individuellen Beobachtungssysteme der internationalen Politik arbeiten. Auf diesem Weg läßt sich dann auch zu allgemeinen

42 "Soziales' Handeln aber soll ein solches Handeln heißen, welches seinen von dem [oder der] oder den Handelnden gemeinten Sinn nach auf das Verhalten *anderer* bezogen wird und daran in seinem Ablauf orientiert ist" (Weber 1984: 19, Hervorh. dort).

43 In dieser konstruktivistischen Herangehensweise heißt "beobachten" immer: unterscheiden und bezeichnen dessen, was beobachtet wird (Luhmann 1988: 15).

Aussagen über die Bedingungen und Möglichkeiten außenpolitischen Einstellungswandels gelangen. Eine solche konstruktivistische Herangehensweise bleibt frei von den normativen Ansprüchen, wie sie die Feindbild-Forschung oder die Außenpolitik-Analyse in ihren Forschungsstrategien über außenpolitische Einstellungen angeleitet haben. Das heißt aber nicht, daß damit prinzipiell normative Aussagen über die Bedingungen außenpolitischen Einstellungswandels unmöglich würden, denn genau diese Bedingungen, die sich auf der Grundlage eines operativen Konstruktivismus herausarbeiten lassen, können dann mit unterschiedlichen normativen Ansprüchen konfrontiert werden, sei es das Maß ihrer Übereinstimmung mit demokratischen Normen oder die Frage, ob diese Bedingungen eher einer kriegerischen oder einer friedlichen Außenpolitik dienlich sind, oder ein anderer Anspruch.

Solche Untersuchungsergebnisse unterscheiden sich allerdings grundlegend von denen der traditionellen Forschung, wie sie sowohl die Feindbild-Forschung als auch die Außenpolitik-Analysen vorgelegt haben. Während jene Rezepte liefern, wie sich die Außenpolitik demokratisieren oder der Frieden besser sichern ließe (Feindbilder abbauen! Medien vor manipulativen Einflüssen sichern!), die - offenbar - aus irgendwelchen Gründen nicht umsetzbar sind, können konstruktivistische Forschungen "nur" Denkanstöße geben. Diese können jedoch der Gesellschaft aufzeigen, daß es Handlungsmöglichkeiten gibt, daß ihr Bild von der Welt der internationalen Politik nicht das einzig mögliche Bild, kein getreues Abbild einer Realität ist, sondern ein Produkt der Unterscheidungen, mit denen die Beobachtungssysteme der internationalen Politik dieses Bild konstruieren - und daß aus anderen Unterscheidungen auch andere Bilder resultieren können, die dann ein anderes Handeln ermöglichen könnten.

## Kapitel 6: Auf dem Weg zu einem konstruktivistischen Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels

Die intensive Auseinandersetzung mit zwei Forschungssträngen, die Erklärungen für einen rapiden außenpolitischen Einstellungswandel anzubieten haben, hat die erheblichen erkenntnistheoretischen Probleme verdeutlicht, in welche die Ansätze sowohl aufgrund ihrer normativen Orientierungen als auch durch ihre interdisziplinären Anknüpfungen an inzwischen veraltete und theoretisch-konzeptionell überholte Forschungen geraten.<sup>1</sup> Diese erkenntnistheoretische Kritik stellt nun aber zugleich einen geeigneten Ausgangspunkt dar, um ein Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels zu entwickeln, das erkenntnistheoretisch gesicherter und zugleich analytisch umfassender als die zwei vorliegenden Ansätze ist. Wenn sich *beide* Analyseebenen, die sich für außenpolitischen Einstellungswandel als zentral erwiesen haben, mit *einem* theoretischen Zugriff erfassen ließen, wäre eine Integration der Erklärungsvariablen, die sich bei der Überprüfung der Hypothesen 1 und 5 als bedeutsam erwiesen haben, innerhalb *eines* Erklärungsmodells vorstellbar. Wenn dieses Modell sich zugleich der vorgebrachten erkenntnistheoretischen Kritik entziehen könnte, wäre der Forschung über außenpolitische Einstellungen und Feindbilder ein Beitrag hinzugefügt, der weit über die vorliegende Forschung hinausweist.

Der operative Konstruktivismus (Luhmann 1996: 17; 1992: 113; 1988: 21) bietet aus primär zwei Gründen einen produktiven Ausgangspunkt für die Entwicklung eines Erklärungsmodells außenpolitischen Einstellungswandels. Zum einen unterscheidet er grundsätzlich zwischen zwei Erkenntnisoperationen, denen des Bewußtseins und denen der Kommunikation (vgl. Luhmann 1988: 21; 1992: Kap. 1). Indem er auf Beobachtungen zweiter Ordnung abhebt, interessiert er sich für Beobachtungssysteme und schlägt hierfür die Unterscheidung von Bewußtseinssystemen und kommunikativen, sozialen Systemen vor (Luhmann 1992: 63). Auf diesen zwei Beobachtungsebenen, so hat die oben erfolgte Hypothesenüberprüfung gezeigt, müssen Mechanismen angesiedelt sein, die einerseits dazu führen, daß für Individuen die Beobachtung der internationalen Politik zu unterschiedlichen Resultaten führt, und andererseits auch dazu, daß verschiedene

1     Dabei ist die interdisziplinäre Anknüpfung der Feindbild-Forschung an sozialpsychologische Theorien zweifellos deutlich intensiver als die nur spärlichen Bezüge und Verbindungen der Außenpolitik-Analyse zur Massenkommunikationsforschung. In diesem Bereich klafft eine eklatante Forschungslücke (vgl. Robertson 1995e).

Gesellschaften zu unterschiedlichen Bildern der internationalen Politik gelangen. Mit Beobachtungen zweiter Ordnung, bezogen auf individuelle und gesellschaftliche Beobachtungssysteme, lassen sich solche Mechanismen beschreiben.<sup>2</sup>

Zum anderen unterscheidet die konstruktivistische Beobachtung zweiter Ordnung die beobachteten Beobachtungen nicht danach, ob die Beobachtungen richtig oder falsch sind. Der kognitive Wahrnehmungsapparat von Individuen verwendet dieselben kognitiven Wahrnehmungsmechanismen, unabhängig davon, ob daraus am Ende eine "Fehlwahrnehmung" resultiert oder nicht (vgl. Luhmann 1988: 21). Das gesellschaftliche Beobachtungssystem "Massenmedien" wendet seine Selektionskriterien auf alle Informationen an, unabhängig davon, ob die Information einer manipulativen Absicht entspringt oder zu einer der "Realität" unangemessenen Einstellung führt (vgl. Luhmann 1996: 55-58). Somit ermöglicht eine konstruktivistische Herangehensweise, die erkenntnistheoretischen Probleme der Feindbild-Forschung und des *Rational-Public*-Ansatzes hinter sich zu lassen und zugleich beide Analyseebenen, die individuelle und die gesellschaftliche Beobachtung der internationalen Politik, in einem einheitlichen theoretischen Rahmen zu konzeptualisieren: als Beobachtungen von Beobachtungssystemen.

Wenn die Feindbild-Forschung gezeigt hat, daß beim individuellen Wahrnehmen der internationalen Politik, beim Verarbeiten von Informationen über andere Staaten, ihre Politik etc., kognitive Wahrnehmungsmechanismen am Werk sind, die dazu führen, daß sich verschiedene Menschen auch verschiedene Bilder von der internationalen Politik machen; und wenn die Kritik der Feindbild-Forschung gezeigt hat, daß sich solche Wahrnehmungsmechanismen nicht umgehen lassen, weder von Feindbild-ForscherInnen bei der Beobachtung der internationalen Politik, noch von PsychologInnen bei der Beobachtung des Beobachtens internationaler Politik, dann lassen sich weiterführende Einsichten gewinnen, wenn ein Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels dort ansetzt, wo sich bei den kognitiven Wahrnehmungsmechanismen Regelmäßigkeiten zeigen, wenn es um die Wahrnehmung der internationalen Politik geht, und wenn zugleich die Beobachtung solcher Regelmäßigkeiten als Beobachtungen eines mit denselben Einschränkungen behafteten Beobachtungssystems ausgewiesen werden. Es geht also um Beobachtungen zweiter Ordnung, mit denen das Beobachten von Beobachtungssystemen

2 "Während im Normalverständnis das Beobachten des Beobachtens sich vor allem auf das richtet, *was* ein Beobachter beobachtet (indem es Subjekt und Objekt unterscheidet, sich aber vor allem für das Objekt interessiert), beschreibt der Konstruktivismus ein Beobachten des Beobachtens, das sich dafür interessiert, *wie* der beobachtete Beobachter beobachtet. Diese konstruktivistische Wendung ermöglicht einen qualitativen Wandel, eine radikale Veränderung des Stils rekursiver Beobachtung; denn man kann auf diese Weise nun auch noch beobachten, was/wie ein beobachteter Beobachter *nicht* beobachten kann. Das Interesse gilt dann seinem blinden Fleck. Es gilt seiner Instrumentierung und dem, was damit sichtbar bzw. unsichtbar gemacht wird. Man beobachtet (unterscheidet) dann die Unterscheidung, mit der der Erstbeobachter beobachtet, und da dieser selbst im Vollzug seiner Beobachtung diese Unterscheidung nicht unterscheiden kann, beobachtet man das, was für ihn unbewußt bzw. inkommunikabel bleibt" (Luhmann 1990: 46, Hervorh. dort).

geschieht, eine Analyse, die nicht danach fragt, *was* beobachtet wird, sondern *wie* beobachtet wird.

Wenn innerhalb des *Rational-Public*-Ansatzes, insbesondere bei der Entwicklung von Hypothese 4 zu Hypothese 5 gezeigt wurde, daß bei der massenmedialen Präsentation internationaler Politik "manipulative" Einflüsse am Werk sind, die dazu führen, daß sich verschiedene Gesellschaften verschiedene Bilder von der internationalen Politik machen; und wenn die Kritik des *Rational-Public*-Ansatzes gezeigt hat, daß sich solche "manipulativen" Einflüsse im Normalfall nicht erkennen lassen, auch nicht von medienkritischen Außenpolitik-AnalytikerInnen, dann lassen sich weiterführende Einsichten gewinnen, wenn ein Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels dort ansetzt, wo sich bei der massenmedialen Präsentation Regelmäßigkeiten zeigen, wenn es um die Darstellung der internationalen Politik geht. Auch hier geht es also um eine Beobachtung zweiter Ordnung, mit der das Beobachten eines Beobachtungssystems geschieht, die nicht danach fragt, *was* beobachtet wird, sondern *wie* beobachtet wird.

Ein konstruktivistisches Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels kann also auf einer imaginierten Verbindungslinie zwischen der "internationalen Politik" und "außenpolitischen Einstellungen" mindestens diese zwei Beobachtungssysteme beobachten: ein gesellschaftliches (Massenmedien) und ein individuelles (kognitiver Wahrnehmungsapparat), die zusammengekommen unterschiedliche Konstruktionen der internationalen Politik für das einzelne Individuum hervorbringen. Auf der Grundlage dieser Konstruktionen bildet das Individuum seine außenpolitischen Einstellungen, deren Wandel folglich von den Konstruktionen und damit von den daran beteiligten Beobachtungssystemen abhängig ist.

Wenn diese Konstruktionen nun aber offensichtlich nicht das Produkt der Realität sind, welche - wie es das Filter-Modell (siehe oben, Abb. 14) annimmt - gewissermaßen auf die Beobachtungssysteme einwirkt und ihnen quasi nur noch die Chance läßt, Teile davon aufzunehmen und andere nicht, sondern das Produkt der Beobachtungssysteme bzw. ihres Unterscheidens, sich die Aufmerksamkeit also darauf richten muß, *wie* die Massenmedien und der kognitive Wahrnehmungsapparat beobachten (verstanden als aktiver Umgang mit der Welt), verändert dies die "Wirkungsrichtung" in einem Analysemodell außenpolitischen Einstellungswandels. Die Annahme des Filter-Modells, daß die Realität (Ereignisse der internationalen Politik) auf die individuellen Vorstellungen von der internationalen Politik und damit auf außenpolitischen Einstellungswandel einwirkt und dabei nur durch passive Filter gesiebt und beschnitten wird, wird ersetzt durch die Beobachtung, daß Beobachten ein aktiver Umgang mit der Welt ist - weil Beobachten Unterscheidungen erfordert, die sich nicht in der Welt finden, sondern die von den Beobachtungssystemen in die Welt gebracht werden (vgl. Luhmann 1988: 15f) -, und in einem Analysemodell derart umgesetzt, daß die Beobachtungs-Operationen der am Zustandekommen außenpolitischen Einstellungswandels beteiligten Beobachtungssysteme gewissermaßen die "Wirkungsrichtung" vorgeben. Die "Ereignisse der internationalen Politik" sind dabei nicht der Ausgangspunkt für außenpolitischen

Einstellungswandel (wie im Filter-Modell), sondern das Produkt des Beobachtens der daran beteiligten Beobachtungssysteme (siehe unten Abb. 15 in Abschnitt 6.2). Und auch wenn die Einigkeit in der Kommunikation über dieses Produkt den Eindruck vermittelt, die Realität selbst müsse diese Übereinstimmung in den Wahrnehmungen hervorgerufen haben, geht der Konstruktivismus davon aus, daß Beobachtungssysteme immer geschlossene - und damit selbstreferentielle - Systeme sind. Zugleich gibt es jedoch vielfältige Einflüsse auf unsere Beobachtungsmechanismen, die erklären können, wie selbstreferentielle Beobachtungssysteme zu ähnlichen Realitätskonstruktionen kommen und daraus eine sozial konsentrierte Wirklichkeit entsteht.<sup>3</sup> In einer sehr spezifischen Weise kommen diese Einflüsse bei den individuellen Konstruktionen der internationalen Politik zum Tragen, was im folgenden Abschnitt thematisiert wird, um anschließend mein "Beobachtungs-Modell", ein konstruktivistisches Analysemodell außenpolitischer Einstellungen mit seinen erweiterten Erkenntnismöglichkeiten vorzustellen.

#### 6.1. Die Konfirmation der Wirklichkeit der internationalen Politik

Der operative Konstruktivismus schlägt mit dem Prinzip der Beobachtung zweiter Ordnung eine andere als die im Filter-Modell angedeutete Möglichkeit vor, zu systematischen Erkenntnissen über die, außenpolitischen Einstellungen und ihrem Wandel zugrundeliegenden Konstruktionen der internationalen Politik zu gelangen. Er geht dabei von *Konstruktionen* aus, weil er in Beobachtungssystemen keine passiven Transporteure von Abbildern einer außenliegenden Realität sieht, sondern aktive Produzenten einer systemeigenen Wirklichkeit,<sup>4</sup> deren Übereinstimmung mit der Realität uns in erheblichem Maße verborgen bleibt.<sup>5</sup> Diese Wirklichkeiten werden also nicht als gefilterte - und damit mehr oder weniger verzerrte - Abbilder

3 Auf diesen Aspekt der konstruktivistischen Perspektive kann hier nicht näher eingegangen werden; vgl. dazu den konstruktivistischen Diskurs, u.a. bei Fischer (1995), Foerster (1981, 1992), Gubin/Meier (1992), Glasersfeld (1981, 1991, 1992, 1995, 1997, 1998a, 1998b, 1998c, 1998d), Luhmann (1988, 1990, 1993, 1992, 1996, 1997) und Schmidt (1987a, 1987b, 1992, 1994a, 1994b).

4 Vgl. Glasersfeld (1981: 30); Roth (1999: Kap. 13). Innerhalb des Konstruktivismus wird häufig folgende Unterscheidung zwischen "Wirklichkeit" und "Realität" vorgeschlagen, auf die ich hier zurückgreife: "*Wirklichkeit* für alles das zu verwenden, was durch menschliches Wirken als menschliches Wissen hervorgebracht worden ist, und *Realität* für jene Realität, die ontologisch ist im Sinne der Philosophen, die als solche existieren soll, bevor ein Erlebender überhaupt in sie hineingekommen ist" (Glasersfeld 1998b: 42, meine Hervorh.).

5 Wir erfahren sie nur in den Fällen, in denen unsere Konstruktionen an der Realität scheitern. Daran können wir Grenzen der Konstruktionen ablesen (vgl. Glasersfeld 1981: 23). Daraus folgt aber keineswegs, daß die Konstruktionen, die *nicht* scheitern, der Realität entsprechen. "Wenn eine Problemlösung, sei es ein Begriff, ein erklärendes Modell, eine Theorie, oder ganz allgemein eine Handlungs- oder Denkweise in einem Erfahrungsbereich funktioniert und erfolgreich ist, dann spricht der Konstruktivist von 'Viabilität'. Das könnte man etwa als 'Gangbarkeit' verdeutschen, denn das bedeutet keinerlei Exklusivität, sondern legt nahe, daß auch andere Wege möglich sind" (Glasersfeld 1998a: 30).



einer nur teilweise erfaßten Realität verstanden, sondern als Produkte der daran beteiligten Beobachtungssysteme. Diese Produkte sind folglich davon abhängig, *wie* diese Beobachtungssysteme beobachten, d.h. mit welchen Unterscheidungen sie arbeiten.

"Beobachten findet immer dann statt, wenn etwas unterschieden und, in Abhängigkeit von der Unterscheidung, bezeichnet wird. [...] Erkenntnis ist anders als die Umwelt, weil die Umwelt keine Unterscheidungen enthält, sondern einfach ist, wie sie ist. [...] Ein Beobachter mag feststellen, daß es in der Umwelt andere Beobachter gibt. Aber er kann dies nur feststellen, wenn er diese Beobachter unterscheidet von dem, was sie beobachten; oder unterscheidet von Umweltgeschehnissen, die er nicht als Beobachten bezeichnet. Mit anderen Worten: Alles Beobachtbare ist Eigenleistung des Beobachters, eingeschlossen das Beobachten von Beobachtern" (Luhmann 1988: 15f).

Diesem operativen Konstruktivismus (Luhmann 1996: 17) entsprechend kommen individuelle außenpolitische Einstellungen nicht auf der Grundlage eines beschnittenen Abbilds der Realität, sondern einer individuellen Konstruktion der internationalen Politik zustande. Diese Konstruktion basiert auf den Beobachtungen eines kognitiven Wahrnehmungsapparats (individuelles Beobachtungssystem), welcher die ihm zur Verfügung stehenden "Informationen" (Beobachtungen) unter Verwendung bestimmter Unterscheidungen zur Herstellung seiner Wirklichkeit der internationalen Politik nutzt. Die ihm hierfür zugänglichen Beobachtungen der "internationalen Politik" sind jedoch nahezu ausschließlich die Produkte eines anderen, eines gesellschaftlichen Beobachtungssystems, der Massenmedien. Dieses Beobachtungssystem wiederum beobachtet anhand seiner eigenen Unterscheidungen die "internationale Politik" und stellt aus den dabei gewonnenen Erkenntnissen eine Konstruktion der internationalen Politik her, welche von den Individuen als "Realität" perzipiert wird.<sup>6</sup>

Zwar wird in der politischen Diskussion wie auch in der Wissenschaft (vgl. Page/Shapiro 1992: Ch. 9) regelmäßig in Frage gestellt, ob die Konstruktionen der Massenmedien auch tatsächlich der Realität bzw. der Wirklichkeit entsprechen. Daraus resultieren jedoch keine Konsequenzen im Hinblick darauf, daß die Gesellschaft sich um ein anderes Beobachtungssystem, insbesondere der internationalen Politik, kümmern würde,<sup>7</sup> oder daß die Individuen für ihre Beobachtung der "internationalen Politik" nicht auf diese hier und da fraglich erscheinenden Konstruktionen zurückgreifen würden.

6 "Bei Informationen, die [in den Massenmedien] im Modus der Nachrichten und Berichterstattung angeboten werden, wird vorausgesetzt und geglaubt, daß sie zutreffen, daß sie wahr sind [...]; denn anderenfalls würde die Besonderheit dieses Programmbereichs Nachrichten und Berichte zusammenbrechen. Mit Wahrheit dient die Profession der Gesellschaft (sie selbst eingeschlossen). Für Unwahrheiten braucht man besondere Interessen, die sich nicht generalisieren lassen" (Luhmann 1996: 55f).

7 Für Luhmann (1996: 31) leitet sich daraus eine Frage mit "gesellschaftstheoretischer Wendung" ab, "sie wird lauten müssen, was das für eine Gesellschaft ist, die sich und ihre Welt auf diese Weise [massenmedial] beschreibt". Vgl. auch Luhmann (1997: 1096-1109).

Der immer wieder geäußerte Manipulationsvorbehalt kann die Nutzung der Massenmedien als Übermittler von Realität nicht beeinträchtigen, sondern bestärkt diese Auffassung sogar, indem die Massenmedien selbst zur Verbreitung des Vorbehalts beitragen und sich damit als reflexiv darstellen, ohne daß jedoch den NutzerInnen bezüglich der übermittelten Wirklichkeit die Möglichkeit offenstünde, zwischen der Welt, wie sie ist, und ihrer Beobachtung bzw. ihren unterschiedlichen Beobachtungen unterscheiden zu können.<sup>8</sup> Auch wenn beispielsweise mit der Differenz zwischen verschiedenen massenmedialen Darstellungen (Konstruktionen) argumentiert wird, bleibt der Bezugspunkt für den Vorbehalt nicht die Welt, wie sie ist, sondern wie sie von anderen Beobachtern beschrieben wird.<sup>9</sup> Und solche Differenzen sind bei den Konstruktionen der internationalen Politik relativ selten, weil die meisten Einzelmedien auf dieselben Quellen für ihre Nachrichten zurückgreifen, wodurch eine weitgehend einheitliche Wirklichkeit hergestellt wird.

Zudem findet eine Bestätigung und Bestärkung der an der massenmedial produzierten Wirklichkeit orientierten individuellen Konstruktionen der internationalen Politik dadurch statt, daß die Massenmedien auch darüber berichten, zu welchen Beobachtungen andere Menschen gelangen (Kommentatoren, Expertinnen) und welches kollektive Meinungsbild sich eine Gesellschaft von der internationalen Politik macht. Der individuelle kognitive Wahrnehmungsapparat versichert sich zum einen durch die Auswahl bestimmter Medienprodukte - und damit deren Aufmerksamkeit für bestimmte, mit den eigenen möglichst übereinstimmenden individuellen Konstruktionen der internationalen Politik - der "Richtigkeit" seiner Konstruktionen. Außerdem bestätigen ihm die Ergebnisse von Meinungsumfragen, daß er in seiner Konstruktion der Welt mit vielen anderen übereinstimmt und somit keinen Zweifel hegen muß, die eigene Konstruktion könnte nicht mit der Realität übereinstimmen. Daß Meinungsumfragen die Einzelnen zugleich auch darauf hinweisen, daß viele andere in ihren Konstruktionen *nicht* mit der eigenen Konstruktion übereinstimmen, läßt sich aus der Sicht der/des einzelnen in der Regel ohne Mühe auf deren

8 "Zur Auflösung dieses Paradoxes der Konfusion zweier Welten benötigt man Imagination oder kreative Anregungen, die sich zwar reflexiv auf den gerade erreichten Systemzustand beziehen, aber durch ihn nicht determiniert sind. Der Systemzustand geht als Irritation, als Überraschung, als Neuheit in die weitere Kommunikation ein, ohne daß dies Mysterium des Ursprungs, der Herkunft der Neuheit des Neuen mit den Operationen des Systems geklärt werden könnte. Das System setzt sich selbst, ohne durch die eigenen Operationen erreichbar zu sein, als selbsterzeugte Irritation voraus und befasst sich dann mit der Umarbeitung von Irritation in Information, die es für die Gesellschaft (und für sich selbst in der Gesellschaft) produziert. Eben deshalb ist die Realität eines Systems immer ein Korrelat der eigenen Operationen, immer eigene Konstruktion" (Luhmann 1996: 27).

9 Die Vorbehalte gegenüber den Massenmedien als Vermittlern von Realität steigen mit der Möglichkeit, deren Beobachtungen mit eigenen Beobachtungen vergleichen zu können. Dies ist nur in den seltensten Fällen möglich, am wenigsten bei Ereignissen der internationalen Politik. Aus diesem Grund ist dieser Vorbehalt bei Nachrichten über die internationale Politik am schwächsten ausgeprägt - mit Ausnahme der Kriegsberichterstattung, der jedoch nur deshalb mit Vorbehalten begegnet wird, weil Interessen an einer Manipulation der Darstellung dahinter vermutet werden; vgl. u.a. Reimann/Kempf (1992); Weischenberg (1993); Jeffords/Rabinovitz (1994); Beham (1996).

Interessen und eine daraus resultierende Wahrnehmungsverzerrung bzw. deren selektive Informationsaufnahme zurückführen. Vor allem aber begründet es keinen Zweifel gegenüber der Realitätsentsprechung der eigenen Konstruktion, denn Meinungsumfragen werden fast immer zu umstrittenen Themen veröffentlicht, bei denen niemand über die Meinungsunterschiede verwundert ist. Die Aufmerksamkeit richtet sich auf das Verhältnis der verschiedenen Antworten zueinander, nicht auf die (konstruierte) Existenz unterschiedlicher Konstruktionen.<sup>10</sup> Außerdem wird auch in der Darstellung meist auf andere Aspekte abgehoben, vor allem auf Einstellungswandel oder eine Differenz zwischen Bevölkerungseinstellungen und Regierungspolitik;<sup>11</sup> die Prozentzahlen für die unterschiedlichen Antworten werden dann als "das eine Meinungsbild der Bevölkerung" präsentiert.<sup>12</sup>

#### 6.2. *Außenpolitische Einstellungen als beobachtete Konstruktionen der internationalen Politik: Das Beobachtungs-Modell*

Diese ersten Überlegungen im Hinblick auf ein konstruktivistisches Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels sollen nun anhand einer Abbildung veranschaulicht werden, um vor allem die Differenz zu verdeutlichen, die gegenüber den Erklärungsmodellen des *Rational-Public-Ansatzes* und der Feindbild-Forschung, die im oben dargestellten "Filter-Modell" zusammengefaßt wurden, besteht. Da jedoch ein konstruktivistisches Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels nicht einer einfachen Kausalkette über Zeit entspricht, läßt sich hier zunächst nur ein Analyse-Modell des Zustandekommens außenpolitischer Einstellungen darstellen. Es stellt keinen zeitlichen Ablauf dar, sondern Prozesse des Beobachtens und der Produktion von Konstruktionen; es handelt sich um ein "Beobachtungs-Modell". Diese Prozesse des Beobachtens werden hier in Relation zum zeitlichen Ablauf eines außenpolitischen Einstellungswandels als zeitgleich stattfindend aufgefaßt.<sup>13</sup>

10 Eine solche Beobachtung zweiter Ordnung, wie der kognitive Wahrnehmungsapparat die veröffentlichten Produkte der Meinungsforschung beobachtet (siehe unten Abb. 15, Beobachtungspunkt 3) eröffnet neue Perspektiven auf die Bedeutung der *Veröffentlichung* von Umfrageergebnissen für außenpolitischen Einstellungswandel (siehe unten Abschnitt 6.2.3).

11 Vgl. z.B. Elisabeth Noelle-Neumann: "Wenn das Gefühl der Bedrohung schwindet: Die Verteidigungspolitik vor einem wachsenden Akzeptanzproblem", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.7.1988: 6. Dieser Artikel über die Ergebnisse von Meinungsumfragen entspricht gleich beiden Bedingungen, die ihn für die massenmediale Veröffentlichung interessant machen.

12 Vgl. z.B. Elisabeth Noelle-Neumann: "Kein Konsens, keine Demokratie: Das Rußlandbild der Deutschen", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.6.1996: 5.

13 Für die Beobachtungs- und Konstruktionsprozesse läßt sich annehmen, daß sie einen Zeitrahmen von maximal 48 Stunden einnehmen: wenn heute eine Meinungsumfrage durchgeführt wird, werden die Antworten auch schon die Beobachtungsergebnisse jener Medienberichte einbeziehen, die sich auf Ereignisse von vorgestern, zum Teil auch von gestern - je nach primär genutztem Massenmedium - beziehen. Außenpolitischer Einstellungswandel dagegen umfaßt einen Zeitraum von mindestens einem Monat, häufiger mehreren Monaten oder einem Jahr, bestimmt durch die Zeitpunkte der miteinander verglichenen Umfragen (siehe oben Abschnitt 2.4).

Indem für die Darstellung dieser Prozesse für einen Zeitpunkt  $t_1$  schon die zwei Dimensionen ebener Darstellung genutzt werden müssen, wäre die zeitliche Dimension durch Verdopplung der Darstellung für einen Zeitpunkt  $t_2$  einzufügen. Darauf wird verzichtet, um die Eindeutigkeit und Verständlichkeit des Schaubilds nicht zu gefährden. In diesem Schaubild kann selbstverständlich nicht der gesamte Prozeß der gesellschaftlichen und individuellen Konstruktion internationaler Politik abgebildet werden. Es konzentriert sich vielmehr auf die Veranschaulichung der *analytischen* Beobachtungspunkte, um die Differenz zu den herkömmlichen theoretischen Bemühungen und den Erkenntnisgewinn durch die Beobachtungen zweiter Ordnung zu verdeutlichen. Alle großen, außerhalb der Beobachtungssysteme stehenden Pfeile in diesem Schaubild ( $\rightarrow$ ,  $\Rightarrow$ ,  $\downarrow$ ,  $\leftarrow$ ) symbolisieren Beobachtungsoperationen, wobei die Doppelpfeile ( $\Rightarrow$ ) auf die Beobachtungen zweiter Ordnung verweisen. Die kleinen Pfeile ( $\uparrow$ ) innerhalb der drei Beobachtungssysteme "Meinungsforschung", "individueller kognitiver Wahrnehmungsapparat" und "Massenmedien" bedeuten "produziert, bringt hervor",<sup>14</sup> und mit dem Beobachtungspfeil am rechten Schaubildrand soll darauf verwiesen werden, daß sich die Beobachtungen der Massenmedien auch in besonderer Weise auf die Ergebnisse der Meinungsforschung richten und Umfrageergebnisse in ihre Konstruktionen der internationalen Politik mit einbeziehen.

Diese graphische Darstellung von Beobachtungsoperationen bei einem konstruktivistischen Analysemodell außenpolitischer Einstellungen soll sowohl verdeutlichen, welche Beobachtungssysteme daran beteiligt sind, daß einem Wandel der internationalen Politik ein außenpolitischer Einstellungswandel nachfolgen kann, als auch kenntlich machen, an welchen Stellen dieses Prozesses die wissenschaftlichen Beobachtungen ansetzen (numerierte Pfeile am linken Schaubildrand).

In diesem Beobachtungsmodell lassen sich sechs Beobachtungspunkte unterscheiden, an denen Erkenntnisse über den Konstruktionsprozeß außenpolitischer Einstellungen gewonnen werden können.<sup>15</sup> Dabei entsprechen die Beobachtungen erster Ordnung an den Beobachtungspunkten 1, 4 und 6 jenen analytischen Zugriffen, die auch das Filter-Modell vorsieht. Erst das konstruktivistische Beobachtungs-Modell eröffnet jedoch die Perspektive der Beobachtung zweiter Ordnung, die sich auf das *Wie* des Beobachtens von Beobachtungssystemen richtet.

14 Diese "Produktion" ist jedoch kein von der Beobachtung zu trennender Vorgang, denn "Beobachten" meint in der konstruktivistischen Perspektive: etwas unterscheiden und, in Abhängigkeit von der Unterscheidung, bezeichnen (Luhmann 1988: 15). Die in der Abbildung vorgenommene Zweiteilung der drei Beobachtungssysteme in "Beobachtungsprodukt" und "Bezeichnung des Beobachtungssystems", durch welche die kleinen "Produktionspfeile" ( $\uparrow$ ) notwendig werden, dient ausschließlich zur möglichst deutlichen Darstellung der verschiedenen *Beobachtungspunkte*, um auch die Differenz von Beobachtungen erster und zweiter Ordnung zu veranschaulichen.

15 Die anschließende Diskussion der dabei möglichen Beobachtungen wird zeigen, daß es auch "außenpolitischen Einstellungswandel" (seine Beobachtung bzw. seine Konstruktion) geben kann, ohne daß dem Veränderungen in der "internationalen Politik" zugrundeliegen. Eine solche Möglichkeit sieht beispielsweise das Filter-Modell nicht vor.

Das Diagramm stellt den Prozess der Konstruktion der internationalen Politik dar. Es besteht aus folgenden Elementen:

- 1 →** Ein Kasten mit dem Titel **"Öffentliche Meinung" = Konstruktion außenpolitischer Einstellungen durch die Meinungsforschung**. Darunter befindet sich eine gestrichelte Linie mit drei nach oben gerichteten Pfeilen, die auf den Text **Meinungsforschung** zeigen.
- 2 ⇒** Ein nachfolgender Kasten mit dem Titel **Individuelle Konstruktion der internationalen Politik**. Darunter befindet sich eine gestrichelte Linie mit drei nach oben gerichteten Pfeilen, die auf den Text **kognitiver Wahrnehmungsapparat** zeigen.
- 3 ⇒** Ein weiterer Kasten mit dem Titel **Massenmediale Konstruktion der internationalen Politik**. Darunter befindet sich eine gestrichelte Linie mit drei nach oben gerichteten Pfeilen, die auf den Text **Massenmedien** zeigen.
- 4 →** Ein Pfeil, der von der dritten Ebene nach unten zu den Ereignissen zeigt.
- 5 ⇒** Ein Pfeil, der von der dritten Ebene nach unten zu den Ereignissen zeigt.
- 6 →** Ein Pfeil, der von der dritten Ebene nach unten zu den Ereignissen zeigt.
- 6 ⇒** Ein Pfeil, der von der dritten Ebene nach unten zu den Ereignissen zeigt.
- Ereignisse der internationalen Politik** sind in einem Oval am unteren Ende des Diagramms dargestellt.

**Legende:**

- ↑ = "produziert, bringt hervor"
- ↓ = "beobachtet"
- = analytische Beobachtungen erster Ordnung
- ⇒ = analytische Beobachtungen zweiter Ordnung

Welche zusätzlichen Erkenntnisse durch dieses konstruktivistische Beobachtungs-Modell gewonnen werden können und welche interdisziplinären Anknüpfungsmöglichkeiten zu anderen konstruktivistischen Forschungsansätzen sich dadurch eröffnen, soll in den nachfolgenden sechs Abschnitten aufgezeigt werden, ehe dann nochmal auf das Beispiel des Feindbild-Zerfalls gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts zurückgekommen wird und die sich aus der konstruktivistischen Perspektive ergebenden Erklärungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

(1) Jede Analyse außenpolitischen Einstellungswandels setzt damit an, daß die Ergebnisse der Meinungsforschung beobachtet werden - also am Beobachtungspunkt 1. Diese Ergebnisse geben jedoch erst dann Auskunft über außenpolitische Einstellungen, wenn sie interpretiert werden. Daß solche Interpretationen derselben Daten verschieden ausfallen können, ist durchaus geläufig; die Diskussion der Daten-Interpretation, wie sie Page und Shapiro (1992: 280f) zum Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion vorgelegt haben (siehe oben Abschnitt 5.2.5), ist ein weiteres Beispiel dafür.<sup>16</sup> Das Beobachtungs-Modell betrachtet solche Interpretationen als Konstruktionen, die aus dem Grunde unterschiedlich ausfallen, weil sich die Aufmerksamkeit auf unterschiedliche Aspekte richtet, weil unterschiedlich beobachtet, d.h. differierende Unterscheidungen bei der Beobachtung verwendet werden. Eine Beobachtung zweiter Ordnung kann sich dann darauf richten zu beobachten, *wie* ein Beobachtungssystem, sei es ein individuelles oder ein gesellschaftliches - die Produkte der Meinungsforschung beobachtet.

Innerhalb des klassischen Forschungsdesigns, das den Gang der Untersuchung in dieser Arbeit weitgehend bestimmte, wurde auch hier zu Anfang eine Konstruktion des Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion vorgelegt, die an Beobachtungspunkt 1 ansetzte. Was die Meinungsforschung an miteinander vergleichbaren Daten vorgelegt hatte, wurde dafür genutzt, das Bild eines einschneidenden, aber länderspezifisch sehr unterschiedlich verlaufenen Feindbild-Zerfalls zu zeichnen. Die Aufmerksamkeit der Beobachtung richtete sich also auf den *Wandel* - und beispielsweise nicht auf die Stabilität - von außenpolitischen Einstellungen, was Auswirkungen auf die Darstellung - Konstruktion - des Einstellungswandels bzw. Feindbild-Zerfalls hat. Damit soll verdeutlicht werden, daß sich mit Beschreibungen

16 Die Hinweise auf die normativen Hintergründe und Ziele des *Rational-Public*-Ansatzes sollten sowohl die spezifischen Aufmerksamkeiten von Page und Shapiro (1992) für bestimmte Daten und bestimmte Interpretationen dieser Daten verdeutlichen, als auch den *Rational-Public*-Ansatz selbst als ein Erklärungsmodell beschreiben, mit dem auf der Grundlage einer bestimmten normativen Prämisse auf eine sehr spezifische Forschungsdiskussion reagiert wurde; dies hatte ein bestimmtes Beobachten mit besonderer Aufmerksamkeit für die manipulativen Einflüsse der Massenmedien zur Folge. Der *Rational-Public*-Ansatz behauptet den sinnvollen Zusammenhang, eine "rationale" Korrespondenz von Beobachtungen an den Beobachtungspunkten 1 und 6; bei Nicht-Korrespondenz geht er von der Richtigkeit *seiner* Beobachtung 6 aus, verweist auf die "rationale" Korrespondenz an den Beobachtungspunkten 1 und 4, woraus dann der Manipulationsvorwurf an die Massenmedien resultiert. Genauer betrachtet nehmen jedoch auch Page und Shapiro (1992) keine Beobachtungen am Beobachtungspunkt 6 vor, sondern konstruieren aus ihren Beobachtungen am Punkt 4 und unter Zuhilfenahme von wissenschaftlichen Beobachtungen an Punkt 6 (im allerbesten Fall) *ihre* Wirklichkeit der internationalen Politik, die ihnen als Maßstab für die Kritik der massenmedialen Konstruktionen der internationalen Politik dient.

außenpolitischer Einstellungen und ihres Wandels, also mit Beobachtungen am ersten Beobachtungspunkt des Modells, keine Realität abbilden läßt, sondern solche Beschreibungen immer Konstruktionen bestimmter Beobachtungssysteme sind, deren Beobachtungsoperationen nicht ohne Auswirkung auf die Konstruktionen bleiben werden.

Mit systematischen Beobachtungen zweiter Ordnung - bezogen auf das Beobachten der Ergebnisse der Meinungsforschung - ließen sich Aufschlüsse über die Operationen dieser Beobachtungssysteme gewinnen, aber auch diese, das bleibt zu betonen, setzten uns nicht in den Stand, ein Beobachtungssystem hervorzubringen, welches die Realität abbilden könnte (vgl. Luhmann 1993: 257). Diese konstruktivistische Perspektive kann jedoch unsere Aufmerksamkeit auf verschiedene, für die jeweiligen Beobachtungssysteme immer "richtigen" Konstruktionen der unbekannt bleibenden Realität lenken; verschiedene Wirklichkeiten eröffnen dann auch verschiedene Handlungsoptionen, sei es im Rahmen der Entwicklung von Erklärungsmodellen, sei es auf dem Feld der internationalen Politik.

(2) Die Beobachtung der Beobachtungsinstrumente der Meinungsforschung läßt sich kaum umgehen, wenn deren Produkte interpretiert werden (siehe oben Abschnitt 2.4). Daß die Meinungsforschung bei ihrer Beobachtung politischer Einstellungen auf Beobachtungsinstrumente angewiesen ist, die in starkem Maße ihre Resultate beeinflussen, ist weithin bekannt. Nichtsdestotrotz wird mit Meinungsumfragen der Anspruch verfolgt, möglichst präzise die "wirklichen" (im konstruktivistischen Sinne "realen") Einstellungen der Befragten zu erfassen; darauf zielt die immer weitergehende Verfeinerung von Umfragemethoden und Strukturmodellen politischer Einstellungen. Auch bezogen auf die in dieser Arbeit verwendeten Umfrageergebnisse wurde ausführlich erörtert, wie sich die sogenannten Instrumenteneffekte und ähnliches bei der Erfassung eines außenpolitischen Einstellungswandels möglichst gering halten ließen (siehe oben Abschnitt 2.4.3), um dem Vorwurf entgehen zu können, die Beobachtung eines Feindbild-Zerfalls basiere auf Meinungsumfragen, die gar nicht im Sinne eines rapiden außenpolitischen Einstellungswandels interpretiert werden dürften.

Die Diskussion der methodischen Probleme von Meinungsumfragen dreht sich aber primär um die Fragen der Reliabilität und Validität von Einstellungsmessungen und entspricht damit keiner konstruktivistischen Beobachtung zweiter Ordnung. Diese setzte voraus, daß die Beobachtung des Beobachtens als kontinuierlicher Unterscheidungsprozeß eines Beobachtungssystems konzeptualisiert würde, welches unter dem Aspekt beschrieben wird, *wie* es beobachtet. Beispielsweise interessiert dann die Frage, auf welche außenpolitischen Einstellungen die Beobachtung zielt, welche Themen und Meinungsfelder unterschieden, welche Indikatoren verwendet werden, an welchen Antwortvorgaben die Befragten sich zu orientieren haben, was als Ergebnis der Beobachtung bezeichnet wird etc.<sup>17</sup> Für ein Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels sind solche Beobachtungen zweiter Ordnung vor allem deshalb relevant, weil die massenmediale Beobachtung der "öffentlichen

17 Zur Kritik der Beobachtungen der Meinungsforschung vgl. Gamson/Modigliani (1989).

Meinung" (Pfeil am rechten Schaubildrand, Abb. 15) und damit die Veröffentlichung von Umfrageergebnissen in den Massenmedien ein nicht unwichtiges Element beim Zustandekommen bzw. beim (weiteren) Verlauf eines kollektiven außenpolitischen Einstellungswandels sein dürfte. Zudem orientiert sich die Politik in ihrer Beobachtung der öffentlichen Meinung an den Ergebnissen repräsentativer Meinungsumfragen (vgl. Fuchs/Pfetsch 1996). Indem diese Ergebnisse als "die öffentliche Meinung" ausgewiesen werden und damit unter dem Gesichtspunkt demokratischer Mehrheiten in der politischen Diskussion ihr besonderes Gewicht erhalten, gerät eine Regierung unter erheblichen Druck, wenn sie ihre Außenpolitik nicht an der "öffentlichen Meinung" orientiert.<sup>18</sup>

In einem konstruktivistischen Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels stellt die Meinungsforschung somit nicht nur ein Beobachtungssystem zur "Erhebung der abhängigen Variable" dar, sondern auch ein gesellschaftliches Beobachtungssystem der Selbstbeschreibung. Indem sich die Aufmerksamkeit der Massenmedien auf die Produkte der Meinungsforschung richtet,<sup>19</sup> erfahren die Einzelnen aus den Medien auch etwas darüber, wie in der Gesellschaft über bestimmte Fragen gedacht wird. Dies bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die individuellen Einstellungen, insbesondere unter dem Aspekt, wie offen sie in sozialen Kontexten geäußert werden,<sup>20</sup> vor allem aber für einen Einstellungswandel: Wenn Ergebnisse von Meinungsumfragen veröffentlicht werden, an denen sich ein Einstellungswandel ablesen läßt,<sup>21</sup> werden jene ermutigt, die zuvor noch zögerten, einen Meinungswandel in die entsprechende Richtung vorzunehmen, obwohl sie schon länger an ihrer alten Haltung zweifelten.

Die Beobachtungen zweiter Ordnung bezüglich der Beobachtungen der Meinungsforschung zielen darauf ab zu erkennen, wie das Beobachtungssystem "Meinungsforschung" beobachtet, wenn es seine Konstruktionen außenpolitischer Einstellungen produziert (vgl. auch Zaller 1992). Dies eröffnet auch den Blick auf eine Möglichkeit, wie "außenpolitischer Einstellungswandel" völlig unabhängig von irgendwelchen "Ereignissen der internationalen Politik" hervorgebracht werden könnte: durch eine - möglicherweise intentional - auf die Konstruktion eines

18 Vgl. Graham (1994), der auf den Zusammenhang von Ausmaß der Mehrheitsmeinung und politischem Einfluß der öffentlichen Meinung hinweist: Ab einem Wert von 60% lasse sich schon von einem erheblichen Einfluß der öffentlichen Meinung ausgehen, ab 70% sei sie für eine Regierung nicht mehr ignorierbar und über 79% wäre die Übereinstimmung der Regierungspolitik mit der Mehrheitsmeinung quasi automatisch sichergestellt. Zur Kritik dieser Rolle von Meinungsumfragen in der Demokratie vgl. Ginsberg (1989).

19 Dies wird besonders deutlich, wenn man sieht, in welch starkem Maße etwa in den USA Meinungsumfragen im Auftrag von Massenmedien durchgeführt werden (siehe oben Abschnitt 2.6).

20 Vgl. dazu die Theorie der Schweigespirale (Noelle-Neumann 1989) sowie Fuchs/Pfetsch (1996: 114).

21 Im Sinne des Beobachtungs-Modells wäre zu formulieren: Wenn die massenmediale Konstruktion eines von der Meinungsforschung aufgrund ihrer Beobachtungen konstruierten Einstellungswandels von Individuen als kollektiver Einstellungswandel perzipiert wird, werden diese möglicherweise ihre individuellen Konstruktionen entsprechend adjustieren.



Einstellungswandels zielende Beobachtung der Meinungsforschung. Dies wird wahrscheinlich nicht der Normalfall "außenpolitischen Einstellungswandels" sein, aber das Beobachtungs-Modell macht auf diesen Aspekt eines solchermaßen "konstruierten" Einstellungswandels besonders aufmerksam.

(3) Allen individuellen Meinungen zu außenpolitischen Themen, wie sie die Meinungsforschung zu erfassen sucht, liegen individuelle Konstruktionen der internationalen Politik zugrunde, die gebildet werden durch Beobachtungen massenmedialer Konstruktionen. Diese Beobachtungen können sich nicht auf alles richten, was einer Gesellschaft an Informationen über die internationale Politik angeboten wird, sie müssen (aktiv) auswählen, und die ausgewählten Beobachtungen müssen verarbeitet werden, um daraus eine individuelle Konstruktion der internationalen Politik herzustellen, die den funktionalen Erfordernissen kognitiver Wahrnehmungen entsprechen. Die individuellen Beobachtungssysteme, auf deren Beobachten sich an Beobachtungspunkt 3 eine Beobachtung zweiter Ordnung richtet, werden vor allem von psychischen Prozessen gesteuert. Hierüber liegen verschiedene Theorieansätze der Sozialpsychologie vor, die auf je unterschiedliche funktionale Erfordernisse des kognitiven Wahrnehmungsapparats aufmerksam machen und damit auf Mechanismen hinweisen, *wie* Informationen über die internationale Politik beobachtet werden.

Die Suche nach kognitiver Konsistenz ist ein sehr häufig beschriebener Mechanismus, der die Aufmerksamkeit und die Verarbeitungsoperationen des kognitiven Wahrnehmungsapparats steuert.<sup>22</sup> Danach wird die Aufmerksamkeit für, vor allem aber die Aufnahme von Informationen in starkem Maße davon gesteuert, daß der kognitive Wahrnehmungsapparat ein konsistentes Bild der Welt hervorbringen will und folglich selektiv wahrnimmt, seinem Bild widersprechende Informationen nicht aufnimmt oder zur Konsistenzerhaltung und -herstellung uminterpretiert.<sup>23</sup> Erst wenn sich beim beobachtenden Individuum Zweifel einstellen, daß das eigene Bild von der Welt nicht mehr mit der Realität übereinstimmen könnte, wird eine Veränderung der Konstruktion vorgenommen.<sup>24</sup>

22 Siehe oben die Hypothese 1 der Feindbild-Forschung, ihre Herleitung in Abschnitt 3.2.2 und ihre Überprüfung in Abschnitt 5.2.1, sowie das "Receive-Accept-Sample"-Modell (RAS-Modell) von Zaller (1992).

23 Klassisches Beispiel im hier untersuchten Fall war die Interpretation der Abrüstungsangebote von Michail Gorbatschow als hinterlistige Versuche, die NATO zu spalten, um darüber eine militärische Vorherrschaft der Sowjetunion in Europa zu erreichen.

24 Dieser Zweifel setzt dann ein, wenn der kognitive Wahrnehmungsapparat nicht mehr in der Lage ist, die Aufrechterhaltung der eigenen Konstruktion als getreues Abbild der Realität zu bestätigen. Dann erfolgt eine individuelle Neukonstruktion der internationalen Politik, der kognitive Wahrnehmungsapparat verändert seine Aufmerksamkeit nun auf solche Informationen hin, die ihm zur Rechtfertigung der veränderten Konstruktion dienen können. Er wird beispielsweise Informationen, die er zuvor als "Propaganda" interpretiert hat, nun als Teil der Wirklichkeit auffassen (Bsp.: "Gorbatschow kündigt einseitige Abrüstung an") und Darstellungen seiner alten Konstruktion als "nicht mehr zeitgemäß" zurückweisen. Unterstützung für diesen Konstruktionswandel wird er außerdem in Meinungsumfragen finden, die ihm in den Massenmedien präsentiert werden, denn die Meinungsforschung stellt aus ihren Beobachtungen außenpolitischer Einstellungen eine Konstruktion her, die vor allem dann den Selektionsmechanismen

Hinsichtlich der Aufmerksamkeit und Aufnahme von politischen Informationen liefert das *Receive-Accept-Sample*-Modell von Zaller (1992) wichtige Erkenntnisse über diesen individuellen Beobachtungsprozeß.<sup>25</sup> Sie reflektieren allerdings nicht die spezifischen Beobachtungsoperationen, wenn es um Themen der internationalen Politik geht.

Bei der individuellen Beobachtung der internationalen Politik scheint neben dem Konsistenz-Prinzip noch mindestens ein weiterer Mechanismus am Werk zu sein, der die Operationen des kognitiven Wahrnehmungsapparats in erheblichem Maße steuert (vgl. Weller 1993a): das Bedürfnis nach positiver sozialer Identität. Dem wird besonders bei der Beobachtung der internationalen Politik dadurch entsprochen, daß bei der Kategorisierung, die jedem kognitiven Wahrnehmungsvorgang zugrundeliegt, zwischen zwei Gruppen unterschieden wird, einer *ingroup* und einer *outgroup*, und die Aufmerksamkeit sich auf solche Aspekte richtet, die eine Höherbewertung der *ingroup* gegenüber der *outgroup* ermöglichen. Damit liegt jeder Beobachtung der internationalen Politik eine Orientierung an *Ingroup-outgroup*-Grenzen und eine damit einhergehende Bewertung der Wahrnehmungen zugrunde. Die individuelle Konstruktion der internationalen Politik soll dieser Kategorisierung entsprechen, weil sich nur so ein Zugewinn für das individuelle Selbstwertgefühl - durch Zugehörigkeit zur besser bewerteten *ingroup* - erreichen läßt.<sup>26</sup>

Solche sozialpsychologischen Theorien bieten wichtige Einblicke in die Operationen des kognitiven Wahrnehmungsapparats bei der Beobachtung der internationalen Politik. Sie geben Anhaltspunkte, nach welchen individuellen Erfordernissen die Beobachtungen gesteuert werden und welche Bedürfnisse den individuellen Konstruktionen der internationalen Politik zugrundeliegen. Diese Bedürfnisse können individuell unterschiedlich stark ausgeprägt sein, aber die zugrundeliegenden sozialpsychologischen Studien und Theorien weisen darauf hin, daß es sich um grundlegende Mechanismen des menschlichen Wahrnehmungsapparats handelt. Diese Theorien waren jedoch bei ihrer Anwendung auf konkrete empirische Phänomene mit genau jenen Problemen konfrontiert, wie sie oben in Abschnitt 5.3 für die Erklärungsansätze der Feindbild- und Außenpolitik-Forschung dargestellt wurden, weshalb sich dort zunehmend konstruktivistische Herangehens-

des massenmedialen Beobachtungssystems entgegenkommt, wenn sie eine Differenz bezeichnet, entweder zu anderen augenblicklichen Konstruktionen außenpolitischer Einstellungen (etwa der Regierung) oder zur zeitlich davorliegenden "öffentlichen Meinung". Politischer Einstellungswandel erfährt damit besondere gesellschaftliche Aufmerksamkeit.

25 Zaller (1992) betont vor allem die große Bedeutung grundsätzlicher politischer Aufmerksamkeit, von der abhängig sei, ob neue Informationen überhaupt als möglicherweise inkonsistent mit der vorhandenen Auffassung erkannt werden könnten. Bei geringer politischer Aufmerksamkeit seien in vielen Fällen gar keine Kenntnisse vorhanden, um die Inkonsistenz zwischen zwei sich - angeblich - widersprechenden Meinungen zu erkennen. Dies ist aus konstruktivistischer Sicht zu relativieren, denn solche Konsistenz ist kein von den individuellen Beobachtungssystemen unabhängiger Maßstab.

26 Vgl. dazu ausführlicher Weller (1993a: 279-284; 1993b, 1995, 1997b, 1997c) sowie Oakes et al. (1994), Tajfel/Turner (1986) und Brown (1988, 1990).

weisen durchsetzen (vgl. beispielhaft für die Stereotypenforschung Oakes et al. 1994). Insofern läßt sich im Hinblick auf ein konstruktivistisches Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels an diese interdisziplinäre Verbindung anknüpfen und in theoretisch konsistenter Weise auf diese Theorieangebote zurückgreifen.

Wenn ein außenpolitischer Einstellungswandel nicht allein von der Meinungsforschung produziert wird, müssen sich die individuellen Konstruktionen der internationalen Politik verändert haben. Wie diese Konstruktionen zustandekommen, darüber geben uns die Beobachtungen zweiter Ordnung an Beobachtungspunkt 3 einige Auskünfte. Auf der Grundlage der erwähnten sozialpsychologischen Theorien lassen sich dann auch Voraussetzungen formulieren, welche die massenmediale Konstruktion der internationalen Politik, auf die sich die Beobachtungen des individuellen kognitiven Wahrnehmungsapparats richtet, zu erfüllen hätte, wenn sie zu einem Wandel individueller Konstruktionen führen sollte.<sup>27</sup> Zugleich verweist diese Beobachtung zweiter Ordnung jedoch auch auf die Möglichkeit, wie aus einer veränderten Beobachtungsoperation ein Wandel der individuellen Konstruktion der internationalen Politik resultieren könnte. Ließen sich Anhaltspunkte dafür finden, daß es kollektive Veränderungen bei den individuellen Beobachtungsoperationen gab, könnte darüber auch ein kollektiver Wandel außenpolitischer Einstellungen erklärlich werden, der keine Entsprechung in der massenmedialen Konstruktion der internationalen Politik hat, aber auch nicht ausschließlich Produkt der Meinungsforschung ist. Auf den hier untersuchten Fall übertragen ließe sich damit wohl nicht der Einstellungswandel in den beiden Ländern, aber etwa die Differenz beim Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion erklären: Individuelle Beobachtungsoperationen, gerade solche, die sich auf die "internationale Politik" richten, könnten in solchem Maße kulturell oder national geprägt sein,<sup>28</sup> daß daraus ein länderspezifisch unterschiedlich verlaufender Feindbild-Zerfall resultierte.<sup>29</sup>

(4) "Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien" (Luhmann 1996: 9). Dieser Satz gilt in noch größerer Radikalität für die internationale Politik, von der uns Beobachtungen

27 Dies wurde ansatzweise unternommen in Weller (1996, 1997c, 1999b), aber nicht in der Form, daß es sich hier ohne weiteres in das Beobachtungs-Modell einfügen ließe.

28 Vgl. zu kulturellen Einflußfaktoren auch Kalberg (1989), Gabriel (1992), Granberg/Holmberg (1996) und Munton (1991).

29 Eine entsprechende Hypothese zur Differenz beim Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts zwischen den USA und der BRD ließe sich daran festmachen, daß es in den USA am Anfang der 1980er Jahre ein stark in Mitleidenschaft gezo- genes kollektives Selbstwertgefühl gab - durch Vietnam, Watergate und das Geiseldrama im Iran -, welches in der Reagan-Ära durch ein starkes Freund-Feind-Schema entscheidend verbessert wurde. Die Erklärung für den "verspäteten" Feindbild-Zerfall hieße dann: "Weil das Anfang der 1980er Jahre neu gewonnene Selbstvertrauen der USA primär auf dem Freund-Feind-Schema, auf der Selbstwertsteigerung durch Fremderniedrigung ('Reich des Bösen') beruhte, mußten die Amerikaner stärker an ihrem Feindbild gegenüber der Sowjetunion festhalten, weil sie sonst eine Identitätskrise hätten befürchten müssen" (Weller 1993: 283; vgl. auch Øberg 1990).

am Beobachtungspunkt 6 nur in den seltensten Ausnahmefällen zur Verfügung stehen. Was die Massenmedien liefern oder nicht liefern, d.h. als internationale Politik konstruieren, *ist* die internationale Politik. Dies gilt uneingeschränkt auch für PolitologInnen und SoziologInnen (vgl. Luhmann 1996: 9, Fn. 1), die zwar in manchen Fällen ihre Informationen aus den Massenmedien durch Befragung von an den Ereignissen beteiligten Personen ergänzen oder in historischer Perspektive durch die Untersuchung von Dokumenten erweitern. Aber Ausgangspunkt dessen, was sie als "internationale Politik" betrachten, sind Beobachtungen an Punkt 4 des Beobachtungs-Modells.

Diese große Bedeutung der Massenmedien für einen außenpolitischen Einstellungswandel wurde sowohl in der Feindbild-Forschung<sup>30</sup> als auch in den Analysen zu Außenpolitik und öffentlicher Meinung berücksichtigt. Der Schritt von der vierten zur fünften Hypothese bei Page/Shapiro (1992; siehe oben Abschnitt 4.2.2) symbolisiert dies für den Bereich der Außenpolitik-Analyse.<sup>31</sup> Aber diese Einsichten bleiben doch in fast allen Fällen einer "ptolemäischen" Auffassung des Verhältnisses von Massenmedien und Realität verpflichtet (vgl. Schulz 1989: 139): Massenmedien würden die Realität verzerrt, tendenziös, unvollständig darstellen, sie könnten die Wirklichkeit nicht so, wie sie sei, repräsentieren.

"In der 'ptolemäischen' Medienauffassung werden die Massenmedien als passive Mittler der Realität begriffen, vergleichbar einem Relaisatelliten im Orbit, der als Signalreflektor für die Überbrückung langer Distanzen dient, die - ähnlich mechanistischen Modellen - erklären sollen, wie die Rezipienten die verzerrte Medienrealität in eine interne Realitätsvorstellung überführen. Sehr weit verbreitet ist eine Art vages *Transfermodell*. Danach infiltrieren die Medien 'irgendwie' das Bewußtsein des Publikums mit ihrer Sicht der Welt" (Schulz 1989: 140f, Hervorh. dort).

Sowohl das Modell von Page und Shapiro (1992: 354), das den Medieneinfluß verdeutlichen soll (siehe oben Abb. 13 in Abschnitt 4.4.2), als auch das Filter-Modell (siehe oben Abb. 14 in Abschnitt 5.3), welches die Modell-Auffassungen von Feindbild-Forschung und *Rational-Public-Ansatz* integriert, folgen einer "ptolemäischen" Auffassung von Realitätsvermittlung durch die Massenmedien. Diese Vorstellung hat für lange Zeit auch die Kommunikationsforschung geleitet

30 Vgl. etwa Enke (1977b); Knobloch (1988); Zimmermann (1988, 1992); Rotter (1992); Link (1991a, 1991b, 1995); Sabbagh (1995).

31 Vgl. aber schon Lippmann (1922) sowie Lotze (1989), Iyengar (1992), Tims/Miller (1995) und Goldmann/Robertson (1995). Am nachhaltigsten scheint diese Einsicht bei den Medienakteuren wirksam zu sein. So haben etwa, völlig unabhängig voneinander und doch in beeindruckender Übereinstimmung in ihrem Argument, zwei Chefredakteure privater Fernsehveranstalter (Hans Mahr, RTL; Karl-Ulrich Kuhlo, ntv) bei einer Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum (vgl. Calließ 1997) die Massenmedien - und damit vor allem sich selbst - zu wichtigen wenn nicht sogar entscheidenden Akteuren der internationalen Politik erhoben. Nur weil die Massenmedien der amerikanischen Bevölkerung den Krieg im ehemaligen Jugoslawien in die Wohnzimmer gebracht hätten, sei der amerikanische Präsident zu einer aktiven Politik in Hinsicht auf diesen Krieg gezwungen gewesen, wodurch dann das Friedens-Abkommen von Dayton zustande gekommen sei, kurz: Die Massenmedien hätten den Frieden im ehemaligen Jugoslawien ermöglicht und zustandegebracht (vgl. auch Jakobsen 1996).

und zu der vielfach vorgetragenen Medien-Kritik geführt: die nachweislich verzerrte Medienrealität sei nicht mit dem Prinzip der Objektivität, dem JournalistInnen und Massenmedien verpflichtet seien, vereinbar (vgl. Schulz 1989: 140f). Inzwischen jedoch gibt es auch ein anderes Modell, um das Verhältnis zwischen Realität, Massenmedien und Gesellschaft zu betrachten. Schulz (1989) spricht von der "kopernikanischen" Auffassung, um mit dem damit symbolisierten Gegensatz die grundlegende Differenz bei der Beobachtung des Verhältnisses von Massenmedien und Realität zu verdeutlichen:

"Die Medien [werden dabei] nicht als bloß passive Vermittler (Relais oder Reflektoren) einer Wirklichkeit verstanden, die autonom und unabhängig von Massenkommunikation existiert. Stattdessen werden die Medien als aktives Element in dem sozialen Prozeß begriffen, aus dem eine Vorstellung von Wirklichkeit erst hervorgeht. Ihre Aufgabe besteht darin, die Stimuli und Ereignisse in der sozialen Umwelt zu selektieren, zu verarbeiten, zu interpretieren. Auf diese Weise nehmen sie Teil am kollektiven Bemühen, eine Realität zu konstruieren und diese - durch Veröffentlichung - allgemein zugänglich zu machen, so daß eine gemeinsame Basis für soziales Handeln entsteht" (Schulz 1989: 142).

Diese konstruktivistische Perspektive gewinnt in der Massenmedien-Forschung zunehmend an Einfluß,<sup>32</sup> so daß sich ihre Aufmerksamkeit auch auf Beobachtungen zweiter Ordnung richtet. Werden die Massenmedien als "Weltbildapparate" (Schulz 1989; vgl. auch Schulz 1976) konzeptualisiert, kann sich die Aufmerksamkeit der Forschung darauf richten, welche Mechanismen am Werk sind, daß die Massenmedien dieses und kein anderes Bild der Welt produzieren. Solche Beobachtungen des Beobachtens kennzeichnet der Pfeil 5 in dem oben dargestellten Beobachtungs-Modell.

(5) Der Zusammenhang von Massenmedien und internationaler Politik hat unter verschiedenen Perspektiven immer wieder intensive Aufmerksamkeit erfahren, ohne daß sich jedoch bis heute ein systematisches Forschungsprogramm entwickelt hätte (vgl. Page 1996; Robertson 1995b, 1995e). So wurde etwa in der Studie "The Press and Foreign Policy" (Cohen 1963) das Zusammenwirken von Washingtoner JournalistInnen und MitarbeiterInnen des amerikanischen Außenministeriums untersucht und darüber vor allem der Einfluß der Regierung auf die Presseberichterstattung unter die Lupe genommen (vgl. auch Cohen 1967). Auf die MitarbeiterInnen des US-Außenministeriums richtete sich auch die Untersuchung von O'Heffernan (1991), deren Ergebnisse sich jedoch erheblich von denen Cohens (1963) unterscheiden. Durch die technische Entwicklung der Massenmedien hätten diese heute einen weit größeren Einfluß auf die Politik, indem sie nicht mehr nur für die Bevölkerung das Bild der internationalen Politik kreierten, sondern auch für den außenpolitischen Apparat eine wichtige Informationsquelle - und damit Wirklichkeits-Produktion - darstellten. Zudem seien die Massenmedien heute auch Teil der Außenpolitik, indem über sie ein Teil des diplomatischen Austauschs zwischen

32 Vgl. etwa Merten et al. (1994), Schmidt (1994b), Luhmann (1996) sowie die Diskussion zwischen Bovenier (1992), Weischenberg (1992b), Saxer (1992) und Luhmann (1994b).

Staaten stattfinden (O’Heffernan 1991: 49-58). Besonders auf die unmittelbare Wirkung der Massenmedien auf Außen- und internationale Politik richtete sich die Studie von Wittkämper (1986) und seinen Mitarbeitern [sic!] (vgl. Bellers/Wehmeier 1980): Indem die Medienakteure gerade im Bereich der internationalen Politik in entscheidendem Maße an der Konstruktion der Wirklichkeit beteiligt seien, könnten sie auch Einfluß auf die staatliche Außenpolitik nehmen.

Diese, in verschiedenen Studien punktuell analysierten Wechselwirkungen zwischen dem politischen Einfluß auf die massenmediale Konstruktion der internationalen Politik und dem Einfluß der Massenmedien auf die individuellen Konstruktionen der internationalen Politik von außenpolitischen Akteuren sind von einiger Bedeutung am fünften Beobachtungspunkt des Beobachtungs-Modells. Diese Beobachtungen richten sich jedoch nicht darauf, einen manipulativen Einfluß von Eliten oder Regierungen aufzudecken - wie sie in der Außenpolitik-Analyse dominieren (siehe oben Abschnitt 5.2.5) -, sondern das massenmediale Beobachtungssystem darin zu beobachten, *wie* es die internationale Politik beobachtet. Der Einfluß der Regierung auf die massenmediale Konstruktion der internationalen Politik macht sich dann nicht an deren Intention fest, die öffentliche Meinung zu manipulieren, sondern an den Unterscheidungs- und Selektionsmechanismen massenmedialer Beobachtung, die sich etwa bei außenpolitisch relevanten Themen in starkem Maße auf die Regierung als Informationsquelle richtet (vgl. Jordan/Page 1992). Aus diesem Grund gewinnt die Regierungs-Interpretation internationaler Ereignisse in den Massenmedien ihre Dominanz (vgl. Bennett 1994: 177). Daraus ergibt sich beispielsweise eine weitere Erklärungsmöglichkeit für den länderspezifisch unterschiedlichen Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts (vgl. auch Dorman 1988): Indem die Massenmedien für die Interpretation und Bewertung der neuen Informationen über die Sowjetunion ihre Aufmerksamkeit auf die jeweiligen nationalen Regierungen und Außenministerien richteten, spiegelte sich in den massenmedialen Konstruktionen der sowjetischen Reformen die Regierungshaltung gegenüber Michail Gorbatschow - "Genscherismus" versus "Reich des Bösen" - wider.

Zugleich können auch die Selektionskriterien, nach denen die nationalen Massenmedien-Systeme zwischen berichtenswerten Informationen und - innerhalb ihres Systems - "Nicht-Informationen" unterscheiden, verschieden sein. Auf die geringe Aufmerksamkeit der US-amerikanischen Massenmedien für Themen der internationalen Politik - vor allem wenn sie nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der amerikanischen Außenpolitik stehen - ist mehrfach hingewiesen worden. Daß sich die individuellen Konstruktionen der internationalen Politik bei den AmerikanerInnen bis 1988 kaum geändert hatten, könnte also auch daran gelegen haben, daß sie die sich in der Sowjetunion abspielenden Reformen gar nicht beobachten konnten, weil diese in der amerikanischen massenmedialen Konstruktion der internationalen Politik keine oder nur eine marginale Rolle spielten. Zugleich könnten die Selektionskriterien der bundesdeutschen Massenmedien dazu geführt haben, daß sie auf dem Hintergrund der heftigen sicherheitspolitischen Auseinandersetzungen am Anfang der 1980er Jahre, die in besonderem Maße auch

die politisch-militärischen Intentionen der Sowjetunion betrafen, besonders aufmerksam für all jene Informationen waren, welche der Auffassung vom "Reich des Bösen" widersprachen.

Bei diesen Beobachtungen zweiter Ordnung interessiert nicht die Frage, ob die bundesdeutschen oder die amerikanischen massenmedialen Konstruktionen der Reformprozesse in der Sowjetunion näher an der Realität waren, denn es sind die Konstruktionen selbst, die das weitere Handeln beeinflussen. In der Einleitung dieses Buches wurde darauf hingewiesen, daß die sich schnell verbessernden außenpolitischen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion in der Bundesrepublik Deutschland entscheidenden Anteil daran hatten, daß die Bundesregierung innerhalb der NATO auf positive Reaktionen gegenüber Michail Gorbatschows Reformversuchen drängte. Könnten nun "ptolemäische" Außenpolitik- oder MedienanalytikerInnen nachweisen, daß die massenmediale Konstruktion der sowjetischen Reformen in der BRD falsch, übertrieben positiv, möglicherweise sogar vom sowjetischen Geheimdienst manipuliert war - es würde sich nichts daran ändern, daß es diese massenmedialen Konstruktionen waren, die den Einstellungswandel und damit die Intensivierung der Ost-West-Entspannung herbeigeführt haben. Es sind unsere Konstruktionen, es ist nicht die Realität, auf die wir mit unserem Handeln reagieren. Insofern kann eine Theorie außenpolitischen Einstellungswandels ohne weiteres darauf verzichten, zwischen richtigen und Fehlwahrnehmungen bzw. Tatsachenberichten und Medienmanipulationen zu unterscheiden.

(6) Der sechste Beobachtungspfeil im konstruktivistischen Analysemodell außenpolitischer Einstellungen ist damit quasi hinfällig. Er wurde zur Verdeutlichung der Differenz des Beobachtungs-Modells zu den Prämissen des Filter-Modells (siehe oben Abb. 14) eingefügt, denn alle nicht-konstruktivistischen Ansätze basieren auf der Behauptung, die jeweiligen ForscherInnen könnten die Ereignisse der internationalen Politik unmittelbar beobachten und dann mit massenmedialen oder individuellen Konstruktionen vergleichen, um die Manipulation durch Massenmedien aufzudecken oder andere Konstruktionen als Fehlwahrnehmungen zu kritisieren. Der operative Konstruktivismus, welcher der Entwicklung des hier beschriebenen Beobachtungs-Modells zugrundeliegt, bestreitet die Möglichkeit intersubjektiver Realitätserkenntnis. Auch wenn wir als ForscherInnen beispielsweise bei einer internationalen Verhandlungsrunde persönlich anwesend sein könnten - und nur dies würde tatsächlich dem Beobachtungspfeil 6 entsprechen -, würden wir keine Realität erkennen, sondern unsere individuelle Wirklichkeit schaffen, die anders aussehen könnte als die der beteiligten Verhandlungsdelegationen. Den weiteren Verlauf der Verhandlungen aber werden *deren* Wirklichkeitskonstruktionen bestimmen - und in ähnlicher Weise bestimmen die massenmedialen Konstruktionen der internationalen Politik die öffentliche Meinung, die in vielen Fällen ein entscheidendes Element beim Zustandekommen außenpolitischer Entscheidungen in demokratischen Staaten sind.

### 6.3. Erklärungsmöglichkeiten des Feindbild-Zerfalls

Indem die außenpolitische öffentliche Meinung als Konstruktion außenpolitischer Einstellungen durch die Meinungsforschung aufgefaßt wird (siehe oben Abb. 15, Pfeil 1 im Beobachtungs-Modell), eröffnen sich auch neue Erklärungsmöglichkeiten für den länderspezifisch unterschiedlichen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts. Während das Filter-Modell (siehe oben Abb. 14) die Annahme enthält, daß ein außenpolitischer Einstellungswandel seinen Ausgangspunkt in überraschenden Ereignissen der internationalen Politik nimmt, sieht das Beobachtungs-Modell keinen solchen Kausalpfad vor. Es schließt auch nicht aus, daß solche besonderen Ereignisse der internationalen Politik beobachtet werden, denen die Identifikation eines außenpolitischen Einstellungswandels durch die Meinungsforschung nachfolgt. Dafür aber müssen entsprechend dem Beobachtungs-Modell bestimmte Bedingungen gegeben sein: daß das massenmediale Beobachtungssystem solche Ereignisse in seine Konstruktion der internationalen Politik integriert, daß die individuellen Beobachtungssysteme bei ihrer Beobachtung dieser Konstruktion(en) ihre Aufmerksamkeit auf solche besonderen Elemente richten und diese bei ihrer individuellen Konstruktion der internationalen Politik berücksichtigen und daß außerdem die Meinungsforschung mit ihrem Beobachten die veränderten individuellen Konstruktionen erfaßt und einen Wandel der öffentlichen Meinung identifiziert. Liegen diese Bedingungen vor, kann davon ausgegangen werden, daß es einen Zusammenhang zwischen überraschenden Ereignissen der internationalen Politik und dem nachfolgenden außenpolitischen Einstellungswandel gibt.

Zugleich macht das Beobachtungs-Modell jedoch noch auf weitere Erklärungsmöglichkeiten für außenpolitischen Einstellungswandel aufmerksam. Dazu gehört der Hinweis, daß die spezifischen Beobachtungsoperationen der Meinungsforschung einen außenpolitischen Einstellungswandel konstruieren können, auch wenn sich die individuellen Konstruktionen der internationalen Politik nicht verändert haben sollten (siehe oben Abschnitt 6.2.2). Angesichts der vielen übereinstimmenden Indikatoren für den Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts in jedem der beiden untersuchten Länder (siehe oben Abschnitte 2.5 und 2.6) ergibt sich daraus im hier untersuchten Fall keine plausible Erklärung. Viel eher könnte gerade der länderspezifisch unterschiedliche Feindbild-Zerfall auf bestimmte nationale Prägungen der individuellen Beobachtungssysteme der "internationalen Politik" zurückzuführen sein, auf die sich die Beobachtung zweiter Ordnung an Punkt 3 richtet (siehe dazu oben Abschnitt 6.2.3). Von noch größerer Bedeutung aber könnte die länderspezifisch unterschiedlich geprägte massenmediale Konstruktion der internationalen Politik für den unterschiedlichen Zeitpunkt des Feindbild-Zerfalls gegenüber der Sowjetunion in den USA und der Bundesrepublik Deutschland gewesen sein (siehe oben Abschnitt 6.2.5).



Was sich aus dem Beobachtungs-Modell an Erklärungsansätzen für den hier erörterten empirischen Fall ergibt, sind nur zum Teil neue Erkenntnisse. Die Erklärungen stimmen teilweise mit den Überlegungen überein, die bei der Überprüfung der Hypothesen in bezug auf die Plausibilität der Hypothesen 1 und 5 schon angestellt wurden. Doch das Beobachtungs-Modell kann durch die Beobachtungen zweiter Ordnung auch auf darüber hinausgehende Erklärungsmöglichkeiten aufmerksam machen. Indem auf ein spezifisches Unterscheidungskriterium hingewiesen wurde, welches der individuelle kognitive Wahrnehmungsapparat bei seinen Beobachtungen der sozialen Welt anwendet, konnte die These formuliert werden, daß die Bildung nationaler kollektiver Identität zwischen der Bundesrepublik und den USA differiert, bzw. differiert haben könnte, was den zeitlichen Unterschied im Feindbild-Zerfall erklären könnte. Der Hinweis auf nur einen spezifischen Selektionsmechanismus der Massenmedien bei ihrer Beobachtung der internationalen Politik - ihre Orientierung an der Regierung - brachte eine weitere These hervor, die für eine Erklärung der deutsch-amerikanischen Differenz beim außenpolitischen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion plausibel sein könnte.

Damit sind jedoch nur *Beispiele* genannt, wie sich durch *Beobachtungen zweiter Ordnung* spezifische Beobachtungsoperationen erkennen lassen, die von den an der Bildung außenpolitischer Einstellungen beteiligten Beobachtungssystemen vorgenommen werden. Es muß weiterer Forschung überlassen bleiben, zum einen durch intensive interdisziplinäre Arbeit die vorliegenden sozialpsychologischen Theorieansätze daraufhin zu befragen, welche Anhaltspunkte sich dafür finden lassen, daß der kognitive Wahrnehmungsapparat mit ganz spezifischen Unterscheidungen operiert, wenn er die internationale Politik beobachtet.<sup>33</sup> Zum anderen muß unter Rückgriff auf die konstruktivistische Massenkommunikationsforschung das massenmediale Beobachtungssystem daraufhin untersucht werden, welche spezifischen Operationen seiner Konstruktion der internationalen Politik zugrundeliegen. Galtung und Ruge (1965) haben vor nunmehr genau 37 Jahren - im Januar 1963 - ihre Studie der Nachrichtenwertfaktoren bei der Berichterstattung über internationale Politik vorgestellt und es hat bis heute keine sich daran anschließende systematische Forschung zur massenmedialen Berichterstattung über internationale Politik stattgefunden.<sup>34</sup> Diese Forschungslücke ist um so erstaunlicher, wenn man sich daran erinnert, daß schon Lippmann (1922) die "map making function" der Presse betont hatte. Der stattfindende technologische Wandel erhöht die Notwendigkeit, die Strukturen der massenmedialen Beobachtung der internationalen Politik zu

33 Das Streben nach kognitiver Konsistenz und nach positiver sozialer Identität sind zwei, aber möglicherweise nicht alle, den individuellen Beobachtungen zugrundeliegenden Stimuli, die das individuelle Beobachten steuern.

34 Auch Robertson (1995a) konnte in ihren *Reader* zu "Opinion, the Media and International Politics" keinen aktuelleren Beitrag zu dieser Fragestellung aufnehmen. Galtung und Ruge (1965) haben vier norwegische Tageszeitungen daraufhin untersucht, in welche Struktur die internationale Politik in der massenmedialen Darstellung gebracht wird und welche Selektionsmechanismen der Medien dieser spezifischen Konstruktion zugrundeliegen.

untersuchen, denn noch ist völlig unklar, welchen Veränderungen die massenmediale Konstruktion der internationalen Politik durch eine weitere Internationalisierung der Massenkommunikation unterworfen wären. Daß dies Konsequenzen für die Außen- und internationale Politik haben wird, erscheint offensichtlich.

#### 6.4. *Die Analyse der öffentlichen Meinung in der Außenpolitik*

Der wissenschaftliche Zugriff auf die öffentliche Meinung in der Außenpolitik wird durch gravierende Hindernisse erschwert. Zum einen sind mehrere Analyseebenen gleichzeitig zu betrachten und daher interdisziplinäre Herangehensweisen erforderlich, da die Fragestellung ihre Relevanz insbesondere im Hinblick auf die *internationale* Politik erfährt, außenpolitische öffentliche Meinung aber in der Regel auf der Ebene staatlich organisierter Gesellschaften gebildet wird und dabei zugleich (sozial-) psychologische Faktoren, die auf der Analyseebene des Individuums angesiedelt sind, eine wesentliche Rolle spielen. Zum zweiten handelt es sich bei der öffentlichen Meinung in der Außenpolitik um ein verschachteltes Wechselverhältnis, das sowohl unter dem Blickwinkel des Einflusses außenpolitischer Akteure auf die öffentliche Meinung - sowohl zustimmend wie kritisch - als auch unter der Fragestellung nach verschiedenen Einflußfaktoren auf außenpolitische Entscheidungen, unter denen in demokratischen Staaten die öffentliche Meinung besondere Prominenz besitzt, betrachtet werden kann, wodurch jeweils Zusammenhänge entstehen, bei denen kaum zwischen Henne und Ei zu unterscheiden ist. Außerdem ist die Außenpolitik, bei der in letzter Konsequenz nicht selten die Frage nach Krieg oder Frieden aufgeworfen wird, ein heikles Feld für theorieorientierte Vorhaben, die keine normative Prämisse, sondern das Ziel eines möglichst allgemeinen Erklärungsansatzes zum Ausgangspunkt nehmen - die erdrückende Dominanz normativ voreingenommener Herangehensweisen wurde in den vorangehenden Kapiteln deutlich.

Auf diesem Hintergrund wurde in dieser Arbeit ein bedeutsamer Fall einschneidenden außenpolitischen Einstellungswandels als Beispiel bzw. Rätsel für die vorliegenden Erklärungsansätze herangezogen, um daran sowohl die theoretische Unzulänglichkeit bisheriger Forschungsansätze (Abschnitt 5.3) als auch eine darüber hinausweisende konstruktivistische Perspektive (Abschnitt 6.2) aufzuzeigen. Anhand der Überprüfung der aus den vorliegenden Ansätzen entwickelten Hypothesen konnte gezeigt werden, daß diese entweder am aufgestellten wissenschaftlichen Rätsel oder bei der Prüfung auf ihre innere Widerspruchslosigkeit hin scheitern. Sie verweisen zwar auf die Bedeutsamkeit sowohl der gesellschaftlichen (massenmediale Berichterstattung) als auch der individuellen Analyseebene (kognitiver Wahrnehmungsapparat), bieten aber keinerlei Grundlage, daß mit ihrer Hilfe ein allgemeines Erklärungsmodell der Bedingungen außenpolitischen Einstellungswandels entwickelt werden könnte (siehe oben Abschnitt 5.3).

Hierfür stellt der operative Konstruktivismus dagegen eine Lösung bereit, die nicht nur in der Lage ist, eine theoretische Integration für die auf unterschiedlichen Analyseebenen angesiedelten Bedingungsfaktoren außenpolitischen Einstellungswandels - einschließlich der Einbeziehung der Meinungsforschung - anzubieten, sondern zugleich einen analytisch eindeutigen Zugriff auf das Wechselverhältnis zwischen Außenpolitik und öffentlicher Meinung ermöglicht und außerdem die Verbindung (wieder) herstellt zu den jüngsten, innovativen Theorieansätzen der Sozialpsychologie und Massenkommunikationsforschung, auf deren Erkenntnisse ein Erklärungsmodell außenpolitischen Einstellungswandels angewiesen ist. Diese Leistung der konstruktivistischen Perspektive, für die in verschiedenen Disziplinen entwickelten Ansätze einen einheitlichen Theorierahmen bereitzustellen und damit den erforderlichen Theorie-Import zu *ermöglichen*, ist angesichts eines Forschungsgegenstands, dessen theorieorientierte Analyse schon seit Anfang des letzten Jahrhunderts immer wieder daran scheiterte, daß keine geeignete Verbindung der unterschiedlichen Analyseebenen gelang, kaum zu überschätzen.

Als eine Theorie des Beobachtens konzeptualisiert der operative Konstruktivismus alles Wissen als Produkte selbstreferentieller Beobachtungssysteme (vgl. Luhmann 1992: 75f) und unterscheidet dabei vornehmlich einerseits zwischen individuellen und sozialen Beobachtungssystemen,<sup>35</sup> andererseits zwischen Beobachtungen erster und zweiter Ordnung. Indem somit in einem konstruktivistischen Analysemodell außenpolitischer Einstellungen sowohl der massenmediale als auch der individuelle Umgang mit "internationaler Politik" auf "Beobachten" beruht, kann dieses Beobachten mit Hilfe von Beobachtungen zweiter Ordnung, die sich nicht wie Beobachtungen erster Ordnung auf die (Um-) Welt, sondern auf das *Wie* des Beobachtens richten, analysiert werden. Auf der Grundlage systematischer Beobachtungen zweiter Ordnung bezogen auf das Beobachten der "internationalen Politik" auf den unterschiedlichen Analyseebenen (siehe das Beobachtungs-Modell in Abb. 15) lassen sich dann Muster und Mechanismen entdecken, aus denen sich auch die Bedingungen außenpolitischen Einstellungswandels ableiten lassen. Damit ist der Forschung zur öffentlichen Meinung in der Außenpolitik eine neue Perspektive eröffnet.

In dieser Arbeit konnten die Beobachtungsoperationen noch nicht systematisch herausgearbeitet werden, die den für außenpolitische Einstellungen bestimmenden Konstruktionen der internationalen Politik (auf der individuellen und der gesellschaftlichen Ebene) zugrundeliegen. Trotzdem konnten mit Hilfe des entwickelten

35 Individuelle Beobachtungssysteme operieren auf der Ebene des Bewußtseins, soziale Beobachtungssysteme funktionieren im Modus der Kommunikation (vgl. Luhmann 1992: Kap. 1). Ein konstruktivistisches Analysemodell außenpolitischer Einstellungen hat zunächst von individuellen Beobachtungssystemen auszugehen, denn außenpolitische Einstellungen werden jeweils von Individuen gebildet. Doch worauf richtet sich das Beobachten der Individuen, wenn sie sich für die internationale Politik interessieren? Vor allem auf die Massenmedien und deren Konstruktion der internationalen Politik. Hierbei haben wir es mit einem sozialen Beobachtungssystem zu tun, ebenso wie bei der Meinungsforschung, welche zur Gewinnung repräsentativer Umfrageergebnisse die individuellen Einstellungen der Befragten "beobachtet". Zur Veranschaulichung dieser Perspektive dient das Beobachtungs-Modell (siehe oben Abb. 15).

Beobachtungs-Modells Erklärungsmöglichkeiten für den länderspezifisch unterschiedlichen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion abgeleitet werden, die teilweise über jene der vorliegenden Ansätze hinausweisen. Alle aus diesem Modell abgeleiteten Erklärungen unterscheiden sich aber grundlegend von denen, die sich aus den oben entwickelten Hypothesen ergeben hatten - und dies in dreifacher Hinsicht.

Zum ersten kann das doppelte Rätsel (siehe oben Abschnitt 5.1) aufgelöst werden, indem sich aus einem konstruktivistischen Analysemodell *systematisch*, durch die Beobachtungen zweiter Ordnung plausible Hypothesen für den länderspezifisch unterschiedlichen Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts ableiten lassen (siehe oben die Abschnitte 6.2.2, 6.2.3 und 6.2.5). Zwar unterscheiden sich diese Erklärungen inhaltlich teilweise nur geringfügig von den Hypothesen 1 und 5 der oben dargestellten Ansätze,<sup>36</sup> aber sie entziehen sich der vorgetragenen erkenntnistheoretischen Kritik (siehe oben die Abschnitte 5.2.5 und 5.3), wodurch insbesondere die politikwissenschaftliche Forschung zu außenpolitischen Einstellungen weiterführende Impulse bekommt.

Zum zweiten lassen sich auf einer konstruktivistischen Grundlage - und hier scheint mir der entscheidende theoretische Fortschritt zu liegen - *allgemeine* Hypothesen formulieren, weil sie - im Gegensatz zu den vorliegenden Hypothesen - keinen inhaltlichen Bezug auf die vorhandenen Einstellungen oder eine objektive Wahrnehmung der internationalen Politik herstellen müssen; sie setzen keine unmittelbare Erkenntnis der Realität durch die Forschenden (siehe Abb. 15, Beobachtungspfeil 6) voraus, an denen die jeweils beobachteten Beobachtungen über die internationale Politik zu messen wären, wie dies in der Feindbild-Forschung und der Außenpolitik-Analyse notwendig erscheint (siehe dazu oben die Abschnitte 5.2.1 und 5.2.5).

Zum dritten eröffnet das Beobachtungs-Modell neue Perspektiven interdisziplinärer Theorieentwicklung für ein Forschungsfeld, das mit dem Feindbild-Zerfall auch seine theoretischen Interessen verloren hat ("Feindbild-Forschung") oder sich in die Diskussion eines normativen Dilemmas verstrickt ("Außenpolitik und öffentliche Meinung") und darüber seine analytischen Interessen vernachlässigt hat. Indem bei einem konstruktivistischen Analysemodell mit Beobachtungen zweiter Ordnung operiert wird, lassen sich Erkenntnisse darüber gewinnen, nach welchem Muster die Konstruktionen der Beobachtungssysteme erstellt werden. Wenn wir unsere Aufmerksamkeit darauf richten zu untersuchen, *wie* beobachtet wird, und dafür gleichzeitig die konstruktivistischen Ansätze der Sozialpsychologie und der

36 Am fünften Beobachtungspunkt des Beobachtungs-Modells (siehe oben Abb. 15) ergibt sich eine ähnliche Erklärung wie die Hypothese 5 des *Rational-Public*-Ansatzes, aus den Beobachtungen zweiter Ordnung an Punkt 3 läßt sich eine der Dissonanz-Hypothese ähnliche Erklärung entwickeln, am zweiten Beobachtungspunkt können Hypothesen formuliert werden, die in die Diskussion um den zweiten Aspekt des Almond-Lippmann-Konsenses (siehe oben Abschnitt 4.2) gehörten. Daß in den Konstruktionsbedingungen der Meinungsforschung schon die Erklärung des länderspezifischen Feindbild-Zerfalls liegen könnte, dieser These sollte mit der methodisch reflektierten Datenauswahl (siehe oben Abschnitt 2.4.3) der Wind aus den Segeln genommen werden.

Massenkommunikationsforschung nutzen, werden wir Regelmäßigkeiten des Beobachtens erkennen, die zwangsläufig zu bestimmten Strukturen der aus den Beobachtungen resultierenden Konstruktionen führen. Diese Strukturen sind Resultate des Beobachtens, nicht der Realität (vgl. Luhmann 1988: 15f).

Die Beobachtungen zweiter Ordnung, insbesondere bezogen auf die Beobachtungen des massenmedialen Beobachtungssystems, ermöglichen uns systematische Einsichten, anhand welcher Unterscheidungen die Wirklichkeit der internationalen Politik in den Massenmedien hervorgebracht wird. Auf diese konstruierte Wirklichkeit richten sich die Beobachtungen der Bevölkerung zur Bildung außenpolitischer Einstellungen. Solche Analysen können an die konstruktivistischen Ansätze in der Massenmedien-Forschung anknüpfen<sup>37</sup> und sollten vor allem ländervergleichend durchgeführt werden, denn wie der Feindbild-Zerfall gegenüber der Sowjetunion zeigte, scheinen die massenmedialen Beobachtungssysteme national unterschiedlich zu operieren (vgl. auch Gurevitch et al. 1995). Zugleich könnte jedoch auch ein Zeitvergleich wichtige Aufschlüsse liefern, inwiefern sich im Zuge der technischen Entwicklungen im Kommunikationsbereich diese nationalen Prägungen des massenmedialen Beobachtens zunehmend auflösen und sich darüber eine Weltgesellschaft herstellt (vgl. Luhmann 1998).

Auch Beobachtungen zweiter Ordnung bezogen auf die Beobachtungen der individuellen Beobachtungssysteme ist erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken im Hinblick auf Erklärungen außenpolitischer Einstellungen und ihres Wandels. Zaller (1992) hat besonders darauf aufmerksam gemacht, wie sehr die individuelle Aufmerksamkeit mit politischen Grundorientierungen verknüpft ist. Die Informationen über die internationale Politik sind aber zusätzlich in starkem Maße von anderen Strukturen geprägt, sie machen andere Kategorisierungsangebote und die Individuen verbinden mit ihren Konstruktionen der internationalen Politik auch andere Bedürfnisse (etwa nach sozialer Identität), die ihre Beobachtungsoperationen steuern. Zur weiteren Analyse sind die jüngeren Entwicklungen in der kognitiven Sozialpsychologie heranzuziehen (vgl. Fiske/Taylor 1991; Oakes et al. 1994) und daraus die entsprechenden Hypothesen über das individuelle Beobachtungssystem der internationalen Politik zu formulieren. Dabei lassen sich dann sowohl von ländervergleichenden Studien als auch von Analysen im Zeitvergleich interessante Aufschlüsse erwarten, denn etwa die Bildung nationaler Identität kann zwischen Ländern erhebliche Unterschiede aufweisen, sie kann aber vor allem durch den Bedeutungsverlust des Nationalstaats am Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert einem grundlegenden Wandel unterworfen sein (vgl. Forschungsgruppe Weltgesellschaft 1996; Weller 1997c), der für die individuellen Konstruktionen der internationalen Politik von erheblicher Bedeutung sein könnte.

37 Vgl. etwa Scheffer (1990); Neuman et al. (1992); Fröh (1992); Spangenberg (1993); Marcinkowski (1993, 1996); Merten et al. (1994); Blöbaum (1994); Schmidt (1994a, 1994b); Weischenberg (1995: Kap. 4); Luhmann (1996); Berkowitz (1997).

Unter der spezifischen Perspektive, welche Bedeutung der *Veröffentlichung* von Meinungsumfragen zukommt, sowohl in bezug auf den Einfluß der öffentlichen Meinung auf außenpolitische Entscheidungen, als auch in bezug auf den Prozeß eines außenpolitischen Einstellungswandels, sind auch die Beobachtungen zweiter Ordnung, die sich auf die Beobachtungen der Meinungsforschung als Beobachtungssystem richten, von erheblicher Bedeutung für die Themenstellung "Die öffentliche Meinung in der Außenpolitik". Studien hierzu werden sich teilweise auch auf die Wissenschaft selbst als Teil des Beobachtungssystems "Meinungsforschung" richten müssen, was dem operativen Konstruktivismus eine durchaus vertraute Perspektive ist (vgl. Luhmann 1992).

Neben solchen Studien im Hinblick auf die im Beobachtungs-Modell vorgesehenen Beobachtungen zweiter Ordnung ist zugleich eine konzeptionelle Arbeit erforderlich, die eine Verbindung zu den Bedingungen herstellt, die als entscheidend für die Größe des Einflusses der öffentlichen Meinung auf außenpolitische Entscheidungen ist. In einem jüngst von Powlick und Katz (1998: 32) vorgelegten Modell "of Conditions Shaping Public Opinion/Foreign Policy Nexus" finden sich Faktoren wie "media coverage", "elite dissensus" und "framing" als entscheidende Variablen dafür, ob sich außenpolitische Entscheidungen von der öffentlichen Meinung beeinflussen lassen. Es geht also um spezifische massenmediale Konstruktionen, deren Zustandekommen nicht vornehmlich von ihrer "realen" Existenz, sondern von ihrer Beobachtung abhängig ist. Das Modell von Powlick und Katz (1998) steht in der Gefahr, ähnliche Debatten zu provozieren, wie sie dem Almond-Lippmann-Konsens in den vergangenen 40 Jahren galten (siehe oben Kapitel 4) und zu einem problematischen Resultat geführt haben (siehe oben Abschnitt 5.2.5). Eine konstruktivistische Perspektive auf die Bedingungen, unter denen die außenpolitischen Entscheidungen einer Regierung unter besonderen Druck von Seiten der öffentlichen Meinung geraten, würde verdeutlichen, wie *die* Wirklichkeit hergestellt wird, die offenbar die Größe dieses Drucks bestimmt.

#### 6.5. *Von den Bedingungen zu den Möglichkeiten außenpolitischen Einstellungswandels*

Zugegebenermaßen könnte auf dem Hintergrund der im vorhergehenden Abschnitt angestellten Überlegungen nun der spannendste Teil dieses Buches beginnen; diesem Abschnitt folgt aber nur noch das Literaturverzeichnis, weil in *einer* Arbeit nicht alles auf einmal geleistet werden kann. Um zu dieser hier entwickelten konstruktivistischen Perspektive auf außenpolitische Einstellungen zu gelangen und ihre theoretische Überlegenheit zu verdeutlichen, war - entsprechend der Gepflogenheiten wissenschaftlicher Kommunikation und Theorieentwicklung (vgl. George 1979; King et al. 1994) - die Auseinandersetzung mit den vorliegenden Erklärungsansätzen außenpolitischen Einstellungswandels bzw. Feindbild-Zerfalls notwendig. Erst in der kritischen Diskussion des Erklärungspotentials der entwickelten Hypothesen (siehe oben Abschnitt 5.2) konnten die Mängel vorliegender Ansätze

und die Chancen einer konstruktivistischen Perspektive für die Erklärung außenpolitischen Einstellungswandels deutlich werden.

Solche konstruktivistischen Perspektiven sind bisher äußerst selten in der deutschen Politikwissenschaft (vgl. Noetzel/Brodocz 1996; Weiß 1995; Beyme 1991: 205-208). Am ehesten macht noch die konstruktivistische Debatte in den Internationalen Beziehungen auf sich aufmerksam.<sup>38</sup> Aber dabei geht es dominant um einen Sozialkonstruktivismus,<sup>39</sup> der sich davor scheut, sich auf eine konstruktivistische Erkenntnistheorie einzulassen (vgl. etwa Risse-Kappen 1995b: 173; Börzel 1997: 134). Gerade aber im Hinblick auf die Außenpolitik-Analyse, wenn in demokratischen Staaten die gesellschaftlichen Bedingungen außenpolitischer Entscheidungen eine erhebliche Rolle spielen, scheint ein operativer Konstruktivismus, der sich auf Beobachtungen zweiter Ordnung konzentriert, Perspektiven zu öffnen auf die Mechanismen der Produktion dessen, was wir als "internationale Politik" und als "öffentliche Meinung" betrachten. Dies sollte mit der Darstellung und Erläuterung des Beobachtungs-Modells deutlich geworden sein (siehe oben Abb. 15 in Abschnitt 6.2).

In dieser Studie sollte gezeigt werden, daß sich eine Analyse außenpolitischen Einstellungswandels der erkenntnistheoretischen Diskussion ihrer Beobachtungen nur schwerlich entziehen kann. Unabhängig davon, ob die Forschung die Ursache für differierende Vorstellungen von der internationalen Politik vornehmlich auf der individuellen - wie die Feindbild-Forschung - oder auf der gesellschaftlichen Ebene - wie die Außenpolitik-Analyse - ansiedelt, sie selbst kann von sich nicht mit guten Gründen behaupten, daß sie nicht ähnlichen "Beobachtungsfehlern" ausgeliefert ist, wie sie angeblich den jeweils von ihren eigenen Beobachtungen abweichenden "Fehlwahrnehmungen" bzw. "Medienmanipulationen" zugrundeliegen. Und dies betrifft nicht nur ihre Beobachtungen der internationalen Politik, sondern auch die Beobachtungen der "Fehlwahrnehmungen", "Medienmanipulationen" und ihrer Ursachen.

Der operative Konstruktivismus bietet mit seiner Identifikation von Beobachtungssystemen, deren Beobachtungsoperationen sich mit Beobachtungen zweiter Ordnung beobachten lassen, eine weiterführende Perspektive für die Erklärung außenpolitischer Einstellungen und ihres Wandels (siehe oben Abschnitt 6.2). Doch auch diesem konstruktivistischen Analysemodell außenpolitischer Einstellungen liegen Unterscheidungen zugrunde, die sich nicht aus den Beobachtungsgegenständen ergeben, sondern aus ihrer - und damit auch meiner - Beobachtung. Was hier an

38 Vgl. zur deutschen Debatte vor allem Müller (1994, 1995); Schaber/Ulbert (1994); Risse-Kappen (1995b); Jachtenfuchs (1995); Diez (1996, 1998); Jaeger (1996); Zangl/Zürn (1995); Ulbert (1997a, 1997b); Schimmelfennig (1997); Keck (1997); Zehfuß (1998); Zangl (1999: 40-51). Vgl. aber auch die angelsächsische Diskussion eines "Constructivism", etwa Kratochwil (1989); Onuf (1989); Wendt (1992, 1994, 1995, 1999); Risse-Kappen (1995c); Dunne (1995); Katzenstein (1996a, 1996b); Jepperson et al. (1996); Adler (1997); Hopf (1998); Rengger (1996); Risse (2000).

39 Vgl. Berger/Luckmann (1980). Zu den verschiedenen "Spielarten" des Konstruktivismus vgl. Knorr-Cetina (1989); Schmidt (1992); Hejl (1994: 44).

Erkenntnissen über außenpolitischen Einstellungswandel und die bisherige Forschung zu diesem Themenfeld vorgelegt wurde, sind Produkte meines Beobachtens, Resultate meines Unterscheidens und Bezeichnens. Diese Konstruktionen erheben nicht den Anspruch, die "realen" Bedingungen außenpolitischen Einstellungswandels "entdeckt" zu haben. Es sind alleine alternative Konstruktionen, die ihr Ziel darin finden, durch den Hinweis auf die Bedeutung von Beobachtungssystemen und der von ihnen verwendeten Unterscheidungen beim Zustandekommen außenpolitischen Einstellungswandels einen zusätzlichen Beitrag zum Verständnis dieses Phänomens zu leisten.

Unterschiedliche Sichtweisen aber eröffnen unterschiedliche Handlungsoptionen, wir agieren auf der Grundlage unserer Wirklichkeitskonstruktionen, in denen wir nicht gefangen sind, wenn wir sie als Produkte eines bestimmten Beobachtens reflektieren und uns dann auch für ein anderes Beobachten und somit für eine andere Wirklichkeit entscheiden können.<sup>40</sup> So läßt sich auch gegenüber der internationalen Politik durch eine konstruktivistische Analyse der Beobachtungs- und Handlungsspielraum erweitern. Indem wir die Konstruktionsbedingungen dessen, was wir für die Realität der internationalen Politik halten, erkennen, werden auch andere Konstruktionen möglich. Bei jeder Kriegsberichterstattung sind wir ohne weiteres in der Lage einzukalkulieren, daß uns nur bestimmte Informationen geboten werden, und uns aufgrund dieser Vermutungen über die Selektionsmechanismen ein anderes Bild der Welt zu machen, als es allein den Informationen entspräche, die uns zur Verfügung gestellt werden. Warum verzichten wir auf diese Skepsis und Reflexion bei den alltäglichen Konstruktionen der politischen Wirklichkeit, obwohl wir wissen, daß alle Darstellungen von "Realität" auf den Selektions- bzw. Unterscheidungsmechanismen des beobachtenden Beobachtungssystems beruhen? Vielleicht muß es die Aufgabe einer konstruktivistischen Politikwissenschaft sein, gerade die internationale Politik mit wechselnden Beobachtungsoperationen immer wieder neu und anders zu konstruieren, um als ständige Irritation für die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit jenen Zweifel zu verstetigen, den wir uns gegenüber einer Kriegsberichterstattung angewöhnt haben, obwohl er uns auch im Frieden das Leben erleichtern könnte. Eine solche Politikwissenschaft hätte sich weniger um die Bedingungen, mehr aber um die *Möglichkeiten* außenpolitischen Einstellungswandels, also um Chancen für alternative Konstruktionen der internationalen Politik zu kümmern.

40 Hieran zeigt sich zum einen, daß der Konstruktivismus nicht zur Beliebigkeit von Konstruktionen führt - wie ihm hier und da fälschlich unterstellt wird -, sondern genau im Gegenteil den Menschen die Verantwortung für ihre Konstruktionen zuweist (vgl. Glasersfeld 1981: 17; 1998a: 38). Zugleich tritt er ungemein bescheiden auf: "Konstruktivismus will eine Art und Weise des Denkens vorstellen, die in der Praxis gewisse Vorteile hat" (Glasersfeld 1998a: 34).



## Literatur

- Abromeit, Heidrun* 1987: Korrektive parlamentarischer Mehrheitsherrschaft: Ein Überblick, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 18: 3, 420-435.
- Adler, Emanuel* 1997: Seizing the Middle Ground. Constructivism in World Politics, in: European Journal of International Relations 3: 3, 319-363.
- Alden, Edward H./Schurmann, Franz* 1990: Why We Need Ideologies in American Foreign Policy: Democratic Politics and World Order, Berkeley, Cal.
- Almond, Gabriel A.* 1950: The American People and Foreign Policy, New York.
- Amnesty International* 1988: Jahresbericht 1988, Frankfurt a.M.
- ATS - Americans Talk Security* 1988: A Series of Surveys of American Voters: Attitudes Concerning National Security Issues. National Survey No. 9: American Use of Force, Winchester, Mass.
- ATS - Americans Talk Security* 1989: A Series of Surveys of American Voters: Attitudes Concerning National Security Issues. National Survey No. 12: Changing Perceptions of the Soviet Union, American Use of Force, and Nuclear Weapons, January, 1989, Winchester, Mass.
- ATS - Americans Talk Security* 1990: Serial National Surveys of Americans on Public Policy Issues: Survey #13, Report No. 2: The U.S. Looks at the Revolutions of 1989, Winchester, Mass.
- Auernheimer, Georg* 1992: Der europäische Orientalismus als Feindbild-Reservoir, in: Sommer, Gert/Becker, Johannes M./Rehbein, Klaus/Zimmermann, Rüdiger (Hrsg.): Feindbilder im Dienste der Aufrüstung. 3. erheblich erweiterte Auflage, Marburg, 350-362.
- Auswärtiges Amt* (Hrsg.) 1990: Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Vom Kalten Krieg zum Frieden in Europa. Dokumente von 1949-1989, München.
- Bartel, Heinrich* 1988: A.N. Jakowlew und die USA. Leitgedanken und Feindbilder eines Gorbatschow-Beraters (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 47-1988), Köln.
- Bauriedl, Thea* 1989: Versöhnung mit einem unbekannten Feind? - Über die Funktion von Feindbildern und über die Chancen, sie aufzulösen, in: Goldschmidt, Dietrich (Hrsg.): Frieden mit der Sowjetunion - eine unerledigte Aufgabe, Gütersloh, 344-357.
- Bauriedl, Thea* 1990: Bilder gegen die Angst. Der Prozeß der Auflösung von Feindbildern, in: Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.): Mut zum Frieden. Über die Möglichkeiten einer Friedensentwicklung für das Jahr 2000, Darmstadt, 318-333.
- Beck, Ernst-Reinhard* 1989: UdSSR im Umbruch. Die Sowjetunion im Sommer 1989 (Politik und Unterricht aktuell 4), Stuttgart.
- Beck, Ulrich* 1998: Das Demokratie-Dilemma im Zeitalter der Globalisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 48: 38, 3-11.

- Becker, Jörg/Enke, Edo/Gantzel, Klaus Jürgen/Lißmann, Hans-Joachim/Nicklas, Hans/Ostermann, Änne* 1977: Zur Analyse außenpolitisch relevanter Feindbilder in der Bundesrepublik 1949-1971, 9 Bände (Studien aus der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung), Frankfurt a.M.
- Becker, Jörg/Gantzel, Klaus Jürgen* 1975: Feindbilder in Regierungserklärungen und Bundestagsreden, in: HSFK (Hrsg.): Friedensanalysen. Für Theorie und Praxis 1: Feindbilder, Frankfurt a.M., 63-86.
- Beham, Mira* 1996: Kriegstromele. Medien, Krieg und Politik, München.
- Bellers, Jürgen/Wehmeier, Klaus* 1980: Medienberichterstattung als Faktor im außenpolitischen Entscheidungsprozeß, in: Politische Vierteljahresschrift 21: 3, 321-345.
- Bennett, W. Lance* 1994: The Media and the Foreign Policy Process, in: Deese, David A. (Hrsg.): The New Politics of American Foreign Policy, New York, 168-188.
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas* 1980: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, 5. Auflage, Frankfurt a.M.
- Berkowitz, Dan* 1997: Social Meaning of News, London.
- Berner, Wolfgang/Dahm, Helmut* 1987: "Neues Denken" in der Außenpolitik der UdSSR. Mit Dokumentation (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 46-1987), Köln.
- Beyme, Klaus v.* 1991: Theorie der Politik im 20. Jahrhundert. Von der Moderne zur Postmoderne, Frankfurt a.M.
- Birkenbach, Hanne-Margret* 1987a: Forschungsaufgaben für eine politische Psychologie Gemeinsamer Sicherheit, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.): Gemeinsame Sicherheit. Dimensionen und Disziplinen, Band 2, Baden-Baden, 235-264.
- Birkenbach, Hanne-Margret* 1987b: Die Mauer im Kopf. Sozialpsychologische Friedensforschung und die Kultur des politischen Streits, in: Rix, Christiane (Hrsg.): Ost-West-Konflikt - Wissen wir, wovon wir sprechen? (AFK-Schriftenreihe, Band 14), Baden-Baden, 109-149.
- Birkenbach, Hanne-Margret* 1990a: Jenseits von Mythen: Zur Politischen Psychologie des Friedens. Eine Einführung, in: Steinweg, Reiner/Wellmann, Christian (Red.): Die vergessene Dimension internationaler Konflikte: Subjektivität (Friedensanalysen 24), Frankfurt a.M., 7-28.
- Birkenbach, Hanne-Margret* 1990b: Frieden durch Streit? Politisch-psychologische Rahmenbedingungen für die Überwindung von Feindbildern, in: Steinweg, Reiner/Wellmann, Christian (Red.): Die vergessene Dimension internationaler Konflikte: Subjektivität (Friedensanalysen 24), Frankfurt a.M., 151-188.
- Blöbaum, Bernd* 1994: Journalismus als soziales System. Geschichte, Ausdifferenzierung und Verselbständigung, Opladen.
- Blumer, Herbert* 1948: Public Opinion and Public Opinion Polling, in: American Sociological Review 13, 542-554.
- Böll, Heinrich* 1987: Feindbild und Frieden. Rede auf einer Veranstaltung des Karl-Renner-Instituts in Wien, in: Ders.: Feindbild und Frieden. Schriften und Reden 1982-1983, München, 25-32.
- Börzel, Tanja A.* 1997: Zur (Ir-)Relevanz der "Postmoderne" für die Integrationsforschung. Eine Replik auf Thomas Diez' Beitrag "Postmoderne und europäische Integration", in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 4: 1, 125-137.
- Bosbach, Franz* (Hrsg.) 1992a: Feindbilder. Die Darstellung des Gegners in der politischen Publizistik des Mittelalters und der Neuzeit, Köln.

- Bosbach, Franz* 1992b: Einleitung, in: Bosbach, Franz (Hrsg.): Feindbilder. Die Darstellung des Gegners in der politischen Publizistik des Mittelalters und der Neuzeit, Köln, ix-xi.
- Boulding, Kenneth E.* 1956: The Image, Ann Arbor, Mich.
- Boulding, Kenneth E.* 1959: National Images and International System, in: Journal of Conflict Resolution 3: 1, 120-131.
- Boventer, Hermann* 1992: Der Journalist in Platons Höhle. Zur Kritik des Konstruktivismus, in: Communicatio Socialis 25: 2, 157-167.
- Brahm, Heinz* 1987: Westliche Meinungsbilder von der Sowjetunion, in: Simon, Gerhard (Hrsg.): Weltmacht Sowjetunion. Umbrüche, Kontinuitäten, Perspektiven, Köln, 247-256.
- Brassel-Moser, Ruedi* 1989: Vorurteil im Feindbild - Vorbild im Feindurteil. Überlegungen zu Vorurteilen, Selbst- und Feindbildern in der Schweiz, Basel.
- Bredow, Wilfried v.* 1989: Verblässendes Feindbild. Bedrohungswahrnehmungen und gesellschaftliche Integration im Ost-West-Verhältnis, in: Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.): Angst vorm Frieden, Darmstadt, 35-46.
- Breitenstein, Rolf* 1989: "Feindbilder" als Problem der internationalen Beziehungen, in: Europa-Archiv 44: 7, 191-198.
- Brock, Lothar* 1990: Regionaler Wandel und Weltfriedensordnung, in: Robbe, Martin/Senghaas, Dieter (Hrsg.): Die Welt nach dem Ost-West-Konflikt. Geschichte und Prognosen, Berlin, 441-453.
- Brock, Lothar* 1998: Verweltlichung der Demokratie. Aus der Verflechtungs- in die Entgrenzungsfalle?, in: Greven, Michael Th. (Hrsg.): Demokratie - eine Kultur des Westens? 20. Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Opladen, 39-54.
- Brock, Lothar/Hessler, Stephan* 1991: Ein neues Feindbild? Wahrnehmungswandel in den Nord-Süd-Beziehungen, in: Birckenbach, Hanne-Magret/Jäger, Uli/Wellmann, Christian (Hrsg.): Jahrbuch Frieden 1992, München, 78-88.
- Bronfenbrenner, Urie* 1961: The Mirror Image in Soviet-American Relations: A Social Psychologist's Report, in: Journal of Social Issues 17: 3, 45-56.
- Brown, Rupert* 1988: Group Processes. Dynamics within and between Groups, Oxford.
- Brown, Rupert* 1990: Beziehungen zwischen Gruppen, in: Stroebe, Wolfgang/Hewstone, Miles/Codol, Jean-Paul/Stephenson, Geoffrey M. (Hrsg.): Sozialpsychologie. Eine Einführung, Berlin, 400-429.
- Burkhardt, Armin* 1988: Sprachrüstung, in: Sommer, Gert/Becker, Johannes M./Rehbein, Klaus/Zimmermann, Rüdiger (Hrsg.): Feindbilder im Dienste der Aufrüstung. Beiträge aus Psychologie und anderen Humanwissenschaften, 2. Auflage, Marburg, 178-202.
- Calließ, Jörg* (Hrsg.) 1997: "Das erste Opfer eines Krieges ist die Wahrheit" oder: Die Medien zwischen Kriegsberichterstattung und Friedensberichterstattung (Loccum Protokolle 69/95), Loccum.
- Caspar, William R.* 1970: The "Mood Theory": A Study of Public Opinion and Foreign Policy, in: American Political Science Review 64: 2, 536-547.
- Chittick, William O./Billingsley, Keith R./Travis, Rick* 1995: A Three-Dimensional Model of American Foreign Policy Beliefs, in: International Studies Quarterly 39: 3, 313-331.
- Cohen, Bernard Cecil* 1963: The Press and Foreign Policy, Princeton, N.J.
- Cohen, Bernard C.* 1967: Mass Communication and Foreign Policy, in: Rosenau, James N. (Hrsg.): Domestic Sources of Foreign Policy, New York, 195-212.

- Cohen, Bernard C.* 1995: Democracies and Foreign Policy. Public Participation in the United States and the Netherlands, Madison, Wisc.
- Converse, Philip E.* 1964: The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: Apter, David E. (Hrsg.): Ideology and Discontent, New York, 206-261.
- Converse, Philip E.* 1987: Changing Conceptions of Public Opinion in the Political Process, in: Public Opinion Quarterly 51: 1, S12-S24.
- Czempiel, Ernst-Otto* 1968: Probleme demokratischer Außenpolitik, in: Offene Welt 97/98, 295-301.
- Czempiel, Ernst-Otto* 1993: Die neue Souveränität - ein Anachronismus? Regieren zwischen nationaler Souveränität, europäischer Integration und weltweiten Verflechtungen, in: Hartwich, Hans-Hermann/Wewer, Göttrik (Hrsg.): Regieren in der Bundesrepublik V: Souveränität, Integration, Interdependenz - Staatliches Handeln in der Außen- und Europapolitik, Opladen, 145-158.
- Czempiel, Ernst-Otto* 1996a: Kants Theorem. Oder: Warum sind die Demokratien (noch immer) nicht friedlich?, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3: 1, 79-101.
- Czempiel, Ernst-Otto* 1996b: Theorie und Strategie. Überlegungen nach Hajo Schmidts Kommentar, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3: 1, 117-122.
- Czempiel, Ernst-Otto/Kubbig, Bernd W./Müller, Harald/Rode, Reinhard* 1984: Kriegstreiber oder Friedenshüter? Zu einigen verbreiteten Ansichten über die Vereinigten Staaten, in: Steinweg, Reiner/Becker, Jörg (Red.): Medienmacht im Nord-Süd-Konflikt: Die Neue Internationale Informationsordnung (Friedensanalysen 18), Frankfurt a.M., 255-306.
- Dahl, Robert A.* 1994: A Democratic Dilemma: System Effectiveness versus Citizen Participation, in: Political Science Quarterly 109: 1, 23-34.
- Daschitschew, Wjatscheslaw* 1986: Abbau von Feindbildern in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland, in: Pflüger, Peter-Michael (Hrsg.): Freund- und Feindbilder. Begegnung mit dem Osten, Freiburg i.B., 91-107.
- Daschitschew, Wjatscheslaw* 1989: Abbau von Feindbildern in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland, in: Wagenlehner, Günther (Hrsg.): Feindbild: Geschichte - Dokumentation - Problematik, Frankfurt a.M., 213-220.
- Deile, Volkmar* 1987: Abschied von den Feindbildern. Gorbatschows Reformpolitik und der Westen, in: Junge Kirche 48: 1, 33-36.
- Dieckmann, Hans* 1986: Gedanken über den Begriff des "Feindbildes", in: Analytische Psychologie 17: 1, 25-37.
- Diez, Thomas* 1996: Postmoderne und europäische Integration. Die Dominanz des Staatsmodells, die Verantwortung gegenüber dem Anderen und die Konstruktion eines alternativen Horizonts, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3: 2, 255-281.
- Diez, Thomas* 1998: Perspektivenwechsel. Warum ein "postmoderner" Ansatz für die Integrationsforschung doch relevant ist, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5: 1, 139-148.
- Dobler, Wolfgang* 1989: Außenpolitik und öffentliche Meinung. Determinanten und politische Wirkungen außenpolitischer Einstellungen in den USA und der Bundesrepublik, Frankfurt a.M.
- Dorman, William A.* 1988: Playing the Government's Game: The Mass Media and American Foreign Policy, in: Kegley, Charles/Wittkopf, Eugene (Hrsg.): The Domestic Sources of American Foreign Policy. Insights and Evidence, New York, 79-86.
- Dunne, Timothy* 1995: The Social Construction of International Society, in: European Journal of International Relations 1: 3, 367-389.

- Eckhardt, William/White, Ralph K.* 1967: A Test of the Mirror-image Hypothesis: Kennedy and Khrushchev, in: *Journal of Conflict Resolution* 11: 3, 325-332.
- Enke, Edo* 1977a: Zum Codeplan, in: Becker, Jörg/Enke, Edo/Gantzel, Klaus Jürgen/Lißmann, Hans-Joachim/Nicklas, Hans/Ostermann, Anne: *Zur Analyse außenpolitisch relevanter Feindbilder in der Bundesrepublik 1949-1971*, Band 1, Frankfurt a.M., 154-194.
- Enke, Edo* 1977b: Zum Versuch einer wirkungstheoretischen Analyse außenpolitischer Einstellungen, in: Becker, Jörg/Enke, Edo/Gantzel, Klaus Jürgen/Lißmann, Hans-Joachim/Nicklas, Hans/Ostermann, Anne: *Zur Analyse außenpolitisch relevanter Feindbilder in der Bundesrepublik 1949-1971*, Band 9, Frankfurt a.M., 7-91.
- Festinger, Leon* 1957: *A Theory of Cognitive Dissonance*, Stanford, Cal.
- Fetscher, Iring* 1986: Zum Umgang mit Freund- und Feindbildern, in: Pflüger, Peter-Michael (Hrsg.): *Freund- und Feindbilder. Begegnung mit dem Osten*, Freiburg i.B., 45-69.
- Fetscher, Iring* (Hrsg.) 1989a: Schwerpunktthema: Feindbilder (Psychosozial 40), München.
- Fetscher, Iring* 1989b: Vorwort [zum Schwerpunktthema: Feindbilder], in: *Psychosozial* 12: 40, 5-7.
- Fetscher, Iring* 1989c: Feindbild - Freundbild und Realismus in der Politik, in: *Psychosozial* 12: 40, 9-18.
- Fetscher, Iring* 1992: Toleranz in einer multikulturellen demokratischen Gesellschaft, in: Löb, Michael/Seelisch, Winfried (Hrsg.): *Wider die Feindbilder. Toleranz statt Fundamentalismus, Antisemitismus und Nationalismus*, Darmstadt, 69-82.
- Finlay, David J./Holsti, Ole R./Fagen, Richard R.* 1967: *Enemies in Politics*, Chicago, Ill.
- Fischer, Hans Rudi* 1995: Abschied von der Hinterwelt? Zur Einführung in den Radikalen Konstruktivismus, in: Fischer, Hans Rudi (Hrsg.): *Die Wirklichkeit des Konstruktivismus. Zur Auseinandersetzung um ein neues Paradigma*, Heidelberg, 11-34.
- Fishkin, James S.* 1995: *The Voice of the People. Public Opinion and Democracy*, New Haven, Conn.
- Fiske, Susan T./Taylor, Shelley E.* 1991: *Social Cognition*, 2. Auflage, New York.
- Flohr, Anne Katrin* 1991: *Feindbilder in der internationalen Politik*, Münster.
- Flohr, Anne Katrin* 1994: *Fremdenfeindlichkeit. Biosoziale Grundlagen von Ethnozentrismus*, Opladen.
- Foerster, Heinz v.* 1981: Das Konstruieren einer Wirklichkeit, in: Watzlawick, Paul (Hrsg.): *Die erfundene Wirklichkeit. Wie wissen wir, was wir zu wissen glauben? Beiträge zum Konstruktivismus*, München, 39-60.
- Foerster, Heinz v.* 1992: Entdecken oder Erfinden. Wie läßt sich Verstehen verstehen?, in: Gumin, Heinz/Meier, Heinrich (Hrsg.): *Einführung in den Konstruktivismus*, München, 41-88.
- Forschungsgruppe Wahlen* 1988: *Meinungen der Bundesdeutschen und der Moskauer Bürger im Oktober 1988*, Mannheim.
- Forschungsgruppe Wahlen* 1989: *Meinungen der Bundesdeutschen und der Moskauer Bürger. Juni 1989. Ergebnisse der zweiten vergleichenden empirischen Untersuchung in der Bundesrepublik Deutschland und in Moskau*, Mannheim.
- Forschungsgruppe Weltgesellschaft* 1996: Weltgesellschaft: Identifizierung eines "Phantoms", in: *Politische Vierteljahresschrift* 37: 1, 5-26.
- Frei, Daniel* 1984: *Assumptions and Perceptions in Disarmament*, New York.

- Frei, Daniel* 1985: Feindbilder und Abrüstung. Die gegenseitige Einschätzung der UdSSR und der USA, München.
- Frei, Daniel* 1986a: Sowjetische und amerikanische Feindbilder. Die kognitiven Grundlagen der Ost-West-Beziehungen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 36: 5, 28-37.
- Frei, Daniel* 1986b: "Fehlwahrnehmungen" und Internationale Verständigung. Ein theoretischer und empirischer Ansatz mit einer Anwendung auf die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, in: *Politische Vierteljahresschrift* 27: 2, 159-175.
- Frei, Daniel* 1987a: Feindbilder und Bedrohungswahrnehmungen. Die kognitiven Grundlagen von Sicherheit und Unsicherheit, in: Heisenberg, Wolfgang/Lutz, Dieter S. (Hrsg.): *Sicherheitspolitik kontrovers*, Band 1, Bonn, 98-109.
- Frei, Daniel* 1987b: Probleme gegenseitiger Einschätzung zwischen Ost und West, in: *Spektrum der Wissenschaft* 9/87, 46-52.
- Frindte, Wolfgang* 1989a: Eine wissenschaftstheoretische Analyse der psychologischen Friedensforschung, in: *Pro Pace Mundi* 5. Wissenschaftliche Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena 5, 24-35.
- Frindte, Wolfgang* 1989b: Die Funktion von Feindbildern aus sozialpsychologischer Sicht, in: *Pro Pace Mundi* 5. Wissenschaftliche Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena 5, 80-87.
- Früh, Werner* 1992: Realitätsvermittlung durch Massenmedien. Abbild oder Konstruktion?, in: Schulz, Winfried (Hrsg.): *Medienwirkungen. Einflüsse von Presse, Radio und Fernsehen auf Individuum und Gesellschaft*, Weinheim, 71-90.
- Fuchs, Dieter/Pfetsch, Barbara* 1996: Die Beobachtung der öffentlichen Meinung durch das Regierungssystem, in: van den Daele, Wolfgang/Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): *Kommunikation und Entscheidung. Politische Funktionen öffentlicher Meinungsbildung und diskursiver Verfahren* (WZB-Jahrbuch 1996), Berlin, 103-135.
- Gabriel, Oscar W.* 1992: Politische Einstellungen und politische Kultur, in: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): *Die EG-Staaten im Vergleich*, Opladen, 95-131.
- Galtung, Johan/Ruge, Mari Holmboe* 1965: The Structure of Foreign News. The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crisis in Four Norwegian Newspapers, in: *Journal of Peace Research* 2: 1, 64-91.
- Gamson, William A./Modigliani, Andre* 1989: Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power: A Constructionist Approach, in: *American Journal of Sociology* 95: 1, 1-37.
- Gasteyger, Curt* 1990: Europa zwischen Spaltung und Einigung 1945-1990. Eine Darstellung und Dokumentation über das Europa der Nachkriegszeit, Bonn.
- Gehring, Uwe W./Weins, Cornelia* 1998: *Grundkurs Statistik für Politologen*, Opladen.
- Genscher, Hans-Dietrich* 1995: *Erinnerungen*, Berlin.
- Gensicke, Karl-Heinz* 1989: Rückgang von Wirkung und Akzeptanz antikommunistischer Feindbilder, in: *IPW-Berichte* 18: 3, 22-28.
- George, Alexander L.* 1979: Case Studies and Theory Development: The Method of Structured, Focused Comparison, in: Lauren, Paul Gordon (Hrsg.): *Diplomacy*, London, 43-68.
- Gerhard, Ute/Link, Jürgen* 1992: Der Orient im Mediendiskurs - aktuelle Feindbilder und Kollektivsymbolik, in: Lüders, Michael (Hrsg.): *Der Islam im Aufbruch? Perspektiven der arabischen Welt*, München, 277-297.
- Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm* 1990: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze (WZB-Arbeitspapier FS III 90-101), Berlin.

- Ginsberg, Benjamin* 1989: How Polling Transforms Public Opinion, in: Margolis, Michael/Mauser, Gary A. (Hrsg.): *Manipulating Public Opinion. Essays on Public Opinion as a Dependent Variable*, Pacific Grove, Cal., 271-293.
- Gladstone, A.* 1959: The Concept of the Enemy, in: *Journal of Conflict Resolution* 3: 2, 132-137.
- Gladstone, Arthur I./Taylor, Martha A.* 1958: Threat-related Attitudes and Reactions to Communications about International Events, in: *Journal of Conflict Resolution* 2: 1, 17-28.
- Glaserfeld, Ernst v.* 1981: Einführung in den radikalen Konstruktivismus, in: Watzlawick, Paul (Hrsg.): *Die erfundene Wirklichkeit. Wie wissen wir, was wir zu wissen glauben? Beiträge zum Konstruktivismus*, München, 16-38.
- Glaserfeld, Ernst v.* 1991: Abschied von der Objektivität, in: Watzlawick, Paul/Krieg, Peter (Hrsg.): *Das Auge des Betrachters. Beiträge zum Konstruktivismus. Festschrift für Heinz von Foerster*, München, 17-30.
- Glaserfeld, Ernst v.* 1992: Konstruktion der Wirklichkeit und des Begriffs der Objektivität, in: Gumin, Heinz/Meier, Heinrich (Hrsg.): *Einführung in den Konstruktivismus*, München, 9-39.
- Glaserfeld, Ernst v.* 1995: Die Wurzeln des "Radikalen" am Konstruktivismus, in: Fischer, Hans Rudi (Hrsg.): *Die Wirklichkeit des Konstruktivismus. Zur Auseinandersetzung um ein neues Paradigma*, Heidelberg, 35-45.
- Glaserfeld, Ernst v.* 1997: *Radikaler Konstruktivismus. Ideen, Ergebnisse, Probleme*, Frankfurt a.M.
- Glaserfeld, Ernst v.* 1998a: Konstruktivismus statt Erkenntnistheorie, in: Dörfler, Willibald/Mitterer, Josef (Hrsg.): *Ernst von Glaserfeld - Konstruktivismus statt Erkenntnistheorie*, Klagenfurt, 11-39.
- Glaserfeld, Ernst v.* 1998b: [Diskussionsbeitrag], in: Glaserfeld, Ernst von/Dörfler, Willibald/Heintel, Peter/Ottomeyer, Klaus/Mitterer, Josef: *Tusculanisches Gespräch* (20. Mai 1997), in: Dörfler, Willibald/Mitterer, Josef (Hrsg.): *Ernst von Glaserfeld - Konstruktivismus statt Erkenntnistheorie*, Klagenfurt, 41-44.
- Glaserfeld, Ernst v.* 1998c: Eine Antwort [auf die Laudatio von Josef Mitterer], in: Dörfler, Willibald/Mitterer, Josef (Hrsg.): *Ernst von Glaserfeld - Konstruktivismus statt Erkenntnistheorie*, Klagenfurt, 121-125.
- Glaserfeld, Ernst v.* 1998d: Die Radikal-Konstruktivistische Wissenstheorie [Hauptartikel], in: *Ethik und Sozialwissenschaften* 9 (1998): 4, 503-511.
- Goldmann, Kjell/Robertson, Alexa* 1995: International Opinion, International Politics, and Democracy: A Framework of Analysis, in: Robertson, Alexa (Hrsg.): *Opinion, the Media and International Politics: A Reader*, Stockholm, 207-227.
- Goldschmidt, Dietrich* (Hrsg.) 1989: *Frieden mit der Sowjetunion - eine unerledigte Aufgabe*, Gütersloh.
- Gorbatschow, Michail* 1987a: Die Rede. "Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen". Referat vor dem ZK der KPdSU am 27. Januar 1987, Reinbek.
- Gorbatschow, Michail* 1987b: *Perestroika: Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt*, München.
- Graham, Thomas W.* 1994: Public Opinion and U.S. Foreign Policy Decision Making, in: Deese, David A. (Hrsg.): *The New Politics of American Foreign Policy*, New York, 190-215.

- Granberg, Donald/Holmberg, Sören* 1996: Attitude Constraint and Stability Among Elite and Mass in Sweden, in: *European Journal of Political Research* 29: 1, 59-72.
- Greven, Michael Th.* 1993: Ist die Demokratie modern? Zur Rationalitätskrise der politischen Gesellschaft, in: *Politische Vierteljahresschrift* 34: 3, 399-413.
- Greven, Michael Th.* 1995: Macht in der Öffentlichkeit der Demokratie. Kritischer Kommentar zu R. Schmalz-Bruns, in: Göhler, Gerhard (Hrsg.): *Macht der Öffentlichkeit - Öffentlichkeit der Macht*, Baden-Baden, 75-84.
- Greven, Michael Th./Schmalz-Bruns, Rainer* (Hrsg.) 1999: *Politische Theorie - heute. Ansätze und Perspektiven*, Baden-Baden.
- Gruen, Arno* 1992: Ohne Feinde können wir nicht leben. Ein Diskurs über den Machtdrang, den Haß und die Notwendigkeit von Feindbildern, in: Löb, Michael/Seelisch, Winfried (Hrsg.): *Wider die Feindbilder. Toleranz statt Fundamentalismus, Antisemitismus und Nationalismus*, Darmstadt, 17-28.
- Gugel, Günther/Jäger, Uli* 1989: *Die Sicherheitspolitik der Sowjetunion im Wandel. Ein Materialien- und Arbeitsbuch*, Tübingen.
- Gumin, Heinz/Meier, Heinrich* (Hrsg.) 1992: *Einführung in den Konstruktivismus*, München.
- Gurevitch, Michael/Levy, Mark R./Roeh, Itzhak* 1995: The Global Newsroom: Convergences and Diversities in the Globalization of Television News, in: Robertson, Alexa (Hrsg.): *Opinion, the Media and International Politics: A Reader*, Stockholm, 296-312.
- Habermas, Jürgen* 1987: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, 17. Auflage, Darmstadt.
- Habermas, Jürgen* 1990: Vorwort zur Neuauflage [von "Strukturwandel der Öffentlichkeit"], in: Ders.: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Neuauflage* 1990, Frankfurt a.M., 11-50.
- Halbach, Uwe* 1989: Der militärische Rückzug aus Afghanistan, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): *Sowjetunion 1988/89. Perestrojka in der Krise?* München, 269-277.
- Hejl, Peter M.* 1994: Soziale Konstruktion von Wirklichkeit, in: Merten, Klaus/Schmidt, Siegfried J./Weischenberg, Siegfried (Hrsg.): *Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft*, Opladen, 43-59.
- Herbst, Susan* 1993: *Numbered Voices. How Opinion Polling Has Shaped American Politics*, Chicago, Ill.
- Hill, Kenneth L.* 1993: *Cold War Chronology: Soviet-American Relations, 1945-1991*, Washington, D.C.
- Hinckley, Ronald H.* 1989: American Opinion toward the Soviet Union, in: *International Journal of Public Opinion Research* 1: 3, 242-257.
- Hinckley, Ronald H.* 1992: *People, Polls, and Policymakers: American Public Opinion and National Security*, New York.
- Hippler, Jochen* (Hrsg.) 1992a: *Dritte Welt und Islam: Neue Feindbilder nach dem Kalten Krieg? Öffentlichkeit und Medien am Beispiel des Golfkrieges* (Institut für Internationale Politik, Arbeitspapier 015), Berlin.
- Hippler, Jochen* 1992b: Einleitung, in: Hippler, Jochen (Hrsg.): *Dritte Welt und Islam: Neue Feindbilder nach dem Kalten Krieg? Öffentlichkeit und Medien am Beispiel des Golfkrieges*, Berlin, 4-5.
- Hippler, Jochen* 1993: Islam und westliche Außenpolitik, in: Hippler, Jochen/Lueg, Andrea: *Feindbild Islam*, Hamburg, 142-184.
- Hippler, Jochen/Lueg, Andrea* 1993: *Feindbild Islam*, Hamburg.



- Hirschfeld, Dieter* 1968: Umriss einer Theorie des Antikommunismus, in: *Das Argument* 48, 335-347.
- Hoffmann, Heinz J.* 1992: *Beneidet und gefürchtet. Die Deutschen aus der Sicht der anderen*, München.
- Hofmann, Werner* 1982: *Zur Soziologie des Antikommunismus*, Heilbronn.
- Holst, Christian* 1993: Sicherheitsorientierung und status quo - Einstellungen zur Bundeswehr in der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland 1992 bis 1993 (Bamberger Politikwissenschaftliche Beiträge), Bamberg.
- Holsti, Ole R.* 1962: The Belief System and National Images: A Case Study, in: *Journal of Conflict Resolution* 6: 3, 244-252.
- Holsti, Ole R.* 1967: Cognitive Dynamics and Images of the Enemy, in: *Journal of International Affairs* 21: 1, 16-39.
- Holsti, Ole R.* 1979: The Three-Headed Eagle: The United States and System Change, in: *International Studies Quarterly* 23: 3, 339-359.
- Holsti, Ole R.* 1992: Public Opinion and Foreign Policy: Challenges to the Almond-Lippmann Consensus, in: *International Studies Quarterly* 36: 4, 439-466.
- Holsti, Ole R.* 1996: *Public Opinion and American Foreign Policy*, Ann Arbor, Mich.
- Hopf, Ted* 1998: The Promise of Constructivism in International Relations Theory, in: *International Security* 23: 1, 171-200.
- Hübner, Peter* 1989: Kultur in der Perestrojka, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): *Sowjetunion 1988/89. Perestrojka in der Krise?* München, 95-105.
- Hummel, Hartwig/Wehrhöfer, Birgit* 1996: Geopolitische Identitäten. Kritik der Ethnisierung einer sich regionalisierenden Welt als paradigmatische Erweiterung der Friedensforschung, in: *WeltTrends* 12, 7-34.
- Huntington, Samuel P.* 1993: The Clash of Civilizations?, in: *Foreign Affairs* 72: 3, 22-49.
- Huntington, Samuel P.* 1996: *Der Kampf der Kulturen. The Clash of Civilizations. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München.
- Hurwitz, Jon/Peffley, Mark* 1987: How are Foreign Policy Attitudes Structured? A Hierarchical Model, in: *American Political Science Review* 81: 4, 1099-1120.
- Hurwitz, Jon/Peffley, Mark* 1988: Fear and Loathing of the USSR: Public Images of Communism and the Soviet Union, in: Nelson, Daniel N./Anderson, Roger B. (Hrsg.): *Soviet-American Relations: Understanding Differences, Avoiding Conflicts*, Wilmington, Del., 23-45.
- Hurwitz, Jon/Peffley, Mark* 1990: Public Images of the Soviet Union: The Impact of Foreign Policy Attitudes, in: *Journal of Politics* 52: 1, 3-28.
- Hurwitz, Jon/Peffley, Mark* 1991: American Images of the Soviet Union and National Security Issues, in: Rattinger, Hans/Munton, Don (Hrsg.): *Debating National Security: The Public Dimension*, Frankfurt a.M., 101-138.
- Hurwitz, Jon/Peffley, Mark/Seligson, Mitchell A.* 1993: Foreign Policy Belief Systems in Comparative Perspective: The United States and Costa Rica, in: *International Studies Quarterly* 37: 3, 245-270.
- Irle, Martin* 1975: Die Theorie der kognitiven Dissonanz, in: Ders.: *Lehrbuch der Sozialpsychologie*, Göttingen, 310-346.
- Iyengar, Shanto* 1992: The Accessibility Bias in Politics: Television News and Public Opinion, in: Rothman, Stanley (Hrsg.): *The Mass Media in Liberal Democratic Societies*, New York, 85-102.

- Jachtenfuchs, Markus* 1995: Ideen und internationale Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2: 2, 417-442.
- Jacobsen, Hans-Adolf* 1987: Mißtrauische Nachbarn. Zur Struktur der deutsch-sowjetischen Beziehungen 1955-85, in: Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf/Knütter, Hans-Helmuth/Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Demokratie und Diktatur, Düsseldorf.
- Jacobsen, Hans-Adolf* 1988: Deutsch-sowjetische Beziehungen: Kontinuität und Wandel 1945-1987, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 38: 3, 28-44.
- Jacoby, Mario* 1986: "Liebet eure Feinde" - oder vom Umgang mit Feindbildern, in: Pflüger, Peter-Michael (Hrsg.): Freund- und Feindbilder. Begegnung mit dem Osten, Freiburg i.B., 124-144.
- Jaeger, Hans-Martin* 1996: Konstruktionsfehler des Konstruktivismus in den Internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3: 2, 313-340.
- Jahn, Egbert* 1975: Entwicklung und Schwerpunkte der Friedensforschung in Nordamerika und Westeuropa, in: HSFK (Hrsg.): Friedensanalysen 1: Schwerpunkt: Feindbilder, Frankfurt a.M., 15-34.
- Jahn, Egbert* 1979: Die Bedrohung aus dem Osten - eine wirkliche oder eine eingebildete Gefahr?, in: antimilitarismus information 9: 9, 79-94.
- Jakobsen, Peter Viggo* 1996: National Interest, Humanitarianism or CNN: What Triggers UN Peace Enforcement After the Cold War?, in: Journal of Peace Research 33: 2, 205-215.
- Jeffords, Susan/Rabinovitz, Lauren* (Hrsg.) 1994: Seeing through the Media: The Persian Gulf War, New Brunswick, N.J.
- Jepperson, Ronald L./Wendt, Alexander/Katzenstein, Peter J.* 1996: Norms, Identity, and Culture in National Security, in: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, New York, 33-75.
- Jervis, Robert* 1976: Perception and Misperception in International Politics, Princeton, N.J.
- Joffe, Josef* 1987: Peace and Populism. Why the European Anti-Nuclear Movement Failed, in: International Security 11: 4, 3-40.
- Jordan, Donald L./Page, Benjamin I.* 1992: Shaping Foreign Policy Opinions. The Role of TV News, in: Journal of Conflict Resolution 36: 2, 227-241.
- Jung, Horst W./Staehr, Gerda v.* 1983: Antikommunismus - Ein ideologisches Gewaltverhältnis, in: Calließ, Jörg (Hrsg.): Gewalt in der Geschichte. Beiträge zur Gewaltaufklärung im Dienste des Friedens, Düsseldorf, 313-335.
- Just, Dieter/Mühlens, Peter Caspar* 1981: Zur Wechselbeziehung von Politik und Demoskopie. Das Beispiel der aktuellen Sicherheitspolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 31: 32, 63-68.
- Kaiser, Karl* 1971: Die Aufgaben der Friedensforschung und dieses Jahrbuchs, in: Kaiser, Karl (Red.): Bedrohungsvorstellungen als Faktor der internationalen Politik (Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Band 1), Düsseldorf, 7-10.
- Kaiser, Karl* 1998: Globalisierung als Problem der Demokratie, in: Internationale Politik 53: 4, 3-12.
- Kalberg, Stephen* 1989: Vor dem Hintergrund zweier politischer Kulturen: Amerikaner und Deutsche haben ein unterschiedliches Sowjetunion-Bild, in: Beiträge zur Konfliktforschung 19: 4, 45-67.
- Kant, Immanuel* 1795: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, in: Weischedel, Wilhelm (Hrsg.): Immanuel Kant. Werkausgabe, Band 11: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik 1, Frankfurt a.M. 1977, 191-251.

- Kaplowitz, Noel* 1990: National Self-Images, Perception of Enemies, and Conflict Strategies: Psychopolitical Dimensions of International Relations, in: *Political Psychology* 11: 1, 39-82.
- Kast, Verena* 1994: "Analytische Psychologie", in: Asanger, Roland/Wenninger, Gerd (Hrsg.): *Handwörterbuch Psychologie*, 5. Auflage, Weinheim, 20-25.
- Katz, Elihu* 1995: Introduction [to "Public Opinion and the Communication of Consent"], in: Glasser, Theodore L./Salmon, Charles T. (Hrsg.): *Public Opinion and the Communication of Consent*, New York, xxi-xxxiv.
- Katzenstein, Peter J.* (Hrsg.) 1996a: *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*, New York.
- Katzenstein, Peter J.* 1996b: Introduction: Alternative Perspectives on National Security, in: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*, New York, 1-32.
- Keck, Otto* 1997: Zur sozialen Konstruktion des Rational-Choice-Ansatzes. Einige Klarstellungen zur Rationalismus-Konstruktivismus-Debatte, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 4: 1, 139-151.
- Kehr, Eckart* 1965: Englandhaß und Weltpolitik. Eine Studie über die innenpolitischen und sozialen Grundlagen der deutschen Außenpolitik um die Jahrhundertwende, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.): *Eckart Kehr: Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte*, Berlin, 149-175.
- Kelman, Herbert C.* (Hrsg.) 1965a: *International Behavior. A Social-Psychological Analysis*, New York.
- Kelman, Herbert C.* 1965b: Social-Psychological Approaches to the Study of International Relations. Definition of Scope, in: Kelman, Herbert C. (Hrsg.): *International Behavior: A Social-Psychological Analysis*, New York, 3-39.
- Kelman, Herbert C.* 1965c: Social-Psychological Approaches to the Study of International Relations: The Question of Relevance, in: Kelman, Herbert C. (Hrsg.): *International Behavior. A Social-Psychological Analysis*, New York, 565-607.
- King, Gary/Keohane, Robert O./Verba, Sydney* 1994: *Designing Social Inquiry. Scientific Inference in Qualitative Research*, Princeton, N.J.
- Kischkel, Roland* 1989: Aufrüstung der Begriffe - Sprachliche Feindbilder. Konstrukte der Sprachkritik in der Analyse von Texten der schreibenden Presse, in: Burkhardt, Armin/Hebel, Franz/Hoberg, Rudolf (Hrsg.): *Sprache zwischen Militär und Frieden: Aufrüstung der Begriffe?* Tübingen, 201-215.
- Knobloch, Clemens* 1988: Techniken der sprachlichen Inszenierung von Feindbildern am Beispiel der FAZ, in: Sommer, Gert/Becker, Johannes M./Rehbein, Klaus/Zimmermann, Rüdiger (Hrsg.): *Feindbilder im Dienste der Aufrüstung. Beiträge aus Psychologie und anderen Humanwissenschaften*, 2. Auflage, Marburg, 204-213.
- Knopf, Jeffrey W.* 1998: How Rational Is "The Rational Public"? Evidence from U.S. Public Opinion on Military Spending, in: *Journal of Conflict Resolution* 42: 5, 544-571.
- Knorr-Cetina, Karin* 1989: Spielarten des Konstruktivismus. Einige Notizen und Anmerkungen, in: *Soziale Welt* 40: 1, 86-96.
- Köchler, Hans* 1986: *Außenpolitik und Demokratie. Überlegungen zur Universalität demokratischer Grundsätze*, Innsbruck.
- Kogon, Eugen* 1970: Die Funktion des Antikommunismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Anatomie des Antikommunismus. Bericht im Auftrag der Peace Education Division des American Friends Service Committee*, Olten, 190-205.

- Kogon, Eugen* 1977: Der Antikommunismus in der Bundesrepublik, in: Steinweg, Reiner (Red.): Friedensanalysen 4: Friedensbewegung, Frankfurt a.M., 9-20.
- Kogon, Eugen* 1982: Die Angst vor den Russen, in: Jens, Walter (Hrsg.): In letzter Stunde. Aufruf zum Frieden, München, 101-115.
- Kopelew, Lew* 1985: Fremdenbilder in Geschichte und Gegenwart, in: Keller, Mechthild (Hrsg.): Russen und Rußland aus deutscher Sicht, 9.-17. Jahrhundert, München, 11-34.
- Kratochwil, Friedrich V.* 1989: Rules, Norms and Decisions. On the Conditions of Practical and Legal Reasoning in International Relations and Domestic Affairs, Cambridge.
- Kreck, Walter* 1983: Zur Frage des Feindbildes, in: Bolm, Gerhard/Jansen, Birgit/Nolting, Hans-Peter/Rehahn, Sabine/Schulze, Christa/Sommer, Gert (Hrsg.): Bewußt-Sein für den Frieden. 1. Friedenskongreß psychosozialer Berufe, Weinheim, 82-86.
- Krell, Gert* 1991: Das neue Verhältnis zwischen USA und Sowjetunion, in: Schwerdtfeger, Johannes/Bahr, Egon/Krell, Gert (Hrsg.): Friedensgutachten 1991, Münster, 53-66.
- Krippendorff, Ekkehart* 1993: Geleitwort: Psychologie und Friedensforschung, in: Müller-Brettel, Marianne: Bibliographie Friedensforschung und Friedenspolitik. Der Beitrag der Psychologie 1900-1991, München, 11-12.
- Kull, Steven* 1995: What the Public Knows that Washington Doesn't, in: Foreign Policy 101, 102-115.
- Kutschke, Peter* 1989: Der neue Flirt, in: Liedtke, Klaus (Hrsg.): Der Neue Flirt. Russen und Deutsche auf dem Weg zu veränderten Beziehungen, Hamburg, 30-36.
- Lapins, Wulf-Winrich* 1982: Zur Einschätzung sowjetischer Bedrohung in der westdeutschen überregionalen Tages- und Wochenpresse. Dargestellt am Beispiel der "Frankfurter Rundschau", "Süddeutschen Zeitung" und "Die Zeit" im Untersuchungszeitraum 1975-1981, Bonn.
- Leder, Karl Bruno* 1985: Warum hassen wir einander? Über die Wurzeln von Feindbildern und die Erziehung zur Toleranz, in: Guha, Anton-Andreas/Papcke, Sven (Hrsg.): Der Feind, den wir brauchen, Königstein, 55-70.
- Lenhard, Hartmut* 1987: "Umkehren heißt: den Antikommunismus überwinden", in: Offene Kirche Informationen 4/87, 5-27.
- Lenk, Kurt* 1982: Politische Soziologie, Stuttgart.
- Levinson, Daniel J.* 1957: Authoritarian Personality and Foreign Policy, in: Journal of Conflict Resolution 1: 1, 37-47.
- Liedtke, Klaus* (Hrsg.) 1989a: Der Neue Flirt. Russen und Deutsche auf dem Weg zu veränderten Beziehungen, Hamburg.
- Liedtke, Klaus* 1989b: Vorwort, in: Liedtke, Klaus (Hrsg.): Der Neue Flirt. Russen und Deutsche auf dem Weg zu veränderten Beziehungen, Hamburg, 7-12.
- Liedtke, Max* 1992: Feindbilder im Prozeß der Sozialisation und Erziehung, in: Voit, Hartmut (Hrsg.): Geschichte ohne Feindbild? Erlangen, 51-68.
- Lilli, Waldemar* 1988: Entwicklung von Feindbildern aus sozialpsychologischer Sicht, in: Sommer, Gert/Becker, Johannes M./Rehbein, Klaus/Zimmermann, Rüdiger (Hrsg.): Feindbilder im Dienste der Aufrüstung. Beiträge aus Psychologie und anderen Humanwissenschaften, 2. Auflage, Marburg, 16-30.
- Liminski, Jürgen* 1988: Desinformation - Ein Relikt des Kalten Krieges?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 38: 52-53, 34-46.
- Linde, Gerd* 1989: Mittelost: Konturen eines neuen Kurses, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Sowjetunion 1988/89. Perestrojka in der Krise? München, 285-292.

- Link, Jürgen* 1991a: "Der irre Saddam setzt seinen Krummdolch an meine Gurgel!" Politische Aussagen, mediengerecht übersetzt: Eine Analyse von Feindbildern in Zeitungstexten und Karikaturen, in: Frankfurter Rundschau - Dokumentation, 16.1.1991, 18.
- Link, Jürgen* 1991b: Viren- und Giftfluten: das neue Feindbild Süd, in: Medium 21: 1, 38-41.
- Link, Jürgen* 1995: Diskursstrategien zwischen Eskalation und Deeskalation oder geht es wirklich nicht ohne Feindbilder?, unv. Ms.
- Linn, Gottfried* 1983: Zur Einschätzung sowjetischer Bedrohung in der westdeutschen überregionalen Tages- und Wochenpresse dargestellt am Beispiel "Die Welt", "Frankfurter Allgemeine Zeitung" und "Rheinischer Merkur/Christ und Welt" im Untersuchungszeitraum 1975-1981, Bonn.
- Lippert, Ekkehard* 1990: Hoffentlich versichert. Über Wandlungen im Bedrohungsempfinden und Sicherheitsverständnis, in: Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.): Mut zum Frieden. Über die Möglichkeiten einer Friedensentwicklung für das Jahr 2000, Darmstadt, 305-317.
- Lippert, Ekkehard/Wachtler, Günther* 1988: "Feindbild", in: Lippert, Ekkehard/Wachtler, Günther (Hrsg.): Frieden. Ein Handwörterbuch, Opladen, 78-84.
- Lippmann, Walter* 1922: Public Opinion, New York.
- Lippmann, Walter* 1955: The Malady of Democratic States, in: Ders.: The Public Philosophy, Boston, Mass., 16-27.
- Lißmann, Hans-Joachim/Nicklas, Hans/Ostermann, Anne* 1975: Feindbilder in Schulbüchern, in: HSFK (Hrsg.): Friedensanalysen. Für Theorie und Praxis 1: Feindbilder, Frankfurt a.M., 37-62.
- Lotze, Gerd* 1989: Deutsche und Amerikaner in der gegenseitigen Wahrnehmung, in: Schmidt-Sinns, Dieter (Hrsg.): Völker und Nationen im Spiegel der Medien, Bonn, 109-115.
- Lueg, Andrea* 1993: Das Feindbild Islam in der westlichen Öffentlichkeit, in: Hippler, Jochen/Lueg, Andrea: Feindbild Islam, Hamburg, 14-43.
- Luhmann, Niklas* 1988: Erkennen als Konstruktion, Bern.
- Luhmann, Niklas* 1990: Das Erkenntnisprogramm des Konstruktivismus und die unbekannt bleibende Realität, in: Ders.: Soziologische Aufklärung 5: Konstruktivistische Perspektiven, Opladen, 31-58.
- Luhmann, Niklas* 1992: Die Wissenschaft der Gesellschaft, Frankfurt a.M.
- Luhmann, Niklas* 1993: "Was ist der Fall?" und "Was steckt dahinter?" Die zwei Soziologien und die Gesellschaftstheorie, in: Zeitschrift für Soziologie 22: 4, 245-260.
- Luhmann, Niklas* 1994a: Die Beobachtung der Beobachter im politischen System: Zur Theorie der Öffentlichen Meinung, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Öffentliche Meinung. Theorien, Methoden, Befunde, Freiburg, 77-86.
- Luhmann, Niklas* 1994b: Der "Radikale Konstruktivismus" als Theorie der Massenmedien? Bemerkungen zu einer irreführenden Debatte, in: Communicatio Socialis 27: 1, 7-12.
- Luhmann, Niklas* 1996: Die Realität der Massenmedien. 2., erweiterte Auflage, Opladen.
- Luhmann, Niklas* 1997: Die Gesellschaft der Gesellschaft, 2 Bände, Frankfurt a.M.
- Luhmann, Niklas* 1998: Der Staat des politischen Systems, in: Beck, Ulrich (Hrsg.): Perspektiven der Weltgesellschaft, Frankfurt a.M., 345-380.
- Luostarinen, Heikki* 1989: Finnish Russophobia: The Story of an Enemy Image, in: Journal of Peace Research 26: 2, 123-137.
- Mack, John E.* 1989: Das Feindbild-System, in: Psychosozial 12: 40, 37-46.

- Maggiotto, Michael A./Wittkopf, Eugene R.* 1981: American Public Attitudes Toward Foreign Policy, in: *International Studies Quarterly* 25: 4, 601-631.
- Maier, Gerhart/Maier, Heiner* 1990: Vorurteile und Feindbilder, in: *Politik und Unterricht* 16: 3, 3-46.
- Marcinkowski, Frank* 1993: Publizistik als autopoietisches System. Politik und Massenmedien. Eine systemtheoretische Analyse, Opladen.
- Marcinkowski, Frank* 1996: Der Staat der Politik und die Massenmedien. Ein gesellschaftstheoretischer Bezugsrahmen zur Analyse politischer Kommunikation, in: Schatz, Heribert (Hrsg.): *Fernsehen als Objekt und Moment des sozialen Wandels. Faktoren und Folgen der aktuellen Veränderungen*, Opladen, 57-74.
- Marcussen, Martin/Risse, Thomas* 1997: A Europeanization of Nation-State Identities? Conceptual Considerations and Research Design. Paper prepared for the workshop "Theoretical, Methodological and Empirical Issues Involved in the Study of National Identities" at the EUI, 21.-22.11.1997, Florenz.
- Margedant, Udo* 1988: Feindbilder sozialistischer Erziehung in der DDR, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 38: 52-53, 24-33.
- Marjenhoff, William Ansley* 1991: Public Opinion and Reagan Foreign Policy-Making (Dissertation, The Pennsylvania State University, The Graduate School, Department of Political Science), Ann Arbor, Mich.
- Marttila, John* 1989: American Public Opinion: Evolving Definitions of National Security, in: Hamilton, Edward K. (Hrsg.): *America's Global Interests: A New Agenda*, New York, 261-315.
- Matthies, Volker* 1991: Neues Feindbild Dritte Welt: Verschärft sich der Nord-Süd-Konflikt?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 41: 25-26, 3-11.
- Matthies, Volker* 1992: "Feindbild" Dritte Welt? Wider die Militarisierung und Marginalisierung der Nord-Süd-Beziehungen, in: Matthies, Volker (Hrsg.): *Kreuzzug oder Dialog. Die Zukunft der Nord-Süd-Beziehungen*, Bonn, 7-22.
- Mayer, William G.* 1992: *The Changing American Mind: How and Why American Public Opinion Changed between 1960 and 1988*, Ann Arbor, Mich.
- Mendler, Martin/Schwegler-Rohmeis, Wolfgang* 1989: Weder Drachentöter noch Sicherheitsingenieur. Bilanz und kritische Analyse der sozialwissenschaftlichen Kriegsursachenforschung (HSFK-Forschungsbericht 3/1989), Frankfurt a.M.
- Mercer, Jonathan* 1995: Anarchy and Identity, in: *International Organization* 49: 2, 229-252.
- Merten, Klaus/Schmidt, Siegfried J./Weischenberg, Siegfried* 1994: *Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft*, Opladen.
- Metzler, Helmut* 1989: Feindbild und Neues Denken - ein Widerspruch? Überlegungen zum politischen Umgang mit dem Begriff Feindbild (Informationen des DDR-Komitees für wissenschaftliche Fragen der Sicherung des Friedens und der Abrüstung 3/1989), Berlin.
- Mitscherlich, Alexander* 1978: Zur Psychologie des Vorurteils, in: Karsten, Anitra (Hrsg.): *Vorurteil. Ergebnisse psychologischer und sozialpsychologischer Forschung*, Darmstadt, 270-285.
- Mueller, Harald/Risse-Kappen, Thomas* 1987: Origins of Estrangement. The Peace Movement and the Changed Image of America in West Germany, in: *International Security* 12: 1, 52-88.
- Mueller, John E.* 1994: *Policy and Opinion in the Gulf War*, Chicago, Ill.

- Müller, Harald 1994: Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln. Zur Kritik der utilitaristischen Handlungstheorien, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1: 1, 15-44.
- Müller, Harald 1995: Spielen hilft nicht immer. Die Grenzen des Rational-Choice-Ansatzes und der Platz der Theorie kommunikativen Handelns in der Analyse internationaler Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2: 2, 371-391.
- Müller, Harald/Risse-Kappen, Thomas 1990: Internationale Umwelt, gesellschaftliches Umfeld und außenpolitischer Prozeß in liberaldemokratischen Industrienationen, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen (PVS-Sonderheft 21), Opladen, 375-400.
- Müller-Brettel, Marianne 1991: Psychologische Beiträge zur Friedensforschung und Friedenspolitik. Ein Literaturbericht (Beitrag aus dem Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Nr. 37/ES), Berlin.
- Müller-Brettel, Marianne 1993: Bibliographie Friedensforschung und Friedenspolitik: Der Beitrag der Psychologie 1900-1991, München.
- Müller-Brettel, Marianne 1995: Frieden und Krieg in der Psychologischen Forschung. Historische Entwicklungen, Theorien und Ergebnisse (Materialien aus der Bildungsforschung Nr. 53, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung), Berlin.
- Munton, Don 1991: NATO up Against the Wall: Changing Security Attitudes in Germany, Britain, and Canada, 1960s to the 1980s, in: Rattinger, Hans/Munton, Don (Hrsg.): Debating National Security: The Public Dimension, Frankfurt a.M., 343-377.
- Munton, Don 1993: A New World Order? Western Public Perceptions in the Post-Cold-War Era, in: Dewitt, David/Haglund, David/Kirton, John (Hrsg.): Building a New Global Order: Emerging Trends in International Security, Oxford, 378-400.
- Murray, Shoon Kathleen 1993: American Elites' Reaction to the End of the Cold War: A 1988-1992 Panel Study (Dissertation Presented to the Faculty of the Graduate School of Yale University), New Haven, Conn.
- Mutz, Reinhard 1978: Sicherheitspolitik und demokratische Öffentlichkeit in der BRD. Probleme der Analyse, Kritik und Kontrolle militärischer Macht, München.
- Neack, Laura/Hey, Jeanne A.K./Haney, Patrick J. (Hrsg.) 1995: Foreign Policy Analysis. Continuity and Change in Its Second Generation, Englewood Cliffs, N.J.
- Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.) 1994a: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen (KZfSS-Sonderheft 34), Opladen.
- Neidhardt, Friedhelm 1994b: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, in: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen (KZfSS-Sonderheft 34), Opladen, 7-41.
- Neidhardt, Friedhelm 1997: Demokratische Öffentlichkeit im Medienbetrieb, in: Gegenwartskunde 2/1997, 249-270.
- Nel, Philip 1989: Die Sowjetunion und Schwarzafrika 1985-1988, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Sowjetunion 1988/89. Perestrojka in der Krise? München, 292-299.
- Neuman, W. Russell 1986: The Paradox of Mass Politics: Knowledge and Opinion in the American Electorate, Cambridge, Mass.
- Neuman, W. Russell/Just, Marion R./Crigler, Ann N. 1992: Common Knowledge: News and the Construction of Political Meaning, Chicago, Ill.
- Nicklas, Hans 1977: "Feindbild", in: Zoll, Ralf/Lippert, Ekkehard/Rössler, Tjarek (Hrsg.): Bundeswehr und Gesellschaft, ein Wörterbuch, Opladen, 90-94.

- Nicklas, Hans* 1984: "Feindbilder", in: Boeckh, Andreas (Hrsg.): Pipers Wörterbuch zur Politik, Band 5: Internationale Beziehungen, München, 148-150.
- Nicklas, Hans* 1985: Die politische Funktion von Feindbildern, in: Guha, Anton-Andreas/Papcke, Sven (Hrsg.): Der Feind, den wir brauchen, Königstein, 99-109.
- Nicklas, Hans* 1988: Die politische Funktion von Feindbildern. Thesen zum subjektiven Faktor in der Politik, in: Sommer, Gert/Becker, Johannes M./Rehbein, Klaus/Zimmermann, Rüdiger (Hrsg.): Feindbilder im Dienste der Aufrüstung. Beiträge aus Psychologie und anderen Humanwissenschaften, 2. Auflage, Marburg, 32-36.
- Nicklas, Hans* 1990: Wir wir den Krieg herstellen. Die Institution des Krieges als gesellschaftliches und psychisches Konstrukt, in: Steinweg, Reiner/Wellmann, Christian (Red.): Die vergessene Dimension internationaler Konflikte: Subjektivität (Friedensanalysen 24), Frankfurt a.M., 62-92.
- Nicklas, Hans* 1991: Psychologie des Unfriedens. Ergebnisse der psychologischen Friedensforschung, in: Wasmuth, Ulrike (Hrsg.): Friedensforschung. Eine Handlungsorientierung zwischen Politik und Wissenschaft, Darmstadt, 149-163.
- Nicklas, Hans/Gantzel, Klaus Jürgen* 1975: Außenpolitische Freund-Feind-Bilder in der Bundesrepublik 1949-1971, in: Vorstand der DGFK (Hrsg.): Forschung für den Frieden. Fünf Jahre Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, Boppard am Rhein, 231-244.
- Nicklas, Hans/Ostermann, Anne* 1980: "Vorurteil", in: Asanger, Roland/Wenninger, Gerd (Hrsg.): Handwörterbuch der Psychologie, Weinheim, 535-540.
- Nicklas, Hans/Ostermann, Anne* 1989: Die Rolle von Images in der Politik. Die Ideologie und ihre Bedeutung für die Imagebildung am Beispiel des Ost-West-Konflikts, in: Schmidt-Sinns, Dieter (Hrsg.): Völker und Nationen im Spiegel der Medien, Bonn, 22-35.
- Nincic, Miroslav* 1992: Democracy and Foreign Policy: The Fallacy of Political Realism, New York.
- Noack, Paul* 1975: Öffentliche Meinung und Außenpolitik, in: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Handbuch der deutschen Außenpolitik, München, 195-207.
- Noack, Paul* 1986: Außenpolitik und öffentliche Meinung, in: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 3. Auflage, Bonn, 42-48.
- Noelle-Neumann, Elisabeth* 1989: Die Theorie der Schweigespirale als Instrument der Medienwirkungsforschung, in: Kaase, Max/Schulz, Winfried (Hrsg.): Massenkommunikation (KZfSS-Sonderheft 30), Opladen, 418-440.
- Noelle-Neumann, Elisabeth/Köcher, Renate* (Hrsg.) 1993: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984-1992, Band 9, München.
- Noelle-Neumann, Elisabeth/Piel, Edgar* (Hrsg.) 1983: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978-1983, Band 8, München.
- Noetzel, Thomas/Brodacz, André* 1996: Konstruktivistische Epistemologie und politische Steuerung, in: Zeitschrift für Politik 43: 1, 49-66.
- Nolting, Hans-Peter* 1981: Lernschritte zur Gewaltlosigkeit. Ergebnisse psychologischer Friedensforschung: Wie kollektive Gewalt entsteht - was man dagegen tun kann, Reinbek.
- Nolting, Hans-Peter* 1988: Kein Feindbild ohne Selbstbild, in: Sommer, Gert/Becker, Johannes M./Rehbein, Klaus/Zimmermann, Rüdiger (Hrsg.): Feindbilder im Dienste der Aufrüstung. Beiträge aus Psychologie und anderen Humanwissenschaften, 2. Auflage, Marburg, 71-81.



- Nuscheler, Frank* 1992: "Neue Bedrohungen" aus dem Süden? - Zur Funktion des Feindbildes Dritte Welt, in: Hippler, Jochen (Hrsg.): Dritte Welt und Islam: Neue Feindbilder nach dem Kalten Krieg? Öffentlichkeit und Medien am Beispiel des Golfkrieges, Berlin, 7-13.
- Oakes, Penelope J./Haslam, S. Alexander/Turner, John C.* 1994: Stereotyping and Social Reality, Cambridge, Mass.
- Øberg, Jan* 1990: Coping with the Loss of a Close Enemy: Perestroika as a Challenge to the West, in: Bulletin of Peace Proposals 21: 3, 287-298.
- O'Heffernan, Patrick* 1991: Mass Media and American Foreign Policy: Insider Perspectives on Global Journalism and the Foreign Policy Process, Norwood, N.J.
- Oldenburg, Fred* 1989: Das Verhältnis UdSSR - Bundesrepublik Deutschland, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Sowjetunion 1988/89. Perestrojka in der Krise? München, 239-245.
- Oneal, John R./Lian, Brad/Joyner, James H., Jr.* 1996: Are the American People "Pretty Prudent"? Public Responses to U.S. Uses of Force, 1950-1988, in: International Studies Quarterly 40: 2, 261-280.
- Onuf, Nicholas Greenwood* 1989: World of Our Making. Rules and Rule in Social Theory and International Relations, Columbia, S.C.
- Ostermann, Änne* 1977: Das Freund-Feind-Schema als stereotypes Perzeptionsmuster internationaler Politik. Eine inhaltsanalytische Untersuchung von Schulgeschichtsbüchern. Zum Problem stereotyper Muster in der Darstellung von Geschichte und Politik, in: Becker, Jörg/Enke, Edo/Gantzel, Klaus Jürgen/Lißmann, Hans-Joachim/Nicklas, Hans/Ostermann, Änne: Zur Analyse außenpolitisch relevanter Feindbilder in der Bundesrepublik 1949-1971, Band 2, Frankfurt a.M.
- Page, Benjamin I.* 1996: The Mass Media as Political Actors, in: PS: Political Science & Politics 29: 1, 20-24.
- Page, Benjamin I./Shapiro, Robert Y.* 1989: Educating and Manipulating the Public, in: Margolis, Michael/Mauser, Gary A. (Hrsg.): Manipulating Public Opinion: Essays on Public Opinion as a Dependent Variable, Pacific Grove, Cal., 294-320.
- Page, Benjamin I./Shapiro, Robert Y.* 1992: The Rational Public. Fifty Years of Trends in Americans' Policy Preferences, Chicago, Ill.
- Page, Benjamin I./Shapiro, Robert Y./Dempsey, Glenn R.* 1987: What Moves Public Opinion?, in: American Political Science Review 81: 1, 23-43.
- Peffley, Mark/Hurwitz, Jon* 1992: International Events and Foreign Policy Beliefs: Public Response to Changing Soviet-U.S. Relations, in: American Journal of Political Science 36: 2, 431-461.
- Peffley, Mark/Hurwitz, Jon* 1993: Models of Attitude Constraint in Foreign Affairs, in: Political Behavior 15: 1, 61-90.
- Peters, Bernhard* 1994: Der Sinn von Öffentlichkeit, in: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen (KZfSS-Sonderheft 34), Opladen, 42-76.
- Pflüger, Peter Michael* (Hrsg.) 1986a: Freund- und Feindbilder. Begegnung mit dem Osten, Freiburg i.B.
- Pflüger, Peter-Michael* 1986b: Feindbild - Selbstbild. Gedanken zur Einführung, in: Pflüger, Peter-Michael (Hrsg.): Freund- und Feindbilder. Begegnung mit dem Osten, Freiburg i.B., 9-14.

- Pott, Andreas* 1990: Die Strategie der Abschreckung: Mythenbild der Sicherheitspolitik, in: Heisenberg, Wolfgang/Lutz, Dieter S. (Hrsg.): Sicherheitspolitik kontrovers, Band 1, Bonn, 132-146.
- Pöttker, Horst* 1991: Kalter Krieg, heißer Krieg. Notizen über Feindbilder während der Berlinale, in: *Medium* 21: 1, 15-16.
- Powlick, Philip J./Katz, Andrew Z.* 1998: Defining the American Public Opinion/Foreign Policy Nexus, in: *Mershon International Studies Review* 42: 1, 29-61.
- Putnam, Robert D.* 1988: Diplomacy and Domestic Politics. The Logic of Two-Level Games, in: *International Organization* 42: 3, 427-460.
- Rattinger, Hans* 1984: Sicherheitspolitik und öffentliche Meinung, in: Link, Werner (Hrsg.): Die neueren Entwicklungen des Ost-West-Konflikts, Köln, 111-118.
- Rattinger, Hans* 1991: The Development and Structure of West German Public Opinion on Security Issues since the late 1970s, in: Rattinger, Hans/Munton, Don (Hrsg.): Debating National Security: The Public Dimension, Frankfurt a.M., 301-341.
- Rattinger, Hans* 1993: Einstellungen zur europäischen Integration in der Bundesrepublik vor der Schaffung des Binnenmarktes (Bamberger Politikwissenschaftliche Beiträge, Forschungsbericht Nr. 2), Bamberg.
- Rattinger, Hans* 1996: Einstellungen zur europäischen Integration in der Bundesrepublik. Ein Kausalmodell, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3: 1, 45-78.
- Rattinger, Hans/Heinlein, Petra* 1986: Sicherheitspolitik in der öffentlichen Meinung. Umfrageergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland bis zum "heißen Herbst" 1983, Berlin.
- Rattinger, Hans/Munton, Don* (Hrsg.) 1991: Debating National Security: The Public Dimension, Frankfurt a.M.
- Rattinger, Hans/Behnke, Joachim/Holst, Christian* 1995: Außenpolitik und öffentliche Meinung in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M.
- Rehbein, Klaus* 1988: Feindbild - ein verfassungsfeindliches Erziehungsziel, in: Sommer, Gert/Becker, Johannes M./Rehbein, Klaus/Zimmermann, Rüdiger (Hrsg.): Feindbilder im Dienste der Aufrüstung. Beiträge aus Psychologie und anderen Humanwissenschaften, 2. Auflage, Marburg, 282-289.
- Reich, Brigitte* 1997: "Feindbilder", in: Albrecht, Ulrich/Volger, Helmut (Hrsg.): Lexikon der internationalen Politik, München, 143-144.
- Reimann, Michael/Kempf, Wilhelm* 1992: Information Politics. Informationsbedürfnis, Mediengebrauch und Informiertheit über Völkerrechtsverletzungen im 2. Golfkrieg (Diskussionsbeiträge Nr. 21/1992 der Projektgruppe Friedensforschung, Universität Konstanz), Konstanz.
- Rengger, N.J.* 1996: On Cosmopolitanism, Constructivism and International Society. Some Reflections on British International Studies at the Fin de siècle, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3: 1, 183-199.
- Richman, Alvin* 1991: The Polls - Poll Trends: Changing American Attitudes Toward the Soviet Union, in: *Public Opinion Quarterly* 55: 1, 135-148.
- Richter, Horst-Eberhard* 1982a: Zur Psychologie des Friedens, Reinbek.
- Richter, Horst-Eberhard* 1982b: Psychoanalytische Aspekte der Friedensfähigkeit, in: *Psychosozial* 5: 15, 19-38.
- Richter, Horst-Eberhard* 1989: Der Weg zum neuen Denken, in: *Psychosozial* 12: 40, 57-61.
- Richter, Horst-Eberhard* (Hrsg.) 1990a: Russen und Deutsche. Alte Feindbilder weichen neuen Hoffnungen, Hamburg.

- Richter, Horst-Eberhard* 1990b: Vorwort des Herausgebers, in: Richter, Horst-Eberhard (Hrsg.): *Russen und Deutsche. Alte Feindbilder weichen neuen Hoffnungen*, Hamburg, 9-19.
- Richter, Horst-Eberhard* 1991: Solidarität mit wem? [Der Golfkrieg, seine Sieger und die Deutschen, Vortrag bei der IPPNW], in: *Sicherheit und Frieden* 9: 3, 150-153.
- Rielly, John E.* (Hrsg.) 1987: *American Public Opinion and U.S. Foreign Policy 1987*, Chicago, Ill.
- Rielly, John E.* (Hrsg.) 1991: *American Public Opinion and U.S. Foreign Policy 1991*, Chicago, Ill.
- Rielly, John E.* 1992: Public Opinion: The Pulse of the '90s, in: Kegley, Charles W./Wittkopf, Eugene R. (Hrsg.): *The Future of American Foreign Policy*, New York, 124-132.
- Rielly, John E.* (Hrsg.) 1995: *American Public Opinion and U.S. Foreign Policy 1995*, Chicago, Ill.
- Risse, Thomas* 2000: "Let's Argue!": Communicative Action in World Politics, in: *International Organization* 54: 1, 1-39.
- Risse-Kappen, Thomas* 1991a: Public Opinion, Domestic Structure, and Foreign Policy in Liberal Democracies, in: *World Politics* 43: 4, 479-512.
- Risse-Kappen, Thomas* 1991b: Anti-Nuclear and Pro-Detente? The Transformation of the West German Security Debate, in: Rattinger, Hans/Munton, Don (Hrsg.): *Debating National Security: The Public Dimension*, Frankfurt a.M., 269-299.
- Risse-Kappen, Thomas* 1994a: Demokratischer Frieden? Unfriedliche Demokratien? Überlegungen zu einem theoretischen Puzzle, in: Krell, Gert/Müller, Harald (Hrsg.): *Frieden und Konflikt in den internationalen Beziehungen*, Frankfurt a.M., 159-189.
- Risse-Kappen, Thomas* 1994b: Ideas do Not Flow Freely: Transnational Coalitions, Domestic Structures, and the End of the Cold War, in: *International Organization* 48: 2, 185-214.
- Risse-Kappen, Thomas* 1994c: Masses and Leaders: Public Opinion, Domestic Structures, and Foreign Policy, in: Deese, David A. (Hrsg.): *The New Politics of American Foreign Policy*, New York, 238-261.
- Risse-Kappen, Thomas* 1994d: Wie weiter mit dem "demokratischen Frieden"?, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1: 2, 367-379.
- Risse-Kappen, Thomas* 1995a: Cooperation Among Democracies. The European Influence on U.S. Foreign Policy, Princeton, N.J.
- Risse-Kappen, Thomas* 1995b: Reden ist nicht billig. Zur Debatte um Kommunikation und Rationalität, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2: 1, 171-184.
- Risse-Kappen, Thomas* 1995c: Democratic Peace - Warlike Democracies? A Social Constructivist Interpretation of the Liberal Argument, in: *European Journal of International Relations* 1: 4, 491-517.
- Robertson, Alexa* (Hrsg.) 1995a: *Opinion, the Media and International Politics: A Reader* (University of Stockholm, Department of Political Science, Undervisningsserien Nr. 1995: 2), Stockholm.
- Robertson, Alexa* 1995b: Preface, in: Robertson, Alexa (Hrsg.): *Opinion, the Media and International Politics: A Reader*, Stockholm, v-vii.
- Robertson, Alexa* 1995c: Introduction, in: Robertson, Alexa (Hrsg.): *Opinion, the Media and International Politics: A Reader*, Stockholm, 3-20.
- Robertson, Alexa* 1995d: Opinion and International Politics: Background to a Field of Inquiry, in: Robertson, Alexa (Hrsg.): *Opinion, the Media and International Politics: A Reader*, Stockholm, 40-53.

- Robertson, Alexa* 1995e: Studying the Media and International Politics: Key Concepts and an Overview of Empirical Research, in: Robertson, Alexa (Hrsg.): Opinion, the Media and International Politics: A Reader, Stockholm, 230-248.
- Robertson, Alexa* 1995f: National Prisms and International Events: The Case of the Media and the Missiles, in: Robertson, Alexa (Hrsg.): Opinion, the Media and International Politics: A Reader, Stockholm, 326-415.
- Rosati, Jerel A.* 1995: A Cognitive Approach to the Study of Foreign Policy, in: Neack, Laura/Hey, Jeanne A.K./Haney, Patrick J. (Hrsg.): Foreign Policy Analysis: Continuity and Change in Its Second Generation, Englewood Cliffs, N.J., 49-70.
- Rosenberg, Milton J./Hovland, Carl I.* 1980: Cognitive, Affective, and Behavioral Components of Attitudes, in: Rosenberg, Milton J./Hovland, Carl I./McGuire, William J./Abelson, Robert P./Brehm, Jack W. (Hrsg.): Attitude Organization and Change. An Analysis of Consistency Among Attitude Components, Reprint, Westport, Conn., 1-14.
- Roth, Gerhard* 1999: Das Gehirn und seine Wirklichkeit. Kognitive Neurobiologie und ihre philosophischen Konsequenzen, 3. Auflage, Frankfurt a.M.
- Rotter, Gernot* 1991: Europa und Orient. Geschichte und Wiedergeburt eines alten Feindbildes, in: forum loccum 10: 1, 11-15.
- Rotter, Gernot* 1992: Feindbildproduktion: Der Islam und sein Zerrbild in den Medien, in: Birckenbach, Hanne-Margret/Jäger, Uli/Wellmann, Christian (Hrsg.): Jahrbuch Frieden 1993. Konflikte, Abrüstung, Friedensarbeit, München, 70-80.
- Rubeau, Peter/Westermann, Wolfgang* 1984: Asche auf unser Haupt. Was schulden wir Amerika?, in: Psychologie heute 11: 2, 28-33.
- Ruf, Werner* 1973: Bilder in der internationalen Politik, Saarbrücken.
- Ruf, Werner* 1997: Feindbildproduktion nach dem Ende des Ost-West-Konflikts: Die islamische Bedrohung, in: Vogt, Wolfgang R./Jung, Eckhard (Hrsg.): Kultur des Frieden. Wege zu einer Welt ohne Krieg, Darmstadt, 94-103.
- Russett, Bruce* 1989: Democracy, Public Opinion, and Nuclear Weapons, in: Tetlock, Philip E./Husbands, Jo L./Jervis, Robert/Stern, Paul C./Tilly, Charles (Hrsg.): Behavior, Society, and Nuclear War, Volume One, New York, 174-208.
- Russett, Bruce* 1990: Controlling the Sword. The Democratic Governance of National Security, Cambridge, Mass.
- Saathoff, Günter/Zander, Ingo* 1990: Feindbild ade - Wehrpflicht passé?, in: Vorgänge 29: 4 (106), 1-7.
- Sabbagh, Helena* 1995: Der Westen als Feindbild? Die Berichterstattung der ägyptischen Wochenzeitung *aš-Šaʿb* während des zweiten Golfkriegs (Arbeitspapier Nr. 90 der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung), Hamburg.
- Sabin, Philip A. G.* 1991: British Perceptions of the USA and USSR: The Limits of Comparative Opinion Polls, in: Rattinger, Hans/Munton, Don (Hrsg.): Debating National Security: The Public Dimension, Frankfurt a.M., 73-100.
- Saxer, Ulrich* 1992: These zur Kritik des Konstruktivismus, in: Communicatio Socialis 25: 2, 178-183.
- Schaber, Thomas/Ulbert, Cornelia* 1994: Reflexivität in den Internationalen Beziehungen. Literaturbericht zum Beitrag kognitiver, reflexiver und interpretativer Ansätze zur dritten Theoriedebatte, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1: 1, 139-169.
- Schäfer, Bernd/Six, Bernd* 1978: Sozialpsychologie des Vorurteils, Stuttgart.

- Scharpf, Fritz W.* 1998: Demokratische Politik in der internationalisierten Ökonomie, in: Greven, Michael Th. (Hrsg.): Demokratie - eine Kultur des Westens? 20. Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Opladen, 82-103.
- Scheffer, Bernd* 1990: Wie wir erkennen. Die soziale Konstruktion von Wirklichkeit im Individuum, in: Merten, Klaus/Schmidt, Siegfried J./Weischenberg, Siegfried (Hrsg.): Medien und Kommunikation. Konstruktion und Wirklichkeit (Funkkolleg, Studienbrief 2), Weinheim, 46-81.
- Schiele, Siegfried* (Hrsg.) 1990: Vorurteile und Feindbilder (Themenheft von "Politik und Unterricht" 16: 3), Stuttgart.
- Schimmelfennig, Frank* 1997: Rhetorisches Handeln in der internationalen Politik, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 4: 2, 219-254.
- Schissler, Jakob* 1991: Kontinuität oder Diskontinuität? Muster der öffentlichen Meinung in den USA gegenüber Europa, in: Kubbig, Bernd W. (Hrsg.): Transatlantische Unsicherheit, Frankfurt a.M., 21-41.
- Schissler, Jakob/Tuschhoff, Christian* 1988: Kognitive Schemata: Zur Bedeutung neuerer sozialpsychologischer Forschungen für die Politikwissenschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 38: 52-53, 3-13.
- Schmalz-Bruns, Rainer* 1995: Selbstorganisation, Selbstregierung, Selbstverwirklichung: Die Idee der Öffentlichkeit im Spiegel moderner Demokratietheorie, in: Göhler, Gerhard (Hrsg.): Macht der Öffentlichkeit - Öffentlichkeit der Macht, Baden-Baden, 39-74.
- Schmalz-Bruns, Rainer* 1999: Deliberativer Supranationalismus. Demokratisches Regieren jenseits des Nationalstaats, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 6: 2, 185-244.
- Schmidt, Bernd* 1990: Abbau von Feindbildern - eine notwendige Komponente zur Friedensfähigkeit, in: Studien zur Friedensforschung: Das Bild vom Anderen 2: 3, 98-103.
- Schmidt, Hilmar/Take, Ingo* 1997: Demokratischer und besser? Der Beitrag von Nichtregierungsorganisationen zur Demokratisierung internationaler Politik und zur Lösung globaler Probleme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 47: 43, 12-20.
- Schmidt, Siegfried J.* (Hrsg.) 1987a: Der Diskurs des Radikalen Konstruktivismus, Frankfurt a.M.
- Schmidt, Siegfried J.* 1987b: Der Radikale Konstruktivismus: Ein neues Paradigma im interdisziplinären Diskurs, in: Schmidt, Siegfried J. (Hrsg.): Der Diskurs des Radikalen Konstruktivismus, Frankfurt a.M. 1987, 11-88.
- Schmidt, Siegfried J.* 1992: Radikaler Konstruktivismus. Forschungsperspektiven für die 90er Jahre, in: Schmidt, Siegfried J. (Hrsg.): Kognition und Gesellschaft. Der Diskurs des Radikalen Konstruktivismus 2, Frankfurt a.M., 7-23.
- Schmidt, Siegfried J.* 1994a: Kognitive Autonomie und soziale Orientierung. Konstruktivistische Bemerkungen zum Zusammenhang von Kognition, Kommunikation, Medien und Kultur, Frankfurt a.M.
- Schmidt, Siegfried J.* 1994b: Konstruktivismus in der Medienforschung: Konzepte, Kritiken, Konsequenzen, in: Merten, Klaus/Schmidt, Siegfried J./Weischenberg, Siegfried (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft, Opladen, 592-623.
- Schubert, Klaus v.* 1988: Essay. Neues Denken - Altes Denken, in: Schubert, Klaus v./Bahr, Egon/Krell, Gert (Hrsg.): Friedensgutachten 1988, Münster, 15-20.
- Schulte, Ludwig* 1973: Abschreckung und Feindbild in der Phase der Entspannungspolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 23: 6, 3-23.

- Schulz, Winfried* 1976: Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung, Freiburg.
- Schulz, Winfried* 1989: Massenmedien und Realität. Die "ptolemäische" und die "kopernikanische" Auffassung, in: Kaase, Max/Schulz, Winfried (Hrsg.): Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde (KZfSS-Sonderheft 30), Opladen, 135-149.
- Schulze, Reinhard* 1991a: Alte und neue Feindbilder. Das Bild der arabischen Welt und des Islam im Westen, in: Stein, Georg (Hrsg.): Nachgedanken zum Golfkrieg, Heidelberg, 244-259.
- Schulze, Reinhard* 1991b: Vom Antikommunismus zum Anti-Islamismus. Der Kuwait-Krieg als Fortschreibung des Ost-West-Konflikts, in: *Peripherie* 11: 41, 5-12.
- Schulze, Reinhard* 1992: Religiöser Fundamentalismus: Die Moderne zwischen Utopie und Mythos, in: Löb, Michael/Seelisch, Winfried (Hrsg.): Wider die Feindbilder. Toleranz statt Fundamentalismus, Antisemitismus und Nationalismus, Darmstadt, 55-68.
- Schweitzer, Carl-Christoph* 1989: Zum Ansatz: Bedrohung durch die Sowjetunion? Westliche Analysen der politischen Absichten Moskaus im Zeitvergleich der 50er und 80er Jahre, in: Schweitzer, Carl-Christoph (Hrsg.): Bedrohung durch die Sowjetunion? Baden-Baden, 9-16.
- Schweitzer, Carl-Christoph* 1991: Feindbilder und Feind-Analysen im Ost-West-Konflikt, in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Deutschland zwischen Krieg und Frieden. Beiträge zur Politik und Kultur im 20. Jahrhundert, Düsseldorf, 353-367.
- Segbers, Klaus* 1989: Der sowjetische Systemwandel, Frankfurt a.M.
- Segbers, Klaus* 1991: Sowjetische Sicherheitspolitik im Wandel, in: Hamann, Rudolf/Matthies, Volker (Hrsg.): Sowjetische Außenpolitik im Wandel. Eine Zwischenbilanz der Jahre 1985-1990, Baden-Baden, 99-127.
- Senghaas, Dieter* 1968a: Zur Pathologie organisierter Friedlosigkeit, in: Bahr, Hans-Eckehard (Hrsg.): Weltfrieden und Revolution. Neun politisch-theologische Analysen, Reinbek, 107-154.
- Senghaas, Dieter* 1968b: Aggressivität und Gewalt. Thesen zur Abschreckungspolitik, in: Marcuse, Herbert/Rapoport, Anatol/Horn, Klaus/Mitscherlich, Alexander/Senghaas, Dieter/Marković, Mihailo: Aggression und Anpassung in der Industriegesellschaft, Frankfurt a.M., 128-144.
- Senghaas, Dieter* 1969: Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit, Frankfurt a.M.
- Senghaas, Dieter* (Hrsg.) 1970a: Friedensforschung und Gesellschaftskritik, München.
- Senghaas, Dieter* 1970b: Einleitung, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Friedensforschung und Gesellschaftskritik, München, 7-21.
- Senghaas, Dieter* (Hrsg.) 1970c: Zur Pathologie des Rüstungswettlaufs. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Freiburg i.B.
- Senghaas, Dieter* 1970d: Vorwort. Zur Pathologie des Rüstungswettlaufs, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Zur Pathologie des Rüstungswettlaufs. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Freiburg i.B., 9-22.
- Senghaas, Dieter* 1970e: Zur politischen Theorie organisierter Friedlosigkeit, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Zur Pathologie des Rüstungswettlaufs. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Freiburg i.B., 25-44.
- Senghaas, Dieter* (Hrsg.) 1971a: Kritische Friedensforschung, Frankfurt a.M.

- Senghaas, Dieter* 1971b: Kompositionsprobleme in der Friedensforschung, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Kritische Friedensforschung, Frankfurt a.M. 313-361.
- Senghaas, Dieter* 1972a: Rüstung und Militarismus, Frankfurt a.M.
- Senghaas, Dieter* 1972b: Zur Analyse von Drohpolitik in den internationalen Beziehungen, in: Ders.: Rüstung und Militarismus, Frankfurt a.M., 28-93.
- Senghaas, Dieter* 1981: Abschreckung und Frieden. Studien zur organisierten Friedlosigkeit. Überarbeitete und ergänzte Ausgabe, Frankfurt a.M.
- Senghaas-Knobloch, Eva* 1988: Zur politischen Psychologie internationaler Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 38: 52-53, 14-23.
- Senghaas-Knobloch, Eva* 1990a: Subjektivität in der internationalen Politik. Über das Zusammenspiel persönlicher und institutioneller Faktoren der Konfliktverarbeitung, in: Steinweg, Reiner/Wellmann, Christian (Red.): Die vergessene Dimension internationaler Konflikte: Subjektivität (Friedensanalysen 24), Frankfurt a.M., 29-61.
- Senghaas-Knobloch, Eva* 1990b: Von Feindbildern zur kooperativen Bearbeitung von gemeinsamen Zivilisationsaufgaben in Europa (Arbeitspapier der Schweizerischen Friedensstiftung Nr. 08), Bern.
- Shapiro, Robert Y./Page, Benjamin I.* 1988: Foreign Policy and the Rational Public, in: Journal of Conflict Resolution 32: 2, 211-247.
- Shapiro, Robert Y./Page, Benjamin I.* 1994: Foreign Policy and Public Opinion, in: Deese, David A. (Hrsg.): The New Politics of American Foreign Policy, New York, 216-235.
- Silverstein, Brett* 1989: Enemy Images: The Psychology of U.S. Attitudes and Cognitions Regarding the Soviet Union, in: American Psychologist 44: 6, 903-913.
- Silverstein, Brett/Holt, Robert R.* 1989: Research on Enemy Images: Present Status and Future Prospects, in: Journal of Social Issues 45, 159-175.
- Simon, Gerhard* 1989: Perestrojka - eine Zwischenbilanz, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Sowjetunion 1988/89. Perestrojka in der Krise? München, 19-32.
- Sinus* 1988: Sowjetische und amerikanische Politik im Urteil der Deutschen in der Bundesrepublik. Eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung und des STERN. Erstellt im September 1988 von Sinus München, Gesellschaft für Sozialforschung und Marktforschung, Bonn.
- Smith, Tom W.* 1994: Is there Real Opinion Change?, in: International Journal of Public Opinion Research 6: 2, 187-203.
- Smith, Tom W./Weil, Frederick D.* 1990: The Polls - A Report: Finding Public Opinion Data: A Guide to Sources, in: Public Opinion Quarterly 54, 609-626.
- Sniderman, Paul M.* 1993: The New Look in Public Opinion Research, in: Finifter, Ada W. (Hrsg.): Political Science: The State of the Discipline II, Washington, D.C., 219-245.
- Sobel, Richard* (Hrsg.) 1993: Public Opinion in U.S. Foreign Policy. The Controversy over Contra Aid, Lanham, Md.
- Solms, Friedhelm* 1991: Neues Denken. Die Grundlagen der sowjetischen Außenpolitik von Michail Gorbatschow, in: Diefenbacher, Hans/Moltmann, Bernhard (Hrsg.): Zum Verhältnis von Frieden und Sicherheit, Heidelberg, 65-110.
- Solomon, Norman* 1985: Die UdSSR - Der Feind, den Amerika braucht, in: Guha, Anton-Andreas/Papcke, Sven (Hrsg.): Der Feind, den wir brauchen, Königstein, 153-170.
- Sommer, Gerd* 1984: Feindbilder ersetzen, in: Kultur und Gesellschaft 6/84, 3-7.

- Sommer, Gert* 1988a: Vorwort, in: Sommer, Gert/Becker, Johannes M./Rehbein, Klaus/Zimmermann, Rüdiger (Hrsg.): Feindbilder im Dienste der Aufrüstung. Beiträge aus Psychologie und anderen Humanwissenschaften, 2. Auflage, Marburg, 10-12.
- Sommer, Gert* 1988b: Feindbild UdSSR und politisches Bewußtsein, in: Sommer, Gert/Becker, Johannes M./Rehbein, Klaus/Zimmermann, Rüdiger (Hrsg.): Feindbilder im Dienste der Aufrüstung. Beiträge aus Psychologie und anderen Humanwissenschaften, 2. Auflage, Marburg, 38-55.
- Sommer, Gert* 1989: Feindbilder und politisches Bewußtsein, in: Psychosozial 12: 40, 19-36.
- Sommer, Gert* 1991: Zur Relevanz von Feindbildern - am Beispiel des Golfkrieges, in: Informationsdienst Wissenschaft und Frieden 9: 3, 48-58.
- Sommer, Gert* 1992: Zur Psychologie von Feindbildern, in: Voit, Hartmut (Hrsg.): Geschichte ohne Feindbild? Erlangen, 13-31.
- Sommer, Gert/Becker, Johannes M./Rehbein, Klaus/Zimmermann, Rüdiger* (Hrsg.) 1987: Feindbilder im Dienste der Aufrüstung. Beiträge aus Psychologie und anderen Humanwissenschaften (Schriftenreihe des Arbeitskreises Marburger Wissenschaftler für Friedens- und Abrüstungsforschung Nr. 3), Marburg.
- Sommer, Gert/Becker, Johannes M./Rehbein, Klaus/Zimmermann, Rüdiger* (Hrsg.) 1988: Feindbilder im Dienste der Aufrüstung. Beiträge aus Psychologie und anderen Humanwissenschaften (Schriftenreihe des Arbeitskreises Marburger Wissenschaftler für Friedens- und Abrüstungsforschung Nr. 3), 2. Auflage, Marburg.
- Sommer, Gert/Becker, Johannes M./Rehbein, Klaus/Zimmermann, Rüdiger* (Hrsg.) 1992: Feindbilder im Dienste der Aufrüstung. Beiträge aus Psychologie und anderen Humanwissenschaften. 3. erheblich erweiterte Auflage, Marburg.
- Spangenberg, Peter M.* 1993: Stabilität und Entgrenzung von Wirklichkeiten. Systemtheoretische Überlegungen zu Funktion und Leistung der Massenmedien, in: Schmidt, Siegfried J. (Hrsg.): Literaturwissenschaft und Systemtheorie. Positionen, Kontroversen, Perspektiven, Opladen, 66-100.
- Spillmann, Kurt R./Spillmann, Kati* 1989: Feindbilder. Hintergründe, Funktion und Möglichkeiten ihres Abbaus, in: Beiträge zur Konfliktforschung 19: 4, 19-44.
- Staab, Joachim Friedrich* 1990: Nachrichtewert-Theorie. Formale Struktur und empirischer Gehalt, Freiburg.
- Stapf, Kurt H./Stroebe, Wolfgang/Jonas, Klaus* 1986: Amerikaner über Deutschland und die Deutschen. Urteile und Vorurteile, Opladen.
- Steinweg, Reiner/Wellmann, Christian* (Red.) 1990: Die vergessene Dimension internationaler Konflikte: Subjektivität (Friedensanalysen 24), Frankfurt a.M.
- Stimson, J.A.* 1991: Public Opinion in America: Moods, Cycles, and Swings, Boulder, Colo.
- Stroebe, Wolfgang* 1980: Grundlagen der Sozialpsychologie I, Stuttgart.
- Sudhoff, Jürgen* 1991: Einleitung, in: Auswärtiges Amt (Hrsg.): Abbau von Feindbildern. Beiträge und Dokumente. 2. erweiterte Auflage, Bonn, 5-7.
- Sulfaro, Valerie A./Crislip, Mark N.* 1997: How Americans Perceive Foreign Policy Threats: A Magnitude Scaling Analysis, in: Political Psychology 18: 1, 103-126.
- Tajfel, Henri/Turner, John C.* 1986: The Social Identity Theory of Intergroup Behavior, in: Worchel, Stephen/Austin, William G. (Hrsg.): Psychology of Intergroup Relations, 2. Auflage, Chicago, Ill., 7-24.
- Theobald, Karl-Günther/Sommer, Gert* 1988: Ein Instrument zur Messung des Feindbildes Kommunismus/Sowjetunion: Entwicklung und erste Erprobung (Diskussionsbeiträge aus dem Fachbereich Psychologie der Universität Marburg), Marburg.



- Thränhardt, Dietrich* 1994: Europäische Feindbilder - alt und neu, in: *WeltTrends* 5, 77-88.
- Tims, Albert R./Miller, M. Mark* 1995: Determinants of Attitudes toward Foreign Countries, in: Robertson, Alexa (Hrsg.): *Opinion, the Media and International Politics: A Reader*, Stockholm, 127-138.
- Tocqueville, Alexis de* 1835: *De la Démocratie en Amérique*, Paris.
- Tocqueville, Alexis de* 1959: *Über die Demokratie in Amerika*, Stuttgart.
- Tress, Madeleine* 1997: Foreigners or Jews? The Soviet Jewish Refugee Populations in Germany and the United States, in: *East European Jewish Affairs* 27: 2, 21-38.
- Ulbert, Cornelia* 1997a: Ideen, Institutionen und Kultur. Die Konstruktion (inter-)nationaler Klimapolitik in der BRD und in den USA, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 4: 1, 9-40.
- Ulbert, Cornelia* 1997b: Die Konstruktion von Umwelt. Der Einfluß von Ideen, Institutionen und Kultur auf (inter-)nationale Klimapolitik in den USA und der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden.
- Voit, Hartmut* (Hrsg.) 1992a: *Geschichte ohne Feindbild? Perspektiven für das historische Lernen in Deutschland nach dem 9. November 1989*, Erlangen.
- Voit, Hartmut* 1992b: Einleitung, in: Voit, Hartmut (Hrsg.): *Geschichte ohne Feindbild? Perspektiven für das historische Lernen in Deutschland nach dem 9. November 1989*, Erlangen, 7-11.
- Volkan, Vamik D.* 1985: The Need to have Enemies and Allies: A Developmental Approach, in: *Political Psychology* 6: 2, 219-247.
- Wagenlehner, Günther* (Hrsg.) 1989a: *Feindbild: Geschichte - Dokumentation - Problematik*, Frankfurt a.M.
- Wagenlehner, Günther* 1989b: Einführung, in: Wagenlehner, Günther (Hrsg.): *Feindbild: Geschichte - Dokumentation - Problematik*, Frankfurt a.M., 6-16.
- Waltz, Kenneth N.* 1967: *Foreign Policy and Democratic Politics. The American and British Experience*, Boston, Mass.
- Wasmuht, Ulrike C.* 1987a: "Feindbild", in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.): *Lexikon Rüstung, Frieden, Sicherheit*, München, 97-101.
- Wasmuht, Ulrike C.* 1987b: Die soziale Konstruktion des Ost-West-Konflikts. Eine Replik auf Wolf-Dieter Eberwein und Hanne-Margret Birckenbach, in: Rix, Christiane (Hrsg.): *Ost-West-Konflikt - Wissen wir, wovon wir sprechen?* (AFK-Schriftenreihe, Band 14), Baden-Baden, 184-197.
- Wasmuht, Ulrike C.* 1987c: Die Perzeption der bundesdeutschen Friedensbewegung in den USA, in: Janning, Josef/Legrand, Hans-Josef/Zander, Helmut (Hrsg.): *Friedensbewegungen. Entwicklung und Folgen in der Bundesrepublik Deutschland, Europa und den USA*, Köln, 212-223.
- Weber, Max* 1984: *Soziologische Grundbegriffe*, Tübingen.
- Weischenberg, Siegfried* 1992a: Die Verantwortung des Beobachters. Moderne Medienethik aus der Perspektive einer konstruktivistischen Systemtheorie, in: *Rundfunk und Fernsehen* 40: 4, 507-527.
- Weischenberg, Siegfried* 1992b: Der blinde Fleck des Kritikers. Zu den 'Wahrheiten' einer Konstruktivismus-Rezeption, in: *Communicatio Socialis* 25: 2, 168-177.
- Weischenberg, Siegfried* 1993: Zwischen Zensur und Verantwortung. Wie Journalisten (Kriege) konstruieren, in: Löffelholz, Martin (Hrsg.): *Krieg als Medienereignis. Grundlagen und Perspektiven der Krisenkommunikation*, Opladen, 65-80.

- Weischenberg, Siegfried 1995: Journalistik. Theorie und Praxis aktueller Medienkommunikation, Band 2: Medientechnik, Medienfunktionen, Medienakteure, Opladen.
- Weiß, Ulrich 1995: "Konstruktivismus - Dekonstruktivismus", in: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politik, Band 1: Politische Theorien, München, 274-279.
- Weller, Christoph 1991: Feindbild-Zerfall und -Wandel. Zum Erklärungswert sozialpsychologischer Theorien außenpolitischer Freund-Feind-Schemata. Ein Beitrag zur Politischen Psychologie der internationalen Beziehungen (Universität Tübingen: Zulassungsarbeit), Tübingen.
- Weller, Christoph 1992: Feindbilder und ihr Zerfall. Eine Analyse des Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion (Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung 18), Tübingen.
- Weller, Christoph 1993a: Feindbilder und Einstellungen - Die kognitive Erklärung, ihre Mängel und sozialpsychologische Abhilfe, in: Wolf, Klaus Dieter (Hrsg.): Ordnung zwischen Gewaltproduktion und Friedensstiftung (AFK-Schriftenreihe, Band 20), Baden-Baden, 249-291.
- Weller, Christoph 1993b: Das scheinbare Verschwinden der Feindbilder, in: Das Baugerüst 45: 3, 210-214.
- Weller, Christoph 1994: Feindbilder, in: Neue Politische Literatur 39: 2, 295-297.
- Weller, Christoph 1995: Feindbilder und Krieg, in: Berliner Debatte - Initial 6/95, 69-78.
- Weller, Christoph 1996: Die Rolle von Ideen bei der Erklärung des Wandels staatlicher Außenpolitik. Welche Faktoren bestimmen die Größe ihres Einflusses? Papier für die wissenschaftliche Tagung der Sektion Internationale Politik der DVPW "Normen und Ideen in der internationalen Politik", Arnoldshain, 18.-20.2.1996, Darmstadt.
- Weller, Christoph 1997a: Die außenpolitische Leistungsfähigkeit der Demokratie. Anmerkungen die Demokratisierung der internationalen Politik betreffend, Darmstadt, unv. Ms.
- Weller, Christoph 1997b: Collective Identities in World Society. Some Theoretical and Conceptual Considerations (World Society Research Group, Technical University Darmstadt & Goethe University Frankfurt, Working Paper No. 6), Darmstadt.
- Weller, Christoph 1997c: Vergemeinschaftung im Prozeß der Entwicklung einer Weltgesellschaft. Projektbericht und Studien, Darmstadt.
- Weller, Christoph 1998: Ursachen der massenmedialen Inszenierung von Politik und ihre Gefahren für die Demokratie. Anmerkungen aus politikwissenschaftlicher Perspektive, in: Calließ, Jörg (Hrsg.): Die Inszenierung von Politik in den Medien. Die Inszenierung von Politik für die Medien (Loccumer Protokolle 19/97), Loccum, 80-89.
- Weller, Christoph 1999a: Demokratie in der Globalisierungsfalle? Vom demokratischen Dilemma internationaler Politik zu den Demokratisierungs-Chancen der Globalisierung, in: Greven, Michael Th./Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.): Politische Theorie - heute. Ansätze und Perspektiven, Baden-Baden, 415-443.
- Weller, Christoph 1999b: Kollektive Identitäten in der internationalen Politik. Anmerkungen zur Konzeptualisierung eines modischen Begriffs, in: Reese-Schäfer, Walter (Hrsg.): Identität und Interesse. Der Diskurs der Identitätsforschung, Opladen, 249-277.
- Weller, Christoph 2000a: Feindbilder. Bestandsaufnahme und Kritik der Feindbild-Forschung, Bremen, unv. Ms.
- Weller, Christoph 2000b: Außenpolitik und öffentliche Meinung. Der blinde Fleck einer theoretischen (Fehl-) Entwicklung, Bremen, unv. Ms.

- Wendt, Alexander 1987: The Agent-Structure Problem in International Relations Theory, in: *International Organization* 41: 3, 335-370.
- Wendt, Alexander 1992: Anarchy is What States Make of It: The Social Construction of Power Politics, in: *International Organization* 46: 2, 391-425.
- Wendt, Alexander 1994: Collective Identity Formation and the International State, in: *American Political Science Review* 88: 2, 384-396.
- Wendt, Alexander 1995: Constructing International Politics, in: *International Security* 20: 1, 71-81.
- Wendt, Alexander 1999: *Social Theory of International Politics*, Cambridge.
- Wendt, Dirk 1989: Feindbild. Seine biologischen und psychologischen Ursachen, in: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): *Symbole der Politik, Politik der Symbole*, Opladen, 73-87.
- Wettig, Gerhard 1988: "Nichtzulassung des Krieges", "Klassenkampf" und "neues Denken" im sowjetischen Verständnis von Westpolitik (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 27-1988), Köln.
- Wettig, Gerhard 1989: Perestrojka der Außen- und Sicherheitspolitik, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): *Sowjetunion 1988/89. Perestrojka in der Krise?* München, 205-220.
- White, Ralph K. 1988: Selektive Unaufmerksamkeit und Feindbild, in: Sommer, Gert/Becker, Johannes M./Rehbein, Klaus/Zimmermann, Rüdiger (Hrsg.): *Feindbilder im Dienste der Aufrüstung. Beiträge aus Psychologie und anderen Humanwissenschaften*, 2. Auflage, Marburg, 57-69.
- Wittkämper, Gerhard (Hrsg.) 1986: *Medienwirkungen in der internationalen Politik. Theoretische Grundlagen und exemplarische Entscheidungsprozessanalyse der Ostpolitik der SPD/FDP-Koalition*, Münster.
- Wittkopf, Eugene R. 1981: The Structure of Foreign Policy Attitudes: An Alternative View, in: *Social Science Quarterly* 62: 1, 108-123.
- Wittkopf, Eugene R. 1986: On the Foreign Policy Beliefs of the American People: A Critique and Some Evidence, in: *International Studies Quarterly* 30: 4, 425-445.
- Wittkopf, Eugene R. 1990: *Faces of Internationalism: Public Opinion and American Foreign Policy*, Durham, N.C.
- Wittkopf, Eugene R./Maggiotto, Michael A. 1983: The Two Faces of Internationalism: Public Attitudes Toward American Foreign Policy in the 1970s - and Beyond?, in: *Social Science Quarterly* 64: 2, 288-304.
- Wolf, Heinz E. 1969: Soziologie der Vorurteile, in: König, René (Hrsg.): *Handbuch der empirischen Sozialforschung*, Band 2, Stuttgart, 912-960.
- Wolf, Klaus Dieter 1999: Die Neue Staatsräson als Demokratieproblem in der Weltgesellschaft, in: Greven, Michael Th./Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.): *Politische Theorie - heute. Ansätze und Perspektiven*, Baden-Baden, 303-330.
- Wolf, Klaus Dieter 2000: Die Neue Staatsräson - Zwischenstaatliche Kooperation als Demokratieproblem in der Weltgesellschaft, Baden-Baden.
- Wörmann, Claudia 1974: Die Ostpolitik und die Wandlung des nach Innen und Außen gerichteten Antikommunistischen Feindbildes, in: Jahn, Egbert/Rittberger, Volker (Hrsg.): *Die Ostpolitik der BRD. Triebkräfte, Widerstände, Konsequenzen*, Opladen, 123-134.

- Wulff, Erich 1988: Zur Produktion und zur Wirkung von Feindbildern, in: Sommer, Gert/Becker, Johannes M./Rehbein, Klaus/Zimmermann, Rüdiger (Hrsg.): Feindbilder im Dienste der Aufrüstung. Beiträge aus Psychologie und anderen Humanwissenschaften, 2. Auflage, Marburg, 108-118.
- Yankelovich, Daniel/Destler, I.M. (Hrsg.) 1994: Beyond the Beltway: Engaging the Public in U.S. Foreign Policy, New York.
- Yankelovich, Daniel/Smoke, Richard 1988: America's "New Thinking", in: Foreign Affairs 67: 1, 1-17.
- Zaller, John R. 1992: The Nature and Origins of Mass Opinion, Cambridge.
- Zangl, Bernhard 1995: Der Ansatz der Zwei-Ebenen-Spiele. Eine Brücke zwischen dem Neoinstitutionalismus und seinen KritikerInnen?, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2: 2, 393-416.
- Zangl, Bernhard 1999: Interessen auf zwei Ebenen. Internationale Regime in der Agrarhandels-, Währungs- und Walfangpolitik, Baden-Baden.
- Zangl, Bernhard/Zürn, Michael 1996: Argumentatives Handeln bei internationalen Verhandlungen. Moderate Anmerkungen zur post-realistischen Debatte, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3: 2, 341-366.
- Zehfuß, Maja 1998: Sprachlosigkeit schränkt ein. Zur Bedeutung von Sprache in konstruktivistischen Theorien, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5: 1, 109-137.
- Zimmermann, Rüdiger 1988: Der Wolf im europäischen Schafspelz: Gorbatschow in der liberalen angelsächsischen Presse, in: Sommer, Gert/Becker, Johannes M./Rehbein, Klaus/Zimmermann, Rüdiger (Hrsg.): Feindbilder im Dienste der Aufrüstung. Beiträge aus Psychologie und anderen Humanwissenschaften, 2. Auflage, Marburg, 214-231.
- Zimmermann, Rüdiger 1992: Der Feind am Golf - Medienberichterstattung zwischen Gedankenlosigkeit und Komplizentum, in: Sommer, Gert/Becker, Johannes M./Rehbein, Klaus/Zimmermann, Rüdiger (Hrsg.): Feindbilder im Dienste der Aufrüstung. 3. erheblich erweiterte Auflage, Marburg, 330-345.
- Zoll, Ralf (Hrsg.) 1982a: Sicherheit und Militär. Genese, Struktur und Wandel von Meinungsbildern in Militär und Gesellschaft. Ergebnisse und Analyseansätze im internationalen Vergleich, Wiesbaden.
- Zoll, Ralf 1982b: Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Spiegel öffentlicher Meinungen in den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland - Eine vergleichende Analyse, in: Zoll, Ralf (Hrsg.): Sicherheit und Militär, Wiesbaden, 33-65.
- Zürn, Michael 1994: We Can Do Much Better! Aber muß es auf amerikanisch sein? Zum Vergleich der Disziplin "Internationale Beziehungen" in den USA und in Deutschland, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1: 1, 91-114.
- Zürn, Michael 1998: Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance, Frankfurt a.M.
- Zürn, Michael/Zangl, Bernhard 1999: Denationalisierung und die neue Sicherheitspolitik in der OECD-Welt - Ein Problem für die Demokratie?, in: Greven, Michael Th./Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.): Politische Theorie - heute. Ansätze und Perspektiven, Baden-Baden, 331-361.